Sitzungsunterlagen

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung öffentl.; ergänzt 5

Vorlagendokumente

TOP Ö 3 Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen

Vorlage mit Sitzungsdaten 2240/2020 7

Anlage 01 - Beschlussbuchauszüge 2240/2020 21

Anlage 02 - Wettbewerbsdokumentation 2240/2020 49

Anlage 03 - Lageplan 1_Preis 2240/2020 73

Anlage 04 - Lageplan 2_Preis 2240/2020 75

Anlage 05 - Lageplan 3_Preis 2240/2020 77

TOP Ö 4 Städtebauförderung 2021 Konversion Fliegerhorst

Vorlage mit Sitzungsdaten 2304/2020 79

Bedarfsmittleilung 2021_gesamt 2304/2020 83

Entwurf_Jahresantrag Städtebauförd Ib 2021 Fliegerhorst 2304/2020 85

Lageplan Jahresantrag Ib Fliegerhorst 2021 2304/2020 89

TOP Ö 5 Neubau Feuerwehr II, Mehrkosten

Vorlage mit Sitzungsdaten 2295/2020 91

TOP Ö 6 Bau einer Eishalle und Fortschreibung der Machbarkeitsstudie – Bereitstellung von Haushaltsmittel im Vorgriff auf den Haushalt 2021

Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2301/2020 97

Anlage 1_Beschlussbuchauszug STR 24.04.2018 2301/2020 101

Anlage 2_Beschlussbuchauszug ISJS 09.01.2019 2301/2020 105

Anlage 3_Beschlussbuchauszug PBA 25.09.2019 2301/2020 109

Anlage 4_Beschlussbuchauszug PBA 04.12.2019 2301/2020 113

Anlage 5_Beschlussbuchauszug PBA-HFA 19.10.2020 2301/2020 117

Anlage 6_Beschlussbuchauszug STR 27.10.2020 2301/2020 123

TOP Ö 7 Sportbeirat: Benennung / Bestellung der neuen Mitglieder

Vorlage mit Sitzungsdaten 2259/2020 127

Sportbeiratssatzung 2259/2020 131

Vorab-Auszug Niederschrift ISJS vom 16.11.2020 2259/2020 135

TOP Ö 8 Stadtjugendratswahl 2021/2022

Vorlage mit Sitzungsdaten 2263/2020 137

Vorab-Auszug ISJS vom 16.11.2020 2263/2020 141

TOP Ö 9 SA 015 (Eilantrag): Aktiver und passiver Schutz vor Corona in allen Räumlichkeiten städtischer Bildungseinrichtungen (Kitas, Horte, Schulen, VHS), Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten der Filterklasse F7/H14

Vorlage mit Sitzungsdaten 2298/2020 143

TOP Ö 10 Sofortmaßnahmen Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße - korrigierender Beschluss zur Vorlage UVT 2100/2020

Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2302/2020 145

Anlage 1_2020-10-13_UVA Beschlussauszug 2100/2020 Äußere Schöng Str_2m+rot 2302/2020 149

zzz 2020-07-01_Vorlage mit Sitzungsdaten_Äußere Schöng.Str._Entwurf Planung Radinfrastruktur_final 2302/2020 151

TOP Ö 11 Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer

Stadtrat 15.12.2020

Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2270/2020 157
Anlage 2 Lagebericht 2019 2270/2020 161
Anlage 3 Beschluss KWA 12.11.2020 Jahresabschluss 2019, Bestellung Prüfer 2270/2020 175
TOP Ö 12 Zukünftiges Stadtmarketingmodell; Beschluss
Vorlage mit Sitzungsdaten_STR 15.12.2020 2292/2020 177
Anlag 1_S_FFB_SM_200727_KOMPRIMIERT 2292/2020 181
Anlage 2_S_FFB_SM_200727_END (ausschl. RIS) 2292/2020 203
TOP Ö 13 Fortschreibung Klimaschutzkonzept; Grundsatzbeschluss
Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2253/2020 259
Anlage 1 Beschlussbuchauszug zu TOP 4 Klimanotstand aus der Sitzung des UVA am 14.07.2020 2253/2020 265
Anlage 2 Beschlussbuchauszug zu TOP 10 Klimanotstand aus der Sitzung des Stadtrats am 21.07.2020 2253/2020 267
Anlage 3 Entwurf zur Erarbeitung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie 2253/2020 269
Anlage 4 Beschlussbuchvorabauszug zu TOP 14 Klimaneutralität bis 2035 aus der Sitzung des Stadtrats am 24.11.2020 2253/2020 273
TOP Ö 14 Vorlage des Jahresabschlusses 2016 mit Rechenschaftsbericht
Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2286/2020 275
Anlage 1 Ergebnisrechnung 2016 2286/2020 279
Anlage 2 Finanzrechnung 2016 2286/2020 281
Anlage 3_Vermögensrechnung (Bilanz) 2016 2286/2020 285
Anlage 4_Anhang Jahresabschulss 2016 2286/2020 287
Anlage 5 Anlagen zum Anhang 2016 2286/2020 321
Anlage 6_Rechenschaftsbericht 2016 2286/2020 341
TOP Ö 15 Dringliche Anordnung gemäß Art 37 Abs. 3 GO; Auszahlung der vertraglich vereinbarten Defizite für das Kalenderjahr 2019
Vorlage mit Sitzungsdaten 2306/2020 381
Anlage Dringliche Anordnung 2306/2020 385
* TOP Ö 16 Einrichtung eines "Sonderausschusses Corona-Pandemie" (SoCoPa); Beschluss
Vorlage mit Sitzungsdaten 2291/2020 389
Anlage 1 - Innenministerium v 20032020 2291/2020 395
Anlage 2 - Innenministerium v 08042020 2291/2020 401
Anlage 3 - Art 32 GO zu Ausschussbildung 2291/2020 409
Anlage 4 2 Ausschussgrößen 2291/2020 411

Stadtrat 15.12.2020

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

An die/ das/ den
Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung
Behindertenbeirat/ Seniorenbeirat/
Sportbeirat/ Stadtjugendrat/ Umweltbeirat/
Wirtschaftsbeirat
Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Veranstaltungsforum Fürstenfeld
Vertreter der Presse

Amt 1 / Allgemeine Verwaltung
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck, 08.12.2020

Ergänzte Einladung zur 11. und 12. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates

Stadtrat 15.12.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu den am **Dienstag, 15.12.2020, ca. 19:30 Uhr**, sowie am **Donnerstag, 17.12.2020, um 19 Uhr** im Veranstaltungsforum Fürstenfeld, Stadtsaal stattfindenden Sitzungen **des Stadtrates** ein.

Die Tagesordnungspunkte, die am 15.12.2020 aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden können, werden automatisch auf Donnerstag, den 17.12.2020 vertagt.

Tagesordnung:

Nichtöffentlicher Teil:

1. Personalangelegenheiten; Übertragung der stellvertretenden Werkleitung für das Veranstaltungsforum Fürstenfeld
2. Angelegenheiten im Vergabewesen
3. Grundstücksangelegenheit

Öffentlicher Teil:

1. Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
2. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
3. Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen
4. Städtebauförderung 2021 Konversion Fliegerhorst
5. Neubau Feuerwehr II, Mehrkosten

6. Bau einer Eishalle und Fortschreibung der Machbarkeitsstudie – Bereitstellung von Haushaltsmittel im Vorgriff auf den Haushalt 2021

7. Sportbeirat: Benennung / Bestellung der neuen Mitglieder

8. Stadtjugendratswahl 2021/2022

9. SA 015 (Eilantrag): Aktiver und passiver Schutz vor Corona in allen Räumlichkeiten städtischer Bildungseinrichtungen (Kitas, Horte, Schulen, VHS), Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten der Filterklasse F7/H14

10. Sofortmaßnahmen Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße - korrigierender Beschluss zur Vorlage UVT 2100/2020

11. Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer

12. Zukünftiges Stadtmarketingmodell; Beschluss

13. Fortschreibung Klimaschutzkonzept; Grundsatzbeschluss

14. Vorlage des Jahresabschlusses 2016 mit Rechenschaftsbericht

15. Dringliche Anordnung gemäß Art 37 Abs. 3 GO;
Auszahlung der vertraglich vereinbarten Defizite für das Kalenderjahr 2019 - Kenntnisnahme -

16. Einrichtung eines "Sonderausschusses Corona-Pandemie" (SoCoPa); Beschluss

17. Verschiedenes

Stadtrat
15.12.2020

Nichtöffentlicher Teil:

4. Personalangelegenheiten

5. Personalangelegenheiten

6. Personalangelegenheiten

7. Angelegenheiten der Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH

8. Angelegenheit des Stadtrates; Beschluss

9. Verschiedenes

Freundliche Grüße

Erich Raff
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2240/2020

8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses

Betreff/Sach-antragsnr.	Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	nicht öffentlich	
AZ:	dp	Erstelldatum	23.09.2020	
Verfasser	Adam, Grit Pohl, Daniel	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 2, Amt 3	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2. Bgm.:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Planungs- und Bauausschuss	Vorberatung	02.12.2020	N
2	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	N
Anlagen:	1. Beschlussbuchauszüge 2. Wettbewerbsdokumentation Städtebaulicher Realisierungswettbe-werb 3. Lageplan 1. Preis im Maßstab 1: 1.500 (verkleinert) 4. Lageplan 2. Preis im Maßstab 1: 1.500 (verkleinert) 5. Lageplan 3. Preis im Maßstab 1: 1.500 (verkleinert)			

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

1. Der Beauftragung des 1. Preisträgers im Städtebaulichen Wettbewerb „Lände und Aumühle“ mittels vereinfachter Vergabe wird zugestimmt. Er erhält den Auftrag gemäß dem ausgelobten Auftragsversprechen. Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung, erforderliche Rechtshandlungen vorzunehmen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt notwendige Rechtsgeschäfte abzuschließen und eventuell notwendige Erklärungen abzugeben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat über das Ergebnis des Rahmenplans zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.

Fortsetzung sh. Seite 2

3. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur Erarbeitung des Rahmenplanes die im Sachvortrag dargestellten Vermarktungsmöglichkeiten zur Entwicklung des Plangebietes zu prüfen und dem zuständigen Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Stadtrat
15.12.2020

Referent/in	Götz / BBV	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		mittel		
Umweltauswirkungen		mittel		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

I. Sachstand

Mit der Verlagerung der Stadtwerke Fürstenfeldbruck bzw. dem Neubau an der Cerveteriestraße ergeben sich neue Entwicklungs- und Nutzungsmöglichkeiten für den Bereich der Aumühle.
Gleichzeitig wird von Seiten der Stadt Fürstenfeldbruck seit längerem die Verlagerung des städtischen Bauhofes angestrebt. Dieser soll im Bereich südlich des Waldfriedhofes neu errichtet werden. Somit bestehen auch im Bereich der Lände Möglichkeiten dieses Areal städtebaulich neuzuordnen.

Das Plangebiet weist eine Größe von insgesamt ca. 6 ha auf und befindet sich zum überwiegenden Teil im Besitz der Stadt Fürstenfeldbruck sowie in dem Bereich südlich der Stadtbibliothek im Besitz des Wohnungsunternehmens IGEWO GmbH.

Stadtratssitzung vom 25.09.2012

Um eine städtebauliche Neuordnung anzustoßen wurde aus diesen Gründen in der **Stadtratssitzung vom 25.09.2012** der **Grundsatzbeschluss** gefasst, einen städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb auszuloben und den Auslobungstext dem Planungs- und Bauausschuss zur Entscheidung vorzulegen.
Als damalige Zielvorgabe im Rahmen der Wettbewerbsaufgabe wurde von dem Ausschuss für den Bereich der Aumühle ein überwiegender Anteil von Wohnen beschlossen.
Für das Areal der Lände sollte auf Basis der damaligen Beschlusslage vom 26.07.2011 ursprünglich die Ansiedlung einer Hochschule für populäre Musik vorgesehen werden. Diese Überlegungen wurden aus verschiedenen Gründen nicht weiter geführt, so dass unabhängig davon die Umsetzung eines Mischgebietes mit Kleinkunst, Jugendkultur, Gastronomie, nicht störendem Gewerbe, vorrangig aus dem Bereich der Kreativwirtschaft und Wohnen forciert werden soll.
Weiterhin sollte eine Kostenbeteiligung an dem Wettbewerb mit dem Eigentümer der Grundstücke südlich der Aumühle ausgehandelt werden. Diese Kostenbeteiligung in Höhe von 10 % wurde der Stadt mittlerweile zugesichert. Dies entspricht in etwa dem Verhältnis des Grundstückes zu dem Gesamtumgriff des Wettbewerbes.

Im Zeitraum von 2008 bis 2016 gingen bei der Verwaltung mehrere Sachanträge zu dem Plangebiet Aumühle und Lände ein. Dabei wurde die Verwaltung unter anderem nochmals darum gebeten, städtebauliche Voraussetzungen zu schaffen, die Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern sowie die Verlagerung des städtischen Bauhofes planerisch voranzutreiben. (s. Anlage 1)

Informationsveranstaltung vom 19.12.2017

Um grundsätzlich mit dem Wettbewerb starten zu können, bestand zunächst die Herausforderung, das Thema Immissionsschutz, bezogen auf die Nutzung des alten Schlachthofes durch die Subkultur e.V., zu lösen.
Dazu erfolgten im Jahr 2016 und 2017 diverse Abstimmungen mit einem Immissionsgutachter sowie die schalltechnische Überprüfung des Bestandes.

Stadtrat 19.12.2018

In einer **Informationsveranstaltung am 19.12.2017** wurden dem Stadtrat letztendlich die positiven Erkenntnisse mitgeteilt. Im Ergebnis zeigte sich, dass überraschenderweise aufgrund der massiven Bausubstanz des alten Schlachthofes unter Einsatz moderater Maßnahmen wie die Ertüchtigung der Fenster, eine Wohnnutzung in Form von Mischgebieten (MI) und Urbanen Gebieten (MU) nördlich des Schlachthofes möglich ist.

Planungs- und Bauausschuss vom 10.01.2019

In der Sitzung des **Planungs- und Bauausschusses vom 10. Januar 2019** wurde letztendlich über den ersten Entwurf des Auslobungstextes beraten und diesem mit einigen einzuarbeitenden Änderungen zugestimmt (s. Anlage 1).

Bürgerinformationsveranstaltung vom 21.02.2019

In der Sitzung des Planungs- und Bauausschuss vom 10. Januar wurde weiterhin die Verwaltung beauftragt, zeitnah die Bürger bei der Erarbeitung der Auslobung zu beteiligen. Dazu fand in den Räumlichkeiten der Aumühle am **21.02.2019** eine **Bürgerinformationsveranstaltung** statt. Den Bürgern wurde dabei die Gelegenheit gegeben, im Rahmen einer offenen Diskussionsrunde sowie bei einer anschließenden Sammlung von Hinweisen und Anregungen, sich an dem Planungsprozess zu beteiligen

Schwerpunkte der Äußerungen der Bürger beziehen sich dabei vor allem auf zukünftige Wohn- und Bauformen, so dass hier beispielsweise gemeinschaftliche Investoren aus bürgerschaftlichem Engagement (Bürgerbaugemeinschaften oder Genossenschaften) die Umsetzung einzelner Teilbereiche vorantreiben sollen. Dies hat auf die Wettbewerbsauslobung keinen direkten Einfluss und wird daher zunächst zur Kenntnis genommen.
Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion, stellte die zukünftige Erschließung und Mobilität in dem Quartier dar. Im Ergebnis wünschen sich die Bürger ein möglichst autoarmes Quartier mit einer hohen Aufenthaltsqualität
Aus Sicht der Verwaltung hatten sich bei der Bürgerinformationsveranstaltung keine grundsätzlichen, neuen Erkenntnisse ergeben, so dass entweder die vorgebrachten Anregungen bereits in dem Auslobungstext berücksichtigt worden sind oder für die Aufgabenstellung nicht relevant waren.
Die Dokumentation der Bürgerinformationsveranstaltung wurde dem Auslobungstext als Anlage hinzugefügt. Ziel war es die Planungsbüros über die Hinweise und Anregungen der Bürger zu informieren und gleichzeitig ein Stimmungsbild der Teilnehmer zu transportieren.

Planungs- und Bauausschuss vom 22.05.2019

In der Sitzung des **Planungs- und Bauausschusses vom 22. Mai 2019** wurde über den Teil I (Allgemeine Bedingungen) sowie den Teil II (Wettbewerbsaufgabe) des Auslobungstextes beraten (s. Anlage 1). Inhaltlicher Schwerpunkt war dabei die Zusammensetzung des Preisgerichtes sowie die Gestaltung des Auswahl- und Zuschlagsverfahrens. Die nach der Sitzung des Planungs- und Bauausschusses vom 10. Januar 2019 eingearbeiteten Änderungen des Auslobungstextes Teil II und die

Stadtrat 11.12.2020

Dokumentation der Bürgerinformationsveranstaltung wurden dabei zur Kenntnis genommen.
Weiterhin wurde über den Sachantrag Nr. 84 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beraten.

Preisrichtervorbesprechung vom 06.06.2019

Aufgrund des ambitionierten Zeitplanes seitens der Verwaltung hat die **Preisrichtervorbesprechung** in der Zeit zwischen den Sitzungen des Planungs- und Bauausschusses und des Stadtrates am **6. Juni 2019** stattgefunden. Mit den Fachpreisrichtern sowie Vertretern der Vorprüfung wurde dabei intensiv der Auslobungstext (Teil 1 und Teil 2) diskutiert.
Um sich der Wettbewerbsaufgabe zu nähern, wurde zunächst eine gemeinsame Ortsbegehung des Planungsgebietes durchgeführt. Grundsätzlich bestand bei den meisten Formulierungen der Auslobung Konsens, so dass die einzelnen Änderungsvorschläge der Fachpreisrichter dem Stadtrat in der Sitzung des 25.Juni.2019 zum Beschluss vorgelegt worden sind.

Stadtrat vom 25.06.2019

In der Sitzung des Stadtrates vom 25.Juni 2019 wurde, wie in dem Planungs- und Bauausschuss vom 22. Mai 2019 empfohlen, unter anderem der Auslobungstext Teil 1 (Allgemeine Bedingungen) sowie der Teil II (Wettbewerbsaufgabe) beschlossen (s. Anlage 1). Weitere Bestandteile waren die Festlegung des Auswahl- und Zuschlagsverfahrens inkl. der entsprechenden Kriterien sowie die Festlegung des Auswahlgremiums.

Stadtrat 15.12.2020

Auswahlprozess und Wettbewerbsverfahren

Im Herbst 2019 wurde über die gängigen Medien und Kanäle auf das Wettbewerbsverfahren aufmerksam gemacht und Planungsbüros ermutigt sich anhand aussagekräftiger Referenzen zur Teilnahme an dem städtebaulichen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil zu bewerben.
Dabei hat sich gezeigt, dass großes sowohl deutschlandweites als auch internationales Interesse an dem Projekt besteht. Somit hat am **5. November 2019** das **Auswahlgremium** anhand einer Vielzahl eingereichter Referenzen zehn Arbeitsgemeinschaften bestehend aus Architekten und Stadtplanern in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten ausgewählt.

Die Ausgabe der Auslobungsunterlagen erfolgte am 19. November 2019. Im Rahmen des **Kolloquiums** am **12. Dezember 2019** bestand nach vorheriger gemeinsamer Ortsbegehung, für die teilnehmenden Planungsbüros die Möglichkeit, Fragen zur Aufgabenstellung zu formulieren.

Am 6. März 2020 haben alle 10 teilnehmende Arbeitsgemeinschaften fristgerecht die Planungsunterlagen eingereicht. Aufgrund der Covid-19 Pandemie konnte die **Preisgerichtssitzung** erst am **30. Juli 2020** stattfinden.

II. Ergebnis des städtebaulichen Realisierungswettbewerbes mit Ideenteil

Das Preisgericht hat unter Vorsitz von Prof. Mark Michaeli am 30. Juli 2020 über die Preisträger entschieden. Folgende Preise wurden dabei vergeben:

1. Preis: JOTT Architekten GbR, Frankfurt a. Main / stern landschaften, Köln



2. Preis: von Angerer Architekten und Stadtplaner GbR, München / HinnenthalSchaar Landschaftsarchitekten GmbH, München



3. Preis: Trojan + Trojan Architekten + Städtebauer BDA, Darmstadt / michellerundschalk GmbH landschaftsarchitektur und urbanismus, München



Das Preisgericht sprach folgende Empfehlung aus:

„Das Preisgericht empfiehlt der Ausloberin einstimmig, die Verfasser der Arbeit mit der Tarnzahl 1003 (Anm. Verwaltung: Büro JOTT Architekten GbR und stern landschaften), die mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde, auf der Grundlage ihres Wettbewerbsentwurfs mit den weiteren Planungsleistungen entsprechend der Auslobung zu beauftragen.
Dabei sind die Anmerkungen aus der Beurteilung der weiteren Bearbeitung zu Grunde zu legen, wobei vorausgesetzt wird, dass die in den schriftlichen Beurteilungen getroffenen Festlegungen, Bedenken und Anregungen jeweils im Einvernehmen mit der Ausloberin berücksichtigt werden."

Die Preisgerichtsbeurteilung des 1. Preises lautet wie folgt:

„<u>Qualität des städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzepts</u>
Es handelt sich um ein sehr gelungenes städtebauliches Gesamtkonzept, bei welchem die Haustypologien auf sehr überzeugende Weise auf die unterschiedlichen räumlichen Situationen und Anforderungen reagieren.
Auf der Lände entsteht im Übergang vom Kreativbereich zum Bereich Wohnen eine Zwischenzone, die in der Maßstäblichkeit auf den denkmalgeschützten Bestand sehr gut Bezug nimmt.
Dahinter liegend, im eher ruhigen Bereich, befindet sich das „kreative Wohnen": Beide Nutzungen ergänzen sich auf bereichernde Art und Weise, welche sich auch in der differenzierten Wahl der gewählten Kubatur widerspiegelt. Dadurch entsteht ein vielfältiger und interessanter Straßenraum.

Stadtrat 15.12.2020

Durch die auch aus Sicht der Denkmalpflege gelungene Setzung der Hochpunkte im Quartier und die Staffelung der Gebäude entstehen immer wieder spannende und unterschiedliche Blickbeziehungen in den Freiraum und zur Amper.
Die Lage von Sportlerheim, Kita und den Mobilitätsstationen sind sinnvoll gewählt. Die angebotene Freifläche vor dem Alten Schlachthof erlaubt vielfältige Nutzungen, insbesondere für den Verein Subkultur.

Im Wohnbereich südlich der Aumühle wird das Motiv der freistehenden Villa neu interpretiert. Verschiedene Wohnformen sind hier denkbar. In der weiteren Planung sollte die genaue Gebäudekubatur aber noch einmal überarbeitet werden, um dem Denkmalschutz und der Überschreitung des Bauraums nach Süden Rechnung zu tragen.
In Bezug auf die Wegebeziehung wurde die durchgängige Verbindung zwischen Aumühle und Stadtpark als positiv gewertet. Kritisch gesehen wird die Ausformung der unter dem Wohngebiet angeordnete Tiefgarage, insbesondere im Hinblick auf eine abschnittsweise Realisierbarkeit.

Die nördlich und westlich von der Bibliothek angeordneten Gebäude für Innovation und Co-Working greifen die Anforderungen aus dem Raumprogramm gelungen auf.
Durch die vorgeschlagene Nutzung auf beiden Seiten der neuen Brücke entsteht eine überzeugende Verbindung zwischen den beiden Quartieren.
Das Element Wasser wird gemäß den Vorgaben der Auslobung erlebbar gemacht. Für die konkrete Ausgestaltung der Uferzonen empfiehlt das Preisgericht eine detailliertere Ausarbeitung.
Kontrovers wurde der relativ hohe Grad der Versiegelung diskutiert. Wünschenswert wäre eine stärkere Durchgrünung.

Der Vorschlag im Ideenteil einer anderen Verkehrslösung rund um die Leonhardikirche wird positiv gewertet, ist allerdings derzeit nicht umsetzbar.

Stadtrat 15.12.2020

<u>Qualitative Umsetzung Planungsziele / Kreativwirtschaft:</u>
Ausgehend von den vorhandenen Strukturen der Subkultur entwickeln sich Kreativ- und Gewerbebereiche in einer gut durchdachten zeitlichen Abfolge.
Kultur- und Kreativwirtschaft wird in allen Arbeitsformen mitgedacht und das Viertel in allen kultur- und kreativwirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen in sehr gelungener Weise aufgezeigt.

Aus kultur- und kreativwirtschaftlicher Perspektive begeistert der Gedanken, das Viertel als „kreatives Ökosystem„ zu denken, das von kulturellen und kultur- und kreativwirtschaftlichen Nutzungen bis hin zu innovativen Arbeitsformen und Co-Working alle Aspekte eines zukünftigen Kreativquartiers auf besonders kompetente Weise berücksichtigt.

<u>Erschließung und Wegenetz / Barrierefreiheit:</u>
Sowohl auf der Lände als auch im Bereich der Aumühle wird der Kfz-Verkehr möglichst frühzeitig abgefangen und den Tiefgaragen bzw. dem Parkplatz westlich der Subkultur zugeführt. Für beide Quartiere wird dadurch ein hohes Maß an Autofreiheit erreicht.
Die Anzahl der oberirdischen Stellplätze ist minimiert, die Anordnung für Bringen und Holen der Kita jedoch auf Grund ihrer Entfernung zur Kita nicht ideal.

Die Position der Mobilitätsstation auf der Lände zwischen Subkultur und Sportanlagen ist für diese Nutzungen ideal, für die Wohnnutzungen auf Grund der Entfernungen jedoch nicht optimal. Die Mobilitätsstation im Bereich der Aumühle ist auf Grund ihrer zentralen Lage für dieses Quartier an der richtigen Stelle positioniert.
Die Herstellung der Barrierefreiheit erscheint mit diesem Entwurf gut realisierbar.

Wirtschaftlichkeit:
Die kompakte Kubatur der vorgeschlagenen Gebäude ermöglicht eine wirtschaftliche Realisierung. Es handelt sich um eine sehr robuste Struktur, die man auch gut in Etappen und mit unterschiedlichen Akteuren (Genossenschaften, Baugemeinschaften, Investoren) entwickeln kann. Die Tiefgaragengrundrisse könnten im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit noch einmal überarbeitet werden.

Nachhaltigkeit:
Der Entwurf sieht kompakte Bebauungen in Zeilen beziehungsweise große Villen mit Flachdächern bzw. flachen Satteldächern vor, was energetisch positiv zu bewerten ist. Die Stellung und Höherentwicklung der Gebäude unterstützen die Nutzung passiver solarer Gewinne im Winter sowie die Nutzung aktiver Solarenergie (PV) auf den Dächern. Eine wirtschaftliche Nutzbarkeit von Fernwärme ist realisierbar.

Denkmalschutz:
Bearbeitungsbereich Lände: Der Ergänzungsbau Mobilitätshub (II) schafft durch seine Platzierung ausreichend Raum für das Einzeldenkmal Schlachthof Warmbad
Die L-förmige Bebauung in der Straßenflucht hinter dem Schlachthofgebäude nimmt in Kubatur, Dachform und Geschossigkeit Bezug auf den denkmalgeschützten Nachbarbau.

Bearbeitungsbereich Aumühle: Die ergänzende Bebauung in Form von Punkthäusern hinter den beiden Einzeldenkmälern (Villen) ist in ihrer Platzierung positiv zu bewerten, Kubatur und Dachformen sollten zurückgenommen werden. Der ergänzende Bau zwischen den beiden Villen sollte in Größe und Funktion geprüft werden, ggf. bitten wir auf das Gebäude zu verzichten, um die beiden Villen im Umgriff zum Aumühlenareal freizustellen.

Der Neubau vor dem Taubenhaus (ED) ist aufgrund seiner zurückhaltenden Geschossigkeit und Dachform denkmalpflegerisch in Ordnung.

Gesamtbild/Stadtsilhouette: Das fünfgeschossige Punkthaus auf der Lände schafft einen zweiten Brückenkopf als Gegenpunkt zum Einzeldenkmal Aumühle.
Insgesamt wird der Entwurf im Hinblick auf den Denkmalschutz als positiv bewertet.

Fazit:
Das umfangreiche Programm der Auslobung wurde in überzeugender Weise, auch im Bezug auf Nutzungsverteilung und Funktionalität erfüllt. Durch das städtebauliche Gesamtkonzept in Verbindung mit der Nutzungsverteilung wird das Planungsziel, ein lebendiges, kreatives, innovatives und nicht konventionelles Quartier mit einem besonderen Charme der Wasserlandschaft am Rand der Altstadt zukunftsweisend und sehr überzeugend umgesetzt.“

Stadt.at 15.12.2020

III. Vergaberecht

Nachdem nun der Städtebauliche Wettbewerb erfolgreich abgeschlossen ist und die Ergebnisse des Wettbewerbs im Rahmen der **Bürgerinformationsveranstaltung** am **30. September** der Bevölkerung vorgestellt werden konnten, ist als nächster Schritt das Vergabeverfahren zur Beauftragung einer der drei Preisträger abzuwickeln.

Hierfür stimmte der Stadtrat am 25.06.2019 den in der Beschlussvorlage 1812/2019 vorgeschlagenen Zuschlagskriterien zu. Diese Kriterien und deren Gewichtung lauten wie folgt:

1. Entscheidung Preisgericht 40%
2. Honorar für die Bearbeitung des Bebauungsplanes (Leistungsphase 1) 10%
3. Entscheidung des Stadtrates 50%

Im Juli 2019 fällte der Europäische Gerichtshof ein Urteil, welches für das Vergaberecht im Bereich der Freiberuflichen Leistungen gravierende Folgen mit sich brachte. Denn durch das Urteil wurden die bis dato in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (kurz: HOAI) festgelegten Honorarmindest- und Höchstsätze außer Kraft gesetzt. Dies bedeutet, dass Architekten und Ingenieure nun nicht mehr den preislichen Bindungen der HOAI unterliegen und die Honorare für ihre Leistungen frei verhandeln bzw. anbieten dürfen. Vergaberechtlich bedeutet das für öffentliche Auftraggeber, dass sie seit Juli 2019 auch für die in der HOAI beschriebenen Grundleistungen das Kriterium „Preis“ höher gewichten müssen, um ein Angebot angemessen auf seine Wirtschaftlichkeit hin beurteilen zu können. Vergaberechtlich vertretbar ist dabei eine Gewichtung des Preises mit ca. 30%.

Stadtrat 15.12.2020

Ende November 2019 erging ein weiteres Urteil, welches sich auf die Vergabeverfahren im Anschluss an einen Städtebaulichen Wettbewerb auswirkt. Dieses Mal kam es von der Vergabekammer Südbayern und besagt, dass die Entscheidung des Preisgerichts bei der Auftragsvergabe mit mindestens 50% Gewichtung zu berücksichtigen ist.

Die beiden Urteile schufen für die Verwaltung die Notwendigkeit, sich erneut mit dem Vergabeverfahren und den Zuschlagskriterien im Anschluss an den Städtebaulichen Wettbewerb zu befassen, um sowohl das Verfahren als auch die Zuschlagskriterien rechtskonform anzupassen.

Die Mitglieder des Preisgerichts (bestehend aus Fachpreisrichtern sowie Abgesandten der Stadtratsfraktionen) waren sich in der Sitzung am 30. Juli 2020 sehr schnell darüber einig, welcher Entwurf Platz eins, zwei oder drei belegen soll. Somit wurde ein Siegerentwurf einstimmig gekürt, welcher mit eindeutigem Abstand zum Zweit- und Drittplatzierten gewann. Auch in der Bürgerinformationsveranstaltung vom 30. September 2020 hat sich ein positives Bild mit Befürwortung des Siegerentwurfes abgezeichnet. Es gab nur wenige Fragen, wovon die meisten lediglich kleine Verständnisfragen bzw. Fragen zu Details waren. Ablehnende Haltung konnte man jedoch bei keinem der Anwesenden feststellen.
Aufgrund des so eindeutigen Ergebnisses in der Preisgerichtssitzung und auch der scheinbar hohen Akzeptanz des Entwurfes aus der Bürgerschaft, kommt die Verwaltung zu folgendem Vorschlag zum weiteren Vorgehen bei der Beauftragung:

Der Sieger des Städtebaulichen Wettbewerbs wird per vereinfachter Vergabe mit der Erstellung eines Rahmenplans (optional Leistungsphase 1 des daraus resultierenden Bebauungsplans) beauftragt.
Bei einer vereinfachten Vergabe, ist es möglich von nur einem Bieter ein Angebot einzuholen und diesen zu beauftragen, sofern das Angebot den Vorstellungen des Auftraggebers entspricht. Dieses Verfahren ist für den hier gegenständlichen Auftrag anwendbar, da die Schwellenwerte für eine derartige Vergabe von Freiberuflichen Leistungen derzeit in Bereichen liegen, welche mit dem Auftrag sehr wahrscheinlich nicht überschritten werden. Eine solche Beauftragung entspricht auch dem vorrangigen Gedanken der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013), welche besagt, dass in der Regel der erste Preisträger zu beauftragen ist. Von dieser Regel darf abgewichen werden, solange einer der drei Preisträger den Auftrag erhält. Gewünscht ist von den Verfassern der RPW 2013 jedoch, stets den Sieger zu beauftragen.
Durch die nahezu direkte Beauftragung wäre einerseits die Empfehlung des Preisgerichts nicht nur ausreichend gewürdigt, sie wäre sogar vollständig umgesetzt. Die Verfahrensweise wurde sowohl mit dem Rechtsamt als auch mit der Vergabestelle abgeklärt und von beiden befürwortet. Dennoch weist die Verwaltung vorsorglich darauf hin, dass diese Art der Vergabe zwar so durchgeführt werden kann, jedoch nicht so durchgeführt werden muss, denn es bestünde auch die Möglichkeit, ein reguläres Verfahren mit den drei Preisträgern einzuleiten. Dieses wäre jedoch mit deutlich mehr Aufwand verbunden und es wäre nötig, die Zuschlagskriterien zu ändern. Ein reguläres Vergabeverfahren würde in diesem so klar wirkenden Fall sehr wahrscheinlich kein anderes Ergebnis mit sich bringen, als es der fast direkte Auftrag bereits täte. Da der Sieger bereits 50% der maximalen Punktzahl aufgrund der Preisgerichtsentscheidung erhält. Es ist davon auszugehen, dass kein dermaßen überteuertes Angebot vom Sieger abgegeben wird, sodass er dafür im Vergabeverfahren immer noch Punkte erhalten wird. Demnach könnte er punktemäßig von den anderen beiden Preisträgern kaum noch überholt werden, selbst wenn der Stadtrat sich dazu entschließt, den Siegerentwurf nur auf Platz 2 zu setzen.

Stadtrat 15.12.2020

IV. Auftragsversprechen Rahmenplanung

Im Auslobungstext wurde als Auftragsversprechen die Beauftragung eines städtebaulichen Rahmenplanes im Maßstab 1:500 und optional ein Bebauungsplan Leistungsphase 1 definiert. Dies stellt im Vergleich zu dem im Wettbewerb eingereichten Lageplan im Maßstab 1: 1.000 eine deutliche Konkretisierung dar.

Die Inhalte der Leistungsbeschreibung des Rahmenplanes werden derzeit abschließend bearbeitet. Der Lageplan im Maßstab 1: 500 stellt dabei vor allem landschaftsplanerische Bestandteile wie die Gestaltung der öffentlichen und privaten Freiräume detailliert dar. Hierbei wird beispielsweise die Art und Qualität der Bepflanzung unterschieden oder auch wechselnde Bodenmaterialen. Auch die Parzellierung einzelner Baugrundstücke und Wohnungseinheiten werden ablesbar sein.
Bei der Darstellung der Gebäude würde man beispielsweise die Lage der Erschließungskerne und dementsprechend auch die Zugänge der einzelnen Baukörper erkennen. Auch auf Ebene der Nachhaltigkeit und der Gestaltung der Dachflächen werden Aussagen getroffen. Der Rahmenplan soll die vorgeschlagene Dachlandschaft der geplanten Baukörper inkl. der Dachbegrünungen sowie die Nutzung durch Photovoltaik Anlagen sichtbar machen.

Der Schwerpunkt des vorgeschlagenen Konzeptes liegt darin, das Quartier prozesshaft zu Entwickeln. Dies bedeutet, dass in einer ersten Phase bestimmte schon vorhandene Strukturen als Impuls dienen und durch bewusste gesetzte Nutzungen ergänzt werden sollen. Um diesen überzeugenden und dynamischen Ansatz umsetzen zu können, ist bei der Erarbeitung des Rahmenplanes eine Zwischennutzungs- und Entwicklungsstudie wesentlicher Baustein, den es zu ergänzen gilt.
Die Zwischennutzungsstudie würde verschiedene Handlungsstränge in mind. zwei bis drei Szenarien vorschlagen, wie und mit welchen Akteuren das Quartier prozesshaft entwickelt werden kann. Beispielhaft könnte in der Zwischennutzungsstudie eine temporäre Nutzung des bestehenden Salzsilos als Kino vorgeschlagen werden oder auch in welchen Bauabschnitten das Quartier umgesetzt werden soll.

Weiterhin sind intensive Abstimmungen mit den dortigen Akteuren wie Subkultur und Stadtbibliothek sowie Trägern öffentlicher Belange wie dem Wasserwirtschaftsamt oder dem Landesamt für Denkmalpflege notwendig. Um auch zukünftig eine möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, sollen Bürgerbeteiligungen fester Bestandteil der Rahmenplanung sein.

V. Weitere Vorgehen und Vermarktung

Mit der Auslobung des Wettbewerbes hatte sich die Stadt Fürstenfeldbruck das Ziel gesetzt, ein überzeugendes Gesamtkonzept für den Bereich der Aumühle und Lände zu finden. Durch die Entscheidung des Preisgerichtes wurde, wie zuvor beschrieben, der Entwurf der Arbeitsgemeinschaft JOTT Architekten / Stern landschaften als besonders einzigartiger und innovativer Entwurf gewürdigt.
Mit der Umsetzung des Konzeptes besteht die Chance im Herzen der Stadt ein lebendiges, heterogenes Gebiet, mit zentrumsnahem Wohnen, Kultur- und Kreativwirtschaft, Gastronomie, Jugendkultur und Erholung zu schaffen.
Die Stadt Fürstenfeldbruck ist dabei in der erfreulichen Situation, dass ein sich Großteil der Entwicklungsflächen im städtischen Eigentum befinden. Dies birgt enormes Potential durch kleinteilige Bauabschnitte, hohe Qualitäten, bauliche Vielfalt und spannende Fassaden zu schaffen.
Weiterhin besteht die Herausforderung, für die stufenweise Entwicklung des Quartiers im Bereich der Lände, den bestehenden Bauhof zu verlagern. Hierfür hat sich die Verwaltung das Ziel gesetzt den überwiegenden Teil der entstehenden Kosten zu refinanzieren. Dies soll durch die Vermarktung einzelner Teilbereiche und Gebäudeeinheiten an Investoren und Genossenschaften / Baugruppen erfolgen.

Bei der Vermarktung städtischer Grundstücke bestehen grundsätzlich drei Möglichkeiten:

Direktvergabe	Bieterverfahren	Konzeptvergabe
Der Verkauf erfolgt zum gegenwärtigen Verkehrswert	Der Zuschlag wird auf das höchste Angebot erteilt	Es steht die Qualität des eingereichten Konzepts im Vordergrund. [Beispiel Gewichtung: Konzept 70 % (mind. 50 %) und Kaufpreis 30 % (max. 50 %)]

In Anlehnung an den kürzlich im **Planungs- und Bauausschuss** sowie **Haushalts- und Finanzausschuss** vom **19. Oktober 2020** behandelten Sachantrag Nr. 178 „Förderung des Wohnungsbaus für die ansässige Bevölkerung - Konzeptausschreibung zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus / des Wohnungsbaus durch Baugruppe“ wird die Vermarktung mittels Konzeptvergabe der überwiegenden städtischen Grundstücke von Seiten der Stadtplanung befürwortet. Es wird als probates Mittel gesehen, um die Qualitäten des Siegerentwurfs umzusetzen und ein lebendiges, sozial gerechtes und funktional gemischtes Quartier zu schaffen.

Damit eine zeitnahe Umsetzung des Quartiers erfolgen kann wird vorgeschlagen, die Erarbeitung des Rahmenplanes von Seiten des Bauamtes parallel zu den Vermarktungsüberlegungen der Finanzverwaltung zu betreiben.

Schwerpunkt dieser Überlegungen sind unter anderem die Ermittlung des Verkehrswertes, die Altlastenbegutachtung und die Vorbereitung der Vermarktungsmöglichkeiten inkl. der Möglichkeit der Konzeptvergabe (Definition der Kriterien und deren Gewichtung, etc.).
Weiterhin können bereits zum jetzigen Zeitpunkt einzelne Teilbereiche entwickelt werden. Hierbei sind Gebäude wie beispielsweise das Taubenhaus zu nennen. Auch die Planungen zur Erweiterung der Nutzung der Subkultur im südlichen Schlachthof können mit dem vorliegenden Wettbewerbsergebnis weitergeführt werden.

Die Verwaltung kommt daher zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 3

Pf + Pohle
19/07/19

Auszug
aus der Niederschrift über die
67. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 25.06.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Götz;
3. Bürgermeisterin:
Frau Karin Geißler;
Stadtratsmitglieder:
Herr Herwig Bahner; Herr Erhard Baumann; Herr Tommy Beer; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Peter Glockzin; Frau Simone Görgen; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Beate Hollenbach; Herr Dr. Georg Jakobs; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Dieter Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Walter Schwarz; Herr Christian Stangl; Herr Jens Streifeneder; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext Teil 1 und Teil 2 / Auswahlgremium und Auswahlkriterien / Zuschlagskriterien / Sachantrag Nr. 84 von der Grünen-Stadtratsfraktion**

21

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1812 „Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext Teil 1 und Teil 2 / Auswahlgremium und Auswahlkriterien / Zuschlagskriterien / Sachantrag Nr. 84 von der Grünen-Stadtratsfraktion (Anlagen: 1. Beschlussbuchauszüge, 2. Dokumentation Bürgerinformationsveranstaltung, 3. Kostengegenüberstellung, 4. Entwurf Auslobung von Büro HummelKraus, 5. Sachantrag Nr. 84 von Hrn. STR Hallbauer, 6. Zeitplan Wettbewerbsverfahren)“ vom 04.06.2019 dient dem Gremium als Entscheidungsgrundlage.

Der Stadtrat fasst ohne Unterredung nachfolgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt

1. Die in Anlage 2 dargestellten Ergebnisse der am 21. Februar 2019 durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltung werden zur Kenntnis genommen und sollen dem Auslobungstext im Anhang hinzugefügt werden.

2. In Verfolgung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2012 (Grundsatzbeschluss) wird dem beigefügten Entwurf des Auslobungstextes (Teil I Allgemeine Bedingungen und Teil II Wettbewerbsaufgabe) für den städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb gemäß der RPW-Richtlinien für den Bereich der Aumühle und Lände zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Auslobungstext redaktionelle Änderungen im Rahmen der Beschlusslage vorzunehmen.

4. Dem im Sachvortrag vorgeschlagenen Auswahl- und Zuschlagsverfahren, den Auswahl- und Zuschlagskriterien sowie dem Auswahlgremium wird zugestimmt.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, bei Fragen der Teilnehmer im Rahmen des Kolloquiums, die entsprechenden Inhalte der Auslobung erläutern sowie interpretieren zu dürfen.

6. Der Sachantrag Nr. 84 wird aufgegriffen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen, wenn die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens vorliegen. Der Punkt 1 des Sachantrages Nr. 84 wird hiermit aufgegriffen.

7. Der in Anlage 6 dargestellte Zeitplan wird von dem Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0
(Herr StR Heimerl ist noch nicht anwesend)

Stadtrat 15.12.2020

22

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 19.07.2019

BAYERN STADT FÜRSTENFELDBRUCK

Marlene Niedermeir
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Auszug
aus der Niederschrift über die
59. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 22.05.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Karl Danke; Herr Markus Droth; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Christian Götz; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Christian Stangl; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Franz Höfelsauer; Frau Hermine Kusch;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 3	**Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext Teil 1 und Ergänzungen Teil 2 / Auswahlgremium und Auswahlkriterien / Zuschlagskriterien / Sachantrag Nr. 84 von der Grünen-Stadtratsfraktion**

Sachvortrag:

Die Beschlussvorlage Nr. 1730/2019 vom 13.02.2019 (Anlagen: Beschlussbuchauszüge, Auslobungstext Entwurf von Büro HummelKraus, Dokumentation der Bürgerinformationsveranstaltung vom 21.02.2019, Sachantrag Nr. 84 von StR Hallbauer / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dient als Diskussionsgrundlage.

Auf entsprechende Frage von **Stadtrat Danke** erklärt **Herr Kornacher**, dass die „ständig anwesenden Fachpreisrichter" Frau Brenner und Frau Seeholzer stellvertretende Fachpreisrichter sind. Des Weiteren äußert **Stadtrat Danke** Bedenken in Bezug auf Frau Eckert-Gmell als Fachpreisrichterin und zugleich als Geschäftsführerin der IGEWO, da hier die Gefahr der Befangenheit bestehen könnte. **Oberbürgermeister Raff** räumt die Bedenken aus und weist darauf hin, dass das Grundstück der IGEWO nur ein Bruchteil des zu überplanenden Gebietes ist. **Stadtrat Danke** möchte außerdem wissen, ob bei den Preisgerichtssitzungen Stadträte dem Prozedere als Zuhörer beiwohnen können. Grundsätzlich spreche nichts dagegen, jedoch auf Grund des ohnehin großen Gremiums halten es **Herr Kornacher** und **Oberbürgermeister Raff** für nicht sinnvoll und raten eher davon ab. Sollte aber dennoch jemand als Zuhörer dabei sein wollen, so sollte eine vorherige Absprache mit dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden der Jury erfolgen. **Oberbürgermeister Raff** betont zudem, dass die Teilnahme als Zuhörer auf Stadträte beschränkt und eine wichtige Voraussetzung die Wahrung der Vertraulichkeit ist.

Stadträtin Dr. Zierl benennt zum gemeinsamen stimmberechtigten Sachpreisrichter als Vertreter für die kleinen Fraktionen den Baureferenten Stadtrat Stangl und wünscht sich, dass dieser bei künftigen Wettbewerben automatisch gesetzt wird.

Entwurf

Auf entsprechende Fragen von **Stadträtin Fröhlich** schlägt **Herr Kornacher** u.a. vor, anstelle der einzeln genannten Berufsbeispiele auf die von Wirtschaftswissenschaftler festgestellten elf Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft zu verweisen. Das Thema Stadtmuseum ist ein Diskussionswunsch gewesen und hinsichtlich der Mobilitätsstationen rät **Herr Kornacher** davon ab, diesbezüglich auf das Landkreisprojekt zu verweisen, da dies erst noch beschlussmäßig behandelt werden muss. Stadträtin Fröhlich hält es aber dann für sinnhafter, bei den. Mobilitätsstationen circa einzufügen.
Stadtrat Schmetz hält exakte Zahlenangaben für Mobilitätsstationen und Fahrradabstellplätzen für überzogen und schlägt als Formulierung vor „Es müssen ausreichend Stellplätze für Fahrräder und Car-Sharing ausgewiesen werden." Zudem hält er den Maßstab von 4 Fahrradabstellplätzen je 90 m² BGF für zu hoch angesiedelt.
Noch weniger gefällt ihm allerdings, dass bei der vorgeschlagenen neuen Brücke über den Obermühlenkanal vom Schlachthof zum Taubenhaus die Formulierung beibehalten wurde „Zusätzlich zur Querungsfunktion kann die Brücke auch hochbaulich umgesetzt werden.", da angesichts einer Breite von 3 m und einer Tonnagebeschränkt von 7,5 t seiner Meinung nach eine wenig sinnvolle Überbauung realisierbar ist und darauf verzichtet werden sollte und bittet hierüber abzustimmen. **Herr Kornacher** weist darauf hin, dass der Fahrbahnbereich 3 m breit ist, ein überbaubarer Brückenbereich bis zu 10 m allerdings vorstellbar ist und betont, dass dieser Punkt eine Grundidee und Absicht des Wettbewerbes ist, um eine bestimmte Entwicklungen nehmen zu können. Auf die Stellplätze und Fahrradstellplätze Bezug nehmend, sind diese aus dem entsprechend zutreffenden Bereich der Innenstadtstellplatzsatzung entnommen, um im Wettbewerb vergleichbare Verhältnisse zu schaffen.

Stadtrat Stangl bezieht sich ins seiner Wortmeldung insbesondere auf die Ziffer 6 des Beschlussvorschlages sowie die unter Punkt 2 und 3 des Sachantrages Nr. 84 dringend erforderlichen Baumaßnahmen im alten Schlachthof und rät davon ab, hierfür die Ergebnisse des Wettbewerbes abzuwarten. Er könne sich durchaus damit einverstanden erklären, wenn zunächst die notwendigsten Maßnahmen durchgeführt werden und schlägt vor, sich schon jetzt mit dem Landesamt für Denkmalschutz ins Benehmen zu setzen. Ebenso sollte es kein Problem sein, die unter Punkt 3 gewünschte Erhöhung der Stromanschlussleistung für das Gebäude zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Raff erklärt, dass in Absprache mit dem Vorstand von Subkultur mit den im Haushalt noch verfügbaren Mitteln Maßnahmen durchgeführt wurden und werden, um Veranstaltungen abhalten zu können. **Herr Uehlein** ergänzt, dass die momentanen Maßnahmen ein reines Bewahren der Bausubstanz ist. Weitergehende Ausbauten würden eine Komplettsanierung erforderlich machen, jedoch muss hierfür die Gesamtentwicklung und Art der Nutzungen des Schlachthofumfeldes klar sein muss.

Nach weiterer Diskussion mit Wortmeldungen von **Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg**, **Stadträtin Fröhlich**, **Stadtrat Dr. Rothenberger**, **Stadtrat Schilling** und **Stadträtin Dr. Zierl** den Punkt 1 des Sachantrages Nr. 84 sowie der Frage, wie mit dem alten Schlachthof weiter verfahren werden soll, besteht mit dem Vorschlag von **Stadtrat Droth**, den letzten Satz der Ziff. 6 des Beschlussvorschlages „Der Punkt 1 des Sachantrages Nr. 84 gilt hiermit als behandelt." zu streichen Einverständnis.

Stadtrat Schmetz weist darauf hin, dass den unter Ziff. 1 des Beschlussvorschlages „in der Auslobung (s. Anlage 2) unter Teil II eingearbeiteten Änderungen .... **zugestimmt** und nicht wie vorgeschlagen „zur Kenntnis genommen" werden muss.

Sitzungsprotokoll

Außerdem beantragt er, im Teil II – Wettbewerbsaufgabe / Entwurfsanforderungen Seite 64 unter Brücken und Wegeverbindungen / Über Obermühlenkanal vom Schlachthof zum Taubenhaus/Bullachstraße den letzten Satz „Zusätzlich zur Querungsfunktion kann die Brücke auch hochbaulich umgesetzt werden." Zu streichen. Der Antrag wird mit 2 : 12 Stimmen abgelehnt.

Stadtrat Droth weist darauf hin, dass auf Seite 8 des Auslobungstextes noch zwei ständig anwesende stellvertretende Sachpreisrichter zu benennen sind. **Herr Kornacher** kann sich vorstellen, dass die Vertreter der kleineren Fraktionen, die ohne Stimmrecht anwesend sind, für den Fall der Abwesenheit eines Sachpreisrichters in eine stimmberechtigte Funktion nachrücken.
Oberbürgermeister Raff bittet die Fraktionen bis zur nächsten Stadtratssitzung, die noch zu besetzenden Stellen durch die FW, FDP, ÖDP und Die Partei&Frei zu benennen.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen zu den Beschlussziffern 1 und 6 ergeht folgender

geänderter Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

1. **Den** in der Auslobung (s. Anlage 2) unter Teil II eingearbeiteten Änderungen (blau markiert) auf Grundlage des Beschlusses vom Planungs- und Bauausschuss vom 10.01.2019 **wird zugestimmt**.
2. Dem beigefügten Entwurf des Auslobungstextes unter *Teil I Allgemeine Bedingungen* für den städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb gemäß der RPW-Richtlinien für den Bereich der Aumühle und Lände wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Auslobungstext redaktionelle Änderungen im Rahmen der Beschlusslage vorzunehmen.
4. Die in Anlage 6 dargestellten Ergebnisse der am 21. Februar 2019 durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltung werden zur Kenntnis genommen und sollen dem Auslobungstext im Anhang hinzugefügt werden.
5. Dem im Sachvortrag vorgeschlagenen Auswahl- und Zuschlagsverfahren, den Auswahl- und Zuschlagskriterien sowie dem Auswahlgremium wird zugestimmt.
6. Der Sachantrag Nr. 84 wird aufgegriffen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen, wenn die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens vorliegen.

Ja-Stimmen:14 **14**
Nein-Stimmen: **0**

Abschließend erfolgt die Wahl eines Brucker Bürgers, der am Preisgericht als sachverständiger nicht stimmberechtigter Berater teilnehmen soll. Im Rahmen der Bürgerinfo-Veranstaltung am 21.02.2019 haben laut **Herrn Pohl** insgesamt 27 Bürger hierfür ihr Interesse bekundet. Nachdem sich auch zwei Vertreter des Umweltbeirates für die Wahl zur Verfügung gestellt haben, jedoch diese bereits als Umweltbeiratsmitglieder im Preisgericht vertreten sind, werden diese beiden Bürger von der Wahl ausgeschlossen.

Entwurf 12.2020

Als neutrale Person wird nun Herr Salger von der Fürstenfeldbrucker SZ gebeten, die Ziehung der Lose zu übernehmen. Gezogen werden Caroline Danke sowie als ihre Stellvertreter Thomas Brückner und Frau Aline Pronnet.

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 12.06.2019

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

Hv. Reiß
Pl - Pohl

Auszug
aus der Niederschrift über die
54. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 10.01.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Tommy Beer; Herr Karl Danke; Herr Markus Droth; Herr Christian Götz; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Christian Stangl; Herr Georg Stockinger; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 2	**Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext**

Sachvortrag:

Oberbürgermeister Raff verweist auf die den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage dienende und bereits zur PBA-Sitzung am 14.11.2018 ausgereichte Beschlussvorlage Nr. 1583/2018 vom 10.08.2018 (Anlagen: Beschlussbuchauszüge, Lageplan Wettbewerbsumgriff, Kostengegenüberstellung RPW-Verfahren, VgV, Mehrfachbeauftragung, Auslobungstext Entwurf Büro Schober, Anforderungsplan Entwurf vom Stadtplanungsamt) und bedankt sich bei Frau Hummel und Frau Lang vom Büro Schober sowie bei Herrn Pohl von der Stadtplanung für die sehr gute und umfangreiche Ausarbeitung des Auslobungstextes. Zum weiteren Vorgehen schlägt er vor, den mehrseitigen Entwurf des Auslobungstextes Seite für Seite durchzuarbeiten und die entsprechenden Vorschläge/Anregungen/Anträge jeweils einzubringen.

Nach Ausführungen von **Herrn Kornacher** sowie von **Frau Lang** (Büro Schober) sprechen sich in der anschließenden Diskussion die Ausschussmitglieder mehrheitlich dafür aus, den städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb nach RPW-Verfahren durchzuführen.

Für **Prof. Dr. Wollenberg** ist in erster Linie die Konzeption einer zielgerichtet anzusiedelnden Kreativwirtschaft entscheidend und im zweiten Schritt die bauliche Planung. Gleichzeitig würde er es zu Gunsten der Kreativität begrüßen, den Auslobungstext evtl. etwas zu kürzen.

2. Bürgermeister Götz regt an, den Bereich des nördlichen Stadtwerkeareals in den Realisierungsteil aufzunehmen, da hier zumindest auch eine Art Rückbau stattfindet wie z.B. in Form von Entsiegelung. Auch **Oberbürgermeister Raff** spricht sich dafür aus, den gesamten nördlichen Bereich bis hin zum Kanal einschl. Tennisplätze aufzuneh-

Original Textrahmen 2020

men und weist auf die Förderinitiative „Flächenentsiegelung“ hin, im Rahmen dessen Entsiegelungsprämien beantragt werden können.

Stadtrat Heimerl erachtet es für sinnvoll, den Silbersteg als zusätzliche Verkehrsverbindung von der Schöngeisinger Straße in den Umgriff aufzunehmen. Bezug nehmend auf das Wettbewerbsverfahren schlägt er vor, vor einer endgültigen Beschlussfassung des Auslobungstextes im Stadtrat eine Bürgerbeteiligungsveranstaltung durchzuführen und die eingebrachten Bürgeranregungen redaktionell in die Beschlussvorlage einzuarbeiten.

Herr Kornacher erklärt, dass sich die Honorare an den zu überplanenden Flächen orientieren und deshalb der denkmalgeschützte Silbersteg, welcher wenig Veränderungspotenzial bietet, nicht aufgenommen wurde, um möglichst Kosten zu vermeiden. Auch ist aus diesem Grund der im Vorfeld debattierte Stadtpark nicht einbezogen worden, da auch hier keine für dieses Konzept wirksamen Veränderungen gesehen werden. **Frau Hummel** ergänzt, dass der Planer, auch wenn der Silbersteg nicht im Umgriff enthalten ist, diesen im Blickfeld haben wird, nachdem auch die Wegeverbindung mehrmals im Text beschrieben wird. Eine Bürgerbeteiligung vor bzw. nach dem Wettbewerbsverfahren ist aus Sicht von **Herrn Kornacher** nicht schädlich.

Stadträtin Dr. Zierl regt die Durchführung eines 2-stufigen RPW-Verfahrens an, nachdem hier die Möglichkeit besteht, in der Mitte des Verfahrens eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Des Weiteren schlägt sie vor, den Umgriff des Realisierungsteiles um die im Ideenteil enthaltenen Brücken (Auf der Lände, neu zu schaffende Wegebeziehung über die Amper Richtung Schöngeisinger Straße, Verbindung zwischen den beiden Wettbewerbsteilen Aumühle und Lände/Seufzerbrücke) zu erweitern. Außerdem regt sie an, dem Auslobungstext eine zusätzliche Karte hinzuzufügen, in welcher die weiteren Wegebeziehungen und auch Parkmöglichkeiten der umliegenden Bereiche aufgeführt sind.

Sowohl **Frau Hummel** als auch **Herr Kieser** verdeutlichen, dass rein theoretisch ein 2-stufiges Verfahren möglich ist. Allerdings würde dies bedeuten, dass der heute vorgelegte Auslobungstext in zwei verschiedene Auslobungstexte aufgearbeitet werden müsste. Zudem rät Frau Hummel auf Grund der komplexen Inhalte von einer Bürgerbeteiligung in der Mitte des Verfahrens ab. Auch **Herr Kornacher** sieht in einem 2-stufigen Verfahren momentan nicht den richtigen Weg, nachdem es letztendlich noch nicht um konkrete Bauvorhaben geht, sondern darum, zunächst ein städtebauliches Konzept zu gewinnen. Ähnlich wie Frau Hummel ist er der Ansicht, bevor der Stadtrat die Aufgabenstellung beschließt eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Abhängig von der Anzahl der Äußerungen könne dann über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich einer erneuten Behandlung im Ausschuss oder direkt im Stadtrat entschieden werden.

In seiner Wortmeldung schließt sich **Stadtrat Schmetz** zunächst seinen Vorrednern hinsichtlich des Verfahrens an bevor er dafür plädiert, den Silbersteg in den Wettbewerbsumgriff aufzunehmen.

Als Referent für Bürgerbeteiligung unterstützt **Stadtrat Dr. Ströhle** den Vorschlag von Stadtrat Heimerl, vor Beschlussfassung im Stadtrat eine Bürgerbeteiligung durchzuführen und schlägt vor, per Losverfahren einen interessierten Bürger in die später zu besetzende Jury aufzunehmen.

Entwurf

Für **Stadtrat Stangl** ist es wichtig und deshalb unterstützt er dahingehend auch Stadträtin Dr. Zierl, dass die bebaute Brücke unbedingt in den Realisierungsteil aufgenommen wird, ebenso wie der Bereich des nördlichen Stadtwerkeareals.

Auf entsprechende Frage von Stadträtin Dr. Zierl verdeutlichen **Herr Kornacher** und **Herr Kieser** nochmals die Vor- und Nachteile der Verfahren und weisen ausdrücklich darauf hin, dass das gewählte Verfahren konsequent eingehalten werden muss und mit anderen Verfahren nicht vermischt werden darf, da ansonsten auch jegliche Förderung der Regierung verloren geht.

Beginnend mit Seite 20 steigt nunmehr der Ausschuss in die Beratung der Wettbewerbsaufgabe ein.

Teil II – Wettbewerbsaufgabe / Vorausgehende Erläuterungen

Seite 20 Absatz 3
Stadträtin Dr. Zierl weist darauf hin, dass die Bezeichnung „Auf der Lände" richtigerweise in „Aumühle" umbenannt werden muss.

Seite 25 Verkehrsplanung / Ruhender Verkehr
Für **Stadträtin Dr. Zierl** steht die Angabe für die Stadtbibliothek: mindestens 29 Stellplätze im Widerspruch mit der Aussage in der Entwurfsaufgabe, wonach für die Stadtbibliothek 12 Stellplätze vorgesehen sind.
Frau Hummel und **Frau Lang** erklären, dass diese Angaben Inhalt des Verkehrskonzeptes sind und als Empfehlung des Verkehrsplaners zu verstehen ist, die Entwurfsaufgabe ist jedoch eine andere. **Herr Kornacher** schlägt vor, an dieser Stelle einen Kommentar anzubringen und klarzustellen, dass es nicht um die Aufgabenstellung geht.

Herr Tscharke, Vors. des Umweltbeirates bezieht sich auf den zweiten Spiegelstrich auf S. 25 und des in Klammern gesetzten Wortlautes ‚keine Berücksichtigung durch die Wettbewerbsteilnehmer notwendig'. Im Hinblick auf die von den Stadtwerken auf dem Gelände der Aumühle betriebenen Tankstelle bittet er darum, den Wortlaut zu ändern und aufzunehmen, dass dies im Rahmen der Planungen aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen berücksichtigt werden soll. **Frau Hummel** erklärt, dass die Schadstoffbelastung nicht Angelegenheit des Planers ist, sondern als entsprechende Vorgabe für den Bebauungsplan getroffen werden muss. **Stadtrat Droth** fügt hinzu, dass im Rahmen des konkreten Bauprojektes das Thema Schadstoffbelastung ohnehin abgefragt wird.

Seite 27 / Stellplatzsatzung
Stadträtin Dr. Zierl bittet darum die Vorfestlegung je 80 m² GF: 1 Stellplatz für jegliche Nutzung zu streichen. Ebenso sieht sie Diskussionsbedarf hinsichtlich des letzten Satzes zur Fahrradabstellplatzsatzung.
Nach kurzer Aussprache besteht seitens der Ausschussmitglieder Einigkeit, diese Themen zurückzustellen und anschließend im Rahmen der Entwurfsaufgabe zu diskutieren.

Seite 29 / Restaurant „Auf der Lände"

ÖFFENTLICH

Herr Tscharke verdeutlicht, dass nach Ansicht des Umweltbeirates das Restaurant „Auf der Lände" auf Grund seines Zustandes nicht erhaltenswert ist und sich hier die Möglichkeit ergeben würde, den Bereich auf der Lände zu überplanen und stattdessen Wohnraum zu schaffen. Deshalb beantragt er, den Satz „Die Gastronomie wird von den Fürstenfeldbruckern gut angenommen uns soll erhalten bleiben" zu streichen.
Oberbürgermeister Raff befürchtet bei einem Abriss großen Widerstand seitens der Bevölkerung. **Herr Mack**, Vorsitzender des Sportbeirates macht darauf aufmerksam, dass dieses Gebäude zudem das Vereinsheim des TUS ist. **Herr Kornacher** berichtet, dass lt. Aussage des zuständigen Sachgebietes 24 „Immobilienmanagement" das Gebäude aus bautechnischer Sicht in Ordnung ist und demzufolge erhalten bleiben sollte.
Stadtrat Beer regt an, eine Formulierung zu finden, wonach das Vereinsheim erhalten bleiben kann, aber auch an anderer Stelle ein neues Vereinsheim entstehen könnte.
Nachdem die Stadträte Schmetz, Schilling und Dr. Ströhle eher von einem Abriss und Neubau an anderer Stelle abraten, stellt **Oberbürgermeister Raff** den Antrag von Herrn Tscharke unter Berücksichtigung der von Stadtrat Beer vorgebrachten Anregung zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 2 : 13 Stimmen abgelehnt.

Seite 30/Taubenhaus
Stadtrat Heimerl bittet darum, anstelle des Wortes „geplant" die Bezeichnung „angedacht" zu verwenden.

Seite 33 / St. Leonhard (Leonhardi-Kirche)
Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg weist darauf hin, dass Eigentümer nicht die Katholische Kirche sondern die Stadt Fürstenfeldbruck ist und bittet um redaktionelle Änderung.

Seite 38 / Ausgleichsflächen Flurnummer 1500/3
2. Bürgermeister Götz bittet darum, den vorletzten Punkt zu streichen, da die Fläche nicht vom Fischereiverein genutzt wird.

Seite 45 / Fuß- und Radwege in der Nähe des Wettbewerbsgebietes
Stadträtin Dr. Zierl bittet darum, einen Plan beizufügen, in welchem die Fußwegebeziehungen und Anbindungen sowie die Parkmöglichkeiten in der Nähe des Wettbewerbsgebietes dargestellt sind.

Seite 45 / Wegerecht (Fl.Nr. 1487/14)
Stadträtin Dr. Zierl hält eine maximale Breite für den Fuß- und Radweg für zu schmal und regt deshalb an, die Breite offen zu lassen. **Herr Kornacher** erklärt, dass über die 2 m Breite eine rechtliche Sicherung besteht und empfiehlt, dass bei Mehrbedarf in Folge des Wettbewerbsergebnisses eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden müsste.

Stadtrat Danke bittet um Aufnahme der seit Jahren angedachten Brückenverbindung (Steg) von der Kneippinsel zur Ledererstraße. Nachdem diese Wegeverbindung lt. **Herrn Kornacher** auch seit Jahren als langfristiges Projekt im Jahresantrag Städtebauförderung enthalten ist, wird dieses Projekt auch in die Planungen aufgenommen.

17.12.2020 Stadtrat

Seite 45 / Stellplätze
Stadträtin Dr. Zierl bittet um Überprüfung der Gesamtzahl der Stellplätze, da sie anstelle der genannten 146 nur 136 errechnet hat.

Seite 48 / Geplantes Kreativquartier im Umland
Stadtrat Heimerl hinterfragt die Planungsüberlegungen östlich der Münchner Straße für ein urbanes Kreativquartier. Nachdem es sich hier um ein Missverständnis handelt und um Irritationen auszuschließen, wird die Bezeichnung Kreativwirtschaft herausgenommen und eine relativierende Formulierung angeregt.

Teil II – Wettbewerbsaufgabe / Entwurfsanforderungen

Seite 50 / Planungsziel
Stadträtin Dr. Zierl beantragt zu dem Ziel „Vernetzung und Ausweitung des Wegenetzes und damit Attraktivierung des Fuß- und Radverkehrs" den in Klammern gesetzten Zusatz (autoarmes Quartier). Dem Antrag wird mit 8 : 6 Stimmen (StR Schilling ist bei der Abstimmung nicht anwesend) zugestimmt.

Ein weiterer Antrag von **Stadträtin Dr. Zierl**, das Ziel „auf städtebau- und Gebäudeebene den Verbrauch von Energie zu reduzieren, Ressourcen zu schonen und erneuerbare Energien zu nutzen" um den in Klammern gesetzten Zusatz (klimaneutrales Quartier) zu ergänzen wird mit 4 : 11 Stimmen abgelehnt.

Um das Zusammenleben zu fördern regt **Stadtrat Heimerl** an, das Ziel „Erholungsraum für alle" zu erweitern und das Thema Treffpunkte bzw. Quartiersplätze mit unterzubringen. **Herr Kurp**, Vorsitzender des Seniorenbeirates schlägt vor die Bezeichnung „Kommunikationstreffpunkt" aufzunehmen vor. **Frau Hummel** wird eine entsprechende Formulierung einarbeiten.

Seit 51 / Übergeordnete Erschließung motorisierter Verkehr – St. Leonhardsplatz
Stadtrat Schmetz beantragt, den letzten Satz „Vorhandene Stellplätze sollen erhalten bleiben" zu streichen. Dem Antrag wird mit 8 : 7 Stimmen zugestimmt. Auf den Hinweis von **Frau Hummel**, dass zu den bestehenden Stellplätzen eine Aussage getroffen werden muss, ergibt sich eine kurze Diskussion. Daraufhin beantragt **2. Bgm. Götz** folgende Formulierung aufzunehmen „Die vorhandenen Stellplätze stehen zur Disposition." Dem Antrag wird mit 11 : 4 Stimmen zugestimmt.

Bezugnehmend auf die Formulierung „Eine Verbindung von Lände und Aumühle für PKW ist nicht gewünscht" möchte **Oberbürgermeister Raff** sehr wohl eine Verbindung beispielsweise auch für Rettungsfahrzeuge sichergestellt haben. **Herr Pohl** verweist auf entsprechende Aussagen auf den nächsten Seiten. Frau Hummel wird die Formulierung anpassen.

Seite 52 / Stellplatznachweis allgemein
Übergreifendes Parkraumkonzept (als Stellplatznachweis)
Stadtrat Heimerl bittet darum, in Zeile 3 das Wort „kann" in „soll" umzuformulieren. Damit besteht seitens des Ausschusses Einverständnis.

öffentlich

Stadtrat Danke bittet darum, als zusätzliche Wegebeziehung eine Brückenverbindung von der Kneipp-Insel Richtung Ledererstraße aufzunehmen. Damit besteht seitens des Ausschusses Einverständnis.

Stadträtin Dr. Zierl beantragt, den zweiten Punkt „eine Wegebeziehung mit neuer Brücke von der Lände auf das Grundstück Fl.Nr. 1500/3…" zum Schutz der Ausgleichsfläche ersatzlos zu streichen. Dem Antrag wird mit 9 : 6 Stimmen zugestimmt.

Stadtrat Stangl beantragt, den Stellplatzschlüssel auf 90 m² pro 1 Stellplatz für jegliche Nutzung festzulegen. Dem Antrag wird mit 11 : 4 Stimmen zugestimmt.

Auf Anregung von **Oberbürgermeister Raff** wird der letzte Satz „Wo keine gegenteiligen Aussagen getroffen werden, sind auch mehrgeschossige Tiefgaragen möglich, im Hinblick auf den wirtschaftlichen Mehraufwand aber nicht wünschenswert." gestrichen.

Fahrradstellplätze
Stadtrat Stangl bittet darum, den letzten Satz „Ein ausdrücklicher Nachweis wird jedoch nicht gefordert." zu streichen. Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Seite 53 / Mobilitätsstationen
Stadträtin Dr. Zierl schlägt sowohl für den Bereich Aumühle als auch für den Bereich Lände zentral gelegen jeweils eine große Mobilitätsstation (20 Fahrradabstellplätze und 5 Carsharing-Stellplätze) vor und die Mobilitätsstation für den Leonhardsplatz zu streichen. **Herr Kornacher** hält eine Begrenzung auf 2 Mobilitätsstationen für sinnvoll und sichert zu, eine entsprechend grobe Größenangabe im überarbeiteten Text vorzugeben. Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Seite 53 / Barrierefreiheit
Stadträtin Dr. Zierl bittet anstatt „soweit möglich" die Formulierung „weitestgehend" zu verwenden.

Seite 54 / Erlebnis Wasser
Stadtrat Danke bittet, den Satz „Schwimmen soll jedoch nicht aktiv gefördert werden" positiver zu formulieren z.B. „Schwimmen soll möglich sein". Nach kurzer Aussprache beantragt **Stadtrat Heimerl** die Streichung des Satzes. Dem Antrag wird mit 13 : 2 Stimmen zugestimmt.

Seite 57 / Kindertagesstätte
Stadträtin Dr. Zierl beantragt anstatt der Kindertagesstätte mit 2 Gruppen ohne Krippe ein Kinderhaus mit 2 Kindergartengruppen und 2 Krippengruppen (insgesamt ca. 75 Kinder) einzuplanen. Dem Antrag wird mit 12 : 3 Stimmen zugestimmt.

Stand: 11.11.2020

Seite 58 / Vereinsheim
Herr Magg, Vorsitzender des Sportbeirates bittet darum anstatt Vereinsheim einen anderen Begriff zu verwenden. Ebenso sollte geklärt werden, ob eine Gesamtfläche von 500 m² und eine Mehrgeschossigkeit erforderlich ist.

Stadtrat Dr. Ströhle formuliert folgenden Textvorschlag: „Für die „Razorbacks", die im Football-Stadion ihre Spiele austragen, ist in der Nähe ein Gebäude für einen Lagerraum, ein kleines Büro und Umkleiden mit sanitären Anlagen zu planen. Des Weiteren wird eine öffentlich zugängliche WC-Anlage benötigt, deren Größe für mehrere 100 Zuschauer ausreichend sein muss." Nach kurzer Aussprache wird sich darauf geeinigt, seitens des zuständigen Sachgebietes 11 die Wünsche des Vereins abklären zu lassen.

Seite 61 / Rettungswege, Ver- und Entsorgung
Stadträtin Dr. Zierl bittet zu prüfen, ob die Formulierung „Das Gebiet liegt außerhalb der gesetzlichen Hilfsfrist,..." auch im Hinblick auf eine zweite Feuerwache noch zutreffend ist.

Seite 63 / Freiflächen
Ähnlich wie im Bereich Auf der Lände soll nach Ansicht von **Stadträtin Dr. Zierl** auch im Bereich der Aumühle ein öffentlicher multifunktionaler Platz (Quartiersplatz) für Kommunikation geschaffen werden.

Seite 63 / Rettungswege
Stadträtin Dr. Zierl weist darauf hin, dass hier ebenfalls die Hilfsfrist zu prüfen ist.

Seite 66 / neue Brücken, Wegerechte
Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg weist auf das im Taubenhaus befindliche historische Wasserelektrizitätswerk hin und regt an, diesbezüglich eine Aussage zu treffen. **2. Bürgermeister Götz** schlägt vor, redaktionell das Turbinenhaus aufzunehmen und darauf hinzuweisen, dass ein Betreiben nicht ausgeschlossen wird. Damit besteht Einverständnis.

Seite 66 / Über den Obermühlenkanal zur Ausgleichsfläche (Fl.Nr. 1500/3
Herr Tscharke weist darauf hin, dass die Wegebeziehung mit neuer Brücke auf das Grundstück Fl.Nr. 1500/3 bereits auf Seite 52 gestrichen wurde und somit dieser Absatz ebenfalls gestrichen werden kann.

Seite 66 / Wegerecht Flurnummer 1487/14
Bezugnehmend auf Seite 45 des Auslobungstextes weist **Stadträtin Dr. Zierl** erneut darauf hin, dass zwar ein 2 m breites bestehendes Wegerecht vorhanden ist, jedoch gern 3 m Wegbreite wünschenswert wären.

Stadtrat Heimerl bittet darum, im abschließenden Beschluss eine weitere Ziffer aufzunehmen, nach welcher vor Vorlage des Auslobungstextes im Stadtrat eine Bürgerbeteiligung vorzusehen ist.

Genehmigt 15.12.2020

Nach weiterer Aussprache hinsichtlich einer Bürgerinformation ergeht folgender

geänderter Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

1. In Verfolgung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2012 (Grundsatzbeschluss) wird dem beigefügten Entwurf des Auslobungstextes (Teil II Wettbewerbsaufgabe) für den städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb gemäß der RPW-Richtlinien für den Bereich der Aumühle und Lände zugestimmt.

   Ja-Stimmen: 13
   Nein-Stimmen: 2

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Auslobungstext redaktionelle Änderungen im Rahmen der Beschlusslage vorzunehmen

   Ja-Stimmen: 15
   Nein-Stimmen: 0

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen politischen Gremien einen Vorschlag bezüglich des geplanten Bewerbungsverfahrens der teilnehmenden Büros, der Bewertungskriterien sowie der Auswahljury vorzulegen.

   Ja-Stimmen: 15
   Nein-Stimmen: 0

4. **Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Vorlage im Stadtrat sowie nach Abschluss des Verfahrens jeweils eine Bürgerinformation durchzuführen.**

   Ja-Stimmen: 15
   Nein-Stimmen: 0

Stadtarchiv 15.7.2020

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.03.2019

R. Schmid

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Hv. Rbl

Auszug
aus der Niederschrift über die
53. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 17.12.2018

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Erhard Baumann; Herr Karl Danke; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Michael Piscitelli; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Georg Stockinger; Herr Dr. Andreas Ströhle; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Jan Halbauer; Herr Franz Höfelsauer; Frau Hermine Kusch;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4	**Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext**

Sachvortrag:

Mit Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit hat **Oberbürgermeister Raff** den Eindruck, dass nicht mehr die große Bereitschaft, diesen Punkt abschließend und detailliert zu behandeln, vorherrscht. Im Falle einer Vertagung kündigt er als Ausweichtermin Montag, den 10. Januar 2019 an.

Des Weiteren berichtet **Oberbürgermeister Raff**, dass von Seiten des Umweltbeirates gefordert wurde, im Vorfeld einen runden Tisch zu etablieren. Er spricht sich vehement dagegen aus und bezweifelt, dass ein mit ca. 20 – 25 Personen zu besetzendes Gremium zielführend ist. Er ist der Ansicht, dass der Ausschuss mit dem von der Verwaltung und dem Planungsbüro sehr gut ausgearbeiteten Entwurf, genügend Sachverstand besitzt, um ohne den runden Tisch den Auslobungstext auf den Weg zu bringen. Nachdem auch zu klären ist, welches Planungsverfahren verfolgt werden soll, erläutert **Herr Kieser** die auf Seite 5 der Beschlussvorlage aufgezeigten Vor- und Nachteile der in Betracht kommenden 3 Verfahren. Aus juristischer Sicht ist ihm extrem wichtig darauf hinzuweisen, dass, sobald man sich für ein Verfahren entschieden hat, dieses konsequent eingehalten und mit anderen Verfahren nicht gemischt wird.

Herr Kornacher rät in seinen Ausführungen, sich für einen Wettbewerb nach RPW-Verfahren zu entscheiden, nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern weil letztendlich die größte Chance besteht, eine gute Lösung mit hoher Qualität zu erzielen.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Stadträtin Dr. Zierl** und **Stadtrat Schmetz** zum Planungsverfahren sowie zur Öffentlichkeitsbeteiligung ist **Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg** der Auffassung, dass vor einer Diskussion über das Wettbewerbsverfahren zunächst über die Gestaltung des Areals diskutiert werden muss. Deshalb hält er auch die Einberufung eines runden Tisches für nicht notwendig.

Original
Ratsprotokoll

Nachdem der Vorsitzende des Umweltbeirates Herr Tscharke die Gründe für die Forderung nach einem runden Tisch verdeutlicht, besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis dahingehend, dass ein runder Tisch nicht etabliert wird. Es wird festgelegt, dass zu der am 10.01.2019 zusätzlich stattfindenden Planungs- und Bauausschuss-Sitzung ausschließlich der Punkt „Städtebaulicher Realisierungswettbewerb Aumühle und Lände“ auf die Tagesordnung gesetzt wird. Hierzu werden jeweils ein Vertreter aller Beiräte (Senioren-, Umwelt-, Behinderten-, Sportbeirat, Stadtjugendrat) eingeladen.

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 16.01.2019

R. Schmid

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

HV, PC 61

Auszug
aus der Niederschrift über die
51. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 14.11.2018

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Erhard Baumann; Herr Tommy Beer; Herr Karl Danke; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Michael Piscitelli; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Christian Stangl; Herr Georg Stockinger; Herr Dr. Andreas Ströhle; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Franz Höfelsauer;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil im Bereich der Aumühle und Lände - Beschluss Auslobungstext**

Dieser Tagesordnungspunkt kommt nach § 32 Abs. 10 GeschO (Begrenzung der Sitzungsdauer) nicht mehr zur Beratung.

37

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 06.12.2018

R. Schmid

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtarchiv 15.12.2020

Auszug
aus der Niederschrift über die
55. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 25.09.2012

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Sepp Kellerer;
Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Hans Schilling;
Stadträte:
Herr Claus Appelt; Herr Herwig Bahner; Herr Erhard Baumann; Frau Anke Bille; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Reiner Dieffenbach; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Herr Klaus-Peter Ernst; Frau Gabriele Fröhlich; Frau Karin Geißler; Frau Elisabeth Greiner; Herr Franz Höfelsauer; Frau Beate Hollenbach; Frau Dr. Birgitta Klemenz; Herr Dr. Andreas Kurz; Herr Axel Lämmle; Herr Andreas Lohde; Herr Ludwig Lösch; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Klaus-Josef Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Michael Probst; Herr Erich Raff; Frau Maria Röhl; Herr Walter Schwarz; Herr Simon Sperger; Herr Christian Stangl; Herr Karlheinz Stoklossa; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Herr Klaus Zieglmeier;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4 Städtebaulicher Ideen- und Realisierungswettbewerb an der Aumühle; Grundsatzbeschluss

Sachvortrag:

Auf die Beschlussvorlage Nr. 0786/2012 vom 12.09.2012 (Anlagen: Umgriff Wettbewerb Aumühle 31.05.2012, Beschlussbuchauszug Vorlage Nr. 543/2011/StR 26.07.2011, Protokollauszug PBA 25.06.2012) wird verwiesen.

Mit dem angestrebten Standortwechsel der Stadtwerke GmbH kann das Areal der Aumühle einer anderen Nutzung (überwiegend Wohnbebauung) zugeführt werden. Die parallelen Planungsüberlegungen zur städtebaulichen Neuordnung der Lände im Zusammenhang mit der Verlagerung des Bauhofes bieten dazu die Gelegenheit, diesen Bereich ebenfalls zu überplanen. Im Bereich der Lände soll ein Mischgebiet mit Kleinkunst, Jugendkultur, Gastronomie, nicht störendem Gewerbe, vorrangig aus dem Bereich der sog. Kreativwirtschaft und bestehendem Wohnen entwickelt werden. Aufgrund der besonderen Lage sowohl am Innenstadtrand als auch in den Amperauen hält die Verwaltung einen Wettbewerb für das geeignete Instrument, eine möglichst qualitätvolle Bebauung zu erreichen, die auch geeignet ist, die südliche Innenstadt insgesamt zu stärken. Damit soll eine dauerhafte städtebaulich sinnvolle Integration des Planungsgebietes „Stadtwerkeareal" sichergestellt sowie neue Ideenimpulse für die Umgestaltung der Lände und des Umfeldes gewonnen werden. Es wird vorgeschlagen, das Wettbewerbsgebiet in einen Ideenteil und einen Realisierungsteil zu teilen. Der Realisierungsteil umfasst das Planungsgebiet „Stadtwerkeareal". In diesem sollen planerische Aussagen als Grundlage für einen aufzustellenden Bebauungsplan getroffen werden. Der Ideenteil umfasst die benachbarten Bereiche Aumühle und Teile der Bullachstraße, den Bereich der Lände sowie den südlich angrenzenden Stadtpark. In diesem sollen planerische Aussagen im Sinne eines Rahmenplans getroffen werden. Es wird vorgeschlagen, einen offenen, einstufigen Wettbewerb durchzuführen. Der zukünftige Eigentümer des derzeitigen Stadtwerkeareals südlich der Aumühle hat grundsätzlich eine Kostenbe-

teiligung an den Wettbewerbskosten (ca. 150.000 €) in Aussicht gestellt. Die Regierung von Oberbayern hat sich bereit erklärt, den Wettbewerb mit Städtebaufördermitteln zu fördern.

Der Planungs- und Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25.06.2012 für die Durchführung eines städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerbes ausgesprochen. Dabei wurde angeregt, den Wettbewerbsumgriff um das Quartier östlich der Fürstenfelder Straße, der Randzone westlich des Werkkanals sowie um den Bereich südlich der Bullachstraße auszuweiten.

Herr **Stadtrat Pleil** äußert Bedenken an einem offenen Wettbewerbsverfahren. Durch die beabsichtigte Kostenbeteiligung des Investors befürchtet er, Einflussmöglichkeiten zu geben. Er **beantragt**, Ziff. 1. des Beschlussvorschlags dahingehend (offenes Verfahren) zu ergänzen.

Das übliche Verfahren sieht lt. **Herrn Kornacher** eine entsprechende Regelung in einem städtebaulichen Vertrag mit dem von einem möglichen zukünftigen Baurecht Begünstigten vor.

Anlass für die von Herrn **Prof. Dr. Wollenberg** geäußerten Bedenken ist die Hereinnahme der kompletten Stadtparkfläche in den Wettbewerbsumgriff. Er befürchtet, dass das Areal entlang der Fürstenfelder Straße möglicherweise einer Wohnbebauung zugeführt werden könnte.

Herr **Stadtrat Ernst** plädiert dafür, keine Denkverbote auszusprechen. Er stellt in Bezug auf die Wegebeziehungen im Stadtpark eine Möglichkeit von Planüberlegungen an, die derzeitige Zufahrt zu den Stadtwerken in einer Unterfahrung des Stadtparks als Erschließung einer Tiefgarage zu realisieren.

Oberbürgermeister Kellerer sowie **Stadtbaurat Kornacher** schließen eine Wohnbauplanung im Stadtpark grundsätzlich aus. Herr Kornacher rät, den gesamten Stadtpark als räumliche Einheit im Sinne einer positiven Weiterentwicklung zur Wettbewerbsaufgabe zu stellen, um insbesondere an der Grenzlinie von der derzeitigen Bebauung der Stadtwerke zum Stadtpark hin Überlegungen zur Grün- und Freiraumstruktur zu erhalten.

Herr **Stadtrat Lämmle** erinnert daran, den Sachantrag der SPD-Fraktion, im Bereich des Stadtparks einen Kinderspielplatz einzurichten, im Wettbewerbsverfahren zu berücksichtigen.

Beschluss:

1. Für den in Anlage 1 dargestellten Bereich wird ein städtebaulicher, offener Ideen- (weiterer Bereich gemäß Anlage 1) und Realisierungswettbewerb (engerer Bereich gemäß Anlage 1) ausgelobt.

Ja-Stimmen:	**30**
Nein-Stimmen:	**5**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem zukünftigen Eigentümer des derzeitigen Stadtwerkeareals südlich der Aumühle über eine Kostenbeteiligung an den Wettbewerbskosten zu verhandeln sowie die erforderlichen Haushaltsmittel für den Haushalt 2013 zu beantragen.

Ja-Stimmen:	**32**
Nein-Stimmen:	**3**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der im Sachvortrag aufgezeigten allgemeinen Rahmenbedingungen eine Aufgabenstellung für einen städtebaulichen, offenen Ideen- und Realisierungswettbewerb vorzubereiten und den Auslobungstext dem Planungs- und Bauausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Ja-Stimmen:	**34**
Nein-Stimmen:	**1**

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 08.10.2012

Brigitte Eggert

Brigitte Eggert	gez. Sepp Kellerer
Protokollführerin	Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 2

Auszug
aus der Niederschrift über die
41. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 26.07.2011

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Sepp Kellerer;
Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Hans Schilling;
Vorsitzender, 3. Bürgermeister:
Herr Ulrich Schmetz;
Stadträte:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Claus Appelt; Herr Herwig Bahner; Herr Erhard Baumann; Frau Anke Bille; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Reiner Dieffenbach; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Herr Klaus-Peter Ernst; Frau Gabriele Fröhlich; Frau Karin Geißler; Frau Susanne Geys; Frau Elisabeth Greiner; Herr Franz Höfelsauer; Frau Beate Hollenbach; Frau Dr. Birgitta Klemenz; Herr Dr. Andreas Kurz; Herr Axel Lämmle; Herr Andreas Lohde; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Klaus-Josef Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Michael Probst; Herr Erich Raff; Frau Maria Röhl; Herr Simon Sperger; Herr Christian Stangl; Herr Karlheinz Stoklossa; Herr Jens Streifeneder; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Herr Klaus Zieglmeier;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 13	**Sachantrag Nr. 15 / SPD-Fraktion Auf der Lände: Gebiet für Kleinkunst, Jugendkultur, Gastronomie und Wohnen Sachantrag Nr. 72 / FDP-Fraktion "Kultur und Kreativwirtschaft" Punkt 2**

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Auf die Beschlussvorlage Nr. 543/2011 vom 19.05.2011 und ihre Anlagen (Sachantrag Nr. 15/SPD-Fraktion v. 10.09.2008, Protokollauszug Planungs- und Bauausschuss v. 16.10.2008, Entwurf/Rahmenplan Auf der Lände v. Oktober 2008, Schreiben H. Veith v. 17.05.2011 bzgl. Subkultur, Erklärung Subkultur v. 26.05.2011, Stellungnahme IB Greiner v. 29.09.2008, Sachantrag Nr. 72/FDP-Fraktion v. 05.07.2010, Protokollauszug Planungs- und Bauausschuss v. 07.06.2011) sowie die ausgereichte Tischvorlage (Schreiben Subkultur) wird verwiesen.

Herr **Stadtrat Lämmle** **beantragt**, Ziff. 1. der Beschlussfassung um das als Tischvorlage ausgereichte Schreiben des Vereins Subkultur als Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu ergänzen.

Prof. Dr. Wollenberg schließt sich diesem Änderungsantrag an. Außerdem **beantragt** er, Ziff. 4. des Beschlussvorschlags dahingehend zu ergänzen, die Bullachstraße in den Entwicklungsbereich für die „Kultur- und Kreativwirtschaft" mit einzubeziehen.

Frau **Stadträtin Fröhlich** spricht sich aus pragmatischen Gründen dafür aus, den Umgriff zunächst auf den Bereich Auf der Lände, als Beginn der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu beschränken und daran anschließend weitere mögliche Bereiche, wie die Entwicklung Bullachstraße und die Idee eines Gründerzentrums im Planungs- und Bauausschuss zu beraten.

Herr **Stadtrat Lohde** hebt die Gesprächsbereitschaft von Subkultur und Herrn Veith sowie das Engagement der Verwaltung und einiger Stadtratskollegen für eine einvernehmliche Lösung hervor. Er sieht in der Ansiedlung der Hochschule das Fundament für die Entwicklung des Quartiers und insbesondere die Möglichkeit, den Verbleib des Vereins im Bereich Auf der Lände dauerhaft zu sichern.

Stadtbaurat Kornacher sieht in der Erweiterung des Umgriffs auf die Bullachstraße keine städtebaulichen Nachteile. In welcher Form die Gebietsaufteilung erfolgen soll - den gesamten Bereich als ein Sondergebiet, oder die Absicht wohnverträgliche Betriebe aus der Kultur- und Kreativwirtschaft in einem Teil eines Wohn- oder Mischgebiets zu realisieren -, ist detailliert im Planungs- und Bauausschuss zu diskutieren.

Herr **Stadtrat Bosch** fordert im Hinblick darauf, dass der Bauhof mit dem Umzug von Subkultur in die Gärtnerhalle eine beheizte, frostfreie Fläche von annähernd 1.300 m² verliert, zeitnah ein adäquates Ersatzquartier für die Gärtnerei. Er bittet, die Planung für den kompletten Umzug des Bauhofs zielstrebig voranzutreiben.

Herr **Stadtrat Bahner** stimmt dem Antrag von Herrn Prof. Dr. Wollenberg grundsätzlich zu und schlägt vor, Ziff. 4. des Beschlusses mit dem Satz „Entsprechende Zielsetzungen gelten auch für die Bullachstraße" zu ergänzen.

Herr **Stadtrat Baumann** unterstützt die Anträge der Stadträte Lämmle und Prof. Dr. Wollenberg sowie die Forderung von Herrn Stadtrat Bosch, die Verlagerung des Bauhofs mit Aufstellung eines Bebauungsplans zügig voranzutreiben. Beschlussziffer 3. des nachfolgenden Tagesordnungspunktes ist entsprechend zu ändern.

3. Bürgermeister Schmetz tritt dafür ein, die Bullachstraße bereits jetzt in den Umgriff mit einzubeziehen.

Herr **Stadtrat Lohde** stimmt Herrn Stadtrat Baumann zu, Ziff. 3. des Tagesordnungspunktes 14 abzuändern und die Verwaltung damit zu beauftragen, wie der Verein Subkultur dauerhaft in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände angesiedelt werden kann.

Herr **Stadtrat Neuhierl** stellt zur Äußerung seiner Fraktionskollegin Fröhlich klar, grundsätzlich keine isolierte Planung betreiben zu wollen, jedoch vor dem Hintergrund, einen beschleunigten Fortgang des Verfahrens im Interesse der Stadtwerke zu ermöglichen, für die Einschränkung des Umgriffs auf den Bereich Auf der Lände einzutreten.

Oberbürgermeister Kellerer dankt allen Beteiligten, die sich für den Kompromiss eingesetzt haben. Er sieht kein Problem in der Erweiterung des Umgriffs auf die Bullachstraße, solange nicht auch das Aumühlengelände mit einbezogen werden soll.

Herr Kornacher ist davon überzeugt, dass die Unterbringung von Subkultur im nördlichen Teil der Gärtnerhalle bautechnisch und planerisch umsetzbar ist. Die Kosten können gegenwärtig noch nicht beziffert werden.

Stadtrat 15.12.2020

Geänderter Beschluss:

1. Sofern die geplante Hochschule für populäre Musik Auf der Lände angesiedelt werden kann, ist das verbleibende Gebiet als Mischgebiet mit Kleinkunst, Jugendkultur, Gastronomie, nicht störendem Gewerbe, vorrangig aus dem Bereich der sog. Kreativwirtschaft und bestehendem Wohnen zu entwickeln. Das Schreiben von Herrn Rüdiger J. Veit mit Datum 18.05.2011 sowie das Statement von Subkultur e.V. (Tischvorlage) sind Grundlage für die weiteren Verhandlungen.
2. Der städtische Bauhof soll schrittweise in das Areal am Waldfriedhof verlagert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und die hierfür erforderlichen Mittel in die Finanzplanung einzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fraktionen, der Verwaltung, des Veranstaltungsforums sowie der Kleinkunst treibenden Vereine und Künstlerinnen einzurichten, um die Möglichkeiten des o. g. Ansatzes zu vertiefen.
4. Die Bereiche „Auf der Lände" (ehemaliger Schlachthof/städtisches Warmbad, heutiger Bauhof) und „Bullachstraße" sollen in den Entwicklungsbereich für die „Kultur- und Kreativwirtschaft" städteplanerisch und von der Siedlungsstruktur aufgenommen und gemäß Vorgaben des Baugesetzbuches im Flächennutzungsplan der Stadt ausgewiesen werden.

Ja-Stimmen: **35**
Nein-Stimmen: **0**
(Herr Stadtrat Droth ist noch nicht anwesend)

Stadtrat 15.12.2020

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.08.2011

Brigitte Eggert
Protokollführerin

gez. Sepp Kellerer
Oberbürgermeister

H. Reize

Auszug
aus der Niederschrift über die
41. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 26.07.2011

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Sepp Kellerer;
Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Hans Schilling;
Vorsitzender, 3. Bürgermeister:
Herr Ulrich Schmetz;
Stadträte:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Claus Appelt; Herr Herwig Bahner; Herr Erhard Baumann; Frau Anke Bille; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Reiner Dieffenbach; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Herr Klaus-Peter Ernst; Frau Gabriele Fröhlich; Frau Karin Geißler; Frau Susanne Geys; Frau Elisabeth Greiner; Herr Franz Höfelsauer; Frau Beate Hollenbach; Frau Dr. Birgitta Klemenz; Herr Dr. Andreas Kurz; Herr Axel Lämmle; Herr Andreas Lohde; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Klaus-Josef Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Michael Probst; Herr Erich Raff; Frau Maria Röhl; Herr Simon Sperger; Herr Christian Stangl; Herr Karlheinz Stoklossa; Herr Jens Streifeneder; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Herr Klaus Zieglmeier;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 14 Ansiedlung der staatlichen "Hochschule der populären Künste FH" in Fürstenfeldbruck;
Sachantrag Nr. 82 von Herrn Stadtrat Lohde vom 17.09.2010

Stadtrat 12.2011

Sachvortrag:

Die Beschlussvorlage Nr. 513/2011 vom 28.03.2011 dient mit ihren Anlagen: Sachantrag Nr. 82 von Herrn Stadtrat Lohde vom 17.09.2010, Lageplan Variante 3 mit Flächenumgriff Auf der Lände, Lageplan Auf der Lände) zur Kenntnis.

Wie bereits unter vorausgegangenem Tagesordnungspunkt andiskutiert, soll Ziff. 3 des Beschlussvorschlags „Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Verein Subkultur e.V. dauerhaft in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände angesiedelt werden kann" konkretisiert werden. Herr **Stadtrat Lohde beantragt**, das Wort „ob" durch das Wort „wie" zu ersetzen.

Voraussetzung für eine Hochschulansiedlung ist für die Fraktion der Grünen, den dauerhaften Verbleib des Vereins Subkultur im Bereich auf der Lände sicherzustellen. Nach dem Bestreben der GUL soll Bildung grundsätzlich kostenfrei und für alle zugänglich sein. Laut Herrn Stadtrat Stangl sollte im Hinblick darauf, dass ein Studium an dieser Hochschule aus finanziellen Gründen (monatliche Kosten von 549 €) nicht für jeden möglich ist, über öffentliche Fördermöglichkeiten gesprochen werden.

Herr **Stadtrat Lämmle beantragt** folgende Umformulierung der Beschlussziffer 3: „Die Verwaltung wird beauftragt, sicherzustellen, dass der Verein Subkultur e.V. dauerhaft in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände angesiedelt werden kann. Der Umzug muss mit Baubeginn im Schlachthof gewährleistet sein".

Herr **Stadtrat Bahner** plädiert für folgenden Formulierungsvorschlag „Die Verwaltung wird beauftragt, den Verein Subkultur e.V. dauerhaft in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände anzusiedeln und die Voraussetzungen hierfür bis zum Sanierungsbeginn des Schlachthofs zu schaffen".

Prof. Dr. Wollenberg weist angesichts des Diskussionsverlaufs und der offenbaren Besorgnis über die Ernsthaftigkeit der Zielsetzung, Subkultur und Hochschule zusammen dauerhaft dort anzusiedeln, darauf hin, dass in Gesprächen sowohl mit Herrn Veith als auch dem Vorstand von Subkultur, von Seiten der Verwaltung und den beteiligten Stadträten dies klar zum Ausdruck gebracht worden sei.

Herr **3. Bürgermeister Schmetz** sieht in der Beschlussformulierung kein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung, sondern die politische Willenserklärung und Selbstbindung des Plenums.

Herr **Stadtrat Neuhierl** hält mangels Detailkenntnissen eine uneingeschränkte Bindung für problematisch. Er plädiert für eine grundsätzliche Beschlussfassung mit der Zielrichtung einer Hochschulansiedlung und dem Verbleib von Subkultur im Bereich Auf der Lände, soweit dies vertretbar zustande gebracht werden kann.

Oberbürgermeister Kellerer betont, mit der Beschlussfassung eine dauerhafte Ansiedlung der Subkultur auf dem Gelände, nicht aber eine Festlegung, wie in Gesprächen mit den Beteiligten verdeutlicht, auf das derzeit als Gärtnerei genutzte Gebäude sicherzustellen.

Entsprechend dem Formulierungsvorschlag von Frau Stadträtin Dr. Klemenz für Ziff. 3 „Die Verwaltung wird beauftragt, den Verein Subkultur e.V. dauerhaft im Bereich Auf der Lände, wenn möglich in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände, anzusiedeln und die Voraussetzungen hierfür bis zum Sanierungsbeginn des Schlachthofs zu schaffen" ergeht folgender

<u>geänderter Beschluss:</u>

1. Der Stadtrat begrüßt die Ansiedlung der Hochschule für populäre Künste FH in der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck und unterstützt Herrn Rüdiger J. Veith bei seinen weiteren Planungen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundstücksverhandlungen mit Herrn Rüdiger J. Veith und der Firma IGEWO unter Bezugnahme auf den Sachvortrag weiter zu führen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Verein Subkultur e.V. dauerhaft im Bereich Auf der Lände, wenn möglich in dem derzeitigen Betriebsgebäude der Stadtgärtnerei Auf der Lände, anzusiedeln und die Voraussetzungen hierfür bis zum Sanierungsbeginn des Schlachthofs zu schaffen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich des ehemaligen Schlachthofs einen einfachen Bebauungsplan aufzustellen mit dem Ziel, die geplante Nutzung einer privaten Hochschule für populäre Musik festzuschreiben.

5. Um die im Bauhof wegfallenden Lager- und Stellflächen zu kompensieren, soll eine erste Teilverlagerung zeitnah erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu ein entsprechendes Konzept mit den finanziellen Auswirkungen zu erarbeiten.

Ja-Stimmen: **35**
Nein-Stimmen: **0**
(Herr Stadtrat Droth ist noch nicht anwesend)

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.08.2011

Brigitte Eggert

Brigitte Eggert
Protokollführerin

gez. Sepp Kellerer
Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Planungsteam für die Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahme auszuwählen und zu beauftragen.

3. Die Kämmerei wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel für das Jahr 2015 zur Verfügung zu stellen.

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0

TOP 6	Sachantrag Nr. 16/2014; Verlagerung des städtischen Bauhofes, Erstellung eines Zeit- und Finanzplanes, Durchführung eines Ideen- und Realisierungswettbewerbes

Der Sachvortrag vom 22.12.2014, Beschlussvorschlag-Nr. 0622/2014 sowie der entsprechende Antrag der CSU-Fraktion vom 27.11.2014, der als Tischvorlage ausgereicht wird, dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat 15.12.2020

Als Antragsteller erhält **Herr StR Lohde** das Wort. Er moniert den unzureichend ausgearbeiteten Sachvortrag der Verwaltung und die Vorgehensweise bei der Abhandlung dieses Antrags. Er empfindet die Verfahrensweise als respektlos gegenüber den Stadträten, aber auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bauhofs. Die CSU-Fraktion wünscht sich eine ergebnisoffene Analyse verschiedener Möglichkeiten.

Herr **StR Schwarz** schließt sich weitestgehend den Aussagen von Herrn **StR Lohde** an und weist darauf hin, dass bei einer weitreichenden Entscheidung wie der Bauhofverlagerung eine derart dürftige Darstellung nicht akzeptabel ist. Er bittet zukünftig darum, als Finanzreferent des Stadtrates im Vorfeld beteiligt zu werden.

Herr **OB Pleil** erläutert das geplante Procedere. Dieser Aufgriffsbeschluss soll als Auftrag an die Verwaltung dienen, die Verlagerung des Bauhofs zu prüfen, da es in diesem Bereich mehrere wichtige Gesichtspunkte zu berücksichtigen gibt, insbesondere das Zusammenwirken mit den Friedhofsmitarbeitern und der Untersuchung der Feuerwehr. Außerdem soll mit diesem Beschluss vermieden werden, dass die Verwaltung im Vorfeld umfangreiche Konzepte und Möglichkeiten erarbeitet, die der Stadtrat im Nachhinein ablehnt.

Nach längerer Diskussion Herr stellt **StR Lohde** folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beabsichtigt die Verlagerung des städtischen Bauhofs von dem Quartier Auf der Lände auf das an der Landsberger Straße gelegene städtische Grundstück.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauhofverlagerung zu prüfen, einen Zeit- und Finanzplan zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Herr **StR Neuhierl** stellt den Änderungsantrag die Nr. 3 des Beschlussvorschlages ersatzlos zu streichen.

Frau **StR Dr. Zierl** und Herr **StR Schmetz** sprechen sich für die Änderungsanträge aus.

Die Änderungsanträge werden ohne Gegenstimme angenommen.

Die Stadtratsmitglieder kommen zu folgendem

<u>geänderten Beschlussvorschlag:</u>

1. Der Stadtrat beabsichtigt die Verlagerung des städtischen Bauhofs von dem Quartier Auf der Lände auf das an der Landsberger Straße gelegene städtische Grundstück.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauhofverlagerung zu prüfen, einen Zeit- und Finanzplan zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Ja-Stimmen: **38**
Nein-Stimmen: **1**

Stadtrat 15.12.2020

TOP 7	**Verschiedenes**

Interfraktioneller Eilantrag zur „Bereitstellung von zwei Räumen für den Asylhelferkreis in der ehemaligen Grundschule am Niederbronner Weg“:

Wie eingangs durch Herrn **OB Pleil** mitgeteilt, wird der Eilantrag bereits von der Verwaltung geprüft.

Herr **StR Piscitelli** fragt in diesem Zusammenhang nach, warum sein im Dezember gestellter Antrag auf Prüfung zur Nutzung als Kindertagesstätte in der ehemaligen Grundschule am Niederbronner Weg mit der Begründung abgelehnt wurde, dass dort bereits Planungen laufen und Aufträge vergeben worden sind, jetzt aber die Unterbringung des Asylhelferkreises geprüft wird. **Herr OB Pleil** erläutert, dass durch die Auslagerung der Verwaltung in EG und OG kein Platz mehr für eine Kindertagesstätte zur Verfügung steht. Außerdem wäre durch die strengen Brandschutzauflagen eine Kindertagesstätte nicht realisierbar gewesen. **Herr Klehr** informiert die Stadtratsmitglieder, dass die VHS Fürstenfeldbruck begrenzt einzelne Räume zur Verfügung stellen kann und für einen Gesprächstermin gerne zur Verfügung steht. Frau **StR‘in Kusch** fügt an, dass es wichtig wäre, dem Asylhelferkreis dauerhaft Räume zur Verfügung zu stellen, z. B. zur Lagerung von Utensilien, etc.

LÄNDE UND AUMÜHLE

AM WASSER WOHNEN, GENIESSEN, KREATIV SEIN

WETTBEWERBS-DOKUMENTATION

Städtebaulicher Realisierungswettbewerb









Entwurf

WETTBEWERB LÄNDE UND AUMÜHLE

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck geht bei der Entwicklung des Kultur- und Kreativquartiers im Herzen unserer Stadt neue Wege: Auf dem Gelände der Aumühle und Lände soll auf Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs ein urbanes Stadtquartier entstehen, in dem Wohnen und Arbeiten mit Kreativität, Kultur und Wissen verknüpft werden.

Das Areal rund um die Aumühle und Lände ist seit jeher ein besonderer und historisch geprägter Ort. Aufgrund der landschaftlich günstigen Situation wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich erste Wegeverbindungen über die Amper errichtet, welche heute noch deutlich im Stadtbild abzulesen sind.

Auch hatte Oskar von Miller als Pionier der Elektrotechnik in den Räumlichkeiten des Taubenhauses seine Werkstatt zur Erforschung der Wasserkraft und legte damit die Grundlage dafür, dass unsere Stadt als eine der ersten in Bayern mit elektrischem Strom versorgt werden konnte.

Bei der Entwicklung dieses einzigartigen und außergewöhnlichen Ortes soll ein lebendiger und bunter Stadtteil entstehen, der die Lebensqualität von Fürstenfeldbruck in vielerlei Hinsicht bereichert und den Brucker Bürgerinnen und Bürgern eine urbane Heimat bietet. Das traditionsreiche Areal soll sich durch Vision und Innovation auszeichnen. Spannende Architektur als Verbindung von Vergangenheit und Zukunft sowie eine spektakuläre Mischnutzung von Gebäuden und öffentlichem Raum machen das Kultur- und Kreativviertel zu dem Zukunftsareal von Fürstenfeldbruck.

Dabei stehen Themen wie der Klimawandel, knapper werdende Ressourcen, die Wohnungsnot und der Verlust natürlicher Lebensgrundlagen im Vordergrund. Hierfür muss sich unsere Stadt verändern, um diese grundlegenden Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Ein besonderes Augenmerk richteten wir bei dem Prozess auf eine aktive Mitgestaltung unserer Bürgerinnen und Bürger. In einer äußerst intensiven Bürgerinformationsveranstaltung sowie unter aktiver Beteiligung der Brucker Beiräte und Fachstellen wurden die Inhalte des Wettbewerbes aufgearbeitet.

Neue Wege gingen wir vor allem bei dem Thema der Nachhaltigkeit und energetischen Optimierung. Seit Beginn des Planungsprozesses unterstützte uns ein Ingenieurbüro aus dem Bereich der Energieeffizienz mit dem Ziel, den CO2-Fußabdruck möglichst gering zu halten. Auch im Bereich der Mobilität ist uns ein möglichst autofreies Quartier der kurzen Wege wichtig gewesen.

Um sich all diesen Herausforderung zu stellen, haben wir uns dazu entschieden, einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil durchzuführen, an dem zehn Arbeitsgemeinschaften bestehend aus Architektur- und Landschaftsarchitekturbüros teilgenommen haben.

Ich freue mich, Ihnen heute nach diesem langjährigen Prozess und den intensiven Diskussionen nun die Dokumentation des Wettbewerbsverfahrens sowie den Siegerentwurf vorzustellen.

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020



Anlass und Ziel des Wettbewerbs

Fürstenfeldbruck ist eine dynamische Kreisstadt, attraktiv gelegen an der Amper und mit einem lebendigen historischen Ortskern.

Direkt an der Amper, in nur kurzer Entfernung zur Stadtmitte, ergibt sich eine spannende Entwicklungsmöglichkeit für ein neues Quartier. Die so genannten „Aumühle“ und „Lände“ liegen – beinahe idyllisch – vor den Toren der Altstadt in der Auenlandschaft der Amper. Beide Bereiche haben durch die Amper und Gewässerzweige und die inselartige Lage einen besonderen Charme.

Bisher war die Lände für die Öffentlichkeit nur eingeschränkt erlebbar. Ein Verein, der sich für die Belange von Musikern, Künstlern und Kulturinteressierten einsetzt, hat sich in denkmalgeschützten Gebäuden des ehemaligen Schlachthofs angesiedelt und zieht durch Veranstaltungen vor allem junges Publikum auf die Lände.

An der Aumühle wird schon seit jeher gewohnt. Mit der Nutzung der ehemaligen Mühle durch die gut angenommene Stadtbibliothek fand eine intensive Belebung dieses Teils von Fürstenfeldbruck statt.

Die bisher auf der Lände und im Bereich der Aumühle angesiedelten Stadtwerke und der Bauhof sind beziehungsweise werden ausgelagert. Dadurch entsteht die Möglichkeit, an diesem besonderen Ort ein lebendiges, kreatives, innovatives und auch unkonventionelles Quartier mit dem besonderen Charme der Wasserlandschaft und der historischen Gebäude am Rand der Altstadt entstehen zu lassen.

Im Realisierungswettbewerb mit Ideenteil sollte ein städtebaulicher Entwurf gefunden werden, der für diesen besonderen Standort ein überzeugendes Gesamtkonzept liefert.

Gewünscht war ein innovativer Entwurf für ein lebendiges, heterogenes Gebiet, der zentrumsnahes Wohnen, Kultur- und Kreativwirtschaft, Gastronomie, Jugendkultur und Erholung mit dem anspruchsvollen Bestand von Wasserlandschaft und historischen Gebäuden vereint.

Stadtrat 15.12.2020







Bürgerinformation

Im Vorfeld des Wettbewerbs, der schließlich ein sehr besonderes und zentrumsnahes Gebiet umfasst, fand eine Bürgerinformationsveranstaltung statt.

Am 21. Februar 2019 hatten Interessierte Gelegenheit, sich in der Stadtbibliothek in der Aumühle über das Vorhaben zu informieren und ihre Gedanken dazu mitzuteilen.

Die Inhalte und der Ablauf des Wettbewerbs, insbesondere die Entwurfsaufgabe, wurden in einer Ausstellung und einer Präsentation durch das Büro Hummel | Kraus vorgestellt.

Anschließend gab es einen regen Austausch zwischen Bürgerschaft, Planern, Oberbürgermeister Erich Raff und der Stadtverwaltung. Die Bürger nahmen die Möglichkeit wahr, Anregungen einzubringen. Anschließend nahmen die Bürger durch Punktevergabe eine Priorisierung der Anregungen vor.

In diesem Rahmen wurde noch einmal bestätigt, dass der Weg, an dieser Stelle ein besonderes, etwas anderes Quartier zu schaffen, richtig ist. So befürworteten die Bürger, auch Wohnformen ohne Auto zu ermöglichen, den wichtigen Grünzug zwischen Stadtpark und Amper zu stärken, und kreative Nutzungen vor Ort zu schützen.



Stadtrat 12.2020

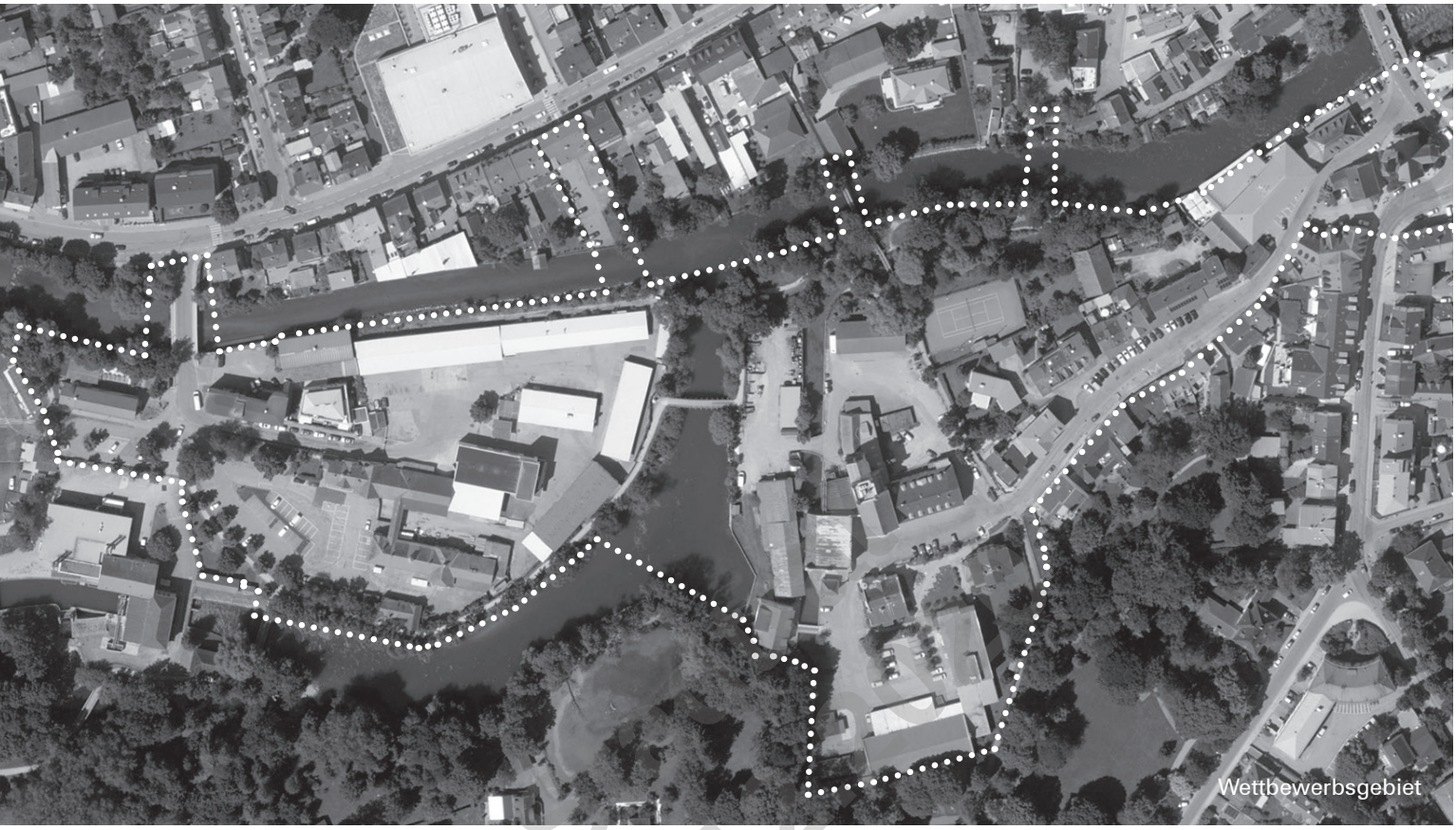








Bürgerinfo am 21.02.2019:
Lände und Aumühle - Ein neues Quartier entsteht



Wettbewerbsgebiet



Blick von der der Brücke „Auf der Lände“ in Richtung Osten



Silbersteg

Wettbewerbsaufgabe

Entwurfsaufgabe war ein städtebaulicher Entwurf, der als Grundlage für die weitere Ausarbeitung eines Rahmenplans und gegebenenfalls eines Bebauungs- und Grünordnungsplans dient.

Schwerpunkt des Wettbewerbs war die Entwicklung eines neuen, lebendigen, kreativen und auch ungewöhnlichen Quartiers mit Kultur- und Kreativwirtschaft, Gastronomie, Jugendkultur.

Dabei sollten zentrumsnaher Wohnraum und Flächen für kreatives Arbeiten ebenso entstehen wie Möglichkeiten zur Erholung in den Amperauen. Wichtige Themen dabei waren unter anderem der Schutz und die Weiterentwicklung der wertvollen Naturräume, Erhalt und Nutzung der Denkmäler und die Stärkung des einzigartigen Gebietscharakters. Im neuen Quartier sollen Straßen- und Platzräume mit Aufenthaltsqualität entstehen, die Erschließung soll dabei ihren Schwerpunkt auf dem Rad- und Fußverkehr haben – das neue Quartier soll autoarm werden.

So sollte mit einer lebendigen Mischung der verschiedenen Nutzungen eine attraktive Weiterentwicklung dieses besonderen Ortes entstehen.

Warum ein Wettbewerb?

Ein Wettbewerb zeigt mit einer Vielzahl vergleichbarer Entwürfe ein breites Spektrum an möglichen Lösungen auf und ist damit der optimale Weg, um zu einem tragfähigen und damit nachhaltigen Konzept zu gelangen.
In einer Preisgerichtssitzung werden alle eingereichten Arbeiten anonym und fachlich begründet gegeneinander abgewogen. Der Wettbewerb hat sich dadurch zur Förderung der Qualität des Planens und Bauens hervorragend bewährt.

Für die Durchführung von Wettbewerben sind unterschiedliche Verfahren möglich. Für den Wettbewerb „Lände und Aumühle - am Wasser wohnen, genießen, kreativ sein“ in Fürstenfeldbruck wurde ein sogenannter „Realisierungswettbewerb mit Ideenteil“ gemäß den Richtlinien für Planungswettbewerbe 2013 (RPW) ausgelobt. Das Verfahren wurde als Einladungswettbewerb durchgeführt, das Auftragsversprechen an die Teilnehmer war ein Städtebaulicher Entwurf und optional ein Bebauungsplan mit Grünordnungsplan.

Das Wettbewerbsgebiet

Das Wettbewerbsgebiet ist circa sechs Hektar groß, direkt an der Amper und in der Nähe der Innenstadt gelegen und mit heterogenen Nutzungen belegt. Manche Nutzungen, wie der Subkultur e. V. oder die Stadtbibliothek, bleiben in ihren denkmalgeschützten Gebäuden. Andere Nutzungen, wie der Bauhof und die Stadtwerke, werden oder sind bereits umgesiedelt und eröffnen damit Entwicklungsmöglichkeiten für das Gebiet.

Auswahl der Teilnehmer

Insgesamt wurden zehn Architektur- bzw. Stadtplanerbüros in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten zum Wettbewerb eingeladen. Diese wurden aus einer großen Anzahl an Büros, die nach einem öffentlichen Aufruf ihr Interesse zur Teilnahme am Wettbewerb bekundet hatten, ausgewählt.

Von allen zehn Büros sind fristgerecht Wettbewerbsbeiträge eingegangen.

Stadtrat 15.12.2020



Preisgericht

Preisträger und Preise

Es wurden 55.000 Euro Preisgeld an die Preisträger vergeben. Zusätzlich hat jeder Teilnehmer ein Bearbeitungshonorar von jeweils 3.000 Euro erhalten. Insgesamt wurden also 85.000 Euro ausgezahlt.

Preisträger sind:

1. Preis **27.500.- €**
JOTT Architekten GbR, Frankfurt a. Main
mit
stern landschaften, Köln

2. Preis **16.500.- €**
von Angerer Architekten und Stadtplaner GbR, München
mit
HinnenthalSchaar Landschaftsarchitekten GmbH, München

3. Preis **11.000.- €**
Trojan + Trojan Architekten + Städtebauer BDA, Darmstadt
mit
michellerundschalk GmbH landschaftsarchitektur und urbanismus, München

Preisgericht

Das Preisgericht tagte am 30. Juli 2020 und setzte sich folgendermaßen zusammen:

Fachpreisrichter
- Manuela Skorka, Stadtplanerin
- Prof. Mark Michaeli, Städtebauer
- Jochen Rümpelein, Landschaftsarchitekt
- Birgit Eckert-Gmell, Architektin
- Prof. Christian Schiebel, Reg. v. Oberbayern
- Markus Reize, Stadt Fürstenfeldbruck, Stadtplanung (SG 41)
  (vertrat Stadtbaurat Martin Kornacher)

Ständig anwesende stellvertretende Fachpreisrichter (ohne Stimmrecht)
- Stefanie Seeholzer, Architektin
- Barbara Brenner, Landschaftsarch., Stadtplanerin

Sachpreisrichter
- Erich Raff, Oberbürgermeister
- Dr. Andreas Rothenberger, Stadtrat
- Johann Schilling, Stadtrat
- Ulrich Schmetz, Stadtrat
- Jan Halbauer, Stadtrat
  (vertrat Christian Stangl)

Ständig anwesende stellvertretende Sachpreisrichter (ohne Stimmrecht)
- Markus Droth
- Prof. Dr. Klaus Wollenberg
- Dieter Kreis
- Dr. Alexa Zierl

Sachverständige Berater (ohne Stimmrecht)
- Jürgen Enninger
- Hans-Joachim Ohm, Vorsitzender Seniorenbeirat
- Joachim Mack, Vorsitzender Sportbeirat
- Regina Arndt, Vertreterin Umweltbeirat
- Carolin Danke, Bürgervertreterin
- Julia Preschern, Regierung von Oberbayern

Organisation und Wettbewerbsbetreuung
- Hummel | Kraus GbR
  (Barbara Hummel und Beate Lang)
- Daniel Pohl, Stadt Fürstenfeldbruck, SG 41
- Johanne Schöner, Energiegutachten, ArcheNea
- Pablo Frank, Verkehrsplaner, pslv
- Susanne Poller, Kreisheimatpflegerin

Stadtrat 15.12.2020



Blick auf die Aumühle

1. Preis

JOTT Architekten GbR,
Frankfurt am Main
Prof. Dr. Janna Hohn,
Architektin
Joshua Yates M. Arch.
Architekt

mit

stern landschaften, Köln
Doron Stern Dipl. Ing.
Landschaftsarchitekt



Lageplan

Stadtrat 15.12.2020

Beurteilungstext des Preisgerichts

Qualität des städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzepts
Es handelt sich um ein sehr gelungenes städtebauliches Gesamtkonzept, bei welchem die Haustypologien auf sehr überzeugende Weise auf die unterschiedlichen räumlichen Situationen und Anforderungen reagieren. Auf der Lände entsteht im Übergang vom Kreativbereich zum Bereich Wohnen eine Zwischenzone, die in der Maßstäblichkeit auf den denkmalgeschützten Bestand sehr gut Bezug nimmt. Dahinter liegend, im eher ruhigen Bereich, befindet sich das „kreative Wohnen“: Beide Nutzungen ergänzen sich auf bereichernde Art und Weise, welche sich auch in der differenzierten Wahl der gewählten Kubatur widerspiegelt. Dadurch entsteht ein vielfältiger und interessanter Straßenraum.
Durch die auch aus Sicht der Denkmalpflege gelungene Setzung der Hochpunkte im Quartier und die Staffelung der Gebäude entstehen immer wieder spannende und unterschiedliche Blickbeziehungen in den Freiraum und zur Amper.
Die Lage von Sportlerheim, Kita und den Mobilitätsstationen sind sinnvoll gewählt. Die angebotene Freifläche vor dem Alten Schlachthof erlaubt vielfältige Nutzungen, insbesondere für den Verein Subkultur. Im Wohnbereich südlich der Aumühle wird das Motiv der freistehenden Villa neu interpretiert. Verschiedene Wohnformen sind hier denkbar. In der weiteren Planung sollte die genaue Gebäudekubatur aber noch einmal überarbeitet werden, um dem Denkmalschutz und der Überschreitung des Bauraums nach Süden Rechnung zu tragen. In Bezug auf die Wegebeziehung wurde die durchgängige Verbindung zwischen Aumühle und Stadtpark als positiv gewertet. Kritisch gesehen wird die Ausformung der unter dem Wohngebiet angeordnete Tiefgarage, insbesondere im Hinblick auf eine abschnittsweise Realisierbarkeit. Die nördlich und westlich von der Bibliothek angeordneten Gebäude für Innovation und Co-Working greifen die Anforderungen aus dem Raumprogramm gelungen auf. Durch die vorgeschlagene Nutzung auf beiden Seiten der neuen Brücke entsteht eine überzeugende Verbindung zwischen den beiden Quartieren.
Das Element Wasser wird gemäß den Vorgaben der Auslobung erlebbar gemacht. Für die konkrete Ausgestaltung der Uferzonen empfiehlt das Preisgericht eine detailliertere Ausarbeitung. Kontrovers wurde der relativ hohe Grad der Versiegelung diskutiert. Wünschenswert wäre eine stärkere Durchgrünung. Der Vorschlag im Ideenteil einer anderen Verkehrslösung rund um die Leonhardikirche wird positiv gewertet, ist allerdings derzeit nicht umsetzbar.

Qualitative Umsetzung der Planungsziele
Ausgehend von den vorhandenen Strukturen der Subkultur entwickeln sich Kreativ- und Gewerbebereiche in einer gut durchdachten zeitlichen Abfolge. Kultur- und Kreativwirtschaft wird in allen Arbeitsformen mitgedacht und das Viertel in allen kultur- und kreativwirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen in sehr gelungener Weise aufgezeigt.
Aus kultur- und kreativwirtschaftlicher Perspektive begeistert der Gedanken, das Viertel als „kreatives Ökosystem“ zu denken, das von kulturellen und kultur- und kreativwirtschaftlichen Nutzungen bis hin zu innovativen Arbeitsformen und Co-Working alle Aspekte eines zukünftigen Kreativquartiers auf

besonders kompetente Weise berücksichtigt.

Erschließung und Wegenetz / Barrierefreiheit
Sowohl auf der Lände als auch im Bereich der Aumühle wird der Kfz-Verkehr frühzeitig abgefangen und den Tiefgaragen bzw. dem Parkplatz westlich der Subkultur zugeführt. Für beide Quartiere wird dadurch ein hohes Maß an Autofreiheit erreicht. Die Anzahl der oberirdischen Stellplätze ist minimiert, die Anordnung für Bringen zur und Holen von der Kita jedoch auf Grund ihrer Entfernung zur Kita nicht ideal.
Die Position der Mobilitätsstation auf der Lände zwischen Subkultur und Sportanlagen ist für diese Nutzungen ideal, für die Wohnnutzungen auf Grund der Entfernungen jedoch nicht optimal. Die Mobilitätsstation im Bereich der Aumühle ist auf Grund ihrer zentralen Lage für dieses Quartier an der richtigen Stelle positioniert. Die Herstellung der Barrierefreiheit erscheint mit diesem Entwurf gut realisierbar.

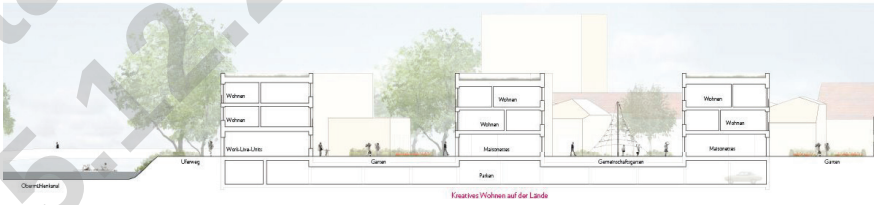
Wirtschaftlichkeit
Die kompakte Kubatur der vorgeschlagenen Gebäude ermöglicht eine wirtschaftliche Realisierung. Es handelt sich um eine sehr robuste Struktur, die man auch gut in Etappen und mit unterschiedlichen Akteuren (Genossenschaften, Baugemeinschaften, Investoren) entwickeln kann. Die Tiefgaragengrundrisse könnten im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit noch einmal überarbeitet werden.

Nachhaltigkeit
Der Entwurf sieht kompakte Bebauungen in Zeilen beziehungsweise große Villen mit Flachdächern bzw. flachen Satteldächern vor, was energetisch positiv zu bewerten ist. Die Stellung und Höherentwicklung der Gebäude unterstützen die Nutzung passiver solarer Gewinne im Winter sowie die Nutzung aktiver Solarenergie (PV) auf den Dächern. Eine wirtschaftliche Nutzbarkeit von Fernwärme ist realisierbar.

Denkmalschutz
Der Ergänzungsbau Mobilitätshub (II) schafft durch seine Platzierung ausreichend Raum für das Einzeldenkmal Schlachthof. Die L-förmige Bebauung in der Straßenflucht hinter dem Schlachthofgebäude nimmt in Kubatur, Dachform und Geschossigkeit Bezug auf den denkmalgeschützten Nachbarbau.
Die ergänzende Bebauung in Form von Punkthäusern hinter den beiden Einzeldenkmälern (Villen) ist in ihrer Platzierung positiv zu bewerten, Kubatur und Dachformen sollten zurückgenommen werden. Der ergänzende Bau zwischen den beiden Villen sollte in Größe und Funktion geprüft werden, gegebenenfalls bitten wir auf das Gebäude zu verzichten, um die beiden Villen im Umgriff zum Aumühlenareal freizustellen.



Perspektive



Schnitte

Der Neubau vor dem Taubenhaus (ED) ist aufgrund seiner zurückhaltenden Geschossigkeit und Dachform denkmalpflegerisch in Ordnung.
Das fünfgeschossige Punkthaus auf der Lände schafft einen zweiten Brückenkopf als Gegenpunkt zum Einzeldenkmal Aumühle. Insgesamt wird der Entwurf im Hinblick auf den Denkmalschutz als positiv bewertet.

Fazit
Das umfangreiche Programm der Auslobung wurde in überzeugender Weise, auch im Bezug auf Nutzungsverteilung und Funktionalität erfüllt. Durch das städtebauliche Gesamtkonzept in Verbindung mit der Nutzungsverteilung wird das Planungsziel, ein lebendiges, kreatives, innovatives und nicht konventionelles Quartier mit einem besonderen Charme der Wasserlandschaft am Rand der Altstadt zukunftsweisend und sehr überzeugend umgesetzt.

Stadtrat 15.12.2020

2. Preis

von Angerer Architekten und Stadtplaner GbR, München
Alexander von Angerer Dipl. Ing. Architekten, Stadtplaner
Eberhard von Angerer Dipl. Ing. Architekten, Stadtplaner

mit

HinnenthalSchaar Landschaftsarchitekten GmbH, München
Michel Hinnenthal Dipl. Ing. Univ. Landschaftsarchitekt



Lageplan

Stadtrat 15.12.2020

Beurteilungstext des Preisgerichts

Qualität des städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzepts
Das städtebauliche Konzept besteht aus einer klar ablesbaren, robusten Grundstruktur, die sich durchgängig sowohl im Ideenteil wie auch im Realisierungsteil wiederfindet. Im öffentlichen Raum wird dadurch eine spannungsreiche Abfolge von Freibereichen erzeugt. Daran folgerichtig angelagert sind die erwünschten vielfältigen öffentlichen Nutzungen in der Erdgeschosszone. Höhere Kuben werden durch niedrigere Zwischenbauten zusammengefasst. Sofern einzelne Gebäude in ihrer Geschossigkeit zu hoch erscheinen, würde eine niedrigere Ausführung das Gesamtkonzept nicht wesentlich beeinträchtigen. Vor allem der siebengeschossige Wohnturm im Bereich südlich der Aumühle hinter den beiden Einzeldenkmälern (Villen) ist vor allem auch im Hinblick auf das Stadtbild kritisch zu sehen. Die Nutzungsverteilung über das ganze Gebiet ist schlüssig.

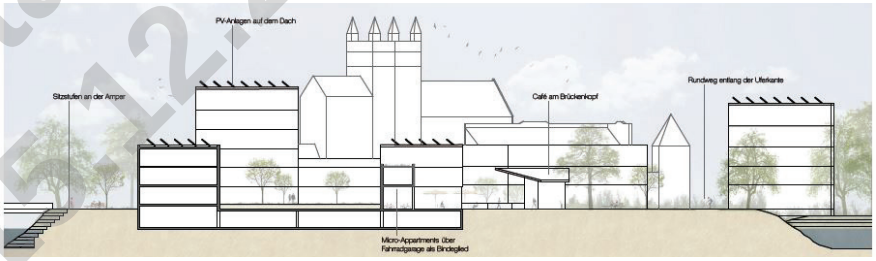
Die Grünbereiche liegen rückwärtig zur zentralen öffentlichen Zone und beziehen die Uferbereiche bzw. den Stadtpark mit ein. Der Entwurf zeigt eine differenzierte Zonierung von öffentlichen, halböffentlichen und naturbelassenen Bereichen. Der multifunktionale Platz westlich des Alten Schlachthofs kann bei Bedarf auch als temporärer Stellplatz genutzt werden. Zudem hält er diesen denkmalpflegerisch sensiblen Bereich frei.
Positiv hervorzuheben ist die neue Brücke mit einem teilweise in den Obermühlenkanal hineinragenden neuen Gebäude als städtebaulicher Orientierungspunkt und der gegenüberliegende terrassenförmige Aufenthaltsbereich zum Ufer. Ein zusätzlicher neuer Steg nördlich zum Amperufer hin als Ersatz für die „Seufzerbrücke“ oder auch deren Erhalt wären zu wünschen.

Qualitative Umsetzung der Planungsziele
Das Viertel beinhaltet kultur- wie kreativwirtschaftliche Nutzungen, baut diese aber nicht in ein umfänglicheres „Ökosystem“ aus Wohnen und Kultur ein. Für eine prozesshafte Entwicklung des Gebietes mit den gewünschten Verflechtungen der genannten Nutzungen bietet der Beitrag zu wenige Anknüpfungspunkte; diese werden nicht ausdifferenziert und eher solitär gedacht.

Erschließung und Wegenetz
Gut gelöst ist die frühzeitige Abfangung des Kfz-Verkehrs durch Tiefgaragen und den Parkplatz westlich des ehemaligen Schlachthofs. Dadurch können die übrigen oberirdischen Stellplätze knapp gehalten werden; das Ziel des möglichst autofreien Quartiers ist gut umgesetzt. Die Position der Mobilitätsstation ist allerdings nur für den Bereich Lände gut gelöst, für die Aumühle liegt die Station ungünstiger. Die Wendemöglichkeit im Bereich der Aumühle sollte im Hinblick auf die Befahrbarkeit mit Müll- oder sonstigen größeren Fahrzeugen noch optimiert werden.



Perspektive



Schnitte

Wirtschaftlichkeit
Aufgrund der kompakten Struktur und der intensiven Ausnutzung erscheint das Gesamtkonzept wirtschaftlich.

Nachhaltigkeit
Die kompakten großen Baukörper sind energetisch grundsätzlich positiv zu bewerten, wegen der Verschattung niedrigerer Gebäude durch höhere Gebäude im Süden davon wäre deren Höhenentwicklung nochmals zu überprüfen, damit passive solare Gewinne im Winter und eine aktive Solarenergienutzung (PV) besser zu nutzen sind. Die hohe bauliche Dichte wirkt sich allerdings positiv auf die wirtschaftliche Nutzbarkeit der Fernwärme aus.

Denkmalschutz
Bearbeitungsbereich Lände: Der vorliegende Vorschlag hält den Raum vor dem Schlachthof frei. In einer weiteren Bearbeitung sollte der kleinteilige Baukörper „Künstlerhof" nochmals geprüft und gegebenenfalls in einen der bereits geplanten Baukörper integriert werden.
Bearbeitungsbereich Aumühle: Hinter den Einzeldenkmälern (Villen) ist die vorgeschlagene längsgerichtete Bebauung zu hoch und riegelt das Areal zum Fluss und Stadtpark ab.
Ergänzende Bebauung Taubenhaus: Durch die Trennung entlang des Werkskanals und zwischen dem Einzeldenkmal und dem neugeschaffenen, dreigeschossigen Baukörper ist die vorgeschlagene Lösung umsetzbar.
Gesamtbild/Stadtsilhouette: Mit einem Blick auf das Flächenmodell bleibt, trotz der mehrfach hoch gewählten Geschossigkeit (VII, VI, V) auf der Lände, der markante Turm der Aumühle die Bezugsmarke in diesem Stadtgebiet.
Insgesamt wird der Entwurf im Hinblick auf den Denkmalschutz als positiv bewertet.

Stadtrat 15.12.2021

3. Preis

Trojan + Trojan Architekten + Städtebauer BDA, Darmstadt
Prof. Klaus Trojan Dipl. Ing. Architekt, Stadtplaner
Verena Trojan Dipl. Ing. Architekin, Stadtplanerin

mit

michellerundschalk GmbH landschaftsarchitektur und urbanismus, München
Reinhard Micheller
Landschaftsarchitekt und Stadtplaner

Mitarbeiter:
Trojan + Trojan: Volker Ihm, Xiaolin Yue
michellerundschalk: Matej Krivan



Lageplan

Stadtrat 15.12.2020

Beurteilungstext des Preisgerichts

Qualität des städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzepts
Der Entwurf schafft mit bekannten, erprobten städtebaulichen Bausteinen qualitativ hochwertigen Stadtraum, wobei dieser teilweise zu konventionell wirkt und damit der Zielsetzung eines unkonventionellen und innovativen Quartiers etwas widerspricht. Dennoch weiß das robuste und klare Gesamtkonzept stadträumlich zu überzeugen. Der Umgang mit den Uferzonen fällt besonders positiv auf und stellt gekonnt die Insellage in den Vordergrund. Das Schlachthofareal mit seinem räumlich großzügig gefassten Veranstaltungsplatz, der sich nach Süden hin öffnet und zum Wasser abtreppt, ist besonders hervorzuheben. Dagegen wird die aufgelöste Blockbebauung im Norden in Hinsicht auf die Vernetzung zur Amper kritisch gesehen. Das fünfgeschossige Gebäude als versetzter Hochpunkt zur Aumühle bildet in Zusammenhang mit der Mühlenterrasse ein gelungenes städtebauliches Zentrum. Die Kita wirkt mit ihren eingezäunten Freiflächen aufgrund der zentralen Lage als Fremdkörper.

Die neuen Gebäude lassen den Bestandsgebäuden und Denkmälern den ihnen gebührenden Raum. Der Alte Schlachthof wird zentral in Szene gesetzt und die beiden Villen im Gebiet Aumühle werden von den neuen Gebäuden nicht überlagert, sondern betont. Der Anbau an das Taubenhaus ordnet sich dem Baudenkmal unter und hebt es dadurch hervor.

Qualitative Umsetzung der Planungsziele
Der Entwurf beinhaltet kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzungen, baut diese jedoch nicht in ein weites Ökosystem ein, da sie zu solitär gedacht sind.

Die quantitativen Obergrenzen werden im Bereich „Wohnen" eingehalten, im Bereich „Gewerbe" dagegen deutlich überschritten.

Erschließung und Wegenetz
Grundsätzlich ist die Erschließung gut gelöst und das Wegenetz stimmig angelegt. Auch die Mobilitätsstationen sind überlegt platziert. Insgesamt erscheint der Verkehrsflächenanteil und die damit verbundene Versiegelung vergleichsweise hoch. Die Tiefgaragen sind sinnig angeordnet, jedoch mindert die Anordnung sowie Anzahl der oberirdischen Stellplätze die Qualität des städtebaulichen und freiraumplanerischen Entwurfs. Des Weiteren wird durch die Anzahl an oberirdischen Stellplätzen sowie die Positionierung der Kita das Ziel der Autofreiheit im Quartier nicht in Gänze erreicht. Die geforderte Barrierefreiheit erscheint mit den dargestelltem Erschließungskonzept gut umsetzbar.

Wirtschaftlichkeit
Die oft erprobten städtebaulichen Versatzstücke dürften die Wirtschaftlichkeit in Erstellung und Nutzung gewährleisten.

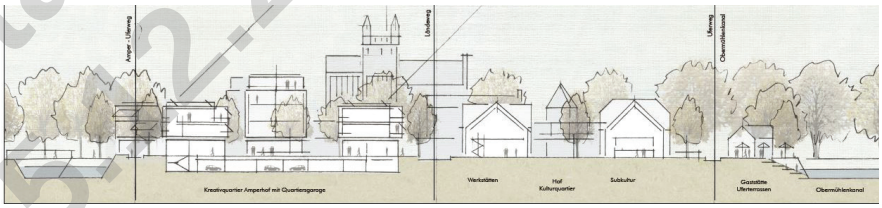
Nachhaltigkeit
Aufgrund der Anordnung der Gebäude entsteht wenig Verschattung, was zu begrüßen ist. Der Entwurf sieht kompakte Baukörper mit Flachdächern vor, was sich positiv auf den Energiebedarf auswirkt. Die Höhenentwicklung der Gebäude in Kombination mit der Gebäudestellung lassen weitgehend die Nutzung passiver solarer Gewinne im Winter sowie die aktive Solarenergienutzung (PV) zu. Nur das fünfgeschossige Gebäude mit Bistro verschattet das dreigeschossige Gebäude nördlich davon. Die wirtschaftliche Nutzbarkeit von Fernwärme ist gegeben.

Denkmalschutz
Bearbeitungsbereich Lände: Durch die vorgeschlagene Bebauung „Starterhaus" schafft der Entwurf einen ausreichend großen Raum, um dem zweiteiligen Baukörper Schlachthof/Warmbad gerecht zu werden.
Bearbeitungsbereich Aumühle: Die vorgeschlagene Punkthausbebauung ergänzt in Baukörperform und Geschossigkeit die beiden Einzeldenkmäler (Villen) als pavillonartige Bebauung in einem parkähnlichen Umfeld. Um den positiv bewerteten Parkcharakter beizubehalten, bittet die Denkmalpflege auf eine Lösung zu achten, die den Übergang private Außenbereiche der Erdgeschosse/öffentliche Grünfläche mit Baumbestand regelt.
Der Neubau vor dem Taubenhaus (ED) ist aufgrund seiner zurückhaltenden Geschossigkeit in der Gebäudeform zurückhaltend und denkmalpflegerisch in Ordnung.
Gesamtbild/Stadtsilhouette: Die Bebauung ordnet sich perfekt in die bestehende Stadtsilhouette ein. Der vorliegende Entwurf wird als denkmalpflegerisch am besten gelöst bewertet.

Fazit
Insgesamt bietet der Entwurf ein solides städtebauliches Konzept, das jedoch dem besonderen Flair des Ortes teilweise nicht gerecht wird.



Perspektive



Schnitte

Stadtrat 15.12.2021

2. Rundgang

Metrik Architekten GmbH, Fürstenfeldbruck
Barbara Stammberger Dipl. Ing. Architektin
Andreas Stammberger Dipl. Ing. Architekt
FEMBOECK ARCHITECTS, Shanghai
Peter Femböck Dipl. Ing. (FH)

mit

Landschaftsarchitekurbüro Lohde, Fürstenfeldbruck
Martin Lohde Landschaftsarchitekt
Claudia Heindel Landschaftsarchitektin
Christine Lohde Dipl. Ing. (FH) Landschaftsarchitektin
Veronika Lichtenstein Dipl. Ing. (FH) Landschaftsarchitekin

Mitarbeiter: Philip Wörle
Hilfskräfte: Modellbau Matthes



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Das städtebauliche Konzept basiert auf der Gliederung in differenzierte Baubereiche auf der Lände und südlich der Aumühle. Zusammengehalten werden die Bereiche durch einen differenziert bespielten Außenraum, der durch eine großzügige, bebaute Brückenanlage mit Atelierbauten das ganze Quartier verbindet. Der Anschluss nach Osten gelingt jedoch nur eingeschränkt und spiegelt die Erfordernisse der Einbettung des Denkmals nicht ausreichend wider. Die Idee der westlichen Erweiterung des Taubenhauses überzeugt in der dargestellten Form nicht.

Der Freiraum scheint in der Nutzung überdeterminiert. Die geforderten Planungsziele werden generell erreicht, allerdings ist fraglich, ob die erwartete Nutzungsverschränkung im Bereich der Lände gelingt (Wohnen und Kreativindustrie).

Die Erschließung ist zweckmäßig, die Zusammenbindung der Tiefgarage überzeugt nicht hinsichtlich Lage und Flexibilität der Entwicklungsphasen.

Im Kreativbereich wird die Wirtschaftlichkeit angezweifelt, dies vor allem aufgrund der aufwendigen Bauten. Der Versiegelungsgrad im Quartier ist vergleichsweise hoch, der Eingriff in den Boden (Tiefgarage) im Überschwemmungsbereich ist substanziell.

Das geforderte Raumprogramm ist erfüllt, der Anteil der vermarktbaren Baufläche ist jedoch verhältnismäßig klein, jener der Verkehrsflächen überdurchschnittlich hoch.

Die Qualität der Wohnanlage am Stadtpark kann nur mit besonderen Bauformen (geneigte Fassaden) erreicht werden, dies wird als problematisch diskutiert.

Stadtrat 15.12.2020

2. Rundgang

Peter Haimerl Architektur, München
Univ.-Prof. Peter Haimerl Dipl. Ing. Architekt, Stadtplaner BDA

mit

Burger Landschaftsarchitekten Susanne Burger, Peter Kühn Partnerschaft, München
Susanne Burger Landschaftsarchitektin

Mitarbeiter: Verena Höß, Ulrich Pape, Björn Siegmund
Landschaftsarchitekten: Tobias Hoffmann



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Das im Kontext sehr eigenständige städtebauliche Konzept basiert auf einer visuell kleinteiligen Stadtstruktur, die allerdings in den Plänen kaum weiter erläutert wird und letztlich als relativ gängige Mehrfamilienhäuser in besonderer Architektursprache interpretiert werden muss.

Unter dieser Prämisse wird das Konzept der Stellung der Gebäude und der Gliederung des öffentlichen Freiraums und der privaten Gartenanlagen als kritisch eingeschätzt. Das städtebauliche Motiv wird nur im Bereich der südlichen Lände differenziert, ansonsten werden alle Bereiche ähnlich, und auch im Bezug auf Nachbarbauten kaum reagierend, behandelt. Insbesondere die Anschlüsse an die bestehenden Denkmäler sind fraglich.

Dies gilt für die Aumühle, Villenbebauungen und auch die dem Schlachthof benachbarte Hochgarage im Westen, welche zwar die Tiefgarage vermeidet, aber am Quartiereingang zu massig daherkommt.

Der Parkraum ist stark konzentriert, Fußwege in die Wohnbebauung lang. Die Siedlung ist konsequent autofrei, die Orientierung für Fußgänger scheint aber vor allem im Bereich des Amperübergangs und des Obermühlenkanals unklar.

Der östliche Anschluss im Bereich der Aumühle misslingt. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit des Projektes werden in der gezeigten Bauform als nicht ausreichend bewertet. Der Wohnanteil ist verhältnismäßig hoch, bei gleichzeitig kleiner vermarktbarer Nettobaufläche.

Dies gelingt nur in der gezeigten Engstellung von Gebäuden, die wiederum hinsichtlich der Raumqualität (s. o.) innerhalb der Jury kritisch hinterfragt wird.

Stadtrat 15.12.2020

2. Rundgang

performative architektur, Stuttgart
Dr. Ing. Steffen Wurzbacher Architekt

UTA Architekten und Stadtplaner GmbH, Stuttgart
Sigrid Müller-Welt Dipl. Ing. Architektin
Dominique Dinies Dipl. Ing. Architekt, Stadtplaner

mit

koeber Landschaftsarchitektur GmbH, Stuttgart
Jochen Koeber Dipl. Ing. Landschaftsarchitekt

Mitarbeiter: Lucas Keller da Costa, Andreas Schübl, Lisa Wagner

Fachplaner: Urbane Akustik, Schallschütz: Alexander Lee, HFT Stuttgart



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Das städtebauliche Konzept ist aufgrund der zur Illustration gewählten polygonalen Bauformen leicht ablesbar und gliedert sich in drei Teilbereiche, die sich nur wenig miteinander verschränken.

Insbesondere für den Kreativbereich im Südwesten wird dies als abträglich beurteilt. Die beiden Wohnbereiche lösen das räumliche Qualitätsversprechen nicht ein, besonders der südöstliche, zum Park orientierte Teil, ist nicht ausreichend ausgearbeitet.

Interessant ist die Weiterentwicklung des Konglomerates der Aumühle mit Erweiterung des Taubenhauses nach Westen und der Umfassung eines Lesegartens durch einen neuen Nordflügel. Jedoch wirkt der konkrete Vorschlag in diesem Wettbewerbsbeitrag unausgewogen und funktioniert auch nicht wirklich mit der neuen Brücken(haupt)verbindung.

Der Wohnanteil und die absolute Anzahl der Wohneinheiten ist die höchste im Teilnehmerfeld, die Verkehrsflächen die kleinsten. Die Wirtschaftlichkeit wird trotz dieser guten Kennwerte dennoch nur als bedingt gegeben betrachtet, da die Nutzungsmöglichkeiten durch die Kreativwirtschaft in der vorgeschlagenen Bauform nur eingeschränkt möglich sind.

Parkplätze sind unter den Wohnanlagen flächig angeordnet, im Kreativbereich wird die oberirdische Parknutzung südlich des Schlachthofes negativ bewertet.

Die großen Grünflächen im Süden und Osten der Lände sind nur schlecht flexibel (mehrfach) nutzbar, daher muss insbesondere die Möglichkeit für Freiluftveranstaltungen im Kreativbereich als nur eingeschränkt gegeben betrachtet werden.

Stadtrat 15.12.2020

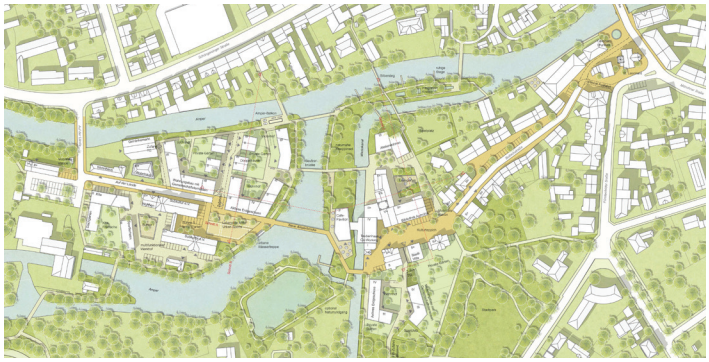
2. Rundgang

OCTAGON Architekturkollektiv PartGmbB, Leipzig
Markus Wiese Architekt M.A

mit

GM013 Landschaftsarchitektur, Berlin
Paul Giencke Dipl. Ing. Landschaftsarchitekt

Mitarbeiter: Lukas Butzer, Radmer van der Aalst, Joel Schülin, Quentin Pages, Martin auf der Lake, Yotam Olshaker



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Durch die Positionierung des Wohnungsbaus auf der Lände werden halböffentliche Freiräume geschaffen, die sich zur Amper öffnen. Die privilegierte Lage der Doppelhäuser an der Amper wurde kritisch diskutiert.

Durch das Verschieben des Gebäudekomplexes nach Süden in Richtung Subkultur wird die Durchlässigkeit vermindert.

Der Platz der lebendigen Mitte öffnet sich zur Amper und schafft Aufenthaltsqualität und ein Gegenüber zum Cafépavillon auf der anderen Seite der Amperbrücke. Dennoch ist eine solch flächige Querverbindung denkbar, allerdings muss dann auf die disperse Ausweisung von Parkplätzen konsequent verzichtet werden.

Die Vielzahl an oberirdischen Stellplätzen und nur wenig autofreie Bereiche stehen entgegen der Idee einer verkehrsberuhigten Entwicklung.

Die Kita ist im Westen des ehemaligen Schlachthofs richtig positioniert. Das Sportlerhaus liegt jedoch zu weit von den bestehenden Sportflächen entfernt.
Der Freiraum der Subkultur lässt zu wenig multifunktionale Nutzungen zu.

Die Bebauung zwischen den bestehen Villen wird aus Sicht des Denkmalschutzes kritisch gesehen. Die daran südlich anstehende Bebauung öffnet sich nach Süden zum Stadtpark und schafft eine Verbindung, aber die Anordnung der großen flankierenden Baukörper wirkt ungelenk.

Stadtrat 15.12.2020

2. Rundgang

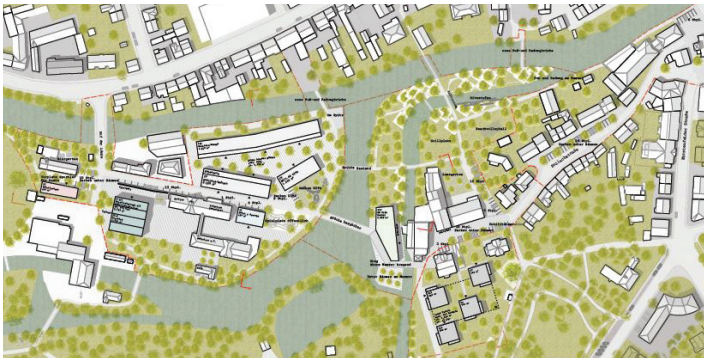
Köstlbacher Miczka Architektur Urbanistik, Regensburg
Martin Köstlbacher Architekt BDA, Stadtplaner

mit

Wamsler Rohloff Wirzmüller FreiRaum Architekten, Regensburg
Bernd Rohloff Landschaftsarchitekt, Stadtplaner

Mitarbeiter: Maximilian Koch, Susanne Kurfer, Katharina Wenninger

Hilfskräfte: Modellbau Heinz Kolaczek, Regensburg



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Die einzelnen Gebäudekomplexe in sich sind stimmig, jedoch gelingt deren Zusammenführung nicht.
Die geschlossene Bebauung entlang der Amper und die dadurch fehlende Erlebbarkeit der Aue wurden diskutiert.

Die Positionierung der Kita am Obermühlenkanal mit den zugehörigen Verkehrsbewegungen ist nicht richtig gewählt.
Das vorgelagerte Gebäude im Westen des ehemaligen Schlachthofs schränkt den Freiraum und die Nutzung der Subkultur ein und wird aus Sicht des Denkmalschutzes kritisch gesehen.
Die Situierung des neuen Sporthauses erfolgt an der richtigen Stelle.

Eine Durchmischung der unterschiedlichen Nutzungen mit der Kreativwirtschaft wurde von den Verfassern zu wenig beachtet.

Kritisch gesehen wurden die Stellplätze südlich der Bibliothek im Bereich der Aumühle. Positiv wurde der Umgang mit der Nachhaltigkeit bewertet.

Freiraumplanerisch wurden wenig Aussagen getroffen.

Stadtrat 15.12.2020

1. Rundgang

Sigrid Hintersteininger Architekten, Stuttgart
Dr. Ing. Sigrid Hintersteininger

mit

Planstatt Senner, Überlingen
Johann Senner Dipl. Ing. (FH)

Mitarbeiter: Jenny Weiss, Jan Neininger,
Anne Schäfer, Pepe Fritz



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Das Städtebauliche Konzept entwickelt sich dominant aus der Idee eines Kreativquartiers, jedoch überspannt es den Bogen und ordnet zu viele, zudem schlecht flexibel nutzbare Einheiten entlang der Ost-West-Achse an.

Die nördlichen (Kreativ-)Bereiche sind besser nutzbar, trennen aber die Quartiershauptverbindung vom nördlichen Amperarm ab. Nicht nur im Bezug zur im Osten konzentrierten Wohnbebauung steht der Kindergarten an der falschen Stelle.

Um überhaupt einen angemessenen Wohnanteil zu garantieren, werden im Ideenteil in zweiter Reihe (Bullachstraße) Neubauten angeordnet, welche nahezu die Hälfte aller Wohneinheiten aufnehmen und hinsichtlich der (baurechtlichen) Realisierbarkeit fraglich sind. Weitere Wohnungen finden sich nahe am Stadtpark in unnötig dicht gestellten Wohnbauten, welche aber keine hohe Nutzungsdichte bedeuten.

Die bebaute Brücke liegt an der richtigen Stelle, die Nutzung der hier angedockten Ateliers und Gastrobereiche ist hingegen schwierig.

Trotz der sehr großen Gewerbeflächen ist die Wirtschaftlichkeit nur eingeschränkt gegeben. Eine übergeordnete Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht erkennbar, gebäudeseitig fällt die unnötige Selbstverschattung von Wohnhöfen und Terrassen ins Gewicht. Die Parkraumlösung ist zweckmäßig, Mobilitätsstationen sind gut verteilt.

Stadtrat 15.12.2020

1. Rundgang

N-V-O Nuyken von Oefele Architekten BDA und Stadtplaner PartGmbB, München
Clemens Nuyken Architekt, Stadtplaner
Christoph von Oefele Architekt, Stadtplaner

mit

BL9 Landschaftsarchitekten Roser Cebulsky PartGmbB, München
Dipl. Ing. (TU) Landschaftsarchitektin

Mitarbeiter: Martina Welther, Christine Geelhaar, Przemyslaw Skrzypczyk, Kean Koschany, Nicola Schiemann



Lageplan

Beurteilungstext des Preisgerichts

Das städtebauliche Konzept basiert auf einzelgestellten, großen Baukörpern und Kleinensembles, welche – stark gegeneinander differenziert – im Raum verteilt werden.

Die Einzelbausteine und deren Wirkung in Straßen- und Raumfluchten gelingen, das Gesamtensemble wird aber durch viele ungelöste Details im Konzept substanziell geschwächt.

Vor allem die Nutzbarkeit und Qualität des verbleibenden Freiraums ist in mehreren Teilbereichen anzuzweifeln. Eingangs- und Zufahrtssituationen führen zwangsläufig zu einem die Gebäudeinseln umfließenden Raum, der jedoch aufgrund Befahrbarkeitsanforderungen in hohem Anteil versiegelt sein wird. Wenige Freiflächen verbleiben als den Wohneinheiten direkt zugeordnete Außenräume.

Die Erschließung ist zweckmäßig, die Hochgarage im Westen vermeidet einen Eingriff in das sensible Schotterbett des Flussraums, beeinträchtigt aber den westlichen Zugang zum Ländequartier. Das östlich gelegene Parkdeck mit Gewerbeeinheit und Lesegarten wird als unkonventionelle Idee gewürdigt, die Anfügung an die Bibliothek hingegen ist zweifelhaft.

Die östlich gelegene Wohnsiedlung wird in ihrer herkömmlichen Ausprägung den Anforderungen des sensiblen Umfelds nicht gerecht.

Die grundsätzlichen Nutzungsanforderungen sind im Wettbewerb erfüllt, in allen Bereichen (Wohnen, Arbeiten) liegt das Projekt unter den durchschnittlichen Dichten und Wirtschaftlichkeitsanforderungen.

Stadtrat 15.12.2020







Impressionen aus dem Preisgericht

Stadtrat 12.20

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Herausgeber: Stadt Fürstenfeldbruck

HUMMEL | KRAUS
PLANEN | BERATEN

Gestaltung: Hummel I Kraus GbR

September 2020

Stadtrat
15.12.2020

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG

Oberste Baubehörde im
ayerischen Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr

Dieser Wettbewerb wurde im Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
der Städtebauförderung gefördert.

1. Preis - JOTT Architekten GbR, Frankfurt a. Main / stern landschaften, Köln
Maßstab 1 : 1.500



Stadtrat
15.12.2020

2. Preis - von Angerer Architekten und Stadtplaner GbR, München / HinnenthalSchaar Land-schaftsarchitekten GmbH, München
Maßstab 1 : 1.500



Stadtrat
15.12.2020

3. Preis - Trojan + Trojan Architekten + Städtebauer BDA, Darmstadt / michellerundschalk GmbH landschaftsarchitektur und urbanismus, München
Maßstab 1 : 1.500



STRATIONSPLAN DACHAUFSICHT M 1:1000

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2304/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Städtebauförderung 2021 Konversion Fliegerhorst		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	25.11.2020
Verfasser	Kripgans-Noisser, Nadja	Zuständiges Amt	PGF Amt 2
Sachgebiet	Konversion Fliegerhorst	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	1. Bedarfsmitteilung 2021 2. Entwurf Jahresantrag 2021 3. Lageplan

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Jahresantrag 2021 Städtebauförderung Ib „Konversion Fliegerhorst“ wird in der beiliegenden Fassung beschlossen.

Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		keine		
Umweltauswirkungen		keine		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Die Konversionsmaßnahme Fliegerhorst wurde im Jahr 2012 hinsichtlich der Planungsaufwendungen (wie Vorbereitende Untersuchungen, Wettbewerb) in das **Bayerische Städtebauförderungsprogramm** aufgenommen, das **jährlich fortgeschrieben** wird. Für die weiteren baulichen Maßnahmen hat die Stadt bereits im Jahr 2011 Städtebaufördermittel über das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau-West" beantragt. Dies wurde jedoch aufgrund dessen, dass im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm ein höherer Fördersatz gilt (80% anstatt 60%), zurückgestellt.

Als Grundlage für die Aufstellung des jährlichen Städtebauförderungsprogrammes dienen der Regierung die Programmanmeldungen der einzelnen Städte und Gemeinden.

Die Regierung von Oberbayern prüft die Programmanmeldungen der Städte und Gemeinden zuerst auf Förderfähigkeit und schlägt die Maßnahmen dann nach sachlichen oder räumlichen Schwerpunkten, ihrer Bedeutung und Dringlichkeit dem Innenministerium vor.
Dieses stellt dann das **jährliche Förderprogramm** auf und die entsprechenden Mittel im **Landeshaushalt** zur Verfügung.

Da wie in vielen Bereichen auch für das Städtebauförderprogramm jährlich weniger Mittel zur Verfügung stehen als von den Städten und Gemeinden zur Förderung beantragt werden, legt die Regierung besonderen Wert darauf, dass **nur solche Maßnahmen** angemeldet werden, **die im jeweiligen Haushaltsjahr** auch **realisierbar** sind. Damit soll vermieden werden, dass die wenigen verfügbaren Landesmittel teilweise wegen überhöhter oder nicht realisierbarer Programmanmeldungen blockiert werden.

Stadtrat 15.12.2020

Die **Regierung fordert** aus diesem Grund seit 1995 **den verbindlichen Beschluss des Stadt-** bzw. Gemeinderates über die Jahresanträge.
Weiterhin müssen die Anträge vorab mit der Regierung von Oberbayern vorbesprochen und abgestimmt werden. Dies ist erfolgt.

Der anliegende Antrag basiert auf der **Fortschreibung des Vorjahresantrages.** Im Antrag können nur solche Maßnahmen aufgenommen werden, die sowohl von der Finanzierung als auch von der zeitlichen Umsetzung in 2021 realistisch und realisierbar sind. Gleiches gilt für die Folgejahre.

Darüber hinaus wurde die Stadt von der Regierung aufgefordert, größere Maßnahmen zeitlich zu strecken. Die Finanzierung über mehrere Jahre ist aufgrund der knappen Finanzausstattung des Programms erforderlich, was für die Stadt in der Regel mit Zwischenfinanzierungskosten verbunden ist.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde für das **Jahr 2021** beiliegender Antrag erarbeitet.

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 4

Bedarfsmitteilung Städtebauförderung

Jahr **2021**

gemäß Nr. 22.1 StBauFR 2007

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

An die
Regierung
Sachgebiet 34 Städtebau
Postfach
80534 München

1. Zuwendungsempfänger

[x] Stadt [ ] Markt [ ] Gemeinde	Name: **Fürstenfeldbruck**		
Anschrift (PLZ Ort, Straße Nr.): 82256 Fürstenfeldbruck, Hauptstraße 31			Gem.-Schlüssel:
Auskünfte erteilt: Frau Klein oder Frau Kripgans	Hauptanschluss: 08141/281-	Nbst. Tel.: 2100 o. 1070	Nbst. Fax:
E-Mail-Adresse: gabriele.klein@fuerstenfeldbruck.de	Landkreis: Fürstenfeldbruck		

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

Fördergegenstand nach BauGB: Sanierungsmaßnahme	Bezeichnung der Gesamt- und Teilmaßnahmen (z.B.: Untersuchungsgebiet Altstadt, Sanierungsgebiete xy, Entwicklungsbereich xy, Stadtumbaugebiet xy, Soziale-Stadt-Gebiet xy usw.)
Gesamtmaßnahme / Einzelvorhaben: Gesamtmaßnahme	**"Konversion Fliegerhorst" (Bayerisches Städtebauförderungsprogramm)**

3. Stand der Förderung

	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt förderfähige Kosten nach den StBauFR 2007	1.296
bisher zugeteilte Fördermittel für förderfähige Kosten von insgesamt	
./. bisher bewilligte Fördermittel für förderfähige Kosten von insgesamt	241
= Bewilligungsreste für förderfähige Kosten, die neben den Einnahmen nach beiliegender Aufstellung bis Jahresende noch verwendet werden	

4. Programmanmeldung

	Programmjahr	Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre		
	2021	2022	2023	2024
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**460**	370	261	125
./. Einnahmen der Gesamtmaßnahme lt. Anlage				
= tatsächlicher Bedarf förderfähiger Kosten	**460**	370	261	125

5. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, daß die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

Ort, Datum	Unterschrift
Fürstenfeldbruck, den	Erich Raff; Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

Erläuterungen zur Bedarfsmitteilung

Beabsichtigte Maßnahmen einschließlich vorliegender Bewilligungsanträge nach Prioritäten geordnet

angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	förderfähige Kosten in Tsd. EUR					
	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bereits bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2021	2022	2023	2024
1. Vorbereitungen						
1.1 Gutachten (Planungskosten)						
Verkehrsentwicklungsplan	140	140	**50**			
Schallschutzgutachten	50		**20**	15	15	
Erneuerbare Energien	45			15	30	
Sportstättenkonzept	120			50	70	
Potentialanalyse Gewerbe und Einzelhandel	110		**50**	50	10	
1.2 Wertgutachten						
Wertgutachten für Wertermittlung	26	26	**10**	10	6	
Altlasten	75		**20**	20	20	15
1.3 Sachverständigenkosten	30		**10**	10	10	10
1.4 Wettbewerbe						
Städtebaulicher Wettbewerb	500		**300**	200		
sonstige Wettbewerbe	200				100	100
2. Ordnungs-/Erschließungsmaßnahmen						
3. Baumaßnahmen						
4. Sonstiges						
Gesamtsumme	**1.296**	**166**	**460**	**370**	**261**	**125**

Stadtrat 15.12.2020

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Stadtplanung
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
markus.reize@fuerstenfeldbruck.de

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

Regierung von Oberbayern
- Sachgebiet 34.1 -
Postfach
80534 München

ENTWURF

Fürstenfeldbruck, 27.11.2020

Ihr Zeichen/ Ihr Schreiben vom:	Unser Zeichen (Bitte bei Antwort angeben)	Sachbearbeiter/ Ansprechpartner:	Telefon:	Fax:
	PGF/ KN	Frau Kripgans	08141 281-1070	08141 282-1070
		Frau Klein	08141 281-2100	08141 282-2100

Stadtrat 15.12.2020

Städtebauförderung;
Jahresantrag Bayerisches Städtebauförderungsprogramm 2020
Ib Konversion Fliegerhorst

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesminister der Verteidigung hat am 26.10.2011 bekannt gegeben, dass er die vollständige Auflassung der im Gemeindegebiet Fürstenfeldbruck liegenden militärischen Liegenschaften vornehmen wird. Mit Schreiben vom 13.01.2106 hat die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) mitgeteilt, dass sich der Schließungstermin des Fliegerhorstes von 2019 auf das Jahr 2020 verschieben wird. Weitere Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 06.02.2017 und vom 10.12.2019 weisen auf einen nochmals geänderten voraussichtlichen Schließungszeitpunkt zunächst 2023 und jetzt aktuell 2026 hin.

Um die Aufgabe der Konversion verwaltungsmäßig zu bewältigen, hat die Stadt eine projektorientierte Organisationsstruktur geschaffen.
Derzeit finden hauptsächlich Arbeiten zur Vorbereitung der Konversion in Form von Gutachten, Untersuchungen und Grundlagenaufbereitung statt. Grunderwerb oder Bau- und Ordnungsmaßnahmen wurden noch nicht vorgenommen. Die Auslobung und Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes zur Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes als Grundlage für alle weiteren Entwicklungsschritte wird die Hauptaufgabe im Jahr 2021 sein.

Der Stadtrat hat bereits folgende weiterführenden Beschlüsse gefasst:

1. Änderung des Flächennutzungsplanes,
2. Aufstellung von Bebauungsplänen,
3. Beschluss eines Sanierungsgebietes (§§ 136 ff BauGB),
4. Einleitung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (§§ 165 ff BauGB),
5. Erlass einer Vorkaufsrechtssatzung (§ 25 BauGB) und
6. Beschluss Leitlinien.
7. Beschluss über eine interkommunale Zusammenarbeit als ArGe
8. Beschluss Leitlinien in Abstimmung mit der Regionalen Entwicklungsstrategie

9. Vorbereitung und Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs

Es wird davon ausgegangen, dass die Konversionsmaßnahme mit erheblichen Kosten für die Stadt Fürstenfeldbruck verbunden ist, die die Stadt allein nicht leisten kann.

Aufgrund eines Moratoriums, das als Grundsatzbeschluss der Städte Fürstenfeldbruck und Olching sowie der Gemeinden Maisach und Emmering im September 2017 gefasst wurde, ruhten bis zum 31.07.2018 sämtliche städtebaulichen Planungen auf dem Gebiet der Konversionsfläche „Fliegerhorst“. Ein Teil der für das Jahr 2017/18 geplanten Maßnahmen musste deshalb verschoben werden. Als Folge des Planungsmoratoriums wurde im Jahr 2019 intensiv die Möglichkeit geprüft eine interkommunale Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes oder einer Arbeitsgemeinschaft zu implementieren. Dies führte zur weiteren Verschiebung geplanter Maßnahmen. Im Jahr 2020 wurden begonnene Untersuchungen wie der Verkehrsentwicklungsplan, die Machbarkeitsstudie zur Technischen Infrastruktur und die Studie zur Grauen Energie fortgeführt und weitestgehend zum Abschluss gebracht.

Stadtrat 15.12.2020

I. Maßnahmen nach dem Bund- Länder- Programm

1. VORBEREITUNGEN

1.1 Gutachten (Planungskosten):

Gutachten wurden schon seit 2013 beantragt und beauftragt. Teilweise sind sie abgeschlossen, teilweise aber noch nicht fertiggestellt bzw. konnten noch nicht beauftragt werden. Bewilligt sind bereits ca. 140.000 € (2021 und Folgejahre).
Es ist geplant, in den Jahren 2021 bis 2024 weitere Gutachten u. a. zu den Themen Schall, Potentialanalyse Gewerbe, Erneuerbare Energien durchzuführen. Hierfür wird von Gesamtkosten in Höhe von ca. für 2021 120.000 € ausgegangen.

1.2 Wertgutachten, Erschließungskosten:

Es ist beabsichtigt, Gutachten zu den Themen Altlasten/Kampfmittel zu beauftragen. Das Wertgutachten zur Wertermittlung in zwei Teilen (Teil 1 25.000 € bereits bewilligt, Teil 2 ca. 26.000 €) muss weiter bearbeitet werden.
Da diese Maßnahmen vermögensrelevant sind, werden sie separat aufgeführt.

1.3 Sachverständigenkosten:

Angesichts der rechtlich äußerst komplexen Thematik ist es erforderlich, dass die Stadt wie in den Vorjahren weitere externe juristische Beratung in Anspruch nimmt und im Zusammenhang mit den erforderlichen Ausschreibungsverfahren externe Büros beauftragt. Hierfür wird für das Jahr 2021 ein Betrag von 10.000 € eingeplant

1.4 Städtebaulicher Ideenwettbewerb:

Der städtebaulichen Ideenwettbewerb für das gesamte Konversionsgelände soll 2021 ausgelobt und das Ergebnis in eine Rahmenplanung mit integriertem Handlungskonzept umgesetzt werden. Hierfür werden Gesamtkosten in Höhe von ca. 500.000 € (einschl. Kosten der Auslobung) geschätzt. Es wird davon ausgegangen, dass diese fördertechnisch im Jahr 2021 ff anfallen werden.
Weitere Wettbewerbe zur Qualitätssicherung sind zukünftig vorgesehen.

III. Jahresantrag 2021:

In dem beiliegenden Jahresantrag zur Aufstellung des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms werden für das Programmjahr 2021 folgende Maßnahmen angemeldet:

- Gutachten (Planungskosten)
- Wertgutachten, techn. Infrastruktur
- Sachverständigenkosten
- Städtebaulicher Ideenwettbewerb

Die Stadt verpflichtet sich, für sämtliche angemeldeten Maßnahmen alle sich bietenden Einnahmemöglichkeiten auszunutzen und somit den beantragten Zuschussbedarf zu reduzieren.
Die angemeldeten planerischen Maßnahmen und Zielsetzungen werden - vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrates - in das neue Investitionsprogramm 2021 bis 2024 einfließen.
Der Stadtrat hat den Jahresantrag 2020 am 15.12.2020 in der beiliegenden Fassung beschlossen.

Stadtrat
15.12.2020

Für Rückfragen bzw. nähere Erläuterungen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

1.1

1.2

1.3

1.4

196.65 ha²

Stadtrat
15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
"Konversion Fliegerhorst"
Bayerisches Städtebauförderungs Programm
Anmeldung zum Programmjahr 2021 Antrag Ib

1.2 Maßnahme mit Ordnungsnummer laut Jahresantrag

Sanierungsgebiet "Fliegerhorst"

Maßnahme Fortschreibung mit Nr.

M 1: 4.000
Datum 27.11.2018

Plan Nr. 8
Stadtbauamt Fürstenfeldbruck

0 30 60 90 120 150 180 210 240 270 300 m

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2295/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Neubau Feuerwehr II, Mehrkosten			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	18.11.2020	
Verfasser	Lichtenberg, Christian	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 3	
Sachgebiet	45 Hochbau	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat beschließt ein Gesamtbudget der Hochbaumaßnahme samt Wohnungen in Höhe von 6,91 Mio. EUR und dieser Betrag ist in den Haushalt einzustellen.

Referent/in	Götz / BBV	Lohde / CSU	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		mittel		
Umweltauswirkungen		mittel		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja	6,38	Mio. €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag		Ja	0,53	Mio. €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme		6,91	Mio. €	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Vorbemerkung

1.Die augenblickliche Situation in der Baubranche

Wir bewegen uns nach wie vor in einer Phase der Baubranche die durch Überhitzung und Auslastung vieler Firmen bestimmt wird.
Das zeigt sich im Detail durch mangelndes Interesse der Firmen an neuen Aufträgen, sowie an vielfach ungewöhnlich hohen Angebotssummen.
Teilweise müssen einzelne Gewerke in verschiedenen städtischen Projekten mehrfach ausgeschrieben werden, oft muss man schon zufrieden sein überhaupt ein Angebot zu bekommen.
Wir schreiben mittlerweile schon alle Gewerke, unabhängig von der Auftragssumme, national, überregional aus. Der Aufwand Firmen zusätzlich zu informieren (über Staatsanzeiger, Intranet der Stadt Fürstenfeldbruck, telefonischer Ankündigung), zu interessieren ist überproportional groß und ein Großteil der Firmen sagt am Ende doch ab.
In welche Richtung sich die Baubranche weiter entwickeln wird ist auch anlässlich der Corona-Pandemie schwer vorher zu sagen.
Die Fachplaner haben auf diese Situation reagiert und in der Vorbereitung der Ausschreibungen die Schätzpreise der einzelnen Gewerke angepasst. Leider bestätigten sich in den bisher eingegangenen Angeboten die aktuellen höheren Schätzkosten der Fachplaner.

Erläuterung

2.Bisher genehmigte Gesamtkosten

Mit den Beschlüssen vom Planungs-und Bauausschuss vom 17.06.20 sowie vom Stadtrat vom 21.07.2020 wurde ein Gesamtbudget von 6.379 Mio. EUR genehmigt.

Stadtrat 15.12.2020

3.Prognose Kostenentwicklung

Gemäß dem derzeitigen Ausschreibungsstand von augenblicklich ca. 70% können Gesamtkosten (Stand November 2020) in Höhe von 6.714 Mio. EUR ohne Möblierung prognostiziert werden.
Im Hinblick auf diese Preisentwicklung scheint es angebracht auch die restlichen noch auszuschreibenden Gewerke entsprechend anzupassen.
Dies berücksichtigt sollten wir mit Gesamtkosten in Höhe von 6,91 Mio. EUR rechnen.

4. Bewertung der Kostenentwicklung

Die ursprüngliche grobe Kostenschätzung vom April 2019 bezifferte Gesamtkosten ohne Möblierung in Höhe von 5,92 Mio. EUR. Diese Kosten wurden im Haushalt 2020 eingestellt, die Kostengenauigkeit mit +/- 25 % angegeben.
Die Kostenprognose Stand Dezember 2020 liegt mit 6,91 Mio. EUR bei 16,7% über der Kostenschätzung vom April 2019 und damit innerhalb des erwarteten Rahmens.

5.Ursache der weiteren Kostenmehrungen

Die maßgeblichen weiteren Kosten entstanden in folgenden Teilbereichen
- Elektroplanung: verspätete Kostenmeldungen des Fachplaners für Elektro im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Elektroausschreibung.
- Freiflächen: der beauftragte Landschaftsarchitekt meldete unter anderem durch die Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange und der Niederschlagswasserbeseitigung Mehrkosten an.

- Honoraranpassungen zu den Kostenberechnungen und aufgrund von Einarbeitung nachträglich geforderter Auflagen der Naturschutzbehörde und des Wasserwirtschaftsamtes.
- Kosten durch ungewöhnlich hohen Aufwand für Bauwasser und Baustrom (die notwendige Trafostation wird erst 2021 erstellt.)

6.Bereits ausgeschriebene Gewerke (ca. 70 % der Gesamtkosten):

1. Blitzschutz
2. Erdbau
3. Baumeister
4. Gerüstbau
5. Dachabdichtung
6. Spenglerarbeiten
7. Brunnenanlage
8. RLT
9. MSR
10. Sanitär-Heizung
11. Holzbauarbeiten
12. Elektroarbeiten / Notstrom / PV-Anlage
13. Baunebenkosten KGR 700 (z.B. Honorarkosten)

7.Einsparmöglichkeiten

Die Möglichkeiten Kosten einzusparen sind aus Sicht der Planer in 2 Positionen zu finden.

1. Entfall des Bolzplatz, der anstelle des kaum genutzten bestehenden Bolzplatzes geplant ist mit ca. 75.000,- EUR oder
2. Verschiebung des geplanten Bolzplatzes näher zum Gebäude mit ca. 15.000,- bis 20.000,-
3. Der Übungsturm mit einem voraussichtlichen Einsparpotential zwischen 50.000,- und 80.000,- EUR zum anderen

Stadtrat 15.12.2020

8.Schlussbemerkung zur Kostengenauigkeit

Es wurde in verschiedenen Sitzungen bereits erwähnt wie schwierig es ist derzeitig verbindliche Kostenprognosen zu stellen.
Hierzu ein aktuelles Beispiel aus dem Submissionsergebnis der Elektroarbeiten.
Die Elektroarbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben.
14 Firmen aus der Region und überregional wurden telefonisch darüber informiert.
Abgegeben haben 2 Firmen!
Das günstigste, derzeit noch in Prüfung befindliche Angebot liegt bei ca. 552.000,- EUR brutto,
das andere Angebot liegt bei ca. 942.000,- EUR brutto.
Das bedeutet eine Differenz von 71%.

9. Prognostizierten Projektgesamtkosten

Hochbaukosten	ca. 6,91 Mio. EUR
Fahrzeugbeschaffung	ca. 1,415 Mio. EUR

Ausstattung	ca. 0,099 Mio. EUR
EDV und sonstiges	ca. 0,018 Mio. EUR
	ca. 8,442 Mio. EUR

10. Förderung

Feuerwehr	ca.0,246 Mio. EUR
Fahrzeuge	ca. 0,360 Mio. EUR
Wohnungen	ca. 1,283 Mio. EUR
Summe Förderung	ca. 1,889 Mio. EUR

Stadtrat
15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2301/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Bau einer Eishalle und Fortschreibung der Machbarkeitsstudie – Bereitstellung von Haushaltsmittel im Vorgriff auf den Haushalt 2021			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	24.11.2020	
Verfasser	Pohl, Daniel Moroff, Susanne	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 2 Amt 5	
Sachgebiet	41 Stadtplanung 20 Finanzverwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**15.12.2020**	**Ö**

Stadtrat 15.12.2020

Anlagen:	1. Beschlussbuchauszug STR 24.04.2018 2. Beschlussbuchauszug ISJS 09.01.2019 3. Beschlussbuchauszug PBA 25.09.2019 4. Beschlussbuchauszug PBA 04.12.2019 5. Beschlussbuchauszug PBA/ HFA 19.10.2020 6. Beschlussbuchauszug STR 27.10.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stellt die erforderlichen Haushaltsmittel von 100.000 € im Vorgriff auf den Haushalt 2021 zur Verfügung und beauftragt die Verwaltung alle im Sachvortrag genannten Gutachten anfertigen zu lassen

Referent/in	Götz / BBV		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Kellerer/CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Wollenberg, Prof. Dr./FDP		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz			mittel	
Umweltauswirkungen			mittel	
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Nein	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag		Aufwand	Ja	100.000 €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme		unbekannt		€
Folgekosten				€

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Sachstand

Der **Stadtrat** hat am **24.04.2018** beschlossen, eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer Eishalle, welche die Realisierung von möglichen Standorten überprüft, erstellen zu lassen und hierbei die ortsansässigen Sportvereine bereits im Vorfeld mit zu beteiligen. Hierfür wurden im Haushalt 2018 entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € bereitgestellt.

Nach Festlegung des Untersuchungsumfangs im Juli 2018 erfolgte Ende August eine Angebotseinholung. Hierbei zeigte sich, dass erstens keine Büros in der Lage waren, eine zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten und zweitens, dass die Bearbeitungszeit deutlich länger ausfällt, als erwartet, so dass ein erneutes Ausschreibungsverfahren erforderlich wurde. Die Angebotseinholung konnte jedoch als sinnvolle Vorsondierung verwendet werden, die wertvolle Hinweise (u. a. Auftragswert und Inhalte) für die Definition der Aufgabenstellung geliefert hat.

Das Raumprogramm sowie mögliche Standortvarianten wurden in der Sitzung des **Ausschusses für Soziales, Jugend und Sport am 09.01.2019** beschlossen (siehe Anlage 1).

Im Ergebnis konnte bei dem Vergabeverfahren die Bietergemeinschaft Ingenieurbüro Möller + Meyer mit dem Architekturbüro asp ermittelt werden und der Vertrag für die Planungsleistung Ende Juni 2019 unterzeichnet werden.

In der Sitzung des **Planungs- und Bauausschusses vom 25.09.2019** wurde der vom Büro asp erarbeitete Vorschlag der Bewertungsmatrix für die 5 zu untersuchenden Standorte beschlossen. Weiterer Schwerpunkt war die Festlegung der Gewichtung der Anforderungskriterien innerhalb der Bewertungsmatrix. Die Verwaltung wurde in dieser Sitzung beauftragt, die Ergebnisse der abgeschlossenen Bewertung sowie die aus Sicht des Planungsbüros beiden bestgeeigneten Standorte dem zuständigen Gremium vorzulegen (siehe Anlage 1).

Stadtrat 15.12.2020

Am **04.12.2019** wurden dem **Planungs- und Bauausschuss** das Ergebnis der Standortuntersuchung mit Festlegung der aus Sicht des Planungsbüros beiden bestgeeigneten Standorten präsentiert. Dabei wird der Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions und der Standort 4 im Fliegerhorst nördlich der bestehenden Sportanlagen vorgeschlagen. Die Verwaltung wurde daraufhin beauftragt, für die beiden Standorte eine entsprechende Machbarkeitsstudie zu erstellen.

In der gemeinsamen Sitzung des **Planungs- und Bauausschuss** sowie des **Haupt- und Finanzausschusses vom 19.10.2020** wurde die Verwaltung beauftragt für den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions und den Standort 4 bzw. 6 Fliegerhorst, nördlich des Sportplatzes bzw. der Halle 4 vertiefende Gutachten zu den Themen Immissionsschutz, Klimaneutralität und Verkehrsverträglichkeit zu beauftragen. Weiterhin soll sich die Verwaltung für das Bundesförderprogramm zum Bau der Eishalle bewerben. Weitere Bestandteile der gefassten Beschlüsse sind die Beauftragung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit den Schwerpunkten Betreiberkonzept, Sponsoring, sowie Betrieb einer Eishalle inkl. steuerlichen und energetischen Querverbund sowie ein entsprechend zu behandelnder Grundsatzbeschluss über den Bau einer Eishalle.

In der **Stadtratssitzung vom 27.10.2020** wurde der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss geändert bzw. um einige Punkte ergänzt. Unter anderem wurde die Verwaltung beauftragt, den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions primär für weitere Planungsüberlegungen zum Bau der Eishalle zu verwenden. Die Standorte 4 und 6 im Fliegerhorst sollen sekundär als Grundlage der weiteren Planungsüberlegungen dienen.
Der Beschluss zur Bewerbung für das Bundesförderprogramm aus dem PBA und HFA wurde bestätigt mit dem Hinweis an den Fördergeber, dass die Stadt derzeit parallel die Standorte am Fliegerhorst prüft.

Weiterhin wurde die Verwaltung beauftragt, für den Standort 1 unverzüglich und mit höchster Priorität die Planungen und dazu notwendigen Gutachten weiterführen, so dass die Ergebnisse spätestens zur zweiten Bewerbungsphase (April 2021) des Förderprogramms vorliegen.

Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Vorgriff auf den Haushalt 2021

Derzeit stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung, um die beschlossenen Gutachten beauftragen zu können. Wenn die Gutachten zur zweiten Bewerbungsphase (April 2021) vorliegen sollen, müssen diese möglichst umgehend beauftragt werden. Es kann nicht abgewartet werden, bis der Haushalt 2021 vom Stadtrat beschlossen und von der Kommunalaufsicht genehmigt ist.

Kostenschätzung für die Untersuchung von derzeit nur dem Standort neben der AmperOase

- **Fortschreibung der Machbarkeitsstudie:** 55.000 € (Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Klimaneutralität ist inbegriffen)
- **schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung**: 12.000 €
- **Verkehrsgutachten**: 10.000 €
- **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung**: 23.000 €

Gesamtkosten: 100.000 €

Laut Beschluss des Stadtrates vom 27.10.2020 sollen zwei weitere Standorte im Fliegerhorst sekundär untersucht werden. Es ist davon auszugehen, dass für diese weiteren Untersuchungen pro Standort Kosten von in etwa der gleichen Höhe anfallen werden.

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 1

Auszug
aus der Niederschrift über die
50. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 24.04.2018

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Götz;
3. Bürgermeisterin:
Frau Karin Geißler;
Stadträte:
Herr Erhard Baumann; Herr Tommy Beer; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Peter Glockzin; Frau Simone Görgen; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Beate Hollenbach; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Dieter Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Klaus Quinten; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Walter Schwarz; Herr Christian Stangl; Herr Georg Stockinger; Herr Jens Streifeneder; Herr Dr. Andreas Ströhle; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 5	**Bürgerantrag "Eishalle Fürstenfeldbruck" nach Art. 18 b GO; Standortanalyse, Machbarkeitsstudie**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1429/2018 vom „Bürgerantrag „Eishalle Fürstenfeldbruck“ nach Art. 18 b GO; Standortanalyse, Machbarkeitsstudie (Anlage: 1. Bürgerantrag „Eishalle Fürstenfeldbruck“ vom 15.01.2018, 2. Stellungnahme Nr. 203071/13 vom 19.01.2018 des Ingenieurbüros Greiner)“ dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **StR und Sportreferent Kellerer** bezieht sich auf den Sachvortrag und die darin geschilderte Problematik am jetzigen Standort. Die Nutzung einer Halle wäre auf Grund des Lärmschutzes zeitlich nur eingeschränkt möglich. Es sollten alle Möglichkeiten für einen geeigneten Standort geprüft werden.
Er beantragt, den ausgereichten Beschlussvorschlag unter Aufzählungspunkt 2 wie folgt zu ändern:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Machbarkeitsstudie, **welche die Realisierung von möglichen Standorten überprüft (Kurt-Schumacher-Str.,)** erstellen zu lassen **und hierbei** die ortsansässigen Sportvereine bereits im Vorfeld mit zu beteiligen.

Die Frage nach Investoren – in Bezug auf den Antrag von Die PARTEI & FREI, Herrn StR Weber – hängt nach der Meinung von Herrn StR Kellerer stark vom Standort ab. Daher sollte dieser Antrag erst nach Festlegung auf einen Standort weiter verfolgt werden.

Stadtarchiv FFB

Die Einnahmen durch eine mögliche Photovoltaikanlage schätzt er nicht zu hoch ein, so dass eine Finanzierung beziehungsweise der Betrieb darüber fraglich erscheint.

Herr **StR Heimerl** begrüßt den Bürgerantrag. Dem Änderungsantrag von Herrn StR Kellerer kann die SPD-Stadtratsfraktion zustimmen, jedoch sollte man bei den möglichen Standorten den Zusatz **„z. B. (zum Beispiel)"** einfügen. Er hätte sich gewünscht, dass der Sachantrag Nr. 104 heute mitbehandelt worden wäre. Der Antrag beinhaltet den Vorschlag einer offenen Standortsuche, um eine gute und geeignete Lösung zu finden. Den Antrag von Die PARTEI & FREI, Herrn StR Weber hält er zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

Herr **StR Stangl** entgegnet, dass die Stadt froh sein könnte, wenn ein – wie auch immer gearteter – Investor die Eishalle finanzieren und bauen würde. Er unterstützt den Vorschlag von Die PARTEI & FREI. Seiner Ansicht nach kann man den zweiten Satz unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages streichen.

Herr **StR Weber** erklärt kurz seinen Antrag. Er sieht es als wichtig an, einen möglichen Investor bereits in die Standortsuche miteinzubeziehen und in diesem Zuge auch mögliche Betreibermodelle zu besprechen. Die Anbringung von Photovoltaikanlagen spart auf lange Sicht gesehen Geld ein, da Strom selbst erzeugt werden kann und nicht gekauft werden muss.

Nach dem Änderungsantrag von Herrn StR Weber sollen dem ausgereichten Beschlussvorschlag folgende neue Punkte nach Aufzählungspunkt 2 hinzugefügt werden:

3. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden auch verschiedene Betreibermodelle und Investitionskonzepte geprüft (z. B. Nutzung im Sommer bzw. für zusätzliche Zwecke, Sponsoring, Kooperationspartner, etc.).

4. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wird auch geprüft, wie durch intelligente Energiekonzepte zusätzliche Einnahmen erzielt werden können (z. B. großflächige Photovoltaik-Anlage auf Dach und/ oder Parkplatz, Nutzung Kälteanlage im Sommer für Klimatisierung/ Fernkälte etc.).

Der jetzige Aufzählungspunkt 3 wird zu Punkt 5.

Herr **OB Raff** stellt den Antrag von Die PARTEI & FREI nicht in Abrede, weist aber darauf hin, dass im aktuellen Haushalt nur 50.000 Euro eingeplant sind.

Herr **StR Quinten** bemängelt, dass nicht schon viel früher eine Standortuntersuchung erfolgt ist. Er freut sich, dass nun fraktionsübergreifend Konsens besteht.

Herr **StR Kreis** steht den Planungen positiv gegenüber, aber für ihn stellt sich an dieser Stelle nicht nur die Frage nach einem geeigneten Standort, sondern auch die Frage nach einer möglichen Finanzierung. Er sieht die Finanzierung und den Betrieb durch die Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH derzeit relativ kritisch. Gleichwohl kann es Möglichkeiten für Sponsoring geben (Beispiel: Sparkasse).

Herr **StR Lohde** bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn StR Stangl und plädiert dafür, den zweiten Satz unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages nicht zu streichen. „Detailplanung" meint hier wohl die konkrete Ausgestaltung von Details wie Fenster, Türen, etcetera; hier macht es durchaus Sinn, solche Dinge nochmals im Gremium nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zu besprechen. Aber zu allererst muss ein geeigneter Standort gefunden werden.

Stadtrat Fürstenfeldbruck

Herr **StR Pötzsch** spricht sich dafür aus, nicht alles zusammenzupacken, sondern erst einmal Grundlagen zu schaffen (Standortsuche) um dann die nächsten notwendigen Planungsschritte einzuleiten.

Herr **StR Prof. Dr. Wollenberg** plädiert dafür, das Zeitfenster nun zu nutzen und die Machbarkeitsstudie für eine Eishalle einstimmig auf den Weg zu bringen. Daraus resultiert die finanzielle Verankerung in den kommenden Haushaltsjahren, so dass das Projekt zeitnah realisiert werden kann. Er rät dazu, einen Gesamtbeschluss zu fassen um ein weiteres „Stückwerk" zu vermeiden.

Herr **OB Raff** gibt zu bedenken, dass der heutige Beschluss in den für 2018 eingestellten Haushaltsmitteln in Höhe von 50.000 Euro nicht untergebracht werden kann. Heuer wird mit einem Ergebnis aus der Machbarkeitsstudie wohl nicht mehr zu rechnen sein.

Frau **StR'in Dr. Zierl** stellt klar, dass die von Die PARTEI & FREI eingebrachten Änderungen keine finanziellen Ressourcen vereinnahmen. Sie schlägt vor, dass die hausinterne Wirtschaftsförderung das Projekt begleiten könnte. Außerdem pflichtet sie den Ausführungen von Herrn StR Weber bei.

Herr **OB Raff** verneint eine Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung. Diese Leistung muss von extern erfolgen.
Die Ergänzungen von Die PARTEI & FREI stellt er ein weiteres Mal nicht in Abrede; sie werden jedoch in 2018 keine Berücksichtigung finden können.

Herr **2. Bgm. Götz** stimmt Herrn StR Lohde zu, zum jetzigen Zeitpunkt solche Vorgaben nicht zu beschließen. Es geht um eine Standortsuche, die Aspekte des Städtebaus, des Immissionsschutzes und der Verkehrsanbindung etcetera beinhalten soll. Erst wenn dieser Schritt abgeschlossen ist, können weitere Planungsschritte (Investor, Betreibermodell, Photovoltaik, und so weiter) eingeleitet werden. Er spricht sich für eine Formulierung aus, die klar macht, dass die von Die PARTEI & FREI beantragten Punkte erst in einer späteren Planungsphase Berücksichtigung finden.

Nach Meinung von Frau **StR'in Fröhlich** ist der Beschlussvorschlag unvollständig.
Sie beantragt unter Aufzählungspunkt 1. den Begriff „Detailplanungen" durch die Formulierung **„Planungsschritte"** zu ersetzen. Sie regt außerdem an, den Aufzählungspunkt 2 wie folgt zu ergänzen:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Machbarkeitsstudie **zur Standortfindung** erstellen zu lassen. (...)

Herr **StR Lohde** fasst die Änderungsanträge von Herrn StR Kellerer und Frau StR'in Fröhlich zu Aufzählungspunkt 2. zusammen und ergänzt diesen durch die beispielhafte Aufzählung möglicher Standorte:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Machbarkeitsstudie, **welche die Realisierung von möglichen Standorten überprüft (z. B. Amperoase, Kurt-Schumacher-Str., Fliegerhorst)** erstellen zu lassen und hierbei die ortsansässigen Sportvereine bereits im Vorfeld mit zu beteiligen.

Aufzählungspunkt 3. soll wie folgt lauten:

3. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden für die möglichen Standorte Betreibermodelle, Investitions- und Energiekonzepte bedacht.

Herr **StR Schwarz** ist mit dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht zufrieden.
Er spricht sich grundsätzlich für den Änderungsantrag von Die PARTEI & FREI aus, jedoch findet auch er diese Vorgaben verfrüht. Er plädiert dafür, dass der Stadtrat nach Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie über die weiteren Schritte entscheidet.

Unter Berücksichtigung der gestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge ergeht nachfolgender

geänderter Beschluss:

1. Die Errichtung einer Eissporthalle wird im Sinne des Bürgerantrages vom 15.01.2018 weiterverfolgt. Die Planungsschritte richten sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

   Ja-Stimmen: 38
   Nein-Stimmen: 0

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Machbarkeitsstudie, welche die Realisierung von möglichen Standorten überprüft (z. B. Amperoase, Kurt-Schumacher-Str., Fliegerhorst) erstellen zu lassen und hierbei die ortsansässigen Sportvereine bereits im Vorfeld mit zu beteiligen.

   Ja-Stimmen: 38
   Nein-Stimmen: 0

3. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden für die möglichen Standorte Betreibermodelle, Investitions- und Energiekonzepte bedacht.

   Ja-Stimmen: 38
   Nein-Stimmen: 0

4. Nach Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie wird über die weitere Vorgehensweise erneut in den städtischen Gremien beraten.

   Ja-Stimmen: 38
   Nein-Stimmen: 0
   (Herr StR Danke ist nicht mehr anwesend)

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 24.11.2020

i.V. S. Imhof

Marlene Böck
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtarchiv 19.12.2020

Anlage 2

Auszug
aus der Niederschrift über die
18. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport
vom 09.01.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Herwig Bahner; Herr Albert Bosch; Frau Claudia Calabrò; Herr Willi Dräxler; Frau Simone Görgen; Herr Jan Halbauer; Frau Beate Hollenbach; Herr Martin Kellerer; Herr Dieter Pleil; Herr Mirko Pötzsch; Herr Dr. Andreas Ströhle; Herr Georg Stockinger;
Vertreter/in:
Frau Hermine Kusch; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 3	Machbarkeitsstudie Eishalle; Sachantrag Nr.139/2014-2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1687/2018 vom 19.12.2018 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Pötzsch freut sich, dass über die Machbarkeitsstudie „Eishalle" beraten wird. Er möchte dieses Thema so schnell wie möglich angehen und kann nicht nachvollziehen, weshalb das Ergebnis dieser Studie erst Anfang 2020 vorliegen kann. Seines Erachtens müsste es möglich sein, die Ergebnisse Anfang Juli 2019 präsentiert zu bekommen.

Stadtrat Pötzsch stellt den Antrag, dass Punkt 3 aus der Leistungsbeschreibung genommen wird, die Kostenschätzung unter einem extra Punkt aufgeführt und die Machbarkeitsstudie im Juli 2019 dem Ausschuss vorgestellt wird.

Stadtrat Kellerer bekräftigt, dass er auch froh wäre, wenn dieses Thema schneller vorangehen würde. Jedoch sind die Architektenbüros voll ausgelastet.
Ihm fehlt in der Beschreibung, welche CO2-Einsparungen sich durch eine Eishalle ergeben würden und an welchem Standort der steuerliche Querverbund möglich wäre.

Herr Pohl entgegnet, dass der Auslobungstext der erste Schritt sei. Hier werden hauptsächlich die städtebaulichen Belange (Kubatur, Erschließung etc.) berücksichtigt. Wenn ein Standort gefunden worden ist, können diese weiteren Punkte berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Raff findet den steuerlichen Querverbund äußerst wichtig und möchte, dass dieser in den Auslobungstext mit aufgenommen wird.

Stadtrat Schwarz bittet darum, dass in der Leistungsbeschreibung unter „I. Situation" im letzten Absatz der Passus „...seit einigen Jahren ..." durch „....seit Jahrzehnten ..." ersetzt wird.

Stand 12.2020

Beim Raumprogramm sollte darauf geachtet werden, dass man sich aufgrund von selbstauferlegten Sparzwängen nicht von vorne herein beschränkt. Dies ist ein Projekt, welches für die nächsten 40 – 50 Jahre ausgelegt ist.
Nach seiner Ansicht sollte nach Erledigung der Punkte 2.1. bis 2.5. die Matrix für die Entscheidung des besten Standorts den zuständigen Gremien vorgelegt werden. Dieses kann dann über die 2 bestgeeigneten Standorte im Juli 2019 entscheiden.
Laut **Stadtrat Schwarz** ist der steuerliche Querverbund, nur im Hinblick auf das Eisstadion, eher untergeordnet zu betrachten. Er sollte schon erhalten bleiben, ist seines Erachtens aber kein k.o.-Kriterium bei der Standortsuche.

Stadtrat Kellerer widerspricht dieser Argumentation. Der steuerliche Querverbund darf bei einem Neubau einer Eishalle nicht vernachlässigt werden, da hier die Abschreibungen wesentlich höher sind als bei dem jetzigen Eisstadion.

Oberbürgermeister Raff warnt davor, einen Zeitdruck aufzubauen, da darunter die Qualität der Machbarkeitsstudie leiden wird. Er kann sich vorstellen, dass bis Ende September 2019 die ersten Ergebnisse vorgelegt werden können; davor wird es nicht machbar sein.

Stadtrat Halbauer frägt nach, ob es möglich ist, den Punkt 3.2. „Nutzungsvorschläge außerhalb der Saison" bereits vorab konkreter zu benennen, um die Nutzung profitabler zu machen.
Auch **Stadträtin Kusch** findet diesen Punkt für die Standortsuche wichtig, da es sich auch um lärmintensivere Veranstaltungen handeln könnte.
Stadtrat Schwarz entgegnet, dass man sich bei der Standortsuche erstmal auf die Eishalle und den Eissportbetrieb konzentrieren soll. Ein guter Betreiber der Eishalle wird anschließend auch eine geeignete Nebennutzung installieren können.

Herr Mack vom Sportbeirat bittet um redaktionelle Änderung; unter dem Punkt 5.2. soll auch der Sportbeirat aufgeführt werden.

Stadtrat Pötzsch könnte akzeptieren, dass die Studie bis Ende September vorgelegt wird und würde seinen Antrag dementsprechend ändern. Der Punkt 3 soll aber herausgenommen werden.

Sowohl **Stadträtin Zierl** als auch **Stadtrat Dräxler** schlagen vor, dass nach Punkt 2.5. ein Zwischenbericht den zuständigen Gremien nach der Sommerpause vorgelegt wird. Der Punkt 3 soll in der Beschreibung belassen werden.

In der Leistungsbeschreibung sollen folgende redaktionelle Änderungen erfolgen:
- Zwischenbericht nach Punkt 2.5.
- In II. Aufgabenstellung soll der Part „...Umbau eines Hangars..." in „....Umbau einer Halle ..." ersetzt werden.

Über den Änderungsantrag von **Stadtrat Pötzsch**

„Punkt 3 –Entwurfsvorschlag – soll aus der Leistungsbeschreibung herausgenommen werden"

wird wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 12

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Ausschuss Integration, Soziales, Jugend und Sport beschließt den in der Anlage 3 dargestellten Ausschreibungstext zur Ausschreibung freizugeben. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Zuge des Ausschreibungsverfahrens noch redaktionelle Änderungen im Rahmen der Beschlussfassung vornehmen zu dürfen.

2. Der Sachantrag 139/2014 – 2020 ist damit abschließend behandelt.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 2

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 21.02.2019

Michaela Raff
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat 15.02.2020

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 6

Anlage 3

Auszug
aus der Niederschrift über die
65. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 25.09.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Tommy Beer; Herr Karl Danke; Herr Markus Droth; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Christian Götz; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Christian Stangl; Herr Georg Stockinger; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 5	**Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie Eishalle - Beschluss Bewertungsmatrix und Gewichtung der Anforderungskriterien**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1868/2019 vom 12.08.2019 (Anlagen Beschlussbuchauszug; Lageplan der zu untersuchenden Standorte; Entwurf Bewertungsmatrix inkl. Gewichtung der Anforderungskriterien) dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Nasifoglu, Büro ASP stellt die Bewertungsmatrix für die Machbarkeitsstudie und Standortanalyse zur geplanten Eishalle vor. Die Bewertungsmatrix beinhaltet fünf Anforderungskriterien. Diese sind:

- Städtebauliche Beurteilung
- Vorabschätzung der naturräumlichen Rahmenbedingungen
- Immissionskonflikte
- Verkehrliche Anbindung / zu erwartende Verkehrsauswirkung
- Versorgung / Erschließung

Herrn StR Piscitelli fällt auf, dass keiner der aufgeführten Bewertungskriterien auf das Thema Energiewirtschaft eingeht. **Herr Nasifoglu** entgegnet, dass die Thematik in dem Punkt Versorgung/Erschließung mit beinhaltet ist. Dieser ist **Herrn Piscitelli** mit 10 % zu gering bewertet.

Herr Nasifoglu führt auf die Frage von **Herrn StR Dr. Rothenberger** zur Prüfung von etwaigen Immissionskonflikten aus, wenn beispielsweise welche in unmittelbarer Nähe von Wohnbebauung wären, müssten Schallschutzmaßen getroffen oder der Standort negativ bewertet werden.

Für **Herrn StR Schilling** ist der Städtebau mit 45 % zu hoch angesetzt. Dagegen der Bereich Natur und Versorgung sollte seines Erachtens höher bewertet werden.

Stand 15.10.2019

Da der Punkt Erschließungsmöglichkeiten bereits beim Städtebau in dem Punkt **Lage und Einbindung** enthalten ist, würde **Frau StRin Fröhlich** diesen beim **Städtebau mit insgesamt 10 %** integrieren und **als separaten Punkt streichen**. Weiterhin schlägt Frau Fröhlich folgende Änderung zum Beschlussvorschlag vor:
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bewertungsmatrix den zuständigen Gremien vorzulegen und für die zwei bestgeeigneten Standorte der Eishalle die Planungsüberlegungen zu intensivieren, einen konkreten Vorentwurf auszuarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Herr StR Prof. Dr. Wollenberg möchte den Punkt Wirtschaftlichkeit mit mindestens 15 % aufnehmen und dafür die Bewertung des Städtebaus um 15 % reduzieren.

Frau StRin Dr. Zierl ergänzt, dass bei dem Punkt Wirtschaftlichkeit auch eine Investorentauglichkeit sowie Eigenenergieerzeugung mit geprüft werden könnte. Weiterhin würde sie die Gewichtung der Versorgung / Erschließung anheben. Das Thema Nutzung in der Matrix sollte nicht nur von den beauftragten Büros, sondern auch von den Vereinen und dem Sportbeirat bewertet werden. Ihrer Meinung nach, fehlt noch der Standort Cerveteristr. und sie beantragt daher, diesen Standort noch mit zu prüfen.

Auf die Frage von **Herrn 2. Bgm. Götz**, wie die zu untersuchenden Standorte zustande kamen, erwidert **Herr OB Raff**, dass 3 Grundstücke im Besitz der Stadt sind und 2 der Grundstücke Konversionsfläche.

Herr 2. Bgm. Götz würde den Punkt Energieverbund auf 5 % erhöhen und schlägt vor, wenn bei bestimmten Kriterien, z. B. Immissionsschutz nur 0 Punkte vergeben werden, dies als k.o.-Kriterium zu werten.

Herr StR Stangl hat folgenden Antrag für die Matrixbewertung (siehe Anlage):

- Versorgung / Erschließung auf je **3 %** zu erhöhen **= 15 %**
- Verkehrliche Anbindung **ÖPNV 7 %, Inidividualverkehr 3 % = 10 %**
- Städtebauliche Beurteilung statt 5 % **je 4 %** + **Wirtschaftlichkeit 9 % = 45 %**
- Überwiegende Nutzungen in der Umgebung **/ wirtschaftliche Synergien**
- Immissionskonflikte **auf 10 % reduzieren**
- Vorabschätzung der naturräumlichen Rahmenbedingungen statt 3 % **je 4 % = 20 %**

Herr Kornacher regt an, das erste Kriterium städtebauliche **und wirtschaftliche** Beurteilung zu benennen.

Herr StR Danke stellt ebenfalls den Antrag den Standort Cerveteristr. als Eishalle zu untersuchen. Die Eishalle könnte man seines Erachtens mit der Volleyballhalle kombinieren. Weiterhin sieht er es als reizvolle Alternative, die Eishalle auf dem angrenzenden Bolzplatz zu errichten, damit könnte die jetzige Eisfläche erhalten bleiben.

Herr OB Raff wirft ein, dass dies kein Kriterium für die Standortuntersuchung ist. Die finanzielle Situation kann nur von der Stadt bzw. den Stadtwerken entschieden werden.

Entwurf

Frau StRin Dr. Zierl schlägt folgende Formulierung für den Beschlussvorschlag vor:
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der abgeschlossenen Bewertung den zuständigen Gremien zusammen mit der Einschätzung der Eislaufvereine vorzulegen.
3. Die Fläche an der Cerveteristraße ist als Standort für die Eishalle zu prüfen.

Die **Ausschussmitglieder** sind sich einig, die Meinung des im Publikum sitzenden **Herrn Vilgertshofer, Vertreters des Vereins EVF**, anzuhören. Für Herrn Vilgertshofer, steht im Vordergrund möglichst schnell und so günstig wie möglich den Sportlern eine trockene und im Sommer schattige Möglichkeit zur Ausübung dieses Sportes zu bieten. Hierfür ist eine Eishalle bzw. Eisfläche ausreichend. Es werden keine zwei Eisstadien benötigt, wie bereits von einem ehemaligen Stadtrat beantragt. Weiterhin ist Herr Vilgertshofer verwundert, weshalb zwei Flächen als Standorte im Fliegerhorst zur Debatte stehen, obwohl städtische Flächen zur Verfügung stehen würden. Daher wäre der Vorschlag des EVF, statt für zwei Flächen im Fliegerhorst nur für eine die Standortuntersuchung vorzunehmen und für die zweite, nicht gewollte Fläche, den Standort Cerveteristraße oder evtl. Klosterwiese zu betrachten. Unverständlich ist für ihn die genannte Summe von 20 Mio. Euro zur Umsetzung der Sporthalle, da er 4 – 5 gebaute Vergleichshallen liefern könnte, wo sich die Kosten bei 4 – 7 Mio. Euro belaufen. Herr Vilgertshofer führt weiterhin aus, dass die Eishockeysaison von Mitte August bis Mitte/Ende März geht. Die Halle könnte jedoch auch für das Sommertraining, ebenso wie für Flohmärkte genutzt werden. Die Größe der Halle sollte für max. 1000 Zuschauer ausgerichtet sein. Die größte Befürchtung des EVF ist, dass eines Tages die jetzige Eisfläche nicht mehr zur Verfügung steht und 500 Mitglieder und über 200 Kinder keine Möglichkeit mehr zur Ausübung dieses Sportes haben. Für den Schulsport auf dem Eis sind jetzt schon keine Kapazitäten mehr frei.

Herr OB Raff wirft ein, dass die genannten 15 – 20 Mio. Euro nicht nur für die Eislaufhalle gedacht sind, sondern die Komplettkosten beinhaltet, wie Nebengebäude, Parkmöglichkeiten in Form von Parkplätzen oder einer evtl. (Teil)-Tiefgarage.

Herr Nasifoglu regt an, bei der Punktevergabe zu **vermerken 0 Punkte ist automatisch k.o.-Kriterium.**

Die Ausschussmitglieder sind nach ausgiebiger Diskussion mit der genannten Gestaltung und Gewichtung der Bewertungsmatrix einverstanden und kommen zur Einzelabstimmung mit folgendem

<u>geänderten Beschluss:</u>

1. Dem Entwurf der in Anlage 3 dargestellten Bewertungsmatrix sowie der entsprechenden Gewichtung der Anforderungskriterien **mit den festgelegten Änderungen (siehe Anlage)** wird zugestimmt.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

111

2. Die Verwaltung wird beauftragt, **die Ergebnisse der abgeschlossenen Bewertung zusammen mit der Einschätzung der Eislaufvereine und des Sportbeirats** den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

3. Die Fläche an der Cerveteristraße (Multifunktionshalle) wird ebenfalls als Standort geprüft.

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 9
Der beantragte Punkt ist somit abgelehnt!

Stadtrat 15.12.2020

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 08.10.2019

Angelika Guggenmos
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Anlage 4

Auszug
aus der Niederschrift über die
68. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses
vom 04.12.2019

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Tommy Beer; Herr Karl Danke; Herr Prof. Dr. Rolf Eissele; Frau Gabriele Fröhlich; Herr Christian Götz; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Johann Schilling; Herr Ulrich Schmetz; Herr Christian Stangl; Herr Georg Stockinger; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4	**Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie Eishalle - Beschluss der beiden bestgeeigneten Standorte für die weitere Untersuchung**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1995/2019 vom 12.11.2019 (Anlagen Beschlussbuchauszüge; Ergebnis der Bewertungsmatrix; Protokoll – Einschätzung des Sportbeirates und der Eislaufvereine) dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Die **Herren Nasifoglu, Büro asp und Hartisch, Ing.büro Möller + Meyer** erläutern den Sachverhalt und stellen die fünf untersuchten Standorte mit den jeweiligen Platzierungen vor. Standort 1 Sportpark Amperauen Bolzplatz erhielt bei den vorgenommenen Bewertungen die höchste Punktzahl, Standort 2 Sportpark Amperauen - bestehendes Eisstadion ist auf Platz 2, Standort 3 Sportzentrum II Grünfläche Platz 3, Standort 4 Fliegerhorst – nördlich Schwimmhalle Platz 4 und Standort 5 – Fliegerhorst – Halle-Nr. 4 Gebäude-Nr. 508 Platz 5.

Herr StR Kellerer, Sportreferent führt aus, dass nach Rücksprache mit den Vereinen, von diesen der Standort 1 – Bolzplatz aufgrund der zentralen Lage und dadurch guten Erreichbarkeit zu Fuß oder per Fahrrad, favorisiert wird. Er schlägt daher vor, aus Zeitgründen nur diesen einen Standort weiter zu untersuchen. Bei Standort 3 besteht die Problematik, dass hierfür ein Grunderwerb nötig ist, da die Fläche im Privatbesitz ist. Interessant wäre, wie groß der Mehraufwand bzw. die Mehrkosten aufgrund der Schallschutzproblematik im Innenstadtbereich sind. Er regt an, bereits vorhandene Lärmgutachten von 2016 sowie neuere Gutachten bei den Untersuchungen mit zu berücksichtigen.

Frau StRin Fröhlich bemängelt bei Standort 4 das Problem mit der Zeitschiene.

Herr StR Lohde moniert, dass bei den Standorten 4 und 5 von den beauftragten Planungsbüros zur Entscheidungsfindung keine Ortsbesichtigung stattfand und daher nicht fundierter geprüft wurde. Gerade aufgrund des Denkmalschutzes bestehen gute Möglichkeiten für Fördermittel bei der Konversion. Er ist mit dem Ergebnis der Untersuchungen unzufrieden.

Projekt Eishalle

Herr Nasifoglu führt zu den Standorten 4 + 5 aus, dass eine Begehung von der Bundeswehr verweigert wurde und daher nicht möglich war.

Herr StR Danke bemerkt, dass aufgrund der Vorstellung der Matrix sowie der Vorbesprechung mit den Eislaufvereinen, dem Sportbeirat und allen hierfür Beteiligten, der Standort 1 favorisiert wird. Allerdings sollte das Ruhezeitenproblem gelöst werden. Er hält es für wichtig, für einen Vergleich den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort 4 mit zu untersuchen. Aufgrund der Wahlen und einer evtl. Neubesetzung des Stadtrates wäre der nächste Schritt, wenn möglich im März oder April sinnvoll, anstatt erst im Mai.

Frau StRin Dr. Zierl sieht in Standort 1 den Vorteil, dass er im Einzugsgebiet von 3 Grundschulen liegt. Dadurch kann weiterhin Eislaufen als Schulsport gewährleistet werden. Sie schlägt vor, sich nur auf diesen Standort zu konzentrieren.

Herr OB Raff plädiert dafür, den Standort 4 im Fliegerhorst als Alternative auch weiter zu untersuchen. Weiterhin stellt er fest, dass das falsche Gebäude bzw. die falsche Fläche im Fliegerhorst als Standort 4 untersucht wurde.

Herr Pohl erläutert, dass der Auftrag an die Büros die Prüfung von zwei Standorten beinhaltet. Sollte nun nur ein Standort geprüft werden, widerspricht dies der eigentlichen Beauftragung. Er führt weiter aus, dass das richtige Gebäude untersucht wurde, nur die Darstellung in den Unterlagen nicht richtig ist.

Herr StR Prof. Dr. Wollenberg weist bei Standort 4 auf im Untergrund befindliche 100.000 und 200.000 l Tanks hin und bittet um entsprechende Klärung zur Entsorgung der Tanks. Weiterhin berichtet er über einen Artikel im Handelsblatt bezüglich Querverbünde in Verbindung mit den Stadtwerken und bittet zu recherchieren, falls der Querverbund nicht funktioniert, wie die wirtschaftliche Konzeption dann aussehen könnte, beispielsweise durch eine Mitfinanzierung der örtlichen Vereine, priv. Investoren etc.

Herr OB Raff erwidert, dass die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke bereits über diese Thematik informiert wurden.

Herr StR Schmetz stellt die Frage zum Standort 1 bzgl. der Lärmbelästigung, ob durch eine neu gebaute Halle das Emissionsproblem erledigt wäre und gibt zu bedenken, dass der abfahrende Verkehr, vor allem abends, ebenso Probleme macht. Er befürwortet beide Standorte (1 + 4) zur Untersuchung weiterhin im Auftrag zu lassen.

Götz regt an, bei Standort 1 die Parkfläche zu überdachen, um die Geräuschkulisse etwas herab zu setzen. Aufgrund der von Herrn StR Danke bereits erwähnten Wahlen und einer dadurch veränderten Gremienbesetzung stellt er den Antrag, den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ändern:

2. Die fertiggestellte Standortuntersuchung.....soll den zuständigen Gremien **bis spätestens April 2020** zur Entscheidung vorgelegt werden.

Das Gremium ist sich einig bzgl. eines Rederechts für den im Publikum sitzenden **Herrn Vilgertshofer, ERF.**

Stadt Kaufbeuren

Herr Vilgertshofer berichtet, dass sein Verein ebenso Gespräche mit den Anwohnern geführt hat und diese kein Problem in Bezug auf den Eissport haben bzw. auch nicht klagen wollen. Die Anwohner haben Probleme mit dem bestehenden Straßenverkehr. Herr Vilgertshofer sieht die Existenz des bestehenden Eisstadions als extrem bedroht. Er führt aus, dass bereits mehrere ausführliche Gutachten seit 1999 vorhanden sind, die jedoch nicht allen Stadträten bekannt sind. Er sieht das Problem bei den im Laufe der Jahre wechselnden Personen des Gremiums. In einem der Gutachten ist für Standort 1 auch festgehalten, dass 150 PKW-Bewegungen nach 22 Uhr kein Problem darstellen. Ebenso sollte laut eines Gutachtens beim Bau der Halle darauf geachtet werden, dass der Zuschauerblock im Norden (Schöngeisinger Str.) mit entsprechendem Schallschutz gebaut wird, so dass der Schall nach Süden raus geht, wo keine Wohnbebauung vorhanden ist. Er kann nicht verstehen, weshalb nochmal neue Untersuchen durchgeführt und entsprechende Gelder hierfür ausgegeben werden sollen. Er weist nochmals darauf hin, dass das jetzige Eisstadion bedroht ist und aus Zeitgründen befürwortet er daher, sich nur auf den Standort 1 zu konzentrieren.

Herr OB Raff ergänzt, dass der Eissport nicht gefährdet ist, wenn die Eishockey-Heimspiele um 19.30 Uhr beginnen und um 22 Uhr beendet sind.

Frau StRin Dr. Zierl befürwortet, den Standort 5 nicht weiter zu untersuchen, sondern nur die Standorte 1 und 4.

15.12.2020 Stadtarchiv

Die Ausschussmitglieder kommen auf Vorschlag von Herrn 2. Bgm. Götz zu folgendem

geänderten Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die beiden Standorte 1 (Bolzplatz) und den Standort 4 (Fliegerhorst nördlich Schwimmhalle) als Grundlage für die weiteren Planungsüberlegungen sowie die Machbarkeitsstudie zu verwenden.

2. Die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie soll den zuständigen Gremien **bis spätestens April 2020** zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 07.01.2020

Angelika Guggenmos
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

Auszug
aus der Niederschrift über die
6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses +
6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
vom 19.10.2020

Planungs- und Bauausschuss

Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Christian Götz; Herr Franz Höfelsauer; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Mirko Pötzsch; Herr Johann Schilling; Herr Georg Stockinger; Frau Irene Weinberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Jan Halbauer (f. Frau Judith Schacherl)

Haupt- und Finanzausschuss

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl, Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Johanna Luise Mellentin; Herr Michael Piscitelli; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg;
Vertreter/in:
Herr Adrian Best (f. Herrn Florian Weber), Herr Albert Bosch (f. Frau Katrin Siegler), Herr Martin Kellerer (f. Herrn Dr. Georg Jakobs), Herr Mirko Pötzsch (ab 19.30 Uhr f. Herrn Philipp Heimerl)

Stadtrat 15.12.2020

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4	**Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie Eishalle - Beschluss der Untersuchung und des weiteren Vorgehens**

Sachvortrag:

Die Beschlussvorlage Nr. 2229/2020 vom 10.09.2020 (Anlagen: Beschlussbuchauszüge, Standortuntersuchung, Machbarkeitsstudie) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Bezugnehmend auf die im Vorfeld der Sitzung von Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg an die Fraktionsvorsitzenden sowie die Verwaltung gerichtete E-Mail, in welcher er kritisiert, dass sowohl er als Finanzreferent als auch die Finanzverwaltung, Frau Moroff nicht bei der Erstellung der Beschlussvorlage eingebunden waren obwohl für eine gemeinsame Sitzung des PBA und HFA geladen wurde, möchte sich **2. Bürgermeist Stangl** für dieses Vorgehen entschuldigen.

Des Weiteren haben verwaltungsinterne Abstimmungen in den letzten Tagen dazu geführt, dass der ausgereichte Beschlussvorschlag abgeändert bzw. ergänzt (fett gedruckt) wurde und verliest den

ergänzenden Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions **und den Standorten 4 und 6 Fliegerhorst, nördlich des Sportplatzes vertiefende Gutachten zu den Themen Immissionsschutz, Klimaneutralität und Verkehrsverträglichkeit zu beauftragen.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen „Sport, Jugend und Kultur" zu bewerben und die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung zu verwenden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Eishalle eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen. **Schwerpunkte der Untersuchung sollen unter anderem Betreiberkonzepte, Sponsoring sowie Betrieb einer Eishalle inkl. steuerlichen und energetischen Querverbund sein.**
4. **Nach Vorliegen der vertiefenden Untersuchungen soll im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses über den Bau einer Eishalle entschieden werden.**

Nunmehr präsentiert **Herr Nasifoglu** von asp Architekten GmbH im Rahmen einer Powerpointpräsentation die Ergebnisse der Standortuntersuchung sowie der Machbarkeitsstudie und **Herr Hartisch** vom Ing.büro Möller+ Meyer erläutert das Technikkonzept.

Ergänzend zu diesen Ausführungen begründet **Herr Pohl** die ermittelten Kosten in Höhe von rund 21,6 Mio. € mit dem coronabedingten angestrebten Bau einer Halle ab dem Jahr 2025 und weist zudem auf das vom Bund aufgestellte Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" hin.

In der anschließenden teils kontrovers geführten Diskussion sieht **Stadtrat Kellerer** trotz interessanter Ergebnisse der Machbarkeitsstudie noch viele offene Fragen, um sich heute auf einen Standort festlegen zu können.

Stadtrat Halbauer wird den ergänzenden Beschlussvorschlag mittragen und rät, vor einer konkreten Standortentscheidung die Fragen hinsichtlich Betreiber, Nutzer sowie Investoren zu klären und empfiehlt zudem die Gründung eines Arbeitskreises unter Einbindung aller Interessensgruppen.

Stadtrat Dr. Rothenberger bezeichnet die erneute Aufnahme des Standortes Fliegerhorst als Hinhaltetaktik und fordert eine Grundsatzentscheidung aller Fraktionen. Der ergänzten Ziff. 1 des Beschlussvorschlages erteilt er eine klare Absage, da für seine Fraktion nur der Standort 1 in Frage kommt.

Ähnlich wie Stadtrat Dr. Rothenberger sieht auch **Stadtrat Pötzsch** in den ergänzten Beschlussvorschlag eine Verzögerungstaktik und plädiert für den ursprünglich ausgereichten Beschlussvorschlag. Die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages schlägt er vor zu ergänzen „... **und im Erfolgsfall mit den Planungen unverzüglich zu beginnen**." Auch zu Ziff. 3 schlägt er ergänzend vor „Die Verwaltung wird beauftragt für den Bau

Protokoll 14.12.2020

einer Eishalle **unverzüglich** eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen.", um somit schnellstens die Fragen hinsichtlich der Finanzierung sowie eines Betreibermodells zu klären.

Stadtrat Best schließt sich den Ausführungen seiner beiden Vorredner an und favorisiert klar den Standort 1, da insbesondere auch die Machbarkeitsstudie hier die besseren Ergebnisse hervorgebracht hat. Was die hohen Kosten anbelangt, so sollte nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht werden. Um den durch zuschlagende Autotüren verursachten Lärm zu reduzieren, ist für ihn ein schallschutztechnisch versiegeltes Parkhaus vorstellbar.

Stadtrat Lohde hebt in seinem Redebeitrag hervor, dass seine Fraktion ebenfalls zum Eissport und damit zur Eishalle steht. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kritisiert er die vorgelegte Machbarkeitsstudie und bezeichnet sie als nicht sehr gelungen, da sie in weiten Teilen oberflächlich ist und darin zum Teil falsche Schlüsse gezogen werden. Lediglich dem Standort 1 das Wort zu reden, hält er für nicht stimmig und unlauter. Den Standort Fliegerhorst außen vor zu lassen wäre völlig falsch. Um nicht mit dem Standort 1 Schiffbruch zu erleiden, appelliert er, die Standorte 4 und 6 aufzunehmen, insbesondere vor dem Hintergrund des Betriebskonzeptes, der Betriebsdauer und letztendlich auch der möglichen Förderung von bis zu 45 %.

Stadtrat Dräxler stellt die Barrierefreiheit in den Vordergrund und bittet um entsprechende Berücksichtigung. Des Weiteren geht er auf die Nutzer der Eissportanlage ein, die überwiegend aus dem Brucker Westen kommen und der Standort 1 für sie fußläufig bzw. mit dem Fahrrad erreichbar ist. Deshalb regt er an, im Rahmen der Studie die verkehrlichen Auswirkungen hinsichtlich des Standortes Fliegerhorst zu untersuchen und zu bewerten.

Stadträtin Dr. Zierl verdeutlicht, dass gerade der Eissport eine Möglichkeit als Alternative zum umweltunverträglichen Skisport ist und weist ergänzend zu den Ausführungen von Stadtrat Dräxler auf die Nutzung der Eishalle am jetzigen Standort auch durch die umliegenden Schulen und insbesondere durch Kinder und Jugendliche hin, aufgrund dessen der Standort Fliegerhorst ihrer Ansicht nach außen vor ist. Sie bittet darum, für den ursprünglich ausgereichten Beschlussvorschlag zu stimmen. Nach weiteren Ausführungen u.a. zum Förderprogramm erteilt 2. Bürgermeister Stangl dem Vorsitzenden des Sportbeirates Herrn Mack Rederecht.

Herr Mack sieht hinsichtlich der Kosten noch Luft nach unten und bittet darum, dass Förderprogramm zu beantragen. Obwohl der Sportbeirat die beiden Eislaufvereine für die Errichtung einer Eishalle am Standort 1 unterstützt, hält er es in Anbetracht der für diesen Standort bestehenden rechtlichen Probleme für sinnvoll, doch noch weitere Standorte ins Kalkül zu ziehen.

Kriegsentscheidend ist nach Ansicht von **Stadtrat Droth**, ob die Stadtwerke mit an Bord sein werden, um überhaupt das Projekt finanziell stemmen zu können. Deshalb erscheint es im wichtig, die Stadtwerke in ein Betreiberkonzept einzubeziehen und den Oberbürgermeister zu autorisieren, in entsprechende Planungen einzusteigen. Außerdem spiele der Faktor Zeit insbesondere im Hinblick auf die Förderprogramme eine große Rolle, weshalb der Standort Fliegerhorst zeitlich viel zu weit weg ist und letztendlich nur der Standort 1 in Frage kommt.

Protokoll
Originalprotokoll

Sowohl **Stadträtin Weinberg** als auch **Stadtrat Götz** plädieren, nicht zuletzt auf Grund der durchgeführten Voruntersuchungen sowie Bewertungsmatrix, für den Standort 1. Für Stadtrat Götz ist zudem nicht nachvollziehbar, weshalb nunmehr wieder ein geänderter Beschlussvorschlag vorgelegt wird und sieht hierin eine gewisse Zermürbungstaktik und rät von zusätzliche Untersuchungen zum Standort Fliegerhorst ab.

Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg übt Kritik daran, dass die Vorlage obwohl zu einer gemeinsamen Sitzung geladen wurde, ausschließlich und ohne Einbindung des Finanzreferates sowie des Sport- und Finanzreferenten, allein vom Stadtplanungsamt erstellt wurde. Von seinem ursprünglichen Ansinnen, deshalb heute die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes zu beantragen und in der folgenden Stadtratssitzung einen bisher fehlenden Grundsatzbeschluss herbeizuführen, sieht er auf Wunsch von Oberbürgermeister Raff und 2. Bürgermeister Stangl nach einem gemeinsamen Gespräch ab. Er bittet darum, den geänderten Beschlussvorschlag mitzutragen, da er befürchtet, dass die Anliegerproteste am Standort 1 lange Gerichtsverfahren nach sich ziehen und somit dieser Standort jahrelang verzögert wird.

Bezugnehmend auf die rechtliche Situation am Standort 1 ist für **Stadtrat Höfelsauer** der Gesprächsstand mit den Anliegern von Interesse, da bei fehlender Verhandlungsbasis weitere Planungen am Standort 1 keinen Sinn machen. **2. Bürgermeister Stangl** hat Bedenken, den Inhalt von Gesprächen zwischen Privatpersonen und dem Oberbürgermeister öffentlich darzulegen. **Stadtrat Lohde** würde auch davon abraten, jedoch weiß er, dass von den Anwohnern gesagt wurde, dass sie die Errichtung einer Halle an diesem Stand mit den ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln zu verhindern versuchen werden.

Original Tischvorlage

Nachdem die Eislaufvereine gemeinsam mit der Stadt und den Stadtwerken bereits erheblich auf die Anwohner zugegangen sind und die Eiszeiten extrem reduziert wurden sowie die Vereine sich auch bauliche Lärmschutzmaßnahmen temporärer Art vorstellen könnten, beantragt **Stadträtin Dr. Zierl**, den Beschluss um eine weitere Ziffer zu ergänzen. „Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Eislaufverein zu prüfen, inwieweit einfach und kostengünstig zu realisierende Sofortmaßnahmen ergriffen werden können, um den Lärmschutz am bisherigen Eisstadion zu verbessern und um die Situation mit den Anwohnern zu entschärfen."

Nach mehrheitlichem Einverständnis erteilt **2. Bürgermeister Stangl** dem anwesenden EVF-Vorsitzenden **Herrn Vilgertshofer** das Wort, welcher die Situation aus Sicht des Vereins darstellt.

2. Bürgermeister Stangl stellt nunmehr den zu Beginn der Sitzung vorgetragenen ergänzenden Beschlussvorschlag und hier jeweils die einzelnen Beschlussziffern getrennt zur Abstimmung, nachdem dieser der weitergehende Antrag ist.

Ergänzender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions **und den Standorten 4 bzw. 6 Fliegerhorst, nördlich des Sportplatzes vertiefende Gutachten zu den Themen Immissionsschutz, Klimaneutralität und Verkehrsverträglichkeit zu beauftragen.**

Abstimmung Mitglieder des **PBA**

Ja-Stimmen: **9**
Nein-Stimmen: **6 , zugestimmt**

Abstimmung Mitglieder des **HFA**

Ja-Stimmen: **7**
Nein-Stimmen: **7 , abgelehnt**
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" zu bewerben und die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung zu verwenden.

Abstimmung Mitglieder des **PBA**

Ja-Stimmen: **15**
Nein-Stimmen: **0 , zugestimmt**

Abstimmung Mitglieder des **HFA**

Ja-Stimmen: **14**
Nein-Stimmen: **0 , zugestimmt**
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Eishalle eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen. **Schwerpunkte der Untersuchung sollen unter anderem Betreiberkonzepte, Sponsoring sowie Betrieb einer Eishalle inkl. steuerlichen und energetischen Querverbund sein.**

Abstimmung Mitglieder des **PBA**

Ja-Stimmen: **15**
Nein-Stimmen: **0 , zugestimmt**

Abstimmung Mitglieder des **HFA**

Ja-Stimmen: **14**
Nein-Stimmen: **0 , zugestimmt**
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

4. **Nach Vorliegen der vertiefenden Untersuchungen soll im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses über den Bau einer Eishalle entschieden werden.**

Stadtarchiv 15.12.2020

Abstimmung Mitglieder des **PBA**

Ja-Stimmen: **10**
Nein-Stimmen: **5 , zugestimmt**

Abstimmung Mitglieder des **HFA**

Ja-Stimmen: **8**
Nein-Stimmen: **6 , zugestimmt**
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

Stadträtin Dr. Zierl bittet darum, ihren Antrag „Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit dem Eislaufverein zu prüfen, inwieweit einfach und kostengünstig zu realisierende Sofortmaßnahmen ergriffen werden können, um den Lärmschutz am bisherigen Eisstadion zu verbessern." als ergänzende Ziff. 5 zur Abstimmung zu stellen.

Nach kurzer Diskussion und der Tatsache, dass es sich hierbei um keinen Änderungsantrag handelt und inhaltlich auch nicht in Bezug zu diesem Tagesordnungspunkt steht, rät **2. Bürgermeister Stangl**, den Ergänzungsantrag als Sachantrag einzubringen, so dass dieser in den nächsten 4 Monaten behandelt wird.

Stadtrat 15.12.2020

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 24.11.2020

R. Schmid

Ramona Schmid
Schriftführerin

gez. Christian Stangl
2. Bürgermeister

Auszug
aus der Niederschrift über die
9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 27.10.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Frau Lisa Rubin; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Georg Stockinger; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 13	**Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie Eishalle - Beschluss der Untersuchung und des weiteren Vorgehens**

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2229/220 vom 10.09.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr StR Kellerer spricht sich positiv für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Aus seiner Sicht, wäre der Fliegerhorst finanziell gesehen der bessere Standort. Die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen an der AmperOase sind seiner Einschätzung nach unter den wirtschaftlichen Aspekten problematisch.

Herr **StR Halbauer** pflichtet Herrn StR Kellerer bei und hofft auf breite Unterstützung bei der Beschlussfassung und Umsetzung des Projektes. Die derzeitige Debatte zur Standort-Frage ist seiner Ansicht nach nicht zielführend. Er stellt folgenden **Änderungsantrag** zu **Punkt 1** des ausgereichten Beschlussvorschlags:
Die Verwaltung wird beauftragt, Varianten für den zentralen Standort 1 im gesamten Bereich westlich und südlich des bestehenden Eisstadions bis zur Fürstenfelder Straße zu untersuchen, die keine Lärmimmissionen der Anwohnerinnen und Anwohner der Schöngeisinger Straße darstellen und eine Verkehrserschließung direkt über die Fürstenfelder Straße ermöglichen, möglichst unter Beibehaltung der Heubrücke als Geh- und Radweg. Die Varianten zu Standort 1 sind zusammen mit den Standorten 1, 4 und 6 als Grundlage für weitere Planungsüberlegungen zum Bau der Eishalle zu verwenden. Synergieeffekte zur teilweisen Mitbenutzung der bestehenden Parkplätze sind in den Überlegungen einzubinden.

Herr **StR Pötzsch** hofft auf eine einstimme Entscheidung des Gremiums um das Thema voranzubringen. Er führt die Vor- und Nachteile der jeweiligen Standorte noch einmal ausführlich aus.

Herr **StR Droth** sieht die Realisierung des Projektes nur in Verbindung mit der Tochtergesellschaft Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH. Um an die Vereine und Schulen ein starkes Signal zu senden, stellt er den **Ergänzungsantrag**, den *vorliegenden Beschlussvorschlag als Grundsatzbeschuss zu fassen.*

Herr **StR Dr. Rothenberger** betont, dass der Standort keine Nebensächlichkeit ist und verweist auf das eindeutige Ergebnis der durchgeführten Standortstudie. Demnach gibt es aus seiner Sicht keine Zweifel, dass die Eishalle am Standort 1 neben dem Hallenbad entstehen soll.

Herr **StR Dräxler** appelliert an die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, für den Standort 1 abzustimmen.

Herr **StR Heimerl** verliest den per E-Mail verschickten **Änderungsantrag** von SPD und ÖDP.

Frau **StR'in Geißler** bittet beim Änderungsantrags der SPD und ÖDP um folgende **Ergänzungen**:

1. (...) der Standort 1 (westlich und *südlich* des bestehenden Eisstadions) festgelegt.
2. (...), dass die Stadt sicherheitshalber derzeit noch *Varianten zu Standort 1 (westlich und südlich)* und (...).

Frau **StR'in Dr. Zierl** frägt, ob die finanziellen Mittel zum Bau der Eishalle zur Verfügung stehen. Da das Grundstück auf dem Fliegerhorst-Areal erst noch angekauft werden müsste, sieht sie die Realisierung dort sehr kritisch. Auch die Auswahlkriterien des Förderprogramms sollten nicht außer Acht gelassen werden. Des Weiteren stellt sie folgenden **Ergänzungsantrag** zum Änderungsantrag der SPD und ÖDP:
Die Stadt Fürstenfeldbruck beabsichtigt eine neue Eishalle zu bauen und geht die Planung mit Priorität im Bereich Sport an.

Herr **StR Lohde** sieht noch einige Fragen ungeklärt und bittet vor allem die aktuellen Planungen und das Gutachten des Architekturbüros noch einmal zu überprüfen. Er empfiehlt, dem Beschlussvorschlag des Planungs- und Bauausschusses unter folgenden **Ergänzungen** zuzustimmen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort 1 *prioritär* westlich des bestehenden Eisstadions (...) den Standort 4 Fliegerhorst bzw. den Standort 6 *sekundär zu prüfen*

Herr **StR Prof. Wollenberg** hat aus finanzieller Sicht keine Bedenken bei der Umsetzung des Projektes. Um eine mehrheitlich positive Abstimmung herbeizuführen, schlägt er vor, den Standort 1 sowie die Standorte 4 und 6 parallel planerisch aufzubereiten.

Herr **StR Götz** sieht die Belange der BBV im Änderungsantrag der SPD und ÖDP und der Ergänzung von Frau StR'in Geißler abgedeckt.

Frau **StR'in Dr. Zierl,** Frau **StR'in Geißler,** Herr **StR Halbauer** und Herr **StR Lohde** ziehen die gestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge zurück.

Herr **OB Raff** bittet um Zustimmung des Ergänzungsantrags von Herrn StR Droth. Diese wird einstimmig erteilt.

Die Gremiumsmitglieder fassen folgenden

geänderten Beschluss:

Die Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck beabsichtigt eine neue Eishalle zu errichten. Dazu wird folgender Grundsatzbeschluss gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort 1 (primär) westlich des bestehenden Eisstadions und den Standort 4 Fliegerhorst, nördlich des Sportplatzes bzw. den Standort 6 (sekundär) als Grundlage für weitere Planungsüberlegungen zum Bau der Eishalle zu verwenden.

   Ja-Stimmen: 21
   Nein-Stimmen: 15

2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" mit dem Standort 1 zu bewerben und die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung zu verwenden.
   Bei der Bewerbung wird angemerkt, dass die Stadt sicherheitshalber derzeit noch Standortalternativen im Fliegerhorst prüft.

   Ja-Stimmen: 36
   Nein-Stimmen: 0

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für den Standort 1 unverzüglich und mit höchster Priorität weiterzuführen, so dass die Ergebnisse spätestens zur zweiten Bewerbungsphase des Förderprogramms (April 2021) vorliegen. Dazu sollen vertiefende Gutachten auf Grundlage des Entwurfes in der Machbarkeitsstudie eingeholt werden, welche die Themen Kostenrahmen, Immissionsschutz, Klimaneutralität und Verkehrsverträglichkeit unter der Maßgabe ausarbeiten, dass eine Nutzung nach 22 Uhr lärmschutzkonform möglich ist.

   Ja-Stimmen: 32
   Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 15.12.2020

4. Die Verwaltung wird beauftragt, durch ein entsprechendes Gutachten klären zu lassen, welche Gestaltungsmöglichkeiten für die Sportstättenentwicklung der Stadt sich durch eine Übernahme der Bundeswehrsportstätten im Fliegerhorst ergeben könnten. Hierbei soll auch vorsorglich die Möglichkeit der Unterbringung einer Eishalle untersucht werden.

   Die Untersuchung soll weiter Grundlagen aufklären zum Thema Immissionsschutz in Bezug auf zukünftig geplante oder vorhandene (Wohn)Bebauung, Klimaneutralität sowie mögliche Verkehrsanbindungen abseits der bisher militärisch genutzten Infrastruktur der Bundeswehr.

   Die Sachanträge 081+083(2014-2020) sind damit erledigt.

   Ja-Stimmen: 30
   Nein-Stimmen: 6

5. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Eishalle am Standort 1 sowie die weiteren Standorten 4 und 6 eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen. Schwerpunkte der Untersuchung sollen unter anderem Betreiberkonzepte, Sponsoring sowie Betrieb einer Eishalle inkl. steuerlichen und energetischen Querverbund sein. In alle Planungsüberlegungen sind sowohl die Stadtwerke wie auch die betroffenen Eislaufvereine einzubinden.

Stadtrat 15.12.2020

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 18.11.2020

S. Trnka

Sophie Trnka
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2259/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Sportbeirat: Benennung / Bestellung der neuen Mitglieder		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	15.10.2020
Verfasser	Maurer, Hildegard	Zuständiges Amt	Amt 5
Sachgebiet	51 Kinder- und Jugendhilfe, Sport	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Vorberatung	16.11.2020	Ö
2	Stadtrat	Kenntnisnahme/ Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	1. Vorab-Auszug Niederschrift ISJS vom 16.11.2020 2. Bewerbungen für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürsten-feldbruck 3. Sportbeiratssatzung

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beruft folgende sieben Bewerber als Mitglieder in den Sportbeirat:

- Nikolaus Gnam
- Joachim Huber
- Joachim Mack
- Lukas Schmid
- Norbert Schrimpf
- Konrad Schober
- Ludwig Sinzinger

Referent/in	Kellerer / CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen			Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja		1.150 €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				1.150 €	
Folgekosten	Jährlich			1.150 €	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Die Gründung eines Sportbeirates wurde im Jahr 2012 von den städtischen Gremien beschlossen. Der erste Sportbeirat nahm seine Tätigkeit am 01.04.2013 auf. Die Mitglieder des Sportbeirats haben sich in den letzten sieben Jahren tatkräftig am Brucker Sportgeschehens beteiligt. Eines der größten Projekte war hierbei die Beteiligung an der Realisierung des Sportzentrums III. Weiterhin ist der Sportbeirat stets bestrebt, das Sportangebot in der großen Kreisstadt zu optimieren und setzt sich aktiv für die Belange der örtlichen Sportvereine ein.

Die Amtszeit der derzeit benannten Sportbeiratsmitglieder dauert bis längstens 31.12.2020 (Beschluss des Stadtrates vom 27.05.2020). Die bevorstehende „Sportbeiratswahl“ wurde im Rathausreport und der örtlichen Presse bekanntgegeben mit der Aufforderung, sich als Kandidat für den Sportbeirat zu bewerben. Weiterhin wurden alle Sportvereine diesbezüglich angeschrieben. Bei der Verwaltung gingen bis zur vorgegebenen Bewerbungsfrist insgesamt 11 Bewerbungen ein.

Folgende Kandidaten stellen sich zur Wahl:

Bewerber	**Verein**
Ettner Jakob	Sportclub Fürstenfeldbruck
Gnam Nikolaus	Tennisclub und Ski-Club Fürstenfeldbruck
Hochstatter Franz	TuS Fürstenfeldbruck, Abt. Radsport
Huber Joachim	FC Aich
Kias Rudi	Chungun Fürstenfeldbruck
Knobling Charly	Fürsty Speeders Fürstenfeldbruck
Mack Joachim	Tennisgemeinschaft Fliegerhorst Fürstenfeldbruck
Schmid Lukas	TuS Fürstenfeldbruck, Abt. American Football
Schober Konrad	Eislaufverein Fürstenfeldbruck
Schrimpf Norbert	Kraftsportclub Puch
Sinzinger Ludwig Maria	Ski-Club Fürstenfeldbruck

Stadtrat 15.12.2020

Die Bewerbungsschreiben sowie die Lebensläufe der Kandidaten sind in der Anlage aufgeführt.

Der Ausschuss Integration, Soziales, Jugend und Sport ist in Bezug auf die „Sportbeiratswahl“ in vorberatender Funktion tätig. Der Ausschuss berät darüber, welche der Kandidaten zur Bestellung durch den Stadtrat zu empfehlen sind. Ein Sportverein kann maximal durch zwei Mitglieder im Sportbeirat vertreten sein. Insofern sind laut Sportbeiratssatzung sieben Kandidaten dem Stadtrat zur Bestellung vorzuschlagen. Die Amtszeit des zu wählenden Sportbeirats beginnt am 01.01.2021 und endet am 30.04.2023.

Stadtrat
15.12.2020

Satzung über den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
(Sportbeiratssatzung – SBS-)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund von Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung-GO) in der Fassung der Bekanntmachung v. 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (GVBI S. 366) sowie den Stadtratsbeschluss vom 22.07.2014 folgende Satzung:

Präambel

Sämtliche in dieser Satzung genannten Funktionsbezeichnungen gelten für alle Geschlechter in gleicher Weise.

§ 1
Aufgaben

(1) Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck bildet einen Sportbeirat.

(2) Der Sportbeirat hat die Aufgabe, den Stadtrat und dessen Ausschüsse in allen den Sport betreffenden Angelegenheiten und Fragen zu beraten und zu unterstützen; und dabei insbesondere die Belange der Vereine und der sporttreibenden Bevölkerung im Interesse der Sportpflege zu fördern.

(3) Seine beratende Tätigkeit erstreckt sich im Rahmen der Zuständigkeit des Stadtrats und seiner Ausschüsse insbesondere auf die Planung und den Bau städtischer Sportanlagen (Stadien, Spiel- und Sportplätze, Bäder, Sporthallen und sonstige dem Sport dienende städtische Einrichtungen),

(4) Der Sportbeirat kann, falls die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind. Dies gilt nicht, falls der Beirat zuvor in derselben Sache auf Initiative von Stadtverwaltung oder Stadtrat eine Stellungnahme abgegeben hat, diese bereits im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen abschließend behandelt wurde und sich seitdem keine Änderung der Sachlage ergeben hat.

(5) Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen sind schriftlich zu stellen. Sie werden den Mitgliedern des Stadtrats rechtzeitig zur Kenntnis gegeben und sollen innerhalb von 4 Monaten vom zuständigen politischen Gremium behandelt werden. Das Ergebnis ist dem Sportbeirat mitzuteilen.

(6) Der Vorsitzende des Sportbeirats oder sein Vertreter hat in Sitzungen der Ausschüsse die Möglichkeit, Sachinformationen zu Angelegenheiten der Fachbereiche des Sportbeirats vorzutragen.

(7) Der Sportbeirat besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen sein.

ÖFFENTLICH

§ 2
Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

(1) Der Sportbeirat besteht aus 7 Mitgliedern, wobei ein/e Sportverein oder – Organisation maximal durch 2 Mitglieder vertreten sein kann. Der Sportbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und einen Schriftführer mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Der Vorsitzende beruft den Beirat ein und leitet die Sitzungen. Er hat zudem die Geschäftsführung inne.

(2) Die Sportbeiratsmitglieder werden vom Stadtrat durch Beschluss berufen und abberufen. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Sportbeiratsmitgliedes beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen ein Ersatzmitglied. Die Berufung ist in diesem Fall nur gültig, wenn ihr die betroffene Person zustimmt.

(3) Die Mitglieder des Sportbeirats müssen nach ihren Kenntnissen und Erfahrungen für die Mitwirkung im Sportbeirat geeignet erscheinen. Sie sind an Weisungen nicht gebunden und erfüllen ihre Aufgaben fachbezogen und uneigennützig.

(4) Folgende Voraussetzungen müssen zusätzlich erfüllt sein:
- Mindestalter 18 Jahre
- Mitgliedschaft in einem/r örtlich ansässigen Sportverein bzw. –organisation
- kein Mitglied des Stadtrates

Entwurf 07.12.2020

§ 3
Geschäftsgang

(1) Die Sitzungen des Sportbeirats sind entsprechend der Bestimmungen der Gemeindeordnung grundsätzlich öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen. Er ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das dem Oberbürgermeister zuzuleiten ist.

(2) Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirats werden in offener Abstimmung mit Mehrheit der Abstimmenden beschlossen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(3) Der Sportbeirat ist bei seinen Aufgaben im Sinne des § 1 berührenden Angelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung durch die Verwaltung so rechtzeitig einzuschalten, dass er Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

(4) Der Sportbeirat gibt sich im Einvernehmen mit dem Stadtrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck eine Geschäftsordnung.

§ 4
Amtszeit

(1) Die Amtszeit des Sportbeirats als Gremium beträgt maximal 3 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt; sie endet mit der Amtszeit des Stadtrats.
Darüber hinaus beginnt die Amtszeit des Sportbeirats regelmäßig am 01.05. und endet dementsprechend am 30.04. Die Mitglieder bleiben bis zur Konstituierung des neuen Sportbeirates im Amt.

(2) Mitglieder können aus wichtigen Gründen vom Stadtrat im Benehmen mit der entsendenden Organisation abberufen werden. Ein Mitglied ist auf Grund eines Stadtratsbeschlusses durch den Oberbürgermeister abzuberufen, wenn es seine Abberufung selbst beantragt oder wenn es wiederholt oder grob gegen die Geschäftsordnung des Beirats verstößt. Als grober Verstoß gelten Verletzung der Verschwiegenheitspflicht, wiederholtes unentschuldigtes Fernbleiben von den Sitzungen, Beleidigungen von Mitgliedern des Beirats oder der Organe der Stadt.

(3) Die Mitglieder scheiden ferner aus, wenn sie nicht mehr Mitglieder der entsendenden Organisationen oder Vereine sind. Für ein während der Wahlperiode ausscheidendes Mitglied beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen ein Ersatzmitglied.

(4) Für die Ablehnung des Amtes als Mitglied des Sportbeirats bzw. seine Niederlegung des Ehrenamtes gilt Art. 19 GO in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 5
Entschädigung

(1) Die Tätigkeit im Sportbeirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Sportbeirats erhalten eine Aufwandsentschädigung von 100,00 € pro Jahr. Scheidet ein Mitglied des Sportbeirats während des laufenden Jahres aus dem Amt, so erhält es so viele 12-tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Sportbeirats das Amt während des Jahres antritt.

(3) Der Vorsitzende des Sportbeirats erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 50,00 € pro Jahr. Abs. 2, Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Fürstenfeldbruck, 17. Aug. 2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 7

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport
vom 16.11.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Lukas Braumiller; Herr Willi Dräxler; Herr Peter Glockzin; Herr Jan Halbauer; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Martin Kellerer; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Frau Katrin Siegler;
Vertreter/in:
Herr Christian Stangl; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 2	Sportbeirat: Benennung / Bestellung der neuen Mitglieder

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2259/2020 vom 15.10.2020 dient dem Gremium als Entscheidungshilfe.

In geheimer Wahl werden die Mitglieder für den Sportbeirat gewählt, welche dem Stadtrat zur Bestellung vorgeschlagen werden.

Folgende Kandidaten werden nicht für die Berufung in den Sportbeirat vorgeschlagen und stehen als Nachrücker fest:
1. Nachrücker Franz Hochstatter
2. Nachrücker Charly Knobling
3. Nachrücker Rudi Kias
4. Nachrücker Jakob Ettner

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat folgende sieben Bewerber als Mitglieder in den Sportbeirat zu berufen:

- Nikolaus Gnam
- Joachim Huber
- Joachim Mack
- Lukas Schmid
- Norbert Schrimpf
- Konrad Schober
- Ludwig Maria Sinzinger

Stadtarchiv 13.12.2020

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 26.11.2020

Michaela Raff
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2263/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Stadtjugendratswahl 2021/2022			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	20.10.2020	
Verfasser	Alscher, Hannelore	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	52 Schulwesen, Mittagsbetreuung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Vorberatung	16.11.2020	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	Vorab-Auszug Niederschrift ISJS vom 16.11.2020

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und beschließt, gemäß § 5 der Satzung über den Stadtjugendrat der Stadt Fürstenfeldbruck (StjS), den Beginn der Amtszeit des neuen Stadtjugendrates zum 01.01.2021.

Referent/in		Rubin / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Braumiller / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Am 11.10.2020 fand die Wahl des Stadtjugendrats für die Amtszeit 2021 und 2022 statt. Die Wahl ergab folgende Ergebnisse:

1. Altersgruppe 14 – 17 Jahre:

folgende 6 Vertreter dieser Altersgruppe wurden gewählt:

1.Veronika Droth	59 Stimmen
2.Niklas Roth	38 Stimmen
3.Loi Rothenberger	38 Stimmen
4.Korbinian Butterer	37 Stimmen
5.Emily Reeb	36 Stimmen
6.Hannah Paulina Füner	35 Stimmen

2. Altersgruppe 18 – 21 Jahre:

folgende 5 Vertreter dieser Altersgruppe wurden gewählt:

1.Valentin Eckmann	93 Stimmen
2.Fabian Eckmann	89 Stimmen
3.Benedikt Bucher	74 Stimmen
4.Quirin Droth	73 Stimmen
5.Lena Sabokat	62 Stimmen

Stadtrat 15.12.2020

Die Wahl fand in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Haus für Bildung und Begegnung am Niederbronnerweg statt.
Insgesamt waren 2961 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren wahlberechtigt. 7 KandidatInnen der jüngeren Altersgruppe und 5 KandidatInnen der älteren Altersgruppe stellten sich zur Wahl. 87 Jugendliche machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag somit bei 3 %. Trotz Corona-Pandemie konnte eine Steigerung der Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Stadtjugendratswahl erreicht werden. Im Herbst 2018 hatten sich insgesamt 77 Jugendliche an der Wahl beteiligt; die Wahlbeteiligung lag damals bei 2,4 %.

Die institutionelle Amtszeit des Stadtjugendrates beträgt zwei Jahre und soll zum 01.01.2021 beginnen.

Gemäß § 5 der Satzung über den Stadtjugendrat der Stadt Fürstenfeldbruck (Stadtjugendratssatzung – StjS) ist der Beginn der Amtszeit durch Stadtratsbeschluss festzulegen. Die Verwaltung kommt daher zu oben aufgeführtem Beschlussvorschlag.

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 8

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport
vom 16.11.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Lukas Braumiller; Herr Willi Dräxler; Herr Peter Glockzin; Herr Jan Halbauer; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Martin Kellerer; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Frau Katrin Siegler;
Vertreter/in:
Herr Christian Stangl; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 3	**Stadtjugendratswahl 2021/2022**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2263/2020 vom 20.10.2020 wird zur Kenntnis genommen und es ergeht ohne Nachfrage folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat, gemäß § 5 der Satzung über den Stadtjugendrat der Stadt Fürstenfeldbruck (StjS), den Beginn der Amtszeit des neuen Stadtjugendrates zum 01.01.2021 zu beschließen.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 26.11.2020

Michaela Raff
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtarchiv 9.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2298/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	SA 015 (Eilantrag): Aktiver und passiver Schutz vor Corona in allen Räumlichkeiten städtischer Bildungseinrichtungen (Kitas, Horte, Schulen, VHS), Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten der Filterklasse F7/H14		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	23.11.2020
Verfasser	Huber, Georg	Zuständiges Amt	Amt 2
Sachgebiet	24 Immobilienmanagement	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Kenntnisnahme	15.12.2020	Ö

Stadtrat 15.12.2020

Bekanntgabe:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sachvortrag:

Ausgangslage:
Der Stadtrat hat am 27.10.2020 die Verwaltung beauftragt umgehend mit Anbietern von mobilen Luftreinigungsgeräten Kontakt aufzunehmen und Testgeräte zu besorgen.

Vorbereitung und Testphase:
In den vergangenen Wochen wurden diverse Hersteller angefragt, ob diese Luftreinigungsgeräte für Testzwecke zur Verfügung stellen würden. Trotz einer Reihe von Absagen, konnten in der 48./49. KW 2020 verschiedene Geräte im Schulalltag getestet werden.

Testergebnis:
Zum Zeitpunkt der Erstellung des Sachvortrag war der Test noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis wird daher in einem mündlichen Bericht vorgestellt.

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2302/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Sofortmaßnahmen Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße - korrigierender Beschluss zur Vorlage UVT 2100/2020			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	25.11.2020	
Verfasser	Gessner, Claudia	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	Beschlussbuchauszug UVA vom 13.10.2020

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1) Der Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau (UVA) vom 13.10.2020 wird aufgehoben.

2) Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Attraktivität des Radverkehrs soll in der Äußeren Schöngeisinger Straße stadtauswärts zwischen Rothschwaiger und Senserbergstraße ein Radfahrstreifen mit einer Breite von 2,20 m abmarkiert werden. Der Radfahrstreifen wird durchgängig rot eingefärbt.

3) Die Freigabe für den Radverkehr auf dem westlichen Gehweg wird aufgehoben.

4) Zur weiteren Finanzierung werden 70.000€ von der Investitionsnummer TIEF440003 (Am Sulzbogen, 2.Planungsabschnitt) auf TIEF440062 (Oskar-von-Miller, Fürstenfelder, Äußere Schöngeisinger Straße) verschoben.

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Umweltbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz			mittel	
Umweltauswirkungen			keine	
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	ca. 150.000 €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			Ja	ca. 220.000 €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			ca.	220.000 €
Folgekosten	unbekannt			€

Stadtrat 15.12.2020

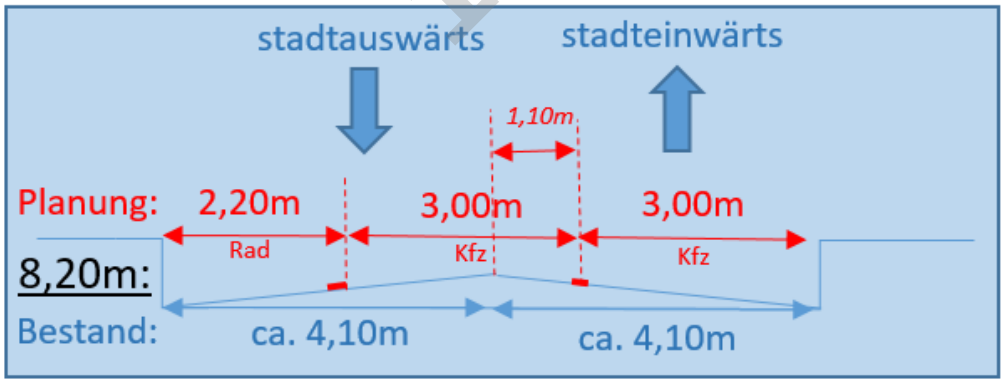
Sachvortrag:

Die Äußere Schöngeisinger Straße soll stadtauswärts zwischen der Rothschwaiger Straße und dem Ortsausgang einen durchgängigen Radfahrstreifen erhalten, welcher komplett rot eingefärbt wird. Die Freigabe des Radfahrens auf dem westlichen Gehweg soll aufgehoben werden.
Diese Maßnahme wurde am 13.10.2020 vom Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau (UVA) abweichend vom ausgereichten Beschlussvorschlag, der eine Breite von 2,25 m vorsah, mit einer Breite von 2,00 m beschlossen, um eine Fahrbahnbreite von jeweils mindestens 3,00 m sicherzustellen. Der entsprechende Beschlussbuchauszug zur Sitzungsvorlage 2100/2020 ist in der Anlage beigefügt.

Die im Sachvortrag der Sitzungsvorlage 2100/2020 skizzierten und erläuterten „Engstellen“ mit 8,05 m basierten auf Breitenangaben aus einer älteren Version eines Lageplans, bei welchem vermutlich eine falsche Bezugslinie aus der Bestandsvermessung verwendet wurde. In einer der Beschlussvorlage beigefügten neueren Lageplanversion wurden zwar die Engstellen zwischenzeitlich auf 8,25 m korrigiert, es wurde jedoch leider versäumt, dies auch im Sachvortrag entsprechend anzupassen. Nachdem in der o. g. Sitzung die Diskrepanz der Angaben nicht aufgeklärt werden konnte gingen die Ausschussmitglieder der o. g. Beschlussfassung davon aus, dass die Fahrbahnbreite an den Engstellen lediglich 8,05 m aufweist.

Ende November wurden nochmals zur Sicherheit Vergleichsmessungen vor Ort durchgeführt, um die Breitenangaben an den Engstellen zu überprüfen. Demnach wurde bei den punktuellen Kontrollmessungen die schmalste Stelle mit ca. 8,20 m aufgenommen, so dass nunmehr eine neue Sachlage vorliegt, die eine erneute Beschlussfassung ermöglicht. Der Radfahrstreifen kann nun durchgängig mit einer Breite von 2,20 m (inklusive der 0,25m breiten durchgängigen Markierung) markiert werden. Die verbleibenden Fahrspuren sind dann trotzdem, wie in der Sitzung vom 13.10.2020 festgelegt, mindestens je 3,0 m breit.

Für die minimalste Straßenraumbreite von 8,20m (im Bereich des Dachprofils) ergibt sich somit folgende Querschnittsaufteilung:



Die Erstellung eines aktualisierten Lageplans für den Radfahrstreifen mit 2,20 m war bis zum Versand der Unterlagen nicht möglich.
Durch die vorgeschlagene Verbreiterung das Radfahrstreifens ergeben sich gegenüber der im UVA beschlossenen Planung bei den Markierungsarbeiten (komplette Roteinfärbung) Mehrkosten in Höhe von ca. 10 % (ca. 17.000 €).

Aufgrund des zum 01.01.2021 wieder erhöhten Mehrwertsteuersatz von 19% sowie ggf. erforderlicher Fräsarbeiten erhöhen sich die Gesamtkosten von ca. 210.000 € (Stand: UVA am 13.10.2020) auf ca. 220.000 €.

Im aktuellen Haushalt 2020 sind 150.000 € genehmigt. Um eine schnelle Umsetzung des Projektes weiterverfolgen zu können und nicht auf die Genehmigung des HH2021 warten zu müssen, wird vorgeschlagen, 70.000 € von der Investitionsnummer TIEF440003 (Am Sulzbogen, 2. Planungsabschnitt) auf TIEF440062 (Oskar-von-Miller, Fürstenfelder, Äußere Schöngeisinger Straße) zu übertragen.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 10

Auszug
aus der Niederschrift über die
3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
vom 13.10.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Thomas Brückner; Herr Markus Droth; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Irene Weinberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Frau Johanna Luise Mellentin;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sofortmaßnahmen Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße_Beschluss zur Umsetzung eines Radfahrstreifens vom Knotenpunkt Fürstenfelder/Rothschwaiger bis zur Stadtgrenze (stadtauswärts)**

Stadtratsprotokoll

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2100/2020 vom 21.02.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Gessner von der Verwaltung stellt kurz die Maßnahmen für den Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße vor. Sie riet dazu die Flächen nur in Konfliktbereichen, wie an Kreuzungen oder anderen Gefahrenstellen, rot einzufärben. Dies würde statt 210.000 Euro nur 86.000 Euro kosten. Sie weist darauf hin, dass die Straße ohnehin umgestaltet werden soll. Dies bedeutet, dass die Wege nicht ewig Bestand haben. Bei einer Förderung dürfte aber 5 Jahre nichts geändert werden.

Herr Stadtrat Brückner plädiert dafür, dass der Radfahrstreifen laut Grundsatzbeschluss rot eingefärbt werden soll. Dies sieht man auf dem Sulzbogen. Man fühlt sich als Radfahrer, auch durch die Breite des Streifens, viel sicherer.

Herr Stadtrat Kellerer bedankt sich für die Ausführungen. Seine Fraktion stimmt aber gegen die durchgehende rote Einfärbung, da die Straße ohnehin überplant werden soll.

Rege diskutiert wurde über die Radfahrstreifenbreite. Bei 2 Meter Breite wären pro Fahrtrichtung jeweils noch ca. 3 Meter Fahrbahnbreite zur Verfügung, was auch für landwirtschaftliche Fahrzeuge ausreichen würde, argumentierte Frau Thron von der Verwaltung.

Am Ende einigte man sich auf 2 Meter Radfahrstreifenbreite und eine komplette Roteinfärbung.

Beschlussvorschlag:

1) Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Attraktivität des Radverkehrs beschließt der Stadtrat die Markierung eines Radfahrstreifens (Breite 2,25m) in der äußeren Schöngeisinger Straße stadtauswärts zwischen Rothschwaiger und Senserbergstraße mit regelmäßiger Markierung des VZ 237 (Radweg). Der Radfahrstreifen wird nur in Konfliktstellen rot eingefärbt.

2) Die Freigabe für den Radverkehr auf dem westlichen Gehweg wird aufgehoben.

Geänderter Beschluss:

1) Die Radfahrstreifen werden durchgängig in rot eingefärbt.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 3

2) Der Radfahrstreifen wird in einer Breite von 2,25 m und in Engstellen von 2 m Breite markiert.

Ja-Stimmen 7
Nein-Stimmen 8

3) Der Radfahrstreifen wird durchgängig in einer Breite von 2,00 m. markiert.

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1

4) Die Freigabe für den Radverkehr auf dem westlichen Gehweg wird aufgehoben.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen 0

Stadtarchiv 15.12.2020

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 04.11.2020

Christine Hess
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2100/2020

1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Sofortmaßnahmen Radverkehr Äußere Schöngeisinger Straße_Beschluss zur Umsetzung eines Radfahrstreifens vom Knotenpunkt Fürstenfelder/Rothschwaiger bis zur Stadtgrenze (stadtauswärts)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	nicht öffentlich
AZ:		Erstelldatum	21.02.2020
Verfasser	Gessner, Claudia	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	14.07.2020	Ö

Anlagen:	1. 2019-10-01_UVA_Auszug_SA 165_Äußere Schöng.Str 2. Lagepläne Entwurfplanung (2.1 – 2.5).

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

1) Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Attraktivität des Radverkehrs beschließt der Stadtrat die Markierung eines Radfahrstreifens (Breite 2,25m) in der äußeren Schöngeisinger Straße stadtauswärts zwischen Rothschwaiger und Senserbergstraße mit regelmäßiger Markierung des VZ 237 (Radweg). Der Radfahrstreifen wird nur in Konfliktstellen rot eingefärbt.

2) Die Freigabe für den Radverkehr auf dem westlichen Gehweg wird aufgehoben.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			unbekan	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			Rot kompl. Rot-nur Kon-flikt	210.000 86.000 €
Folgekosten	unbekannt			€

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Sachstand:
Im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau am 01.10.2019 wurde beschlossen, einen hauptsächlich auf Markierungslösungen basierenden Planungsvorschlag für die Radinfrastruktur stadtauswärts für den Abschnitt zw. KP Schöngeisinger Straße/ Rothschwaiger Straße/ Fürstenfelder Straße und dem Ortsausgang zu erarbeiten. Grundlage hierfür war der durch die Stadträtinnen Fr. Geißler und Fr. Dr. Zierl gestellte Sachantrag Nr. 165 „Sofortmaßnahmen für eine radlfreundliche Äußere Schöngeisinger Straße“ vom 28.05.2019.
In der Sitzung wurde angeregt, zwei Planungsvorschläge zu erarbeiten
- konstante Kfz-Spur mit 2,75m + Rest für Radfahrstreifen
- konstante größtmögliche Radfahrtstreifenbreite + Rest Kfz-Fahrspur
Der zugehörige Beschlussbuchauszug kann der Anlage 1 entnommen werden.

Planungsvorschlag:
Die Verwaltung befasste sich anschließend noch einmal detailliert mit der Frage, ob bei einem Straßenquerschnitt mit Dachprofil (also höchster Punkt = Grat ca. in Straßenmitte) die Mittelmarkierung zwingend im Bereich des Grats liegen muss. Verschiedene Anfragen bei Planungsbüros, einer anderen Stadtverwaltung und einem Sicherheitsauditor ergaben, dass es keine auf Richtlinien o.ä. basierende Planungsvorgaben hierzu gibt. Erst ab Geschwindigkeiten größer als 50km/h muss eine Straße fahrdynamisch bemessen und bewertet werden. Innerhalb der Stadt dient das Quergefälle lediglich der Entwässerung und nicht der Fahrdynamik. Der Sicherheitsauditor würde eine vom Grat abweichende Mittelmarkierung anmerken, aber nicht bemängeln. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass das direkte Befahren des Grates durch Autoreifen vermieden werden sollte. Bei einer Neuaufteilung des Straßenraums würde der Sicherheitsauditor empfehlen, zur Gewöhnung der Autofahrer an die neuen Gegebenheiten zunächst 30km/h zu beschildern und die Einhaltung der späteren 50km/h verstärkt zu überwachen.

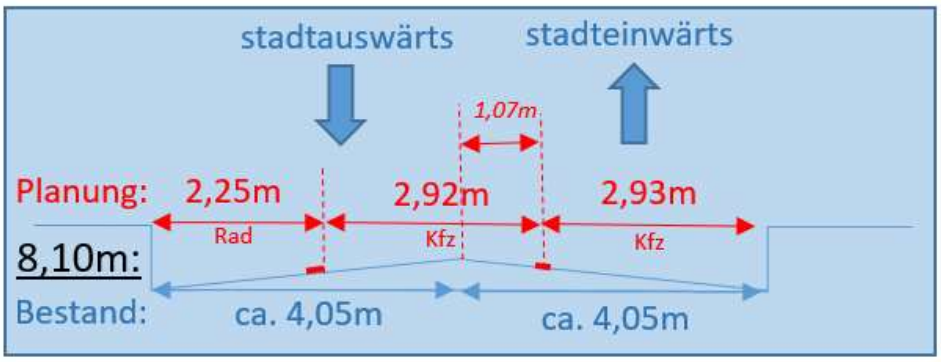
Stadtrat 15.12.2020

Mit diesen neuen Erkenntnissen ist es möglich, die komplette Straßenbreite umzuverteilen. Somit können die Kfz-Fahrspuren stadtein- und stadtauswärts gleich breit gestaltet werden.

Es wird dabei, der im Sachantrag geforderte 2,25m breite Radfahrstreifen zugrunde gelegt. Diese Breite wird konstant über das gesamte Planungsgebiet geführt und die restliche, ggf. schwankende Fahrbahnbreite auf die beiden Kfz-Fahrspuren umgelegt. Somit sind nach Ansicht der Verwaltung alle Forderungen erfüllt und es bedarf keiner Planung von zwei verschiedenen Varianten.

Zum Beispiel wird die schmalste Fahrbahnbreite im gesamten Planungsabschnitt von ca. 8,05m (im Bereich des einseitigen Profils) neu verteilt. Demnach ergeben sich nach Abzug der 2,25m für den Radfahrstreifen inkl. der 25cm breiten Markierung noch ca. 2,9m für jeden Kfz-Fahrstreifen.

Im Bereich des Dachprofils (südlicher Planungsabschnitt zwischen Buchenauer und Senserbergstr.) hat die schmalste Stelle eine Breite von ca. 8,10m. Hier ergeben sich auch ca. 2,9m für die beiden Kfz-Fahrspuren. Der Abstand der Mittellinie zum Grat beträgt ca. 1,07m. Somit sollten die meisten Fahrspuren neben dem Grat liegen.



Bei Markierung eines durchgehenden, 2,25m breiten Radfahrstreifens, sind die Kfz-Fahrspuren dann meistens noch um die 3m breit. Die als Anlage beigefügte Planung ist für diesen 2,25m breiten Radfahrstreifen dargestellt.

Diese Aufteilung führt jedoch dazu, dass nahezu die gesamte bestehende Mittelmarkierung demarkiert und anschließend eine neue Leitlinie S3/6 aufgebracht werden muss.

Im Einmündungsbereich der Buchenauer Straße wird der Radfahrstreifen mit unterbrochenen Breitstrichen markiert. Ab- und Einbiegevorgänge sind gewährleistet.

Im Einmündungsbereich der Senserbergstraße ist vorgesehen, die Kfz-Fahrspuren umzuverteilen. Die Rechtsabbiege- und die Linkseinbiegespuren sind entbehrlich. Deren Platz soll für die Verschwenkung des stadtauswärts führenden Fahrstreifens dienen. Somit gibt es dann einen gemeinsamen Geradeaus- und Rechtsabbiegestreifen. Der „eingesparte“ Raum der aktuell existierenden Geradeaus- bzw. Linksabbiegespur wird für die Herstellung zweier provisorischer Mittelinseln als Querungshilfe für Fußgänger genutzt. Das mit dem Landkreis abgestimmte regionale Hauptroutennetz verläuft an dieser Stelle vom nördlichen Ast der Äußeren Schöngeisinger Straße in die Senserbergstraße. Die Wegweisung wurde entsprechend montiert.
Empfehlenswert wäre die Fortsetzung des neuen Gehwegs entlang der Senserbergstraße bis zur Querungshilfe. Diese Erweiterung und die dafür notwendigen Kosten sind hier nicht berücksichtigt.

Stadtrat
BV/0020

Der Radfahrstreifen wird bis über die Einmündung hinweg geführt und anschließend beendet. Dem stadtauswärts fahrenden Radfahrer wird die Möglichkeit geboten, geradeaus weiter auf der Fahrbahn zu fahren oder sich geschützt auf den linksseitigen, für Radfahrer frei gegebenen Gehweg einzuordnen, um später dem Weg entlang der Amper zu folgen. Der Bordstein wird hier entsprechend abgesenkt.

Radfahrer aus der Senserbergstraße können direkt nach links abbiegen und sich auf den gemeinsamen Geh- und Radweg einordnen. Der Bordstein ist hier abgesenkt.

Der westliche Gehweg wird dann nicht mehr für den Radfahrer frei gegeben. Mit der Anlage eines Radfahrstreifens geht eine Benutzungspflicht einher. Auch der östliche Gehweg wird somit nicht in Gegenrichtung für den Radverkehr frei gegeben.

Kosten:
Da die Maßnahme als provisorische Zwischenlösung bis zur endgültigen Überplanung des gesamten Straßenzuges Oskar-von-Miller/Fürstenfelder/Äußere Schöngeisinger Straße angesehen wird, wird empfohlen, die Herstellungskosten so gering wie möglich zu halten. Dies ist auch in Anbetracht der angespannten Haushaltslage dringend zu empfehlen.
Eine komplette Roteinfärbung des Radfahrstreifens sollte deswegen hier nicht erfolgen. Die Verwaltung empfiehlt, lediglich die Konfliktstellen (Einmündungsbereiche) rot einzufärben. Durch die durchgezogene Breitstrichmarkierung ist die exklusive Nutzung durch den Radverkehr sichergestellt. Diese wird durch die regelmäßige Beschilderung mit dem VZ 237 (Radweg) sichergestellt und kann durch Markierung eines Piktogramms dieses VZ hervorgehoben werden.
Weiterhin ist die rote Epoxidharz-Beschichtung ein „starres System“, so dass der Untergrund zwingend stabil sein muss, die Asphaltdeckschicht muss somit intakt sein, sonst übernimmt die Ausführungsfirma keine Gewährleistung. Dies wurde zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht beurteilt.

Unter Annahme, dass die Planungsleistungen durch SG 41 für die Umsetzung von allen weiteren Beteiligten (SG 34, 44, Bauhof) als ausreichend betrachtet werden und somit weitere externe Planungskosten eingespart werden können, fallen Herstellungskosten in Höhe von ca. 181.000€ netto an. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

LB - Nr. 901	**Baustelleneinrichtung u. Verkehrssicherung**	**1.625,00 €**
LB - Nr. 904	**Erdbau und Geotextilien**	**501,10 €**
LB - Nr. 910	**Tragschichten**	**1.631,95 €**
LB - Nr. 911	**Deckenbau**	**2.607,66 €**
LB - Nr. 912	**Pflaster, Platten, Zeilen, Rinnen**	**4.236,00 €**
LB - Nr. 926	**Fahrbahnmarkierungen**	**169.272,40 €**
LB - Nr. 930	**Stundenlohnarbeiten**	**1.152,75 €**

Stadtrat 15.12.2020

Der größte Anteil dieser Kosten fällt auf die Rotmarkierung (ca.1.900m² => 133.906€ zzgl. MwSt.).

Werden nur die Konfliktstellen rot eingefärbt betragen die Kosten für diese Einfärbung dann lediglich ca. 380m² => 26.980€ zzgl. MwSt.

Die Gesamt-Brutto-Kosten(inkl. 16% MwSt.) belaufen sich auf
- Variante 1 (komplette Roteinfärbung) ca. 210.000€
- Variante 2 (Roteinfärbung nur in Konfliktbereichen) ca. 86.000€

Hinweis: Unter Annahme eines positiv ausfallenden Beschlusses ist es trotzdem aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation und der notwendigen Bearbeitungszeit bis zur Auftragserteilung an eine Baufirma unwahrscheinlich, dass noch in diesem Jahr komplett markiert werden kann. Somit wären im kommenden Jahr wieder die 19% MwSt. zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Haushalts 2020 wurden zunächst 150.000€ für den Straßenzug Oskar-von-Miller/ Fürstenfelder/ Äußere Schöngeisinger Straße genehmigt (Investitionsnummer TIEF440062). Es besteht die Chance, diese auch trotz der aufgrund der Corona-Pandemie geplanten Einsparmaßnahmen beizubehalten; in der Sitzung des HFA am 16.06.2020 wurde dem Stadtrat empfohlen, diese Haushaltsmittel trotzdem weiterhin bereit zu stellen. Ein entsprechender Beschluss müsste im Rahmen des Nachtragshaushalts (voraussichtlich im Ferienausschuss) gefasst werden.
Mit diesem Budget wäre eine Umsetzung der Variante 2 (Roteinfärbung nur in Konfliktstellen) dieser Zwischenmaßnahme durchführbar.

Bei einer Ausführung des Radfahrstreifens mit einer Breite von insg. 2,0m wären die Kfz-Fahrspuren im Schnitt 12cm breiter, die Kosten für die Einfärbung würden für die 25cm auf die entsprechenden Längen eingespart.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2270/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	23.10.2020	
Verfasser	Leinweber, Norbert	Zuständiges Amt	VF	
Sachgebiet	Veranstaltungsforum Fürstenfeld	Abzeichnung OB:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Kultur- und Werkausschuss	Vorberatung/ Ent-scheidung	12.11.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**15.12.2020**	**Ö**

Anlagen:	1) Auszug Jahresabschluss 2019 2) Lagebericht 2019 3) Beschluss KWA 12.11.2020; Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

a) Der Stadtrat nimmt den vorgelegten Jahresabschluss 2019 des Veranstaltungsforums Fürstenfeld zur Kenntnis.

b) Die nicht verausgabten Finanzmittel in Höhe von ca. 8T€ werden an die Stadt Fürstenfeldbruck zurück gezahlt.

c) Der Stadtrat beschließt, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 für das Veranstaltungsforum Fürstenfeld gemäß Art. 107 GO zu beauftragen.

Referent/in	Jäger / SPD		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

a) Das Jahresergebnis 2019 aus dem laufenden Geschäftsbetrieb gibt Auskunft über die Geschäftsentwicklung des Veranstaltungsforums Fürstenfeld.

Die dem Eigenbetrieb zuzuordnenden Umsatzerlöse und sonstigen Erträge lagen im Berichtsjahr bei 2.199 T€.

Für Gagen und sonstige mit Veranstaltungen und Vermietungen direkt zusammenhängende Aufwendungen wurden 980 T€ ausgegeben.

Bei den Personalkosten (mit 62 T€ Einstellung in die Pensionsrückstellung) lagen die Aufwendungen bei 1.278 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen bei 1.241 T€. Die Ausbuchungen des Restbuchwerts von verschrottetem Anlagevermögen sowie die Abschreibungen, die beide von der Stadt Fürstenfeldbruck nicht auszugleichen sind, sind bereits außer Ansatz gelassen.

Abzüglich nicht auszugleichender Abschreibungen und Rückstellungen beträgt das auszugleichende Defizit aus laufenden Kosten 1.216 T€.

Für Investitionen wurde in 2019 ein Betrag in Höhe von 170 T€ ausgegeben.
Aus dem zur Verfügung gestellten Budget für Investitionen muss ein Betrag in Höhe von rund 15 T€ auf das kommende Haushaltsjahr vorgetragen werden. Hier wurden Maßnahmen erst in 2020 fertiggestellt.

Insgesamt liegt der Mittelbedarf für das Jahr 2019 somit bei rund 1.402 T€.

Im Wirtschaftsplan waren 1.409 T€ vorgesehen.

b) Die nicht verausgabten Finanzmittel in Höhe von knapp 8 T€ werden an die Stadt Fürstenfeldbruck zurückbezahlt.

c) Jahresberichte des Veranstaltungsforums Fürstenfeld sind durch einen sachverständigen Prüfer zu überprüfen (Art. 107 GO). Inhaltlich erstreckt sich die Prüfung auf die Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und der Buchführung unter Einbeziehung des Lageberichtes.

Die Bestellung des Abschlussprüfers ist Aufgabe des Stadtrates. Sie ist durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband oder einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchzuführen (Art. 107 Abs. 2 GO).

Die bisherigen Jahresabschlüsse des Veranstaltungsforums wurden durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geprüft; eine geeignete Prüfungssystematik zwischen dem BKPV und dem Eigenbetrieb besteht.

Da der BKPV seine Arbeit mit einem vergleichsweise moderaten Stundensatz abrechnet, sind die Prüfungskosten relativ gering und zudem planbar. Ein weiterer wesentlicher Vorteil der BKPV-Prüfung besteht darin, dass man auf die im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung der Stadt anfallende Nachprüfung verzichten kann und damit weniger interner Aufwand und Kosten anfallen.

Stadtrat 15.12.2020

Daher plädiert die Werkleitung dafür, den Jahresabschluss 2019 des Veranstaltungsforums erneut durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband prüfen zu lassen.

Stadtrat
15.12.2020

LAGEBERICHT 2019

In der Stadtratssitzung vom 27. Juli 1999 wurde mit 33 zu 0 Stimmen beschlossen, das Kultur- und Freizeitzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Klosteranlage Fürstenfeld in Form eines Eigenbetriebes gemäß Art. 88 GO zu führen. Auf Grund von Artikel 23 Satz 1, Art. 88 Abs. 5 der Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (GVBI S. 65 BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 1999 (GVBI S. 86), erließ die Stadt Fürstenfeldbruck eine Satzung, die zuletzt mit Stadtratsbeschluss vom 10.05.2019 in einigen Punkten abgeändert wurde.

Nach § 1 dieser Satzung wird das Kultur- und Freizeitzentrum der Stadt Fürstenfeldbruck unter dem Namen Veranstaltungsforum Fürstenfeld als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesondertes wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) der Stadt Fürstenfeldbruck geführt. Es erhält 30.000,00 € Stammkapital.

Die Aufgaben (§ 2) des Veranstaltungsforums Fürstenfeld werden wie folgt beschrieben:

1. Die Planung, Organisation und Durchführung kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen.

2. Die Planung, Organisation und Durchführung von Sonderveranstaltungen.

3. Die Betreuung und Abwicklung von Gastveranstaltungen kultureller und kommerzieller Art.

4. Der technische Betrieb und die Verwaltung des Veranstaltungsforums Fürstenfeld.

5. Die Umsetzung bzw. Mitwirkung bei Sanierungs- und Baumaßnahmen im Veranstaltungsforum Fürstenfeld.

6. Die Unterstützung der kommunalen Tourismusförderung und des Stadtmarketings.

Stadtrat 15.12.2020

In diesem Rahmen ist der Eigenbetrieb satzungsmäßig dazu berechtigt, alle dem Aufgabenfeld dienlichen Maßnahmen und Geschäfte einschließlich der Unterverpachtung der Räume und Einrichtungen sowie zur Einrichtung und Unterhaltung von Hilfsbetrieben vorzunehmen.

Die in der Satzung bestimmten Organe (§ 3) sind die Werkleitung (§ 4), der Kultur- und Werkausschuss (§ 5), der Stadtrat (§ 6) und der Oberbürgermeister (§ 7).

Die Außenvertretung obliegt dem Werkleiter bzw. seinem Stellvertreter je einzeln, im Innenverhältnis tritt die Stellvertretung nur bei Verhinderung des Werkleiters ein (§ 9). Verpflichtende Erklärungen bedürfen der Schriftform (§ 10).

Im Übrigen finden die Geschäftsordnung und die Allgemeine Dienstanweisung der Stadt Fürstenfeldbruck sowie die Dienstvereinbarung zwischen der Stadt Fürstenfeldbruck und dem Personalrat der Stadt in jeweilig gültiger Fassung Anwendung (§ 13).

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs ist das Kalenderjahr (§ 12).

Die geänderte Satzung trat am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die Personalverwaltung wird durch das Personalbüro der Stadtverwaltung erledigt. Seit 1. Juli 2000 ist der Eigenbetrieb wirtschaftlich selbständig. Die Kassenführung wurde zum 1. Oktober 2000 von der Stadtkasse ausgegliedert. Es werden Girokonten bei der Sparkasse und der Volksbank Fürstenfeldbruck geführt.

Für die Vermietungs- und Dienstleistungspreise wurde von der Werkleitung eine Entgeltordnung erstellt. Diese wurde vom Stadtrat am 12. März 2001 genehmigt. Die letzte Anpassung der Entgeltordnung wurde zum 1. Januar 2018 vorgenommen.

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Gebäude und Anlagen

Die dem Veranstaltungsforum Fürstenfeld verwaltungstechnisch unterstellten Liegenschaften umfassen die Häuser 9 bis 17 des ehemaligen Klosterareals Fürstenfeld. Hierfür sind im Einzelnen die im Folgenden aufgeführten Nutzungen vorgesehen:

Stadtrat 15.12.2020

Haus 9

Der Gruppenraum 1 ist an die Volkshochschule Fürstenfeldbruck (VHS FFB) dauerhaft vermietet.

Haus 10

EG: Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE Haus 10), bestehend aus der Interessengemeinschaft Kultur und der Künstlervereinigung Fürstenfeldbruck, nutzt diese Etage zu Ausstellungs- und Präsentationszwecken für Künstler sowie für kleinere Veranstaltungen.

1. OG: Der hier gelegene Vortragssaal (Gruppenraum 2 steht zur Vermietung an Vereine, Gruppen, und Institutionen zur Verfügung. Der Gruppenraum 3 ist von der Stadtkapelle FFB zur Dauernutzung angemietet.

2. OG: Hier befindet der Gruppenraum 4, der ebenfalls von der VHS FFB zur Dauernutzung angemietet worden ist.

Haus 11

EG: In dieser Etage befindet sich auf der rechten Seite ein Saal mit Bühne, zugehörigem Foyer und zwei Nebenräumen. Diese Räume werden seit 1. Juli 2001 von der „Neue Bühne Bruck e.V." genutzt.

In der linken Hälfte befinden sich die Betriebswerkstatt des Veranstaltungsforums sowie Lagerräumlichkeiten der Fürstenfelder Gastronomie- und Hotel GmbH. Weiter befindet sich hier ein Raum, der als Radierwerkstatt genutzt wird.

OG: Auf der linken Seite befinden sich langfristig vermietete Büroräumlichkeiten dreier Dienstleistungspartner des Veranstaltungsforums (si:so design + werbung, LFS Lutzeier Facility Service GmbH & Co KG & PSD Lutzeier GmbH & Co KG).

Im Mittelteil befinden sich ein Lagerraum sowie fünf Seminarräume unterschiedlicher Größe, deren Nutzung über Einzelvermietungen abgedeckt wird.

Im rechten Teil des Gebäudes befindet sich der „Treff", der als Aufenthaltsraum allen Seminarraumnutzern zur Verfügung steht. In Einzelfällen wird der „Treff" auch als zusätzlicher Raum vermietet.

Bei Seminarveranstaltungen erfolgt in diesem Bereich auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer durch die Fürstenfelder Gastronomie und Hotel GmbH.

Stadtrat 15.12.2020

Haus 12

EG: Die in diesem Gebäude gelegenen Räume, der Stadtsaal mit Bühne, Säulensaal, Neues und Altes Foyer werden für Veranstaltungen (sowohl Eigen- als auch Gastveranstaltungen) genutzt. Bei Eigenveranstaltungen ist das Veranstaltungsforum Fürstenfeld für die Organisation und Durchführung verantwortlich. Durch die Eintrittsgelder wird ein Teil der dadurch entstandenen Organisationskosten refinanziert. Bei Gastveranstaltungen werden die gewünschten Räume einschließlich der erforderlichen Technik sowie der angeforderten Dienstleistungen durch einen außenstehenden Veranstalter angemietet. Dem Veranstaltungsforum Fürstenfeld fließen hier die Erlöse aus der Raum- und Technikvermietung zu. Neues Foyer und Altes Foyer können zusätzlich für gesonderte Veranstaltungen, wie z. B. Ausstellungen, eigengenutzt oder auch vermietet werden.

OG: Der linke Teil dieser Etage ist mit ca. 260 qm von der Verwaltung des Veranstaltungsforum Fürstenfeld belegt. Hier befindet sich auch die Vorverkaufsstelle „Kartenservice Fürstenfeld", die seit Ende 2006 durch das Veranstaltungsforum selbst betrieben wird.

Der mittlere Teil wird für Künstlergarderoben, Sanitärräume sowie als Lagerflächen für Betriebsausstattung, Technik und die Fürstenfelder Gastronomie genutzt.

Im linken Teil befinden sich Empore und Luftraum des Stadtsaals.

Haus 13 (Tenne)

Der an den Stadtsaal angrenzende Kopfbau der Tenne (13/1 „Nebenbühne") wird im Erdgeschoss als Bühnen- und Techniklager. Der ebenfalls im Erdgeschoss gelegene andere Kopfbau auf der Ostseite wird vom Verein zur Förderung der Selbstvermarktung „Bauernquelle e. V." für den Bauernmarkt genutzt (siehe hierzu auch Haus 14).

Seit Abschluss des nutzungsbedingten Innenausbaus (Einbau Sicherheits- und Veranstaltungstechnik) im Oktober 2004 werden die restlichen Räume der Tenne für

Veranstaltungen aller Art genutzt. Die Raumnutzungen (Märkte, Ausstellungen, Firmen- und Familienfeiern etc.) erfolgen über Einzelvermietungen.

Haus 14

EG: Dieser Bereich wird wie das Erdgeschoss des Kopfbaus von Haus 13 für den Bauernmarkt (Öffnungszeiten: Dienstag und Samstag) genutzt.

OG: Die vier Räume im Obergeschoss sind an die Fürstenfelder Gastronomie und Hotel GmbH, die hier ihre Administration hat, dauerhaft vermietet.

Haus 15

EG: Hier wurde vom Betreiber der Gastronomie in Haus 17 die dazu gehörige Küche über eine eingetragene Erbbaupacht mit einer Laufzeit von 50 Jahren selbst erstellt.

1. und 2. OG: In diesen Etagen wurden die Funktionsräume und das Büro der Gastronomie sowie Seminarräume, die ausschließlich durch den Betreiber der Gastronomie genutzt werden, ebenfalls über eingetragene Erbbaupacht eingerichtet.

Stadtrat 15.12.2020

Haus 16

In diesem Haus befindet sich das Treppenhaus zu Haus 15 und 17. Es wird sowohl vom Betreiber der Gastronomie als auch vom Veranstaltungsforum Fürstenfeld genutzt.

Haus 17

EG: Diese Räume sind an die Fürstenfelder Gastronomie und Hotel GmbH zur gastronomischen Bewirtschaftung des gesamten Veranstaltungsgeländes vermietet. Seit Ende 2006 wird eine Umsatzpacht erhoben, mindestens jedoch eine Garantiemiete.

OG: Hier befindet sich der Kleine Saal, der seit 1. März 2002 für Eigen- und Gastveranstaltungen genutzt wird. Der Fürstenfelder Gastronomie und Hotel GmbH, die diesen Raum zur Durchführung von Feierlichkeiten nutzt, steht ein vertragliches Nutzungsvorrecht zu Sondermietkonditionen zu.

Freiflächen

Zu den für Veranstaltungen nutzbaren Freiflächen des Eigenbetriebs gehören der Stadtsaalhof, die Amperauen, die Waaghäuslwiese und die Obstwiese.

Hier werden Einzelveranstaltungen und Märkte wie beispielsweise die Fürstenfelder Gartentage, die Oldtimertage Fürstenfeld, das Weinfest, die Animuc, der Fürstenfelder Kinosommer und die Fürstenfelder Naturfototage veranstaltet.

2. Wirtschaftsbericht

	31.12. 2019 €	31.12. 2018 €
Stammkapital		
Stammkapital laut Satzung (vgl. TZ 6).	30.000,00	30.000,00
allgemeine Rücklage	52.922.343,71	52.922.343,71
a) Einlage Grundstücke und Gebäude	33.965.313,42	33.965.313,42
Zusammensetzung:		
Grundstücke	7.023.142,09	7.023.142,09
Gebäude	25.739.624,54	25.739.624,54
nicht abziehbare Vorsteuern	1.192.417,67	1.192.417,67
Umsatzsteuer	10.129,12	10.129,12
	33.965.313,42	33.965.313,42
b) Mittel für den Eigenbetrieb zur Deckung der	21.741.598,09	20.557.518,83
Ausgaben:		
Haushaltsmittel		
Verbrauchte Haushaltsmittel 2000 – 2016	16.370.354,22	15.258.110,22
geplante Haushaltsmittel 2017	1.137.837,00	1.112.244,00
geplante Haushaltsmittel 2018	1.221.721,00	1.137.837,00
geplante Haushaltsmittel 2019	1.229.426,00	1.221.721,00
für Investitionen 2001 - 2016	1.700.754,32	1.600.954,32
für Investitionen 2017	99.800,00	99.800,00
für Investitionen 2018	99.800,00	99.800,00
für Investitionen 2019	110.000,00	174.500,00
n. n. verbrauchte Mittel f. Sonderinvestitionen	16.383,32	16.383,32
Sonstiges	- 244.477,77	- 163.831,03
	21.741.598,09	20.557.518,83

Stadtrat 15.12.2020

LAGEBERICHT 2019

	31.12. 2019 €	31.12. 2018 €
Im Haushalt für Eigenbetrieb eingestellte Geldmittel zur Deckung des laufenden Betriebs		
Haushaltsmittel f. lfd. Geschäftsbetrieb	1.229.426,00	1.221.721,00
Haushaltsmittel f. Investitionen	110.000,00	174.500,00
	1.409.426,00	1.396.221,00
Verlust der Vorjahre	34.118.184,63	31.681.450,46
Verlust 2000 - 2016	29.548.407,01	
Verlust 2017	2.133.043,45	
Verlust 2018	2.436.734,17	
	34.118.184,63	
Jahresverlust	2.212.063,29	

Es ist nicht denkbar, dass das Veranstaltungsforum als Eigenbetrieb, der teilweise auch die Erfüllung des kulturellen Auftrags der Stadt Fürstenfeldbruck abdecken muss, Gewinne erwirtschaften wird. Es wird somit ein defizitärer Betrieb bleiben, dem zur Deckung der Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs und zu tätigenden Investitionen Haushaltsmittel der Stadt Fürstenfeldbruck zur Verfügung gestellt werden müssen.

Stadtrat 15.12.2020

3. Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01. 2019 €	Zuführung 2019 €	Auflösung/ Verbrauch 2019 €	Stand 31.12. 2019 €
für Urlaub/Überstunden	59.590,69	82.330,45	59.590,69	82.330,45
für Feuerwehreinsätze	3.000,00	2.050,00	2.881,33	2.168,67
für Pflichtprüfung	22.474,00	14.160,00	8.314,00	28.320,00
für Prozesskosten	5.000,00	3.000,00	4.027,57	3.972,43
für Jahresabschluss	11.596,15	9.500,00	8.427,20	12.668,95
für Instandhaltung Räume	0,00	25.622,00	0,00	25.622,00
	101.660,84	136.662,45	83.240,79	155.082,50

Stadtrat 15.12.2020

4. Ertragslage und Umsatzverteilung

	2019	2018
Eigenveranstaltungen	26,39 %	28,15 %
Vermietung Säle	17,28 %	17,11 %
Vermietung Seminarbereich	2,92 %	3,24 %
Vermietung Werkstätten	0,13 %	0,12 %
Vermietung Gruppenräume	0,64 %	0,66 %
Vermietung Tenne	6,99 %	5,90 %
Vermietung Freiflächen	3,39 %	5,61 %
Dauervermietung sonstige Liegenschaften	12,30 %	12,66 %
Technik- und Personalgestellung	27,24 %	25,07 %
Garderobeneinnahmen	0,00 %	0,35 %
Journalanzeigen und –einträge	0,86 %	0,63 %
Sponsoring	0,49 %	0,22 %
Kartenvorverkauf	0,48 %	0,23 %
Sonstige Erlöse	0,89 %	0,05 %
	100,00 %	100,00 %

Stadtrat 15.12.2020

Die absoluten Ergebnisse im Bereich der Technik- und Personalgestellung haben die Erwartungen des Wirtschaftsplanes für 2019 um 81 T€ und das Vorjahresergebnis um rd. 79 T€ übertroffen.

Die Einnahmen im Bereich der Fremdvermietung lagen um rd. 25 T€ über dem Vorjahresumsatz und entsprachen dem Planansatz für 2019.

Der Ausbau des Angebots an technischer Ausstattung hat sich nachhaltig bewährt. Dieser Einnahmezweig hat sich auch im Berichtsjahr über die Erwartungen hinaus entwickelt.

Die Einnahmen aus Eintrittsgelder für Eigenveranstaltungen lagen für 2018 um rd. 153 T€ über dem Planwert und mit rd. 3 T€ unter dem Vorjahreswert.

Die auf Dauer vermieteten Liegenschaften bilden einen sicheren Grundstock der Einnahmen. Die mit der Dauervermietung zusammenhängenden Verwaltungskosten sind mit den anderen Einnahmesparten vergleichsweise gering. Die Erlöse tragen daher zum Ausgleich des negativen Deckungsbeitrags von Eigenveranstaltungen bei.

5. Entwicklung des Personalaufwand

		2019	2018
a) Beamte			
Wahlbeamte	B2	1	1
b) Angestellte			
Vergütungsgruppe	12	1	1
Vergütungsgruppe	11	1	1
Vergütungsgruppe	10	1	1
Vergütungsgruppe	9	3	3
Vergütungsgruppe	8	3	3
Vergütungsgruppe	7	0	0
Vergütungsgruppe	6	4	4
Vergütungsgruppe	5	0	0
Vergütungsgruppe	4	1	1
Vergütungsgruppe	3	0	0
Vergütungsgruppe	2	2	2
Aushilfskräfte pauschal		16	14
Praktikantin		0	0
Auszubildender		1	1
Hausmeister		0	0

Stadtrat 15.12.2020

	2019 €	Erhöhung €	2018 €
c) Personalkostenentwicklung			
Beamtenbezüge	106.417,38	3.295,93	103.121,45
Gehälter	801.138,01	59.556,29	741.581,72
soziale Aufwendungen einschl. Beihilfe	280.987,31	21.534,44	259.452,87
sonstige Personalkosten	27.969,13	16.733,79	11.235,34
Zuführung Pensionsrückstellung	61.645,00	- 48.156,00	109.801,00
	1.278.156,83	52.964,45	1.225.192,38

6. Kapitalflussrechnung

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Periodenergebnis	- 2.212	- 2.437
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	934	947
+ Zunahme der Rückstellungen	115	107
- Abnahme (Vj. + Zunahme) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-35	47
- Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-178	3
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**- 1.020**	**- 1.333**
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 168	- 130
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 0	-1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**- 168**	**- 131**

Stadtrat 15.12.2020

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	1.321	1.605
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**1.321**	**1.605**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Cashflows)	134	138
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	423	285
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**557**	**423**

Stadtrat 15.12.2020

Zur besseren Darstellung wurden die Werte der Kapitalflussrechnung in gerundeten Tausend EUR angegeben.

7. Vorausschau, Chancen und Risiken

Auch in seinem 18. Betriebsjahr ist das Veranstaltungsforum Fürstenfeld weiterhin das gefragteste Kultur- und Tagungszentrum der Region. Die außergewöhnliche Akzeptanz des Hauses verdeutlicht die Nutzerzahl von 273.371 Gästen (zzgl. 11.840 Nutzer von Proben im Haus 10) im Jahr 2019. Neben dem umfangreichen Kulturprogramm und publikumsintensiven Themenveranstaltungen (Gartentage, Naturfototage, Oldtimertage, Töpfermarkt etc.) bilden Präsentationen, Tagungen, Seminare und Messen weiterhin den dritten Nutzungsschwerpunkt des Eigenbetriebs.

Kulturprogramm

Das Veranstaltungsforum bietet ein abwechslungsreiches Kulturprogramm, das von verschiedenen Gastveranstaltern - hauptsächlich in der Sparte Kabarett/Comedy - ergänzt wird. Inhaltliche Schwerpunkte bilden sechs Abo-Reihen: Die „Fürstenfelder Konzertreihe" zählt zu den gefragtesten Kammermusikreihen Deutschlands. Die Reihe „Theater Fürstenfeld" bietet hochkarätige zeitgenössische Theater- und Tanzaufführungen im Stadtsaal. Auch „JazzFirst" und „BluesFirst" - beide Reihen finden im Kleinen Saal statt - zählen bayernweit zu den beliebtesten Angeboten ihrer Art. Seit 2012 finden im Rahmen der Reihe „Alte Musik in Fürstenfeld" jährlich vier Konzerte im Churfürstensaal der Polizeifachschule statt. In kreativer Auseinandersetzung mit den Sparten Musik, Tanz und Film präsentieren seit 2014 Autorinnen und Autoren in der Reihe „Literatur in Fürstenfeld" besondere Veranstaltungserlebnisse im Veranstaltungsforum sowie in der Stadtbibliothek Aumühle. Mit leidenschaftlichen und virtuosen Interpretationen meisterhafter Klavierwerke bereichert der Fürstenfelder Klaviersommer seit 2019 die Abonnement-Pause im Sommer.

Bälle und Tanzveranstaltungen

Das Veranstaltungsforum wird von verschiedenen Gastveranstaltern regelmäßig für größere Tanz- und Gala-Veranstaltungen genutzt. Ergänzt wird dieser Bereich durch TanGo- sowie Noche Latina-Partys.

Nachwuchsförderung

Besonders engagiert sich das Veranstaltungsforum weiterhin im Segment „Nachwuchsförderung". In der klassischen Musik hat sich die vom Kulturverein Fürstenfeld e.V. geförderte Reihe „Junge Stars in Fürstenfeld" etabliert. Für Beachtung sorgt in der Sparte Kabarett der gemeinsam mit der Paulaner Brauerei organisierte Wettbewerb „Paulaner Solo+". Eine weitere bedeutende Nachwuchsveranstaltung in Fürstenfeld ist der „Deutsche Ballettwettbewerb und Steptanz-Cup", der mit gut 1.000 Teilnehmern zu den größten seiner Art in Deutschland zählt.

Infotainment und Märkte

Beliebte Themen-Veranstaltungen (Gartentage, Internationale Naturfototage, Oldtimertage, Erlebniswelt Fliegenfischen, AniMuc, KeKuKa, Modellbau, Oster- und Adventsmarkt; Ritterspiele etc.) prägen das Außenbild des Veranstaltungsforums. Auch Eigenveranstaltungen wie der Töpfer- und Kunsthandwerkermarkt, die Kirta und die Gesundheitstage haben dabei ihren festen Platz im Fürstenfelder Messekalender. Seit 2019 wird dieses Veranstaltungssegment durch die Tattoo-

Stellfeld 15.12.2020

Convention ergänzt - eine Tattoo- und Piercingmesse mit Informationen rund um das Thema „Kunst auf der Haut".

Die Etablierung bestehender Events sowie die Gewinnung zukunftsträchtiger Themenveranstaltungen zählt zu den wichtigen Aufgaben des Eigenbetriebs.

Gewerbliche Nutzung

In Fürstenfeld finden regelmäßig Tagungen, Messen, Firmenveranstaltungen, Schulungs- und Präsentationsveranstaltungen statt. Zwischen der kulturellen und der gewerblichen Nutzung herrscht ein ausgewogenes Verhältnis.

2019 nutzten u.a. folgende Neukunden das Veranstaltungsforum: BioM Biotech Cluster Development GmbH, EGGER Holzwerkstoffe Brilon GmbH & Co. KG, Management Forum Starnberg GmbH, Onkologisches Zentrum Donauwörth, Projekt 1000plus | Pro Femina e.V., Reitsport Manski

Nicht zuletzt trägt auch die erfolgreiche Arbeit der Fürstenfelder Gastronomie und Hotel GmbH wesentlich zur Auslastung des Veranstaltungsforums bei. So mietete unser gastronomischer Partner im Jahr 2019 für insgesamt 54 Veranstaltungen Räume des Eigenbetriebs an.

Stadtrat 15.2.2020

Infrastruktur

Die Akzeptanz des Veranstaltungsforums hängt neben dem Veranstaltungsangebot stark von der Qualität der Räume, Flächen, Dienstleistungen und Ausstattungsgegenstände ab. Von daher sind der Unterhalt der Gebäude und die Pflege der Außenanlagen sowie eine ständige Verbesserung der Infrastruktur von Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich folgende Optimierungen erreicht werden:

- Verbesserung Nutzerfreundlichkeit Ticket-Webshop (Responsive Design, click & view)
- Optimierung der "Digitalen Präsenz" des Veranstaltungsforums
- Erneuerung Beamer Säle und Seminarbereich (LED-Technik)
- Umstellung der permanenten Stufenbeleuchtung im Stadtsaal auf LED
- Umstellung der Beleuchtung im Tennen-Obergeschoss auf LED
- Erneuerung Möbel Foyer Kleiner Saal (Rolltheken Garderobe, Kasse, Gastronomie)

Perspektivisch sind aus Sicht des Eigenbetriebs folgende Punkte wünschenswert:

Mittelfristig:

- Sanierung Sanitäranlagen Tenne und Altes Foyer
- Austausch Pollerleuchten Wege Außenareal
- Optimierung Akustik Altes Foyer
- Erneuerung Lüftung- u. Klimaanlage
- Austausch Stühle Stadtsaal und Säulensaal

Langfristig:

- Optimierung Parkplatz Fürstenfelder Straße (Einbau Rasengittersteine hintere Reihen)
- Aufwertung südlicher Außenbereich (Abriss/Neubau Reitstallgebäude, Neustrukturierung Parkflächen)

Ausblick

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben auch das Veranstaltungsforum Fürstenfeld mit voller Wucht getroffen – sowohl das kulturelle als auch das kommerzielle Segment. Leider hat sich die Annahme (bzw. Hoffnung) auf eine Normalisierung der Situation nach den Sommerferien nicht bewahrheitet. Im Gegensatz hierzu liegt der Landkreis Fürstenfeldbruck seit dem 08.10.2020 mit seiner 7-Tage-Inzidenz bei über 50 sowie seit dem 20.10.20 sogar über 100. Am 21.10.20 wurde angekündigt, dass für bayrische Städte/Landkreise ab einem Inzidenzwert von 100 künftig weitere Einschränkungen gelten sollen. Veranstaltungen mit über 50 Personen sollen dann untersagt werden. Diese angekündigte Verschärfung würde vor allem Kulturveranstaltungen betreffen, die bislang für bis zu 200 innen sowie außen für bis zu 400 Teilnehmer erlaubt waren. De facto käme diese Reduzierung einer neuerlichen Einstellung des Veranstaltungsbetriebs gleich.

Eine gesteigerte Konkurrenz benachbarter Veranstaltungszentren ist b.a.w. nicht zu erwarten und auch in den Nachbarlandkreisen derzeit keine vergleichbaren Häuser geplant. Daher wird das Veranstaltungsforum seine dominierende Stellung als *das* Veranstaltungszentrum in der Region westlich von München aller Voraussicht nach beibehalten.

Um eine bessere Einschätzung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu ermöglichen, wurde dieser Lagebericht bewusst erst nach den Sommerferien aufgestellt.

Fürstenfeldbruck, 23.10.2020

Norbert Leinweber

Stadtrat 15.12.2020

Auszug
aus der Niederschrift über die
2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Kultur- und Werkausschusses vom 12.11.2020

Vorsitzende, 3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Ausschussmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Lukas Braumiller; Herr Karl Danke; Herr Peter Glockzin; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Dieter Kreis; Frau Gina Merkl; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Christian Stangl; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg;
Vertreter/in:
Herr Johann Schilling;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 8	**Veranstaltungsforum Fürstenfeld: Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2270/2020 vom 23.10.2020 „Veranstaltungsforum Fürstenfeld: Jahresabschluss 2019 und Bestellung Prüfer" dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Leinweber berichtet kurz über das Jahresergebnis 2019. Im diesem vorerst letzten Corona-freien Jahr konnte das Veranstaltungsforum Umsatzerlöse in Höhe von rund 2,2 Millionen € erzielen. Wie seit Beginn der Betriebsaufnahme des Veranstaltungsforums, bewegt sich auch dieses Wirtschaftsjahr im gesetzten Planungsrahmen.

Stadtrat 15.12.2020

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

a) Der Kultur- und Werkausschuss nimmt den vorgelegten Jahresabschluss 2019 des Veranstaltungsforums Fürstenfeld zur Kenntnis.
b) Die nicht verausgabten Finanzmittel in Höhe von ca. 8T€ werden an die Stadt Fürstenfeldbruck zurückgezahlt.
c) Der Kultur- und Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 für das Veranstaltungsforum Fürstenfeld gemäß Art. 107 GO zu beauftragen.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
(ohne StR Weber und StR Stangl)

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 17.11.2020

Michaela Landmann
Stellv. Schriftführerin

gez. Dr. Birgitta Klemenz
3. Bürgermeisterin

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2292/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Zukünftiges Stadtmarketingmodell; Beschluss		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-82	Erstelldatum	17.11.2020
Verfasser	Wildmann, Sabine	Zuständiges Amt	Amt 1
Sachgebiet	14 Stadtmarketing, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Kenntnisnahme/ Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	Anlag 1_S_FFB_SM_200727_KOMPRIMIERT Die ausführliche Enddokumentation finden Sie als Anlage 2 im RIS

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt

Die erarbeiteten Handlungsfelder und Themen sowie die künftigen Strukturen des gemeinsamen Stadtmarketing-Forums gemäß Phase 1 sollen als Leitlinie aller künftigen Marketing-Bemühungen etabliert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die verwaltungsseitig notwendigen Umsetzungsschritte für den Aufbau des Stadtmarketing-Forums zu forcieren sowie die Maßnahmen als ein Partner privater Akteure zu begleiten. Finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 € werden hierfür im Haushalt 2021 eingestellt.

Die imakomm wird beauftragt, die Etablierung der Lenkungsgruppe und der drei Initiativkreise zu moderieren und fachlich zu begleiten, um damit die Etablierung der neuen Strukturen und die Umsetzung von Maßnahmen zur forcieren.

Referent/in	Heimerl / SPD		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Höfelsauer / CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			Ja	15.000 €
Voraussichtliche Förderung				8.800 €
Folgekosten				

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

1 Ausgangslage

Im März 2019 war im Kultur- und Werkausschuss beschlossen worden, dass mit Unterstützung der imakomm AKADEMIE (kurz: imakomm) ein Prozess zur Entwicklung eines ganzheitlichen Stadtmarketings für die Stadt Fürstenfeldbruck (Arbeitstitel: „Inhalts- und Strukturkonzept Stadtmarketing Fürstenfeldbruck“) durchgeführt wird. Ziel war die Erarbeitung von Strukturvorgaben für ein besseres und leichteres Miteinander unterschiedlicher Akteure (Einzelhandel, Gastronomie, sonstige Dienstleister usw.) im Rahmen einer zentralen „Interessengemeinschaft Stadtmarketing“.

Die Erarbeitung erfolgte nicht „von außen“ in Gutachtenform, sondern gemeinsam mit einer interdisziplinär besetzten Projektgruppe mit 23 Fürstenfeldbrucker Akteuren, die im Bereich Stadtmarketing aktiv sind. Hierzu wurden seitens der imakomm nach Evaluation bestehender Marketinginhalte und -strukturen auch intensive Beteiligungsformate wie Expertengespräche und eine Online-Befragung bei Fürstenfeldbrucker Betrieben durchgeführt. In insgesamt 3 Workshops haben die Mitglieder der Projektgruppe intensiv diskutiert und lösungsorientiert gearbeitet. Das Gesamtkonzept mit allen Details wurde abschließend am 19. Oktober 2020 in der Projektgruppe vorgestellt. Die Ergebnisse werden dem Grunde nach von allen mitgetragen.

Bereits am 23. Oktober 2020 sowie im Nachgang zur Veranstaltung haben sich mehrere Organisationen („Helden der Augsburger Straße“, Mahavi Group, Handelsverband Bayern usw.) bzw. einzelne Personen schriftlich zur Umsetzung bereit erklärt.

Stadtrat 15.12.2020

2 Konzept

Mit dem Konzept des neuen Stadtmarketing-Forums liegt ein auf Fürstenfeldbruck zugeschnittener Weg zur künftig wesentlich effektiveren und effizienteren Umsetzung von Marketingmaßnahmen und damit der Zusammenarbeit von Stadt und privaten Akteuren vor. Das Modell umfasst bewusst nicht den Aufbau formalrechtlicher Strukturen (Beispiel Stadtmarketing-GmbH als Dach über alle bestehenden Initiativen), sondern baut über drei Phasen hinweg Regeln der künftigen Zusammenarbeit auf.

Das Stadtmarketing-Forum besteht aus zwei Elementen: dem Lenkungskreis und den Initiativkreisen. In den drei Initiativkreisen, die für die Handlungsfelder „Kommunikation, Aktionen und Veranstaltungen“, „Gestaltung und Erreichbarkeit“ sowie „Handwerk und Dienstleistungen“ zuständig sind, sollen eigenständig Marketing-Maßnahmen entwickelt werden. Der Lenkungskreis arbeitet nach klaren Leitlinien (siehe Anlage 1 Seite 14).Maßnahmen werden durch Geldmittel finanziert, die von der Stadt bereitgestellt werden, aber nur dann, wenn eine Co-Finanzierung einer Maßnahme durch Private (Akteure) sichergestellt ist. Diese privatseitige Co-Finanzierung kann in Form von finanziellen Mitteln und/oder in Form von zusätzlichen Engagements („Währung“ in diesem Fall Zeit / Engagement durch Private) erfolgen. Ob eine Maßnahme finanziert wird, entscheidet der Lenkungskreis anhand transparenter Kriterien. Dies hat den Effekt, dass Maßnahmen nicht durch einen festen Zuschuss finanziert werden, sondern dass sich die Finanzierung auf „gemeinsame“ Maßnahmen konzentriert.

Es ist geplant, Ende 2021 die Projektumsetzung und den Projektstand zu evaluieren. Auf dieser Grundlage wird dann entschieden, ob zu einem späteren Zeitpunkt seitens der Stadt weitere professionelle Strukturen aufgebaut werden sollen.

3 Weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die seitens der Verwaltung notwendigen Umsetzungsschritte für Phase 1 gemäß Konzept zu forcieren und organisatorisch anzustoßen. Explizit bedeutet dies den Aufbau des Stadtmarketing-Forums. Als ein Mitglied des „Lenkungskreises“ soll eine Person aus dem SG14 an der Umsetzung der Maßnahmen mitarbeiten, um in diesem Gremium die Belange der Stadt zu vertreten.

Für die Gründung der Lenkungsgruppe und der Initiativkreise ist aus Sicht der Stadt und einiger Teilnehmer/innen der Projektgruppe eine externe Unterstützung für eine erste Phase erforderlich.

Vorbehaltlich der positiven Beschlussfassung im Stadtrat ist geplant, die imakomm mit der Begleitung der Lenkungsgruppe und der drei Initiativkreise zu beauftragen. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Für die Umsetzung gemeinsamer Marketing-Maßnahmen in 2021 wurde im Rahmen des Städtebau-Förderprogramms „Lebendige Zentren“ ein Verfügungsfonds Stadtmarketing beantragt. Die förderfähigen Kosten betragen höchstens 25.000 €. Voraussetzung für die Förderung ist eine 50-prozentige Co-Finanzierung durch Private (Akteure), und die Festlegung der Maßnahmen in einem Steuerungs- oder Lenkungskreis. Dann beträgt der Fördersatz 60 Prozent von 15.000 € (= voraussichtlich 8.800 €)

Der Projektstart könnte Anfang Januar 2021 nach der schriftlichen Auftragserteilung erfolgen.

Stadtrat
15.12.2020

TOP Ö 12


Quelle: www.fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck
Stadt·Land·Fluss

Stadtmarketing Fürstenfeldbruck: Alle Ergebnisse in komprimierter Form

15.12.2020

1. Hinweise zur vorliegenden Dokumentation

2. Das Projekt

3. Die Analyse „auf den Punkt gebracht“

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm (Übersicht)

6. Ausblick

Stadtrat
15.12.2020

© imakomm, 2020

1. Hinweise zur vorliegenden Dokumentation

Das Projekt „Stadtmarketing Fürstenfeldbruck“ (Inhalts- und Strukturkonzept) wurde gemeinsam von einer interdisziplinär besetzten Projektgruppe (23 Personen) und der imakomm AKADEMIE, Aalen | Stuttgart (kurz: imakomm) **gemeinsam erarbeitet**.

Oberstes Projektziel war die **Erarbeitung nachhaltiger Strukturen** für eine künftige Zusammenarbeit von privaten und städtischen Akteuren beim Thema Stadtmarketing. Gesucht wurde also ein formaler Rahmen, der bisherige Ineffizienzen und auch Emotionen aufgreift und künftig möglichst vermeidet. Kaum Inhalt waren Maßnahmen / Events. Folgerichtig muten die Ergebnisse ggf. theoretisch und „langweilig“ an. Beides trifft nicht zu. Werden die neuen Strukturen tatsächlich gelebt, bestehen künftig wesentlich mehr Motivation und Umsetzungsmöglichkeiten für gemeinsame Marketing-Maßnahmen!

Unter **„Stadtmarketing“** versteht nahezu jeder etwas anderes („Innenstadt stärken“, „Image verbessern“, „Leerstände beseitigen“ usw.). Im Rahmen des Projektes und der damit vorliegenden Dokumentation wird unter Stadtmarketing der Oberbegriff für Aktivitäten zur Belebung und Stärkung der Innenstadt als Ort des Einkaufes, Verweilens, Wohnens usw. (Innenstadtmarketing = Citymarketing), für Maßnahmen zur Bindung touristischer Kaufkraft (Tourismus-marketing), für Aktivitäten zur emotionalen Bindung der Brucker Bevölkerung an „ihre“ Stadt und zur Bindung von Umlandbewohnern (Stadtmarketing im engeren Sinne) aber auch für Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes (Wirtschaftsförderung) verstanden. Das bedeutet beispielsweise: Das im Folgenden vorgeschlagene Stadtmarketingmodell betrachtet nicht allein die Brucker Innenstadt, sondern „denkt“ auch beispielsweise die Buchenau mit.

Die **vorliegende Dokumentation** stellt alle Ergebnisse des mehr als einjährigen Erarbeitungsprozesses in komprimierter Form dar und verzichtet weitestgehend auf Grafiken, Bilder und detaillierte Belege von Ergebnissen. Diese finden sich in einer ausführlicheren Version („Langversion“).

Stadtrat 15.12.2020

2. Das Projekt

2.1 Ziele und Ansatz

Die Stadt Fürstenfeldbruck (FFB) hat die imakomm im April 2019 mit der Erarbeitung des Projektes „Inhalts- und Strukturkonzept Stadtmarketing FFB“ beauftragt. Zentrale Ziele des Projektes waren:

Etablierung einer zentralen „Interessensgemeinschaft Stadtmarketing“, um ..

- sämtliche Akteure miteinander zu vernetzen,
- Abstimmungen zu erleichtern,
- die Basis für gemeinsame Strukturen und Entscheidungsprozesse zu schaffen,
- eine einheitliche und stimmige Kommunikation des Standortes FFB nach innen und außen zu fördern (Identität und Image),
- finanzielle Mittel und Personalressourcen effizient einsetzen zu können.

Bewusst wurde für die Herangehensweise im Projekt Folgendes vereinbart:

- Gesamtstädtischer Ansatz: Nicht ein „reines Citymanagement“, sondern: Die zu erarbeitende Strategie sollte bewusst sowohl die Innenstadt als auch den Standort „Buchenau“ sowie weitere Aktivitäten (Kulturmarketing) in der Gesamtstadt berücksichtigen.
- Methodenmix bei der Beteiligung von Akteuren / Stakeholdern in Form von Projektgruppensitzungen, Einzelgespräche und Gruppen-Workshops.
- Fokus Struktur: Sowohl für ein gemeinsames, von Stadt und privaten Akteuren getragenes Stadtmarketing als auch verwaltungsintern sollten strukturelle Aussagen erarbeitet werden.

Stadtrat 15.12.2020

2. Das Projekt

2.2 Methodik

Methodik:

A. Ziele & Motive		
A1. Kick-off	Mit dem Auftraggeber, vor Ort	Apr 2019
A2. Projektgruppe, Workshop 1	Repräsentative Besetzung	Jul
B. Gezielte Analyse & Dialog & Bewertung		
B1. Evaluation Umsetzungsstandort	Auswertung Protokolle usw.	Apr / Mai
B2. Gezielte Analyse	imakomm	Mai / Jun
B3. Dialog: Expertenrunden / -gespräche	Leitfadeninterviews	Jul
B4. Fazit und Bewertung	Zusammenfassung Analyse	Aug
C. Grundmodell / Lösung		
C1. Entwurf Inhalte und Strukturen	Imakomm	Sep
C2. Abstimmung	imakomm und Auftraggeber	Okt
C3. Projektgruppe, Workshop 2	Repräsentative Besetzung	Okt
D. Details		
D1 bis D4. Arbeiten imakomm und Abstimmung	imakomm, Auftraggeber	Nov 19-Mrz 20
D5. Projektgruppe, Workshop 3	Repräsentative Besetzung	Okt

Stadtrat 15.12.2020

© imakomm, 2020

3. Die Analyse „auf den Punkt gebracht“

- **„Der Rahmen passt“**: Der Einkaufs- und Erlebnisstandort Fürstenfeldbruck (FFB) kann aufgrund der demografischen Entwicklung in der Stadt (+ 9 % prognostizierter Einwohnerzuwachs bis 2030, nach wie vor „junger“ Altersdurchschnitt der Bevölkerung usw.[1]) auf zunehmende Kaufkraftquellen hoffen.

- „Das Produkt Innenstadt“: **Die Aufenthaltsdauer der Innenstadtkunden ist zu kurz[2]. Die Entwicklungspotenziale[3] sind aber enorm:** Flächen, gestalterische Ansätze, eine klarere Besucherlenkung und v.a. mehr Besuchsgründe können die City „nach vorne bringen“.

- **„Gestaltung und Atmosphäre“**: Diese auch in Konkurrenz zum Online-Handel wichtigen Innenstadt-Vorteile sind in FFB bisher **noch zu gering ausgeprägt**[3]. Dies gilt für den öffentlichen Raum wie auch für die Darbietung von Ladenlokalen.

- **„Erreichbarkeit: Gut, aber wenig Mobilitäts-Service“:** Die oft unsachlich geführte „Park-Diskussion“ überlagert nahezu alles – und lässt Zeit verlieren bei tatsächlich vorhandenen Optimierungsmöglichkeiten: Parkleitsystem, Ladestationen, Aufbewahrungsboxen usw. Denn: Sowohl ÖPNV- und MIV-Erreichbarkeit sind gut.[2,3,4]

- **„Viel los aber zu wenig Mehrwert“**: An Events fehlt es in FFB nicht. Gleichwohl wird dabei zu wenig auf Aktionen zur Kaufkraftbindung gesetzt. Innerstädtische Aktionen sind zu selten mit gesamtstädtischen Aktionen verbunden.[4,5]

Stadtrat 15.12.2020

Quellen: [1] Bertelsmann-Stiftung unter www.wegweiser-kommune.de, entsprechende Daten dort zu FFB.
[2] IfH-Studie / Kundenanalyse 2019.
[3] Städtebau-Check der imakomm.
[4] Ergebnisse aus Dialogformaten (Gespräche, Workshops usw..)
[5] Auswertung Unterlagen (Werbeprospekte, Gutachten usw. zu FFB)

3. Die Analyse „auf den Punkt gebracht“

- **„Professionelle Kommunikation, aber fehlende Aktualität“**: Werbemaßnahmen sind städtischerseits professionell. Es fehlt allerdings die übergeordnete Botschaft. Private Kommunikationsmaßnahmen müssen stärker werden. [4, 5]

- **Positionierung und Image**: „Innen stimmt es nicht“: Ein gemeinsames **Wir-Gefühl** zwischen den meisten Stadtmarketing-Akteuren besteht nicht. Weiterhin gibt es unterschiedliche Ansätze für USP‘s, von welchen keiner konsequent verfolgt wird. Folglich kann auch eine Positionierung und ein Image nur unzureichend nach außen getragen werden. [4]

- **Vermarktungsstrukturen: „Viele Ansätze – fehlendes Ganzes“**: Viele Gruppierungen sind aktiv. Eine Abstimmung untereinander erfolgt aber viel zu wenig. [4]

Stadtrat 15.12.2020

Quellen: [1] Bertelsmann-Stiftung unter www.wegweiser-kommune.de, entsprechende Daten dort zu FFB.
[2] IfH-Studie / Kundenanalyse 2019.
[3] Städtebau-Check der imakomm.
[4] Ergebnisse aus Dialogformaten (Gespräche, Workshops usw..)
[5] Auswertung Unterlagen (Werbeprospekte, Gutachten usw. zu FFB)

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.1 „Der FFB-Weg“: Zusammenrücken ohne Rechtsform

Generell:

- **Wertschätzung vor Schaffung von formalrechtlichen Strukturen!** Denn einfach „eine Stadtmarketing-GmbH über alle Initiativen drüber legen, die dann eine Gesamtstrategie erarbeitet und umsetzt“, würde scheitern!

Inhaltlich:

- **FFB verkauft sich inhaltlich unter** Wert und nutzt zudem Potenziale in der Innenstadt viel zu wenig. Das muss geändert werden durch den **Aufbau von drei Handlungsfeldern**:

  1. **„Kommunikation, Aktionen, Veranstaltungen“**
  2. **„Gestaltung und Erreichbarkeit“**
  3. **„Handel und Dienstleistungen**“

- Alle Maßnahmen, die in den Handlungsfeldern angegangen werden, müssen gemeinsam umgesetzt werden und dabei **fünf Querschnittsthemen** erfüllen, **mit Hilfe derer bisherige Defizite abgebaut werden sollen**.

Strukturell:

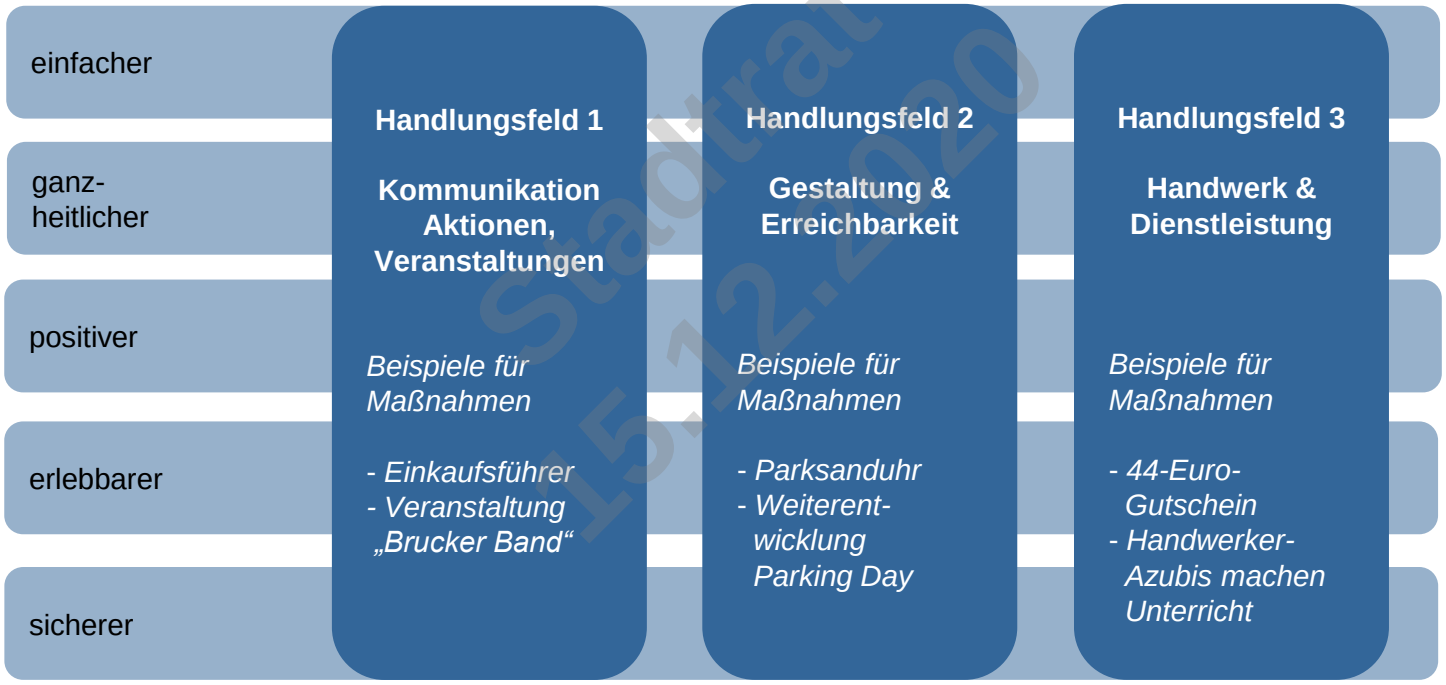
- Bestehende private Organisationen im Stadtmarketing müssen – ohne zusätzliche Rechtsformen – **gebündelt** werden. Die dafür notwendige Struktur muss **für alle Akteure** – auch bisher nicht bei Stadtmarketing-institutionen organisierten Personen – **offen** sein.
- Das „neue Stadtmarketing“ braucht zwingend **klare Regeln** für das Miteinander.
- Dieses **Miteinander** bestand bisher zu wenig – und **muss letztlich „eingeübt“ werden**. Investitionen der einen Seite (Private, Stadt) müssen immer gleichzeitig einhergehen mit Investitionen der jeweils anderen Seite. Das „neue Stadtmarketing“ muss in Phasen aufgebaut werden.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.2 Künftige Handlungsfelder und Querschnittsthemen - Übersichten

Das Stadtmarketing soll künftig diese drei **Handlungsfelder** bearbeiten:



Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.2 Künftige Handlungsfelder und Querschnittsthemen - Übersichten

In jedem Handlungsfeld werden Maßnahmen umgesetzt, die folgende fünf Eigenschaften haben bzw. folgende fünf **Querschnittsthemen** bearbeiten sollen. Tun sie dies, werden vorhandene Potenziale wesentlich besser genutzt bzw. bisherige Ineffizienzen abgebaut:

einfacher	Menschen sind „bequem“: Angebote werden genutzt, wenn sie einfach zu finden bzw. bekannt sind. **Ziel: vorhandene hochwertige Angebote bekannter machen**
ganz-heitlicher	Viele Akteure in FFB: die gute, jedoch isolierte Einzelmaßnahmen durchführen. Außerdem den verschiedenen Räumen Funktionen geben. **Ziel: Abstimmung der Maßnahmen durch Gesamtstrategie**
positiver	Vor der Wertschöpfung steht die Wertschätzung: nur wer sich gut behandelt fühlt, wird zum positiven Multiplikator **Ziel: Abbau von Vorurteilen, Schaffung eines konstruktiven Miteinanders**
erlebbarer	FFB hat viele Potenziale: Amper, Innenstadt, Umland, Kultur & Kongress, Freizeit **Ziel: Zielgruppenspezifische Inwertsetzung der bestehenden Potenziale**
sicherer	„Arbeitsteilung“ zwischen City (inhabergeführt) und Buchenau (Fachmärkte) **Ziel: Diskussion, Prüfung und Neugestaltung der planungsrechtlichen Steuerung, um beiden Zentren Perspektiven zu geben.**

Stadtrat 5.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

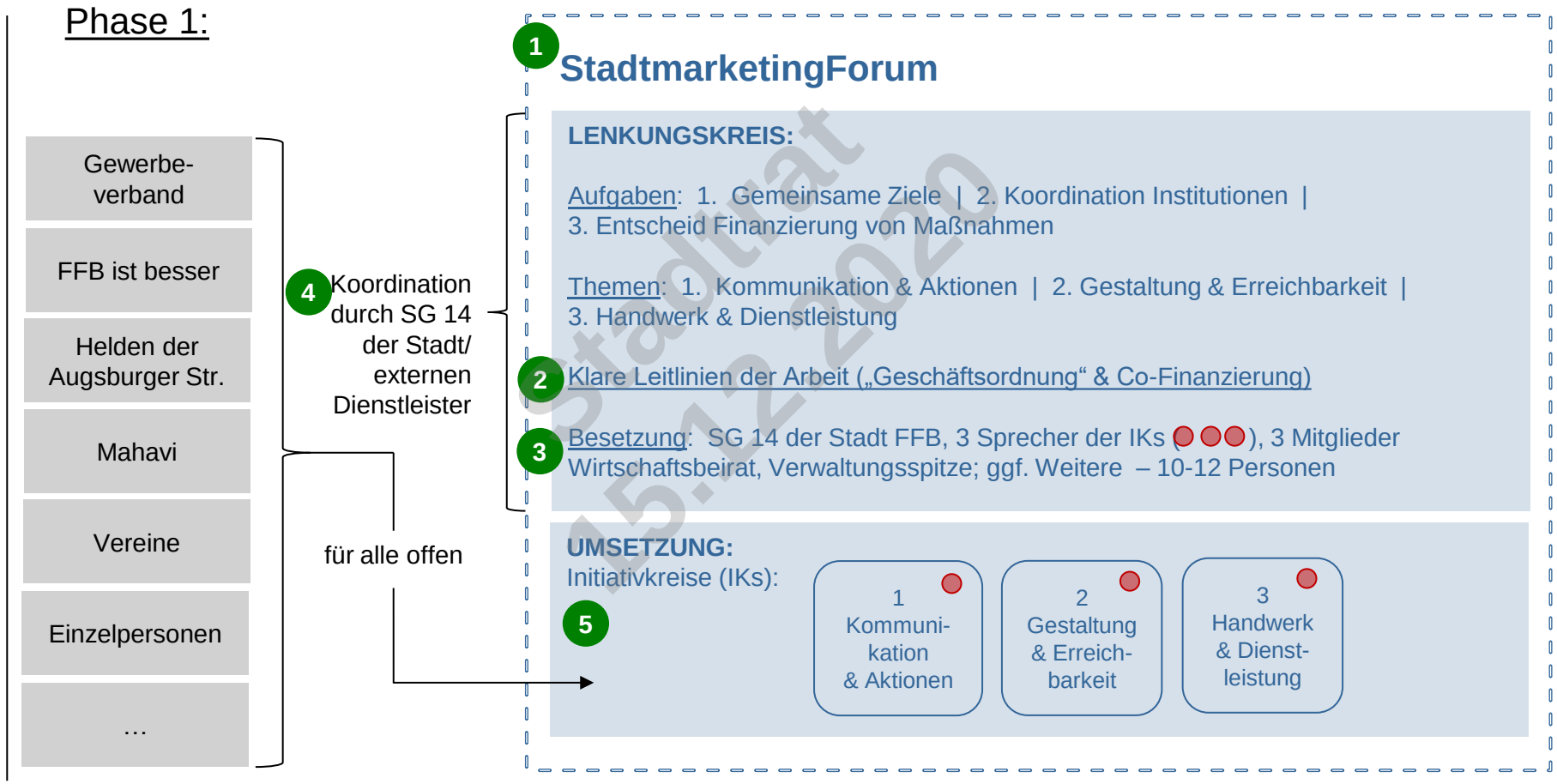
4.3 Zusammenrücken konkret: Der Aufbau der neuen Strukturen – in Phasen

Phase 1:	2021:	- Etablierung des StadtmarketingForum FFB - Kein Aufbau personeller Ressourcen - Co-Finanzierung von Maßnahmen: Finanzmittel von Stadt, Währung Zeit / Engagement / ggf. Geld durch Private - Koordination des Forums durch Stadt	*Wird im Folgenden näher betrachtet.*
Phase 2:	2022?:	- Prüfen: Hauptamtlicher Kümmerer für Citymarketing in Stadtverwaltung - Personalkostenübernahme durch Stadt - Ausbau Co-Finanzierungsmodell / Gegenfinanzierung durch Private wie in Phase 1 + Übernahme bisherigen Sachmittelanteil Stadt - Anreize zur Stärkung Teilnahme am Forum: Prüfung bisherige Zuschüsse an bestehende Organisationen	
Phase 3:	2023?:	- Prüfung: Vertiefung der Effizienz bei Marketing-Strukturen	

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Übersicht



4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

Phase 1:

1. Durch das **StadtmarketingForum** sollen bisherige Einzelinitiativen, bestehende Institutionen und die Stadtverwaltung ein gemeinsames City- und Stadtmarketing aufbauen und umsetzen. Jede bestehende Institution bleibt selbstständig. Das Forum besteht aus zwei Elementen: (1) Dem Lenkungskreis und (2) den Initiativkreisen (IKs).

2. Der Lenkungskreis arbeitet nach klaren **Leitlinien**. Er gibt sich quasi eine „Geschäftsordnung“. Maßnahmen werden durch Geldmittel, die von der Stadt bereitgestellt werden, finanziert, aber nur dann, wenn eine **Co-Finanzierung** einer Maßnahme durch Private sichergestellt ist.

   Diese privatseitige Co-Finanzierung kann durch finanzielle Mittel und/oder in Form zusätzlichen Engagements („Währung“ in diesem Fall also Zeit / Engagement durch Private) erfolgen. Ob eine Maßnahme finanziert wird, entscheidet der Lenkungskreis anhand transparenter Kriterien. Effekt: Es werden nicht Maßnahmen via festem Zuschuss finanziert, sondern die Finanzierung konzentriert sich auf jene „gemeinsamen“ Maßnahmen.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

2

Phase 1:

Leitlinien des Lenkungskreises:

1. Der Lenkungskreis des StadtmarketingForums arbeitet vertraulich. Gespräche und Protokolle bleiben intern. Kritisches wird frühzeitig und sachlich angesprochen.

2. Die Teilnehmer/innen des Lenkungskreises vertreten das Forum positiv nach außen und in ihrer jeweiligen Institution. Die Pressearbeit des City- und Stadtmarketingprozesses läuft gebündelt über die Stadtverwaltung.

3. Alle Teilnehmer/innen sind gleich. Vertretungsregelungen sind grundsätzlich ausgeschlossen.

4. Der Lenkungskreis trifft sich mindestens drei Mal pro Jahr. Sämtliche Treffen werden professionell vor- und nachbereitet, d.h. Versand der Agenda ca. zwei Wochen vor Termin und Versand Protokoll ca. eine Woche nach Termin.

5. Im Jahr 2020 erfolgt eine Moderation des Lenkungskreises bzw. Koordination dessen Arbeit durch die Stadtverwaltung, ggf. unterstützt oder alternativ durch einen externen Dienstleister. Für 2021 kann eine neue Regelung getroffen werden.

6. Der Lenkungskreis definiert gemeinsame Ziele des City- und Stadtmarketings FFB. In ihm werden von Planungen bestehender Institutionen in diesem Bereich abgestimmt (Veranstaltungsplanung usw.). Schließlich erfolgt hier der Entscheid über die Finanzierung von Maßnahmen durch das Forum.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

2

Phase 1:

Co-Finanzierungsmodell Phase 1:

		Stadt:	Private:
-	Verwaltungskosten Lenkungskreis:	ca. 500 €	-
-	Kalkulatorische Kosten Pressearbeit:	ja	-
-	Maßnahmenfinanzierung*), bspw.:	15.000 €	Engagement**)

*) Wir empfehlen in Phase 1 eine Bereitstellung dieser Mittel ohne Kompensation durch Zuschusskürzungen in anderen Bereichen. Tatsächlich gibt die Stadt kein Geld an eine Organisation, sondern finanziert Maßnahmen, die von SG 14 bzw. einem externen Dienstleister koordiniert werden. Beihilfe- und vergaberechtliche Bedenken dürften nicht bestehen. Ein interne Prüfung durch die Stadtverwaltung ist aber anzuraten.

) Beispielrechnung: Stundenwert von 30 €; als Co-Finanzierung der städtischen Gelder könnte ein zusätzliches Engagement **aller privaten Akteure **zusammen** in den IKs von rund 65 Tagen angestrebt werden. Die 65 Tage sind als potenzieller Wert anzusetzen, welcher gemeinschaftlich mit allen beteiligten Schultern erreicht werden soll.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

2

Phase 1:

Kriterien zur Bewertung der Finanzierungswürdigkeit von Maßnahmen:

Folgende Kriterien sind bei der Entscheidung zur Finanzierung einer Maßnahme aus den Initiativkreisen abzuwägen:

1. *Ungefähre Gleichbehandlung von Themen:* Zu jedem Thema des StadtmarketingForums ist in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens eine Maßnahme durchzuführen.

2. *Gemeinsame Finanzierung:* Die Co-Finanzierung der Maßnahme muss gesichert sein durch private finanzielle Mittel und/oder nachweislich zusätzlichem privaten Engagement.

3. *Gemeinsame Anstrengung*: Die Maßnahme wird ausschließlich oder zumindest teilweise von privaten Akteuren umgesetzt.

4. *Mehr als Citymarketing*: Pro Jahr muss mindestens eine Maßnahme einen gesamtstädtischen Ansatz aufweisen oder zumindest über die Innenstadt hinausgehen.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

2

Phase 1:

Kriterien zur Bewertung der Finanzierungswürdigkeit von Maßnahmen:

Folgende Kriterien sind bei der Entscheidung zur Finanzierung einer Maßnahme aus den Initiativkreisen abzuwägen:

5. *Inhaltlich richtiger und pfiffiger Ansatz*: Die Maßnahme entspricht tatsächlich einem Thema des StadtmarketingForums und hebt sich von üblichen / bisherigen Maßnahmen tatsächlich ab.

6. *Besondere FFB-Note – Querschnittsthemen erfüllen*: Um in der Stadtmarketinganalyse 2019 hervorgetretene besondere Schwächen der Stadtmarketingstrukturen FFB zu bearbeiten, soll die Maßnahme mindestens zwei von folgenden Querschnittsthemen zudem erfüllen:

   - *einfacher*: Vorhandene, hochwertige Angebote besonders in der Innenstadt von FFB werden für (potenzielle) Kunden bekannter gemacht.
   - *ganzheitlicher*: Die Maßnahme umfasst mehrere Themen, ist also inhaltlich übergreifend bei Gestaltung, Angebot, Erreichbarkeit usw.
   - *positiver*: Die Maßnahme stärkt das Miteinander unterschiedlicher Branchen bei den Innenstadtakteuren selbst.
   - *erlebbarer*: Vorhandene Stärken der Stadt und besonders der Innenstadt – Amper, Innenstadt, Kultur, Freizeitwert usw. – werden durch die Maßnahme besser erlebbar für Kunden.
   - *sicherer*: Die Maßnahme bearbeitet das Thema planungsrechtliche Steuerung der weiteren Angebotsentwicklung (v.a. Einzelhandel) in der Innenstadt und der Buchenau.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing FFB

4.4 Die neuen Strukturen in Phase 1: Erläuterungen

Phase 1:

3 **Besetzung Lenkungskreis:** Der Lenkungskreis soll eine begrenzte Anzahl an Personen umfassen, um „arbeitsfähig“ zu bleiben. Wir schlagen daher die in der Grafik dargestellte Besetzung vor: Zu den sieben „gesetzten“ Personen können entweder dauerhaft oder punktuell (je nach Tagesordnung des Treffens) weitere Personen benannt werden. In jedem Fall muss sichergestellt sein, dass die drei Initiativkreise mit mindestens drei Personen (Sprecher) vertreten sind.

4 Die Arbeit des Lenkungskreises wird in Phase 1 von der Stadtverwaltung (SG 14) bzw. einem externen Dienstleister koordiniert.

5 Die **Initiativkreise** entwickeln Ideen für Maßnahmen, welche zur Finanzierung vom Lenkungskreis geprüft werden. Zudem setzen die Initiativkreise selbst um bzw. deren Mitglieder übernehmen die Umsetzung in „ihren“ bestehenden Institutionen. Eine Finanzierung von Maßnahmen, die in bestehenden Institutionen bereits umgesetzt werden, ist grundsätzlich nicht gewollt. Die Teilnahme an IKs steht allen Interessierten offen.

Stadtrat 15.12.2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm (Übersicht)

Die Maßnahmen werden kreiert in den Initiativkreisen. Wir verzichten daher auf die Ausarbeitung eines kompletten Maßnahmenprogramms. **Dies würde der angestrebten Motivation der Akteure schlichtweg entgegenstehen** („eh schon alles bestimmt“). Die Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen ist ein Baustein in der Entwicklung eines **gemeinsamen Wir-Gefühls in FFB**. Die folgende Übersicht wird in der „Langversion“ der Dokumentation konkretisiert.

Nr.	Maßnahme	Kurze Beschreibung	bearbeitet Thema 1: Aktionen & Kommunikation 2: Gestaltung & Erreichbarkeit 3: Handwerk & Dienstleistung	gemeinsame Finanzierung?	Private & Stadt setzen gemeinsam um?	Geht über Innenstadt raus?	pfiffig?	Querschnittsthemen erfüllt?				
								einfacher	ganzheitlicher	positiver	erlebbarer	sicherer
1	**„DeinFFB“**	Einbindung von BruckerInnen in das Marketing	1,2,3		ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	-
2	**Einkaufsführer**	Flyer (digital und physisch) zu EH, Gastro, DLs, Kultur	1	ja	ja	ja	-	ja	-	ja	ja	-
3	**FFB-Mitarbeiter-Bonus**	44-€-Gutschein (digital) für Unternehmen & Mitarbeiter	1, 3	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	-	-
4	**„Brucker Band“**	Thematische Touren durch Fachgeschäfte	1,3	ja	ja	ja	ja	ja	-	ja	ja	-
5	**Park-Sanduhr**	Kurzpark-instrument zum Verschenken	1, 2	-	-	ja	ja	-	-	ja	ja	ja
6	**Parking Day**	Veranstaltung	1,2,	-	-	ja	-	ja	ja	ja	ja	-
7	**Azubis machen Schule**	„Schnupper-Schulstunden“ durch Azubis	1, 3	ja	ja	ja	ja	-	ja	ja	-	-

Stand 15.12.2020

6. Ausblick

6.1 Start der Umsetzung: So soll ab Januar 2021 bis zum Sommer gearbeitet werden

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul
Lenkungskreis	1: Konsti-tuierung (digital)		2: „Beschlüs-se“ (digital)				3: Versteti-gung (vor Ort)
Initiativkreise (IKs) = „Maßnahmen-Kreise“		Auftakt-Sitzung parallel	Zuarbeit / Coaching = imakomm als Ansprechpartner für alle Fragen der IKs (1 PT)				
Motivation: Anschreiben an alle Akteure, Pressebericht	Aufruf						
Aktivierung Mitstreiter*innen und Begleitung von Maßnahmen			Vor Ort (2 PT): Ansprache von Mitstreiter*innen in persönlichen Gesprächen				
Projektsteuerung mit dem Auftraggeber	Kick-off (digital)	Abstim-mung (digital)		Abstim-mung (digital)			Abstim-mung (digital)

Stadtrat 15.12.2020

6. Ausblick

6.2 Diese Personen / Institutionen sind schon jetzt (vor dem Start) an Bord

Personen für die Initiativkreise (IKs) – Anmeldestand vor dem eigentlichen Start im Januar:

IK 1

Kommunikation Aktionen, Veranstaltungen

Interesse schriftlich bekundet:

1. *Baner Markus | Mahavi Group GmbH*
2. *Büchfelner, Johann | Sparkasse FFB*
3. *Englschalk, Konrad*
4. *Englschalk, Andreas | Schuhhaus Englschalk*
5. *Fischer, Nadin | Mahavi GmbH*
6. *Halimi, Ganimete | Modehaus Fuchsweber*
7. *Kopp, Andreas | Togo-Contact/ KoppWork Orange/Atkon PIT-Togohilfe*
8. *Lastner, W. | Lokalhelden Mayr, Kurt,| Destille-FFB*
9. *Röhner, Frank | Modehaus Fuchsweber*
10. *Schmid, Peter | PAM + Handelsverband BY*

IK 2

Gestaltung & Erreichbarkeit

Interesse schriftlich bekundet:

1. *Englschalk, Andreas | Schuhhaus Englschalk*
2. *Fischer, Nadin | Mahavi GmbH*
3. *Kopp, Andreas | Togo-Contact/ KoppWork Orange/Atkon PIT-Togohilfe*

IK 3

Handwerk & Dienstleistung

Interesse schriftlich bekundet:

1. *Lastner, W. | Lokalhelden*
2. *Schuchhardt, Carsten | Safetech GmbH*

Stadtrat 15.12.2020

6. Ausblick

6.2 Diese Personen / Institutionen sind schon jetzt (vor dem Start) an Bord

Institutionen, die bereits im Oktober / November schriftlich ihre Unterstützung zugesichert haben (Absichtserklärungen):

MAHAVI GROUP



Absichtserklärung:

Aktive Unterstützung des Stadtmarketing FFB
durch die MAHAVI GROUP
in Form von Umsetzung von Maßnahmen,
positive Kommunikation
und ggf. Co-Finanzierung von Maßnahmen

(1)
Unsere Institution MAHAVI GROUP hat im so genannten „Initiativkreis" an der Erarbeitung des Stadtmarketing FFB im Zeitraum 11. Juli 2019 bis 19. Oktober 2020 aktiv mitgewirkt.

(2)
Meine Institution steht grundsätzlich hinter dem Konzept, dessen Inhalte (Handlungsfelder, Themen, Strukturen, Phasenmodell, Maßnahmenprogramm) final am 19. Oktober 2020 besprochen und festgelegt wurden.

(3)
Hiermit bekräftigen wir unsere Absicht, uns aktiv an der erfolgreichen Umsetzung des Stadtmarketing FFB zu beteiligen. Diese aktive Unterstützung erfolgt in Form von Umsetzung von Maßnahmen, positiver Kommunikation innerhalb unserer Institution sowie nach außen und ggf. durch Co-Finanzierung von Maßnahmen.

Bauer, Markus	MAHAVI GROUP	22.10.2020
Name, Vorname	Stellvertretend für Institution	Datum, Unterschrift

Fa. Fuchsweber



Absichtserklärung:

Aktive Unterstützung des Stadtmarketing FFB
durch Carl Mayr z. Fuchsweber GmbH & CoKG
in Form von Umsetzung von Maßnahmen,
positive Kommunikation
und ggf. Co-Finanzierung von Maßnahmen

(1)
Unsere Institution Carl Mayr z. Fuchsweber hat im so genannten „Initiativkreis" an der Erarbeitung des Stadtmarketing FFB im Zeitraum
11. Juli 2019 bis 19. Oktober 2020 aktiv mitgewirkt.

(2)
Meine Institution steht grundsätzlich hinter dem Konzept, dessen Inhalte (Handlungsfelder, Themen, Strukturen, Phasenmodell, Maßnahmenprogramm) final am 19. Oktober 2020 besprochen und festgelegt wurden.

(3)
Hiermit bekräftigen wir unsere Absicht, uns aktiv an der erfolgreichen Umsetzung des Stadtmarketing FFB zu beteiligen. Diese aktive Unterstützung erfolgt in Form von Umsetzung von Maßnahmen, positiver Kommunikation innerhalb unserer Institution sowie nach außen und ggf. durch Co-Finanzierung von Maßnahmen.

Halim Gannete Frank Rahner	Firma Carl Mayr zum Fuchsweber Stellvertretend für Institution	22.10.20 Datum, Unterschrift
Name, Vorname		

Firma Carl Mayr z. Fuchsweber GmbH & Co. KG
Schöngeisinger Straße 7-9
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon 08141 / 150 530

Handelsverband



Absichtserklärung:

Aktive Unterstützung des Stadtmarketing FFB
durch den Handelsverband Bayern,
vertreten durch Peter Schmid, Kreisvorsitzender
in Form von Umsetzung von Maßnahmen,
positiver Kommunikation
und ggf. Co-Finanzierung von Maßnahmen

(1)
Der Unterzeichner hat im so genannten „Initiativkreis" an der Erarbeitung des Stadtmarketing FFB im Zeitraum 11. Juli 2019 bis 19. Oktober 2020 aktiv mitgewirkt.

(2)
Meine Institution steht grundsätzlich hinter dem Konzept, dessen Inhalte (Handlungsfelder, Themen, Strukturen, Phasenmodell, Maßnahmenprogramm) final am 19. Oktober 2020 besprochen und festgelegt wurden.

(3)
Hiermit bekräftigen wir unsere Absicht, uns aktiv an der erfolgreichen Umsetzung des Stadtmarketing FFB zu beteiligen. Diese aktive Unterstützung erfolgt in Form von Umsetzung von Maßnahmen, positiver Kommunikation innerhalb unserer Institution sowie nach außen und ggf. durch Co-Finanzierung von Maßnahmen.

Schmid, Peter	Handelsverband Bayern	22.10.20
Name, Vorname	Stellvertretend für Institution	Datum, Unterschrift

Helden der Augsburger Straße



Absichtserklärung:

Aktive Unterstützung des Stadtmarketing FFB
durch Lokalhelden rund um die Augsburger Strasse
in Form von Umsetzung von Maßnahmen,
positive Kommunikation
und ggf. Co-Finanzierung von Maßnahmen

(1)
Unsere Institution s.o. hat im so genannten „Initiativkreis" an der Erarbeitung des Stadtmarketing FFB im Zeitraum 11. Juli 2019 bis 19. Oktober 2020 aktiv mitgewirkt.

(2)
Meine Institution steht grundsätzlich hinter dem Konzept, dessen Inhalte (Handlungsfelder, Themen, Strukturen, Phasenmodell, Maßnahmenprogramm, Frequenzerhöhung) final am 19. Oktober 2020 besprochen und festgelegt wurden.

(3)
Hiermit bekräftigen wir unsere Absicht, uns aktiv an der erfolgreichen Umsetzung des Stadtmarketing FFB zu beteiligen. Diese aktive Unterstützung erfolgt in Form von Umsetzung von Maßnahmen, positiver Kommunikation innerhalb unserer Institution sowie nach außen und ggf. durch Co-Finanzierung von Maßnahmen.

i.V. Wolfgang Lastner	Lokalhelden rund um die Augsburgerstrasse	W. Lastner (Computer)
Name, Vorname	Stellvertretend für Institution	Datum, Unterschrift

Stadtrat 15.12.2020

TOP Ö 12


Quelle: www.fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

Heike Büttner
Dr. Peter Markert

15.12.2020

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

2. Das Projekt

2.1 Ziele
2.2 Ansatz und Methodik

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.1 Das aktuelle Stadtmarketing in Fürstenfeldbruck
3.2 Die Analyse „auf den Punkt gebracht“
3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse
3.4 Implikationen für das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen
4.2 Strukturen: Übersicht
4.3 Strukturen: Phase 1
4.4 Strukturen: Phase 2
4.5 Strukturen: Phase 3

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

5.1 Übersicht
5.2 Details: Maßnahme 1: Einkaufsführer

6. Fazit und Ausblick

Stadtrat 15.12.2020

© imakomm, 2020

Stadtrat
15.12.2020

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

© imakomm, 2020

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

Die Analyse – Zentrale Aussagen in Fürstenfeldbruck:

- **„Der Rahmen passt“**: Der Einkaufs- und Erlebnisstandort Fürstenfeldbruck (FFB) kann aufgrund der demografischen Entwicklung in der Stadt (+ 9 % prognostizierter Einwohnerzuwachs bis 2030, nach wie vor „junger“ Altersdurchschnitt der Bevölkerung usw.[1]) auf zunehmende Kaufkraftquellen hoffen.

- „Das Produkt Innenstadt“: **Die Aufenthaltsdauer der Innenstadtkunden ist zu kurz**[2]**. Die Entwicklungspotenziale**[3] **sind aber enorm:** Flächen, gestalterische Ansätze, eine klarere Besucherlenkung und v.a. mehr Besuchsgründe können die City „nach vorne bringen“.

- **„Gestaltung und Atmosphäre“**: Diese auch in Konkurrenz zum Online-Handel wichtigen Innenstadt-Vorteile, sind in FFB bisher **noch zu gering ausgeprägt**[3]. Dies gilt für den öffentlichen Raum wie auch für die Darbietung von Ladenlokalen.

- **„Erreichbarkeit: Gut, aber wenig Mobilitäts-Service“:** Die oft unsachlich geführte „Park-Diskussion“ überlagert nahezu alles – und lässt Zeit verlieren bei tatsächlich vorhandenen Optimierungsmöglichkeiten: Parkleitsystem, Ladestationen, Aufbewahrungsboxen usw. Denn: Sowohl ÖPNV- und MIV-Erreichbarkeit sind gut.[2,3,4]

- **„Viel los aber zu wenig Mehrwert“**: An Events fehlt es in FFB nicht. Gleichwohl wird dabei zu wenig auf Aktionen zur Kaufkraftbindung gesetzt. Innerstädtische Aktionen sind zu selten mit gesamtstädtischen Aktionen verbunden.[4,5]

Stadtrat 15.12.2020

Quellen: [1] Bertelsmann-Stiftung unter www.wegweiser-kommune.de, entsprechende Daten dort zu FFB.
[2] IfH-Studie / Kundenanalyse 2019.
[3] Städtebau-Check der imakomm.
[4] Ergebnisse aus Dialogformaten (Gespräche, Workshops usw..)
[5] Auswertung Unterlagen (Werbeprospekte, Gutachten usw. zu FFB)

© imakomm, 2020

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

Die Analyse – Zentrale Aussagen in Fürstenfeldbruck:

- **„Professionelle Kommunikation, aber fehlende Aktualität“**: Werbemaßnahmen sind städtischerseits professionell. Es fehlt allerdings die übergeordnete Botschaft. Private Kommunikationsmaßnahmen müssen stärker werden. [4, 5]

- **Positionierung und Image**: „Innen stimmt es nicht“: Ein gemeinsames **Wir-Gefühl** zwischen den meisten Stadtmarketing-Akteuren besteht nicht. Weiterhin gibt es unterschiedliche Ansätze für USP‘s, von welchen keiner konsequent verfolgt wird. Folglich kann auch eine Positionierung und ein Image nur unzureichend nach außen getragen werden. [4]

- **Vermarktungsstrukturen: „Viele Ansätze – fehlendes Ganzes“**: Viele Gruppierungen sind aktiv. Eine Abstimmung untereinander erfolgt aber viel zu wenig. [4]

Stadtrat 15.12.2020

Quellen: [1] Bertelsmann-Stiftung unter www.wegweiser-kommune.de, entsprechende Daten dort zu FFB.
[2] IfH-Studie / Kundenanalyse 2019.
[3] Städtebau-Check der imakomm.
[4] Ergebnisse aus Dialogformaten (Gespräche, Workshops usw..)
[5] Auswertung Unterlagen (Werbeprospekte, Gutachten usw. zu FFB)

Quelle: www.stadt-Ravensburg.de

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

Die Lösung:

Generell:

- **Wertschätzung vor Schaffung von formalrechtlichen Strukturen!** Denn einfach „eine Stadtmarketing-GmbH über alle Initiativen drüber legen, die dann eine Gesamtstrategie erarbeitet und umsetzt“ würde scheitern!

Inhaltlich:

- FFB verkauft sich inhaltlich unter Wert und nutzt zudem Potenziale in der Innenstadt viel zu wenig. Das muss geändert werden durch den Aufbau von drei Handlungsfeldern:

  1. „Kommunikation, Aktionen, Veranstaltungen“
  2. „Gestaltung und Erreichbarkeit“
  3. „Handel und Dienstleistungen“

- Alle Maßnahmen, die in den Handlungsfeldern angegangen werden, müssen gemeinsam umgesetzt werden und dabei fünf Querschnittsthemen erfüllen, mit Hilfe derer bisherige Defizite abgebaut werden sollen.

Strukturell:

- Bestehende private Organisationen im City- und Stadtmarketing müssen – ohne zusätzliche Rechtsformen – **gebündelt** werden. Die dafür notwendige Struktur muss **für alle Akteure** – auch bisher nicht bei City-/Stadtmarketinginstitutionen organisierte Personen – **offen** sein.

- Das „neue Stadtmarketing“ braucht zwingend **klare Regeln** für das Miteinander.

- Dieses **Miteinander** bestand bisher zu wenig – und **muss letztlich „eingeübt“ werden**. Investitionen der einen Seite (Private, Stadt) müssen immer gleichzeitig einhergehen mit Investitionen der jeweils anderen Seite. Das „neue Stadtmarketing“ muss in Phasen aufgebaut werden.

Stadtrat 15.12.2020

Quelle: www.stadt-Ravensburg.de

© imakomm, 2020

1. Die Lösung „auf den Punkt gebracht“

Die Umsetzung:

Der Aufbau der neuen Stadtmarketingstrukturen – in Phasen:

Phase 1:	2020:	- Etablierung des StadtmarketingForum FFB - Kein Aufbau personeller Ressourcen - Co-Finanzierung von Maßnahmen: Finanzmittel von Stadt, Währung Zeit / Engagement durch Private - Koordination des Forums durch Stadt
Phase 2:	2021:	- Prüfen: Hauptamtlicher Kümmerer für Citymarketing in Stadtverwaltung - Personalkostenübernahme durch Stadt - Ausbau Co-Finanzierungsmodell / Gegenfinanzierung durch Private wie in Phase 1 + Übernahme bisherigen Sachmittelanteil Stadt - Anreize zur Stärkung Teilnahme an Forum: Prüfung bisherige Zuschüsse an bestehende Organisationen
Phase 3:	2022:	- Prüfung: Vertiefung der Effizienz bei Marketing-Strukturen

Die erste Maßnahme in 2020 dient der Schaffung eines Wir-Gefühls.

Stadtrat 15.12.2020

Quelle: www.stadt-Ravensburg.de

Stadtrat
15.12.2020

2. Das Projekt

© imakomm, 2020

2. Das Projekt

2.1 Ziele

Die Stadt Fürstenfeldbruck (FFB) hat die imakomm im April 2019 mit der Erarbeitung des Projektes „Inhalts- und Strukturkonzept Stadtmarketing FFB“ beauftragt.

Zentrale Ziele des Projektes waren:

Etablierung einer zentralen „Interessensgemeinschaft Stadtmarketing“, um ..

- **sämtliche Akteure miteinander zu vernetzen,**
- **Abstimmungen zu erleichtern,**
- **die Basis für gemeinsame Strukturen und Entscheidungsprozesse zu schaffen,**
- **eine einheitliche und stimmige Kommunikation des Standortes FFB nach innen und außen zu fördern (Identität und Image),**
- **finanzielle Mittel und Personalressourcen effizient einsetzen zu können.**

Wichtig: Vor dem Hintergrund der Ziele liegt hiermit ein nachhaltiges Stadtmarketingmodell, Fokus Strukturen, vor. Sollte dieses „theoretisch“ oder „gutachterlich“ anmuten, dann ist dies gewollt! Es geht um die Herleitung des formalen Rahmens aller künftiger Marketingmaßnahmen, nicht um die Erarbeitung von Events oder Ähnlichem. Daher haben wir bewusst eine sehr analytische Darstellungsform gewählt und „Bilder“ oder Ähnliches weggelassen.

Stadtrat 15.12.2020

2. Das Projekt

2.2 Ansatz und Methodik

Ansatz:

Bewusst wurde für die Herangehensweise im Projekt Folgendes vereinbart:

- Gesamtstädtischer Ansatz: Nicht ein „reines Citymanagement“, sondern: Die zu erarbeitende Strategie sollte bewusst sowohl die Innenstadt als auch den Standort „Buchenau“ sowie weitere Aktivitäten (Kulturmarketing) in der Gesamtstadt berücksichtigen.

- Methodenmix bei der Beteiligung von Akteuren / Stakeholdern in Form von Projektgruppensitzungen, Einzelgespräche und Gruppen-Workshops.

- Fokus Struktur: Sowohl für ein gemeinsames, von Stadt und privaten Akteuren getragenes Stadtmarketing als auch verwaltungsintern sollten strukturelle Aussagen erarbeitet werden.

Aufgrund der Anfang März 2020 auftretenden **Corona-Krise** wurde der Projektablauf angepasst. So wurde die hiermit vorliegende Gesamtdokumentation – anders als geplant – von der imakomm erstellt und dann dem Initiativkreis vorgelegt.

Der Ansatz für FFB verfolgte von Beginn an ein sehr „breit verstandenes“ Stadtmarketing. Das Stadtmarketing FFB sollte allein schon aufgrund vorhandener Strukturen in der Verwaltung aber auch privatseitig mehrere Themen bzw. Marketingbereiche eines Stadtmarketing im weitesten Sinne berücksichtigen. Die folgende Grafik zeigt, welche Marketingbereiche in der Analyse und bei der Erarbeitung der Lösung für FFB berücksichtigt wurden – was also im Projekt unter „Stadtmarketing FFB“ verstanden wird:

Stadtrat 15.12.2020

2. Das Projekt

2.2 Ansatz und Methodik

Ansatz (Fortsetzung):

Stadtmarketing
Ziele: Stadt als Standort insgesamt attraktiv machen und vermarkten
Bündelung sämtlicher Marketingsparten (City., Tourismus-, Event-, Kultur usw.)
Markenbildung/Profilierung des Standortes nach innen und außen

	Innenstadt-/ Citymarketing	Events-marketing	Wirtschafts-förderung	Tourismus-marketing	Kultur-marketing
Ziele und Inhalte (Was?)	Stärkung der funktionalen Innenstadt; Frequenz-steigerung, Verbesserung Branchenmix in der Innenstadt	Positionierung, Vermarktung und ggf. Entwicklung profilgebender Events; Belebung der Innenstadt	Bestandspflege und Ansiedlung von neuen Unternehmen, Positionierung des Wirtschafts-standortes	Positionierung, Vermarktung und ggf. Entwicklung touristischer Angebote	Positionierung, Vermarktung und ggf. Entwicklung kultureller Angebote
Handlungs-akteure (Wer?)	Einzelhandel, Dienstleister, Gastronomie, Innenstadtbe-wohner, Verwaltung Werbegemein-schaften usw.	Stadtverwaltung, Unternehmen, Vereine usw.	Stadtverwaltung, Unternehmen, Fachkräfte usw.	Stadtverwaltung Gastronomie Hotellerie usw.	Stadtverwaltung Kulturtreibende Vereine usw.
Konsequenzen (Für wen?)	Innenstadt	Gesamte Stadt	Wirtschafts-standort	Touristische Standorte	Gesamte Stadt

Stadtrat 15.12.2020

Stadtmarketing FFB umfasst die Themen Innenstadt-/ Citymarketing, Events / Eventmarketing, Wirtschaftsförderung und Tourismusmarketing.

1. Das Projekt

2.2 Ansatz und Methodik

Methodik:

A. Ziele & Motive		
A1. Kick-off	Mit dem Auftraggeber, vor Ort	Apr 2019
A2. Projektgruppe, Workshop 1	Repräsentative Besetzung	Jul
B. Gezielte Analyse & Dialog & Bewertung		
B1. Evaluation Umsetzungsstandort	Auswertung Protokolle usw.	Apr / Mai
B2. Gezielte Analyse	imakomm	Mai / Jun
B3. Dialog: Expertenrunden / -gespräche	Leitfadeninterviews	Jul
B4. Fazit und Bewertung	Zusammenfassung Analyse	Aug
C. Grundmodell / Lösung		
C1. Entwurf Inhalte und Strukturen	Imakomm	Sep
C2. Abstimmung	imakomm und Auftraggeber	Okt
C3. Projektgruppe, Workshop 2	Repräsentative Besetzung	Okt
D. Details		
D1 bis D4. Arbeiten imakomm und Abstimmung	imakomm, Auftraggeber	Nov 19-Jan 20
D5. Projektgruppe, Workshop 3	Repräsentative Besetzung	Mai

Stadtrat 15.12.2020

© imakomm, 2020

Stadtrat
15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

© imakomm, 2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.1 Die aktuellen Strukturen des Stadtmarketings in Fürstenfeldbruck

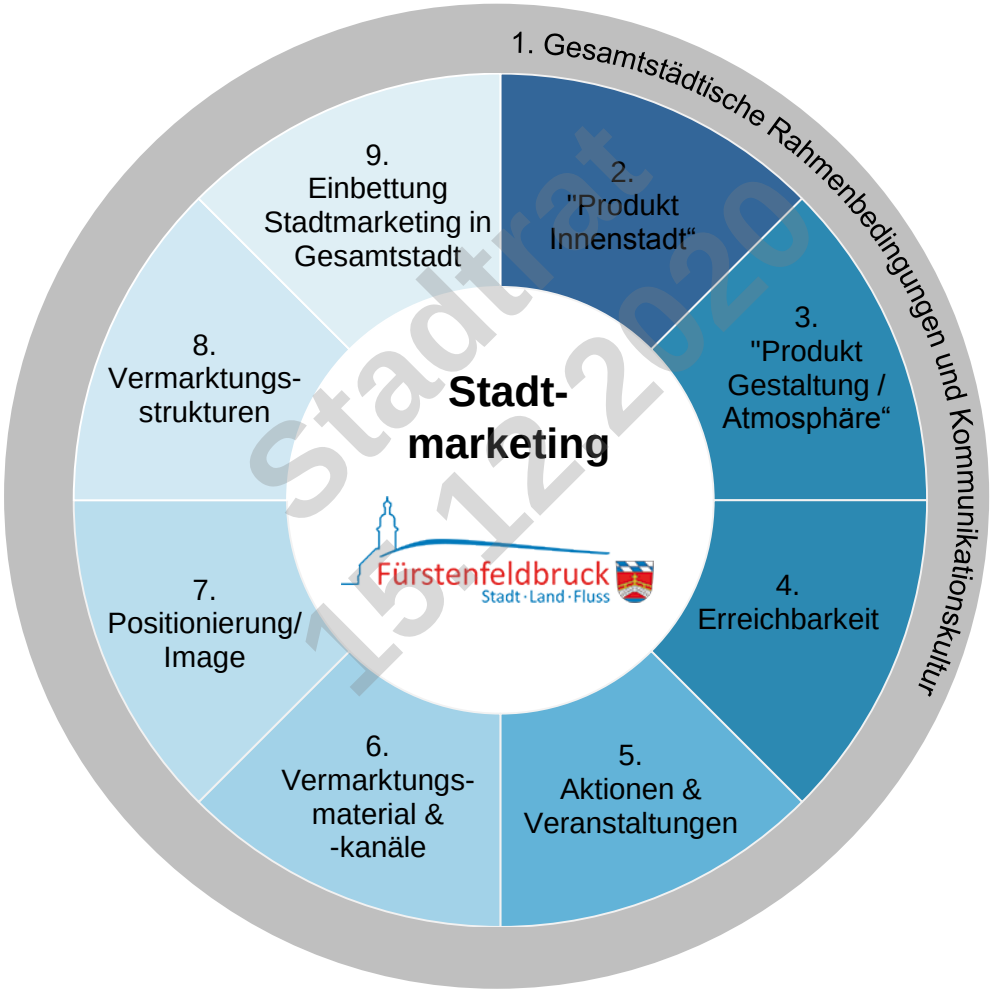
Lose Austauschformate zwischen einzelnen Akteuren / keine formelle Koordination
Kultursatzung = eingetragene Vereine können pro Veranstaltung 500 Euro bekommen

Stadtmarketing	Innenstadt-marketing	Event-marketing	Tourismus-marketing	Kultur-marketing	Wirtschafts-förderung
„FFB ist besser“, angegliedert an Gewerbeverband; Austausch mit Stadt scheint gering; so werden sowohl City als auch Zentrum „Buchenau“ berücksichtigt; teilweise Events zusammen mit Gewerbeverband Gewerbeverband: Vergleichsweise hohe Mit-gliedsbeiträge; wird zudem von Stadt finanziell unterstützt nach Vorlage Jahresplanung; Inhalte u.a.: Unternehmer-frühstücke | ein hauptamtlicher Citymanager wurde nach kurzer Zeit wieder eingestellt Heimat-Gilde: eine Aktion früher: Schmuck des Osterbrunnens, jüngst Weinfest an Pfingsten in der Tenne Faschings-Freunde	Runder Tisch Einzelhandel: von Gewerbeverband; 300 Gewerbe-treibende der Innenstadt eingeladen; Eher Ideensammlung als Umsetzungs-schmiede Mahavi: Gastronomie; sehr professionell, eigenständige Aktionen „Helden der Augsburger Straße“ Kleine Aktionen, längere Öffnungs-zeiten	Kein Kulturamt, aber bei SG 14: Städtische Veranstaltunge n: Leonhardi-Fahrt, Markt-Sonntage, Grüne Märkte, großes Altstadt-Fest Veranstaltungs-Forum, Hr. Leinweber	Sachgebiet 14: Im Sachgebiet 14 sind viele, teilweise unterschiedliche Aufgaben zusammen gefasst: (1) Ö-Arbeit, (2) Stelle Tourismus-Stadtmarketing | Inhalte bspw.: Themenstadt-führungen | Highlights: Klosteranlage; Altes Rathaus, Kirchen, aber: keine Gässchen, keine autofreie Altstadt) | „Brucker-Becher“ vom Stadtmarketing (nachhaltiges Pfandsystem), touristische Messen	Kein Kulturamt, aber bei SG 14: Städtische Veranstaltungen: Leonhardi-Fahrt, Markt-Sonntage, Grüne Märkte, großes Altstadt-Fest	Städtische WiFö: 100 %-Stelle : Standortmarketing: U-Anfragen, Bestandspflege, Flächenvermarktung, Wirtschaftsempfang BDS-Ortsverein: Wahrnehmung von außen: wenig Kontakt mit der Stadtver-waltung

Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.2 Die Analyse „auf den Punkt gebracht“



Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.2 Die Analyse „auf den Punkt gebracht“

	Bewertungskriterien	Bewertung:			Begründung (Stichworte, nicht abschließend):
		+	o	-	
1	Gesamtstädtische Rahmenbedingungen	+			Überdurchschnittlich positive Bevölkerungsprognose, Zuzugsraum usw.
2	„Produkt Innenstadt“		o		Aufenthaltsdauer ist kurz, für Auswärtige „komplexe Strukturen“, kein klares Zentrum, aber viel Potenzial
3	Gestaltung / Atmosphäre		o	-	„Licht und Schatten“ nebeneinander – in jeder Lage; Optimierungsbedarf im öffentlichen Raum und bei Ladenlokalen
4	Erreichbarkeit (Innenstadt v.a.)		o		Gute Erreichbarkeit für ÖPNV und MIV, allerdings zu wenig Verkehrslenkung
5	Aktionen & Veranstaltungen		o	-	Ganzjährig Angebote, allerdings zu wenig koordiniert; zudem eine Alleinstellung bedingende und auch Kunden bindende Aktionen zu wenig
6	Vermarktungsmaterial und -kanäle			-	Städtischerseits professionell, allerdings unterschiedliche Botschaften; privatseitig teilweise zu wenig aktuelle / professionell
7	Positionierung / Image		o		Fehlt, insbesondere durch klares Innenmarketing; verschiedene Ansätze für die Entwicklung eines USP, es wird keiner verfolgt
8	Vermarktungsstrukturen	+	o		Viele Aktive, allerdings kein Wir-Gefühl; eher auch Mistrauen
9	Einbettung Stadtmarketing in Gesamtstadt		o	-	Wirtschaftsbeirat als sehr guter Ansatz; es fehlt aber Gesamtstruktur und -strategie

Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

1

Gesamtstädtische Rahmenbedingungen:

Indikator	FFB	Landkreis FFB	Land Bayern
Bevölkerungsstand 2018 absolut: *)	37.677	219.320	13.076.721
Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 in % (Prognose nicht korrigiert! Inkl. Wanderungen) *)	9,1	11,3	3,5
Medianalter (Jahre) 2018 *)	43,0	45,3	44,8
Wanderungssaldo je 1.000 EW, 2017 *)	17,0	10,7	8,2
Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt, 2018 *)	-4,3	-27,4	1,2
Arbeitslosenanteil (an den SvB) in % 2018 *)	4,3	3,3	3,8
Familienwanderung je 1.000 EW, 2017 *)	19,3	17,8	10,1
Bildungswanderung je 1.000 EW, 2017 *)	48,3	18,5	29,4
Anteil Hochqualifizierte am Arbeitsort / Wohnort in %, 2018 *)	17,3 / 17,9	15,2 / 20,9	16,8 / 16,9

Quelle der Daten:

*) www.wegweiser-kommune.de (Bertelsmann-Stiftung)

= FFB überdurchschnittlich
= FFB durchschnittlich
= FFB unterdurchschnittlich

Stadtrat 15.12.2020

Quelle Bertelsmann-Stiftung, abgerufen für FFB unter www.wegweiser-kommune.de

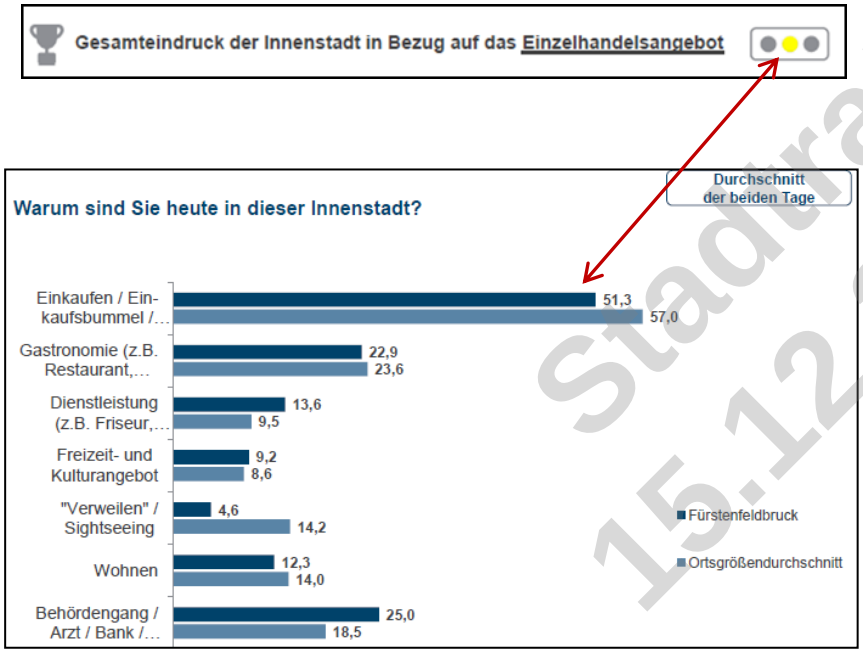
Der Standort FFB hat gute Rahmenbedingungen: die positive Bevölkerungsentwicklung wird für zusätzliche Kaufkraft sorgen. Das Kaufkraftniveau je Einwohner ist hoch. Potenziale liegen im Tourismus.

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

2

„Produkt Innenstadt“:



Quelle: IfH-Studie 2019.



Quelle Fotos: alle imakomm.



Handelsangebot nur bedingt als echter Besuchsgrund in der Innenstadt. Auffallend: „Licht und Schatten“ bei Einzelhandel orientieren sich nicht nach Standortlagen. In jeder Einkaufslage sind sowohl hoch professionelle (siehe Bilder) Geschäfte aber auch sehr unmoderne, wenig ansprechende Ladenauftritte vertreten.

Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

3

Gestaltung / Atmosphäre:

Innenstadt:





Buchenau:





Quelle Fotos: alle imakomm.

Defizite in der innerstädtischen Aufenthaltsqualität, führen auch zur schwierigen Positionierung gegenüber dem Zentrum Buchenau, welche vergleichbare Aufenthaltselemente vorweist.

Stadtrat 15.12.20

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

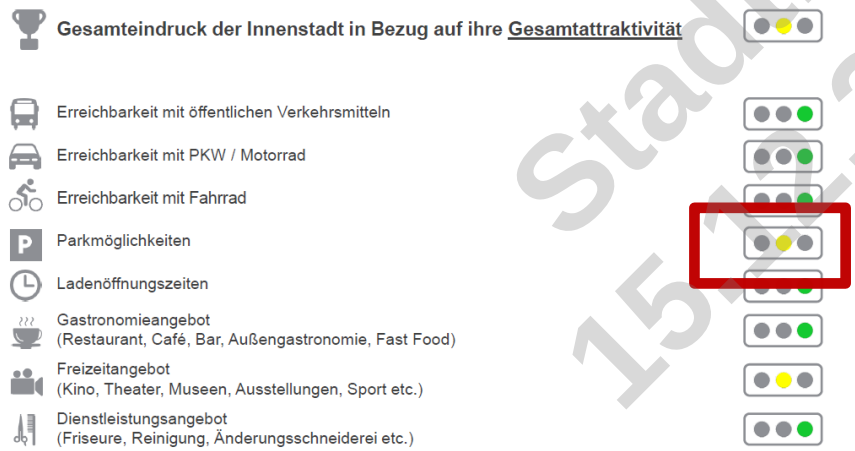
4

Erreichbarkeit (v.a. Innenstadt):

Management Summary (3)

IFH KÖLN

Die Beurteilung von Fürstenfeldbruck durch die Innenstadtbesucher im Überblick



Quelle: IfH-Studie 2019.

Stadtrat 15.10.2020

Europäische Mobilitätswoche in FFB
16. – 22.09.2019
„Clever mobil in Bruck“
Hauptaktion: Parking-Day: Vereine und Organisationen können gesperrte Parkflächen nutzen

Quelle:
https://www.merkur.de/lokales/fuerstenfeldbruck/fuerstenfeldbruck-ort65548/mehrere-aktionen-in-fuerstenfeldbruck-geplant-mobil-in

31. Juli 2019, 22:00 Uhr Fürstenfeldbruck

Radschnellweg von Bruck nach München

Im Landkreis wird an der Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg gearbeitet. "Ich freue mich, dass der Energie-, Umwelt- und Planungsausschuss grünes Licht gegeben hat. Man merkt, dass das Fahrrad als Verkehrsmittel ernster genommen wird", so Sebastian Klaß, der Radverkehrsbeauftragte des Landkreises. Geprüft wird eine Route, die von Fürstenfeldbruck bis zur Landeshauptstadt führen soll. Ein Radschnellweg ist vier Meter breit und führt

Mobilität ist Thema in FFB! Allerdings gilt: Die Erreichbarkeit der City („ran an die City“) ist gut, die Verkehrslenkung nicht.

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

5

Aktionen und Veranstaltungen:

19. August 2019, 21:31 Uhr Fürstenfeldbruck

Ein Haus für Startups



Direkt am Wasser: Das Geschäftsführerhaus (Bildmitte; mit rotem Giebeldach und Gaube) soll Startups und dem Verein Turmgeflüster übergangsweise als Domizil dienen. Eine Nutzung des dreigeschossigen Flachbaus (Bildmitte oben, graues Flachdach) ist hingegen nicht mehr geplant. (Foto: Stadt Fürstenfeldbruck)

Die Brucker Stadträte Klaus Wollenberg und Georg Jakobs schlagen vor, jungen Unternehmen das alte Geschäftsführergebäude der Stadtwerke zur Verfügung zu stellen

ANZEIGE



Quelle: https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuerstenfeldbruck/fuerstenfeldbruck-ein-haus-fuer-startups-1.4568515



Quelle: https://
https://www.merkur.de/lokales/fuerstenfeldbruck/fuerstenfeldbruck-ort65548/fuerstenfeldbruck-im-fernweh-park-13034219.html



Quelle:
https://www.foodtruckbooking.de/festivals/664/4-foodtruck-festival-furstenfeldbruck-prasentiert-von-kabel-eins-furstenfeldbruck



Quelle: https://www.fuerstenfeldbruck.de

Teilweise sehr hochwertige Aktionen, ganzjährig. Allerdings kein übergeordnetes Thema erkennbar. Koordination scheint kaum gegeben.

© imakomm, 2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

6

Vermarktungsmaterial und –kanäle:









Stadtrat 15.12.20

Quelle Fotos: alle imakomm.

Für städtische Werbematerialien, Printbereich, gilt: CD erkennbar, wobei teilweise unterschiedliche Formate usw.; ansonsten: Überwiegend positiv. Insgesamt positiv.

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

7

Positionierung / Image:



Quelle: Foto von imakomm.

Grundsätzliche Frage: „Wofür steht Fürstenfeldbruck“? – es gibt kein zentrales Alleinstellungsmerkmal und wenig positive Bindung an den Standort, es gibt mehrere Leuchttürme wie z.B. Kloster Fürstenfeld, Amper, sowie Veranstaltungen die Ansätze bieten.

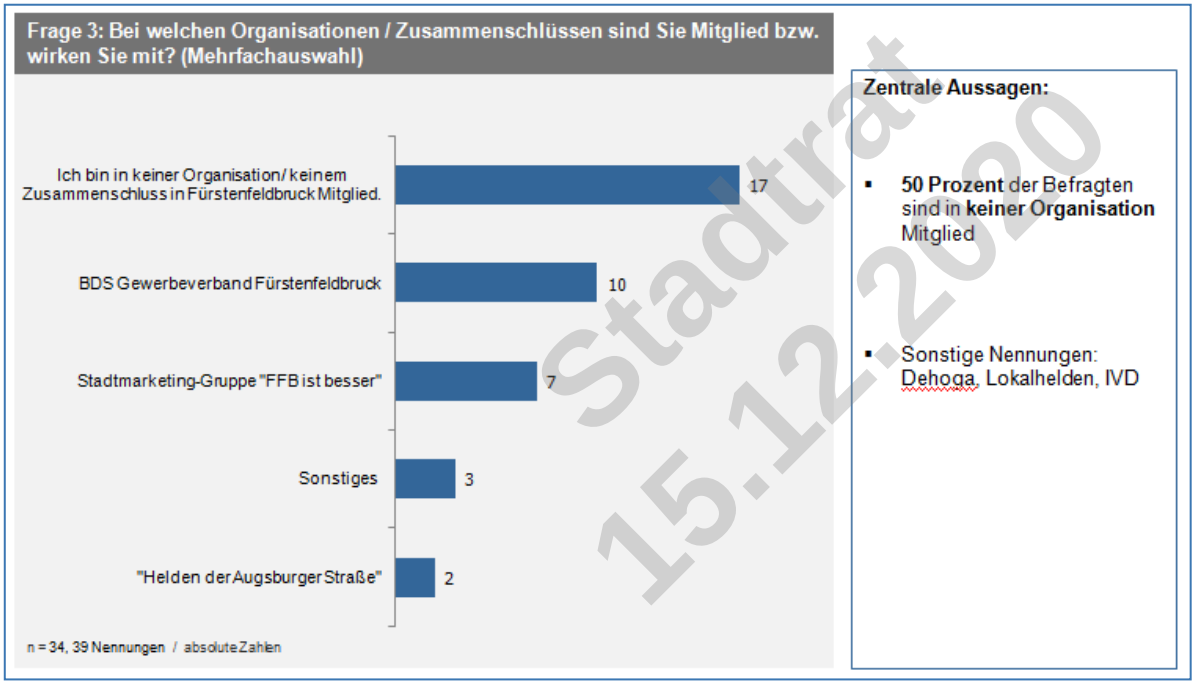
Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

8

Vermarktungsstrukturen:



Stadtrat 15.12.2020

Quelle: Unternehmensbefragung 2019, imakomm.

Viele Beteiligte engagieren sich nicht im Stadtmarketing FFB. Die Engagierten sind in vielen unterschiedlichen Organisationen aufgeteilt. Es gibt keine strategische Zusammenarbeit.

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.3 Ausgewählte Belege / Ergebnisse der Analyse

9

Einbettung Stadtmarketing in Gesamtstadt:









Quelle Fotos: alle imakomm.

Es gibt viel gesamtstädtisches Entwicklungspotenzial (z.B. Entwicklungsflächen rund um Stadtbibliothek, ehem. Fliegerhorst) zu den Flächen in den Shoppinglagen Buchenau, AEZ und Altstadt. Eine Gesamtbetrachtung aus einem Guss fehlt. (Stand: März 2020). Ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept ist aktuell in Vorbereitung.

© imakomm, 2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.4 Implikationen für das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

Generell:

- **Wertschätzung vor Schaffung von formalrechtlichen Strukturen!** Denn einfach „eine Stadtmarketing-GmbH über alle Initiativen drüber legen, die dann eine Gesamtstrategie erarbeitet und umsetzt“ würden scheitern!

Inhaltlich:

- FFB verkauf sich inhaltlich unter Wert und nutzt zudem Potenziale in der Innenstadt viel zu wenig. Das muss geändert werden durch den Aufbau von drei Handlungsfeldern.

  1. „Kommunikation, Aktionen, Veranstaltungen“
  2. „Gestaltung und Erreichbarkeit“
  3. „Handel und Dienstleistungen“

- Alle Maßnahmen, die in den Handlungsfeldern angegangen werden, müssen gemeinsam umgesetzt werden und dabei fünf Querschnittsthemen erfüllen, mit Hilfe derer bisherige Defizite abgebaut werden sollen.

Stadtrat 15.12.2020

3. Die Ist-Situation in Fürstenfeldbruck (Evaluation)

3.4 Implikationen für das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

Strukturell:

- Bestehende private Organisationen im City- und Stadtmarketing müssen – ohne zusätzliche Rechtsformen – **gebündelt** werden. Die dafür notwendige Struktur muss **für alle Akteure** – auch bisher nicht bei City-/Stadtmarketinginstitutionen organisierte Personen – **offen** sein.
- Das „neue Stadtmarketing“ braucht zwingend **klare Regeln** für das Miteinander.
- Denn: Dieses **Miteinander** bestand bisher zu wenig – und **muss letztlich „eingeübt“ werden**. Investitionen der einen Seite (Private, Stadt) müssen immer gleichzeitig einhergehen mit Investitionen der jeweils anderen Seite. Das „neue Stadtmarketing“ muss in Phasen aufgebaut werden. Zum Start hat sich zudem eine neutrale Moderation bzw. Begleitung (= Fachwissen, Erfahrung) als wichtiger Erfolgsfaktor herausgestellt.

Stadtrat 15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

© imakomm, 2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

1. Übersicht:

Handlungsfelder:

- Zunächst startet das Stadtmarketing FFB mit drei Handlungsfeldern:

  1. **Handlungsfeld Kommunikation, Aktionen, Veranstaltungen**
  2. **Handlungsfeld Gestaltung & Erreichbarkeit**
  3. **Handlungsfeld Handwerk & Dienstleistungen**

Themen = Querschnittsthemen

- Die Besonderheit bei allen künftigen Maßnahmen des Stadtmarketingforums FFB ist die inhaltliche Berücksichtigung von fünf Querschnittsthemen. Sie dienen als Auswahlkriterien für Projekte, von denen mindestens drei bei jeder thematischen Maßnahme erfüllt sein müssen.

- Es handelt sich um folgende fünf Querschnittsthemen:

  1. **einfacher**
  2. **ganzheitlicher**
  3. **positiver**
  4. **erlebbarer**
  5. **sicherer**

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

2. Handlungsfelder:

Handlungsfeld Kommunikation, Aktionen, Veranstaltungen:

Im Fokus dieses Handlungsfeldes stehen B2C-Maßnahmen. Sie umfassen die Bereiche der klassischen Marketingkommunikation und des Online-Marketings. Die Aktionen haben zum Ziel konkret messbarer Kundenbindung an den Standort FFB zu erreichen (z.B. Gutschein). Der Veranstaltungssektor soll zielgruppenspezifischen Mehrwert für Betriebe und EinwohnerInnen erzielen.

Handlungsfeld Gestaltung & Erreichbarkeit:

Die Maßnahmen des Handlungsfeldes zahlen auf konkreten Nutzen für Endkunden und Betriebe ein. Nach kurzfristigen Erfolgen in Phase 1, liegt der Fokus ab Phase 2 auf langfristigen Überlegungen.

Handlungsfeld Handwerk & Dienstleistungen:

Die Customer Journey mit spezifischen Kundenproblemen (z.B. Hausbau, Gesundheit) ist der Ausgangpunkt der Maßnahmen von Handwerk und Dienstleistungen.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

3. Querschnittsthemen, Übersicht:

einfacher	Menschen sind „bequem“: Angebote werden genutzt, wenn sie einfach zu finden bzw. bekannt sind. **Ziel: vorhandene hochwertige Angebote bekannter machen**
ganz-heitlicher	Viele Akteure in FFB: die gute, jedoch isolierte Einzelmaßnahmen durchführen. Außerdem den verschiedenen Räumen Funktionen geben. **Ziel: Abstimmung der Maßnahmen durch Gesamtstrategie**
positiver	Vor der Wertschöpfung steht die Wertschätzung: nur wer sich gut behandelt fühlt, wird zum positiven Multiplikator **Ziel: Abbau von Vorurteilen, Schaffung eines konstruktiven Miteinanders**
erlebbarer	FFB hat viele Potenziale: Amper, Innenstadt, Umland, Kultur & Kongress, Freizeit **Ziel: Zielgruppenspezifische Inwertsetzung der bestehenden Potenziale**
sicherer	„Arbeitsteilung“ zwischen City (inhabergeführt) und Buchenau (Fachmärkte) **Ziel: Diskussion, Prüfung und Neugestaltung der planungsrechtlichen Steuerung, um beiden Zentren Perspektiven zu geben.**

Stadtrat 5.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

3. Querschnittsthemen, Details:

Einfacher:

Einzelhandelsgeschäfte, Gastronomiebetriebe, Freizeitangebote und touristische Attraktionen werden nur dann von Bewohnern und Gästen aufgesucht und genutzt, wenn diese (1) bekannt sind und (2) einfach zu finden / erreichbar sind. Denn: Kunden sind heutzutage bequem und die Anforderungen an Erreichbarkeit, Transparenz und Kopplung von Besorgungen steigen. Deshalb muss es ein vorrangiges Ziel sein, die zahlreich vorhandenen, qualitativ hochwertigen Angebote in FFB bekannter zu machen und offensiver zu vermarkten. Dies greift insbesondere die Analyseergebnisse der Punkte „Erreichbarkeit“ „Vermarktungsmaterial und -kanäle“ auf.

Ganzheitlicher:

In FFB agieren derzeit viele engagierte Akteure und tragen ihren Beitrag zum Stadtmarketing bei. Daraus resultieren oftmals (mehr oder weniger) isolierte Einzelmaßnahmen. Um noch schlagkräftiger zu werden und die FFB als Standort ganzheitlich zu stärken und noch effektiver nach innen und außen zu vermarkten, bedarf es einer abgestimmten Gesamtstrategie und einer noch intensiveren Zusammenarbeit zwischen den beteiligten/relevanten Akteuren. Nur durch die effektive Bündelung und Vernetzung der vorhandenen Kräfte kann ein erfolgreiches und nachhaltiges Standortmarketing gelingen. Die entspricht den Analyseergebnissen zu den Punkten „Positionierung / Image“, „Aktionen / Veranstaltungen“, „Vermarktungsstrukturen“.

Stadtrat 15.12.20

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

3. Querschnittsthemen, Details:

Positiver:

Das Standortmarketing muss sich zum Ziel setzen, in FFB eine Wohlfühlatmosphäre und Willkommenskultur zu schaffen – ausgehend von den eigenen Bürgern/innen, als auch für die Betriebe und deren Beschäftigte. Nur wer sich wertgeschätzt, freundlich behandelt fühlt und ernst genommen wird, erzählt dies weiter und ist bereit sich aktiv zu engagieren. Negative Vorurteile können durch pfiffige „Gegenmaßnahmen“ abgebaut, ein positives Image der Stadt FFB und eine höhere Zufriedenheit der EinwohnerInnen sukzessive aufgebaut werden. Dies greift damit die zentralen Analyseergebnisse zur „Positionierung / Image“ und den „Vermarktungsstrukturen“ auf.

Erlebbarer:

FFB hat viel zu bieten: eine hoch attraktive landschaftliche Kulisse vor der Haustür, die historische Altstadt mit Amper, attraktive Naherholungs- und Freizeitangebote auf engstem Raum sowie das Kloster Fürstenfeld als Leuchtturm. Einige „Schätze“ des Standortes wurden bisher aber noch nicht vollständig gehoben bzw. einschränkende Rahmenbedingungen und Interessenskonflikte erschweren die Nutzung / In-Wert-Setzung vorhandener Potenziale. Dies greift die zentralen Analyseergebnisse zu „Produkt Innenstadt“, „Gestaltung / Atmosphäre“ und „Einbettung Stadtmarketing in Gesamtstadt“ auf.

Sicherer:

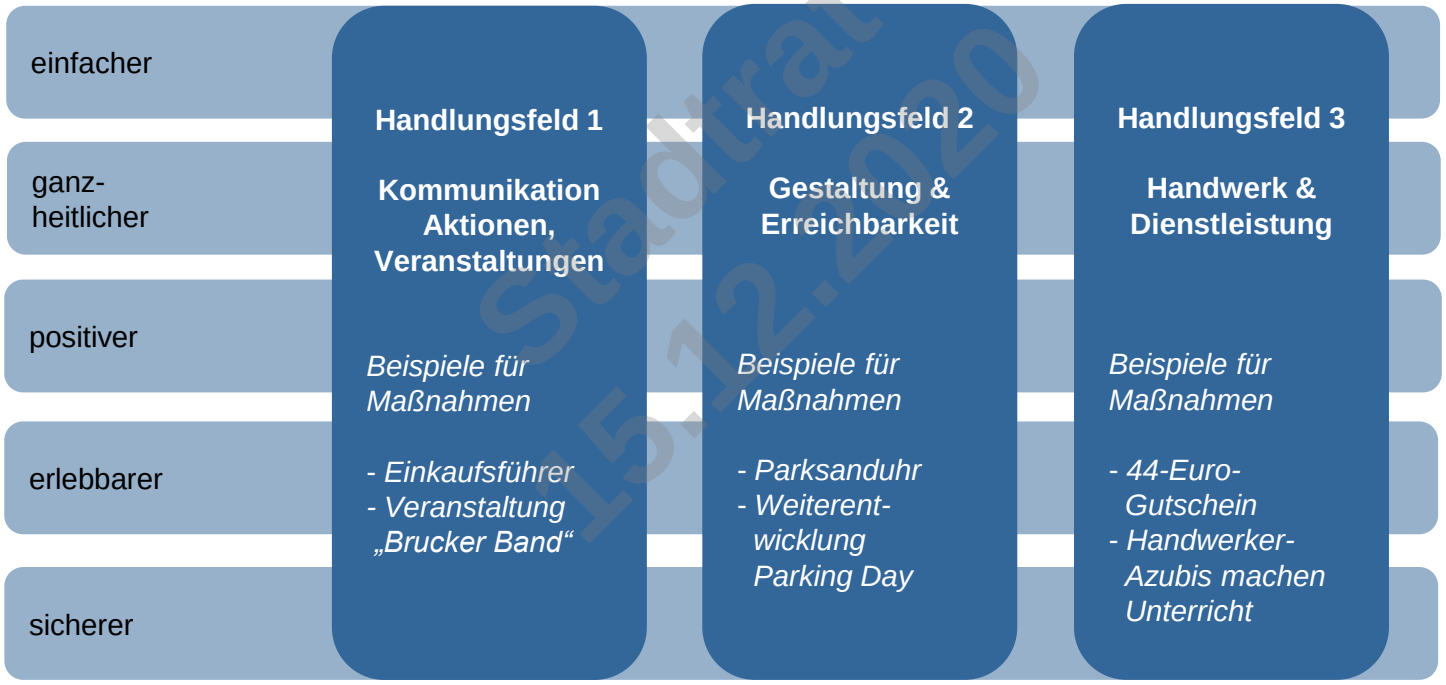
Die planungsrechtliche Steuerung begleitet die Maßnahmen der weiteren Angebotsentwicklung, da FFB über zahlreiche Entwicklungsflächen verfügt. Dies betrifft v.a. die Bereiche Buchenau, die Innenstadt sowie perspektivisch den Bereich des Fliederhorstes. Dies greift die Analyseergebnisse zu „Produkt Innenstadt“ auf.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.1 Handlungsfelder und Themen

4. Fazit: Handlungsfelder, (Querschnitts)Themen und Beispiele für Maßnahmen



Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.2 Strukturen: Übersicht

Stadtrat 15.12.2020

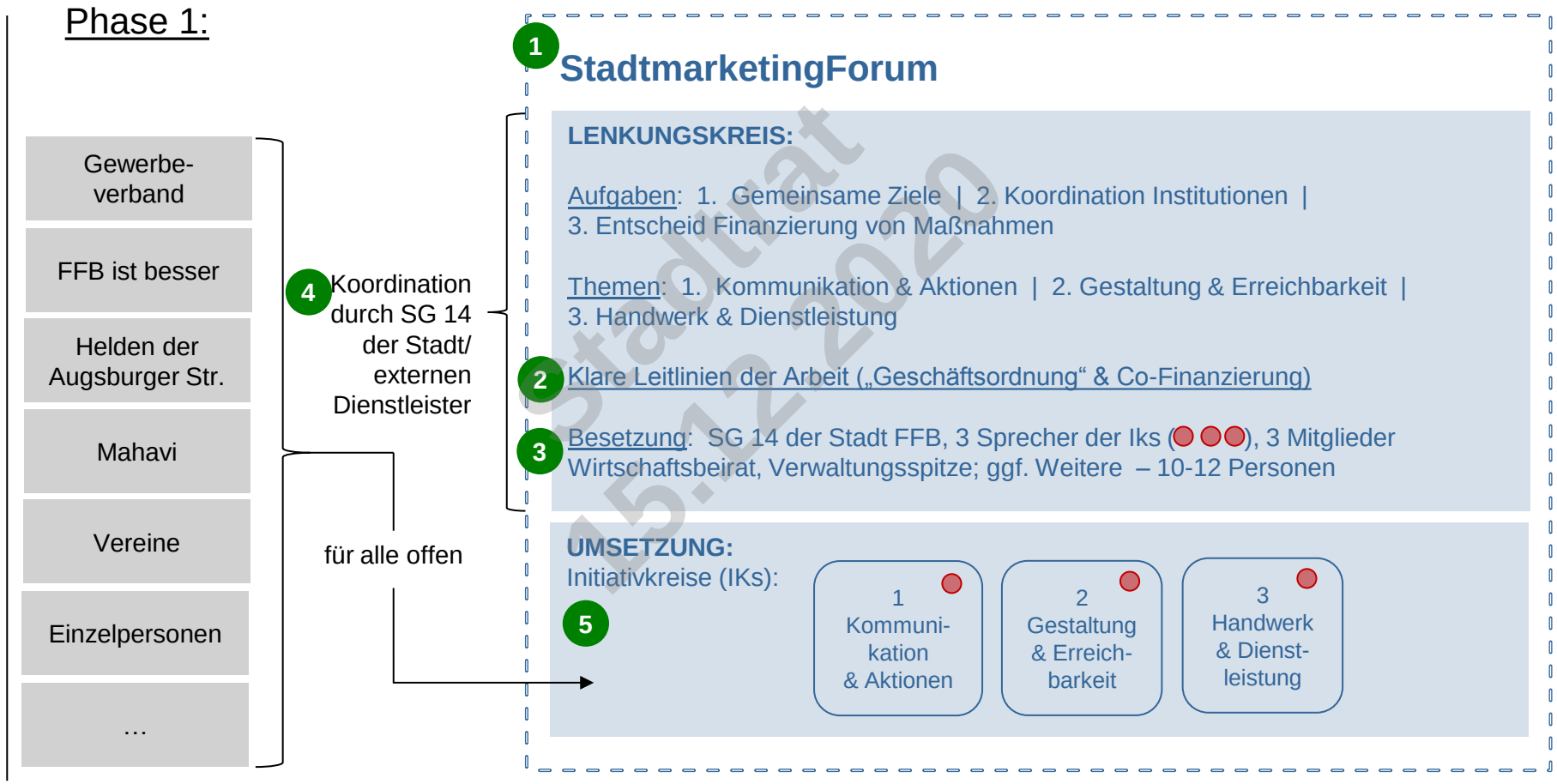
Der Aufbau der neuen Stadtmarketingstrukturen – in Phasen:

Phase 1:	2020:	- Etablierung des StadtmarketingForum FFB - Kein Aufbau personeller Ressourcen - Co-Finanzierung von Maßnahmen: Finanzmittel von Stadt, Währung Zeit / Engagement durch Private - Koordination des Forums durch Stadt
Phase 2:	2021:	- Prüfen: Hauptamtlicher Kümmerer für Citymarketing in Stadtverwaltung - Personalkostenübernahme durch Stadt - Ausbau Co-Finanzierungsmodell / Gegenfinanzierung durch Private wie in Phase 1 + Übernahme bisherigen Sachmittelanteil Stadt - Anreize zur Stärkung der Teilnahme an Forum: Prüfung bisheriger Zuschüsse an bestehende Organisationen
Phase 3:	2022:	- Prüfung: Vertiefung der Effizienz bei Marketing-Strukturen

© imakomm, 2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1



4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

Phase 1:

1 Durch das **StadtmarketingForum** sollen bisherige Einzelinitiativen, bestehende Institutionen und die Stadtverwaltung ein gemeinsames City- und Stadtmarketing aufbauen und umsetzen. Jede bestehende Institution bleibt selbstständig. Das Forum besteht aus zwei Elementen: (1) Dem Lenkungskreis und (2) den Initiativkreisen (IKs).

2 Der Lenkungskreis arbeitet nach klaren **Leitlinien**. Er gibt sich quasi eine „Geschäftsordnung“. Maßnahmen werden durch Geldmittel, die von der Stadt bereitgestellt werden, finanziert, aber nur dann, wenn eine **Co-Finanzierung** einer Maßnahme durch Private sichergestellt ist.

Diese privatseitige Co-Finanzierung kann durch finanzielle Mittel und/oder in Form zusätzlichen Engagements („Währung“ in diesem Fall also Zeit / Engagement durch Private) erfolgen. Ob eine Maßnahme finanziert wird, entscheidet der Lenkungskreis anhand transparenter Kriterien. Effekt: Es werden nicht Maßnahmen via festem Zuschuss finanziert, sondern die Finanzierung konzentriert sich auf jene „gemeinsamen“ Maßnahmen.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

2

Phase 1:

Leitlinien des Lenkungskreises:

1. Der Lenkungskreis des StadtmarketingForums arbeitet vertraulich. Gespräche und Protokolle bleiben intern. Kritisches wird frühzeitig und sachlich angesprochen.

2. Die Teilnehmer/innen des Lenkungskreises vertreten das Forum positiv nach außen und in ihrer jeweiligen Institution. Die Pressearbeit des City- und Stadtmarketingprozesses läuft gebündelt über die Stadtverwaltung.

3. Alle Teilnehmer/innen sind gleich. Vertretungsregelungen sind grundsätzlich ausgeschlossen.

4. Der Lenkungskreis trifft sich mindestens drei Mal pro Jahr. Sämtliche Treffen werden professionell vor- und nachbereitet, d.h. Versand der Agenda ca. zwei Wochen vor Termin und Versand Protokoll ca. eine Woche nach Termin.

5. Im Jahr 2020 erfolgt eine Moderation des Lenkungskreises bzw. Koordination dessen Arbeit durch die Stadtverwaltung, ggf. unterstützt oder alternativ durch einen externen Dienstleister. Für 2021 kann eine neue Regelung getroffen werden.

6. Der Lenkungskreis definiert gemeinsame Ziele des City- und Stadtmarketings FFB. In ihm werden von Planungen bestehender Institutionen in diesem Bereich abgestimmt (Veranstaltungsplanung usw.). Schließlich erfolgt hier der Entscheid über die Finanzierung von Maßnahmen durch das Forum.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

2

Phase 1:

Co-Finanzierungsmodell Phase 1:

		Stadt:	Private:
-	Verwaltungskosten Lenkungskreis:	ca. 500 €	-
-	Kalkulatorische Kosten Pressearbeit:	ja	-
-	Maßnahmenfinanzierung*), bspw.:	15.000 €	Engagement**)

*) Wir empfehlen in Phase 1 eine Bereitstellung dieser Mittel ohne Kompensation durch Zuschusskürzungen in anderen Bereichen. Tatsächlich gibt die Stadt kein Geld an eine Organisation, sondern finanziert Maßnahmen, die von SG 14 bzw. einem externen Dienstleister koordiniert werden. Beihilfe- und vergaberechtliche Bedenken dürften nicht bestehen. Ein interne Prüfung durch die Stadtverwaltung ist aber anzuraten.

) Beispielrechnung: Stundenwert von 30 €; Als Co-Finanzierung der städtischen Gelder könnte ein zusätzliches Engagement **aller privaten Akteure **zusammen** in den IKs von rund 65 Tagen angestrebt werden. Die 65 Tage sind als potenzieller Wert anzusetzen, welcher gemeinschaftlich mit allen beteiligten Schulter erreicht werden soll.

Stadtrat
15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

2

Phase 1:

Kriterien zur Bewertung der Finanzierungswürdigkeit von Maßnahmen:

Folgende Kriterien sind bei der Entscheidung zur Finanzierung einer Maßnahmen aus den Initiativkreisen abzuwägen:

1. *Ungefähre Gleichbehandlung von Themen:* Zu jedem Thema des StadtmarketingForums ist in einem Zeitraum von zwei Jahren mindestens eine Maßnahme durchzuführen.

2. *Gemeinsame Finanzierung:* Die Co-Finanzierung der Maßnahme muss gesichert sein durch private finanzielle Mittel und/oder nachweislich zusätzlichem privaten Engagement.

3. *Gemeinsame Anstrengung*: Die Maßnahme wird ausschließlich oder zumindest teilweise von privaten Akteure umgesetzt.

4. *Mehr als Citymarketing*: Pro Jahr muss mindestens eine Maßnahme einen gesamtstädtischen Ansatz aufweisen oder zumindest über die Innenstadt hinausgehen.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

2

Phase 1:

Kriterien zur Bewertung der Finanzierungswürdigkeit von Maßnahmen:

Folgende Kriterien sind bei der Entscheidung zur Finanzierung einer Maßnahmen aus den Initiativkreisen abzuwägen:

5. *Inhaltlich richtiger und pfiffiger Ansatz*: Die Maßnahme entspricht tatsächlich einem Thema des StadtmarketingForums und hebt sich von üblichen / bisherigen Maßnahmen tatsächlich ab.

6. *Besondere FFB-Note – Querschnittsthemen erfüllen*: Um in der Stadtmarketinganalyse 2019 hervorgetretene besondere Schwächen der Stadtmarketingstrukturen FFB zu bearbeiten, soll die Maßnahme mindestens zwei von folgenden Querschnittsthemen zudem erfüllen:

   - *einfacher*: Vorhandene, hochwertige Angebote besonders in der Innenstadt von FFB werden für (potenzielle) Kunden bekannter gemacht.
   - *ganzheitlicher*: Die Maßnahme umfasst mehrere Themen, ist also inhaltlich übergreifend bei Gestaltung, Angebot, Erreichbarkeit usw.
   - *positiver*: Die Maßnahme stärkt das Miteinander unterschiedlicher Branchen bei den Innenstadtakteuren selbst.
   - *erlebbarer*: Vorhandene Stärken der Stadt und besonders der Innenstadt – Amper, Innenstadt, Kultur, Freizeitwert usw. – werden durch die Maßnahme besser erlebbar für Kunden.
   - *sicherer*: Die Maßnahme bearbeitet das Thema planungsrechtliche Steuerung der weiteren Angebotsentwicklung (v.a. Einzelhandel) in der Innenstadt und der Buchenau.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.3 Strukturen: Phase 1

Phase 1:

3 **Besetzung Lenkungskreis:** Der Lenkungskreis soll eine begrenzte Anzahl an Personen umfassen, um „arbeitsfähig“ zu bleiben. Wir schlagen daher die in der Grafik dargestellte Besetzung vor: Zu den sieben „gesetzten“ Personen können entweder dauerhaft oder punktuell (je nach Tagesordnung des Treffens) weitere Personen benannt werden. In jedem Fall muss sichergestellt sein, dass die drei Initiativkreises mit mindestens drei Personen (Sprecher) vertreten sind.

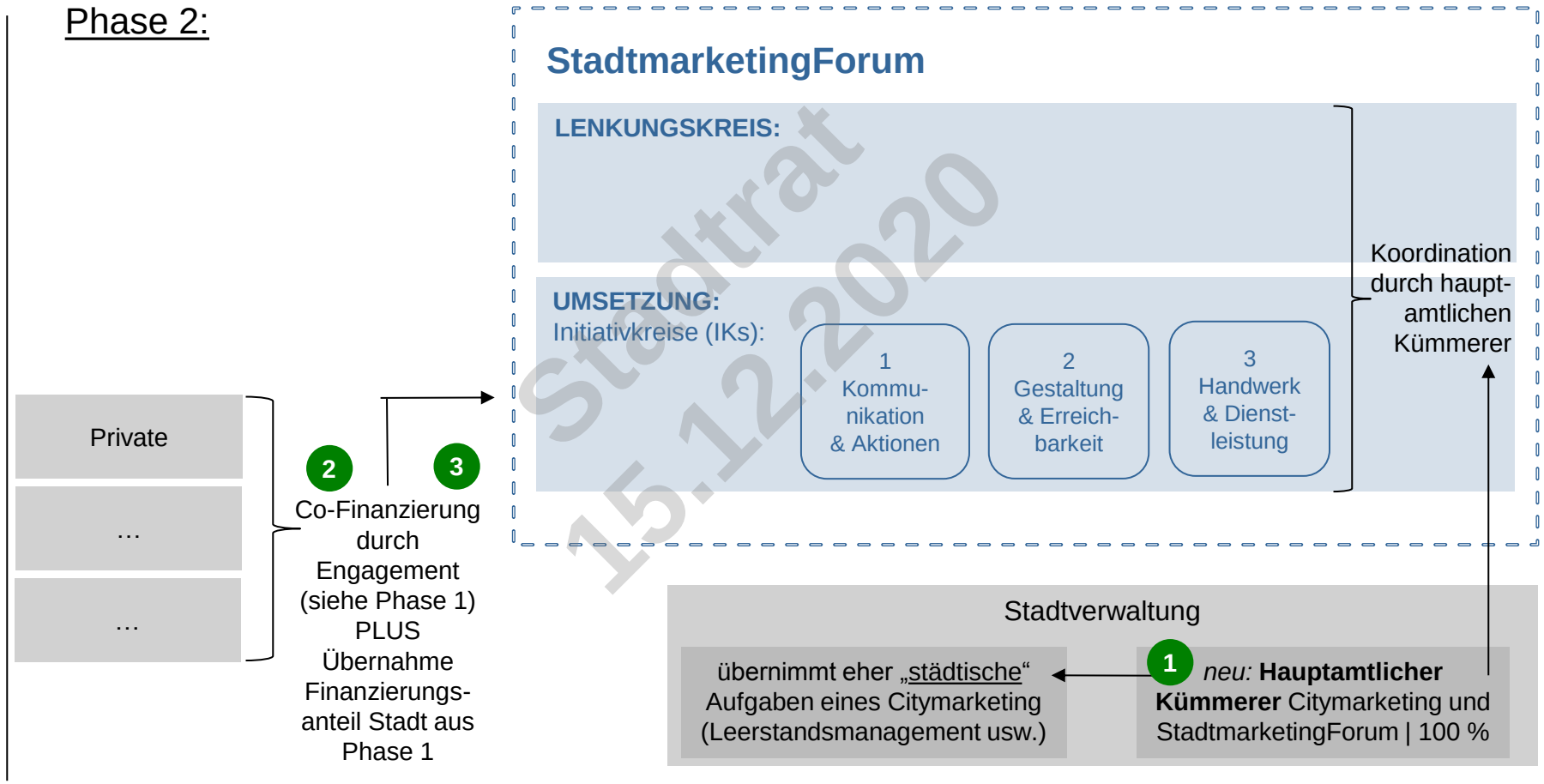
4 Die Arbeit des Lenkungskreises wird in Phase 1 von der Stadtverwaltung (SG 14) bzw. einem externen Dienstleister koordiniert.

5 Die **Initiativkreis**e entwickeln Ideen für Maßnahmen, welche zur Finanzierung vom Lenkungskreis geprüft werden. Zudem setzen die Initiativkreise selbst um bzw. deren Mitglieder übernehmen die Umsetzung in „ihren“ bestehenden Institutionen. Eine Finanzierung von Maßnahmen, die in bestehenden Institutionen bereits umgesetzt werden, ist grundsätzlich nicht gewollt. Die Teilnahme an IKs steht allen Interessierten offen.

Stadtrat
15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.4 Strukturen: Phase 2



4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.4 Strukturen: Phase 2

Phase 2:

1

Die Analyse auch der städtischen Strukturen (personelle Ressourcen, Aufgaben usw.) in allen marketingrelevanten Bereichen (Stadtmarketing, Kultur, Tourismus usw.) hat gezeigt, dass eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit personellen Ressourcen vorliegt. Einzelne Themen – Fachkräftesicherung im Bereich Wirtschaftsförderung, welche über die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Landkreises hinausreichen, oder Nutzungsmanagement / Branchenmixoptimierung* im Bereich Citymarketing usw.) – können derzeit gar nicht intensiv angegangen werden. Diese Themen sind aber auch in FFB von großer Wichtigkeit.

Wir schlagen daher – bei erfolgreicher Etablierung des gemeinsamen StadtmarketingForums im Jahr 2020 – die Schaffung einer **verwaltungsinternen hauptamtlichen Kümmerer-Stelle** für den Bereich Citymarketing und Koordination des StadtmarketingForums (inklusive eines Umsetzungsanteils für dort etablierte Maßnahmen) vor. Eine näherungsweise Berechnung des personellen Aufwands zeigt die langfristige Notwendigkeit einer **100 %-Stelle**. Deren Realisierung steht in Abhängigkeit zur **haushalterischen Situation** der Stadt sowie dem **Aktivitätsgrad** der privaten Akteuren Wichtig: Es handelt sich nicht um einen „klassischen Citymanager“. Die Weisungsbefugnis liegt ausschließlich bei der Stadtverwaltung, Tätigkeiten liegen bei eher „städtischen“ Citymarketingthemen (Branchenmixoptimierung *, Gestaltung aus Kundensicht, Marketing für die Innenstadt usw.). Die Stelle übernimmt jedoch die Koordination nicht nur des Lenkungskreises des StadtmarketingForums (siehe Phase 1, dort Koordination noch durch SG 14, bzw. einen externen Dienstleister), sondern auch der Initiativkreise und unterstützt teilweise die Umsetzung von Maßnahmen.

Stadtrat 15.12.2020

* Unter Branchenmixoptimierung wird ein ganzheitlicher Ansatz verstanden, der das Ziel des Erhalts des gewerblichen Besatzes bzw. dessen Ergänzung durch Neuansiedlungen und Gründungen verfolgt. Er bedient sich u.a. der Elemente Leerstandsbewertung, Argumentationsaufbau für potenzielle Mieter und Anreizsystem für Vermeiter, Vertriebsmaßnahmen, allgemeine Kommunikationsmaßnahmen usw.

© imakomm, 2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.4 Strukturen: Phase 2

2

Phase 2:

Co-Finanzierungsmodell Phase 1:

Die Co-Finanzierung der Maßnahmen durch das StadtmarketingForum wird in Phase 2: weiterentwickelt:

	Stadt:	Private:
- Verwaltungskosten Lenkungskreis:	ca. 500 €	-
- Kalkulatorische Kosten Pressearbeit:	ja	-
- Personalkosten Kümmerer (Arbeitszeit für Forum anteilig bei ca. 50 % = 30.000 €)	60.000 €	
- Maßnahmenfinanzierung*):	-	bspw. 15.000 € + Engagement

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.4 Strukturen: Phase 2

Phase 2:

3

Anreize zur Stärkung Teilnahme am Forum:

Die privaten Akteure sind in Phase 2 aufgerufen, finanzielle Mittel zur Co-Finanzierung beizusteuern, und zwar in Höhe der Mittel, die in Phase 1 städtischerseits eingegeben wurden. Die private Seite übernimmt also die Sachmittelfinanzierung anstelle der Stadt, die ihrerseits wiederum in Phase 2 eine Personalstelle schafft.

Um den Pool an finanzierenden Akteuren / Institutionen privatseitig zu erhöhen, sollte städtischerseits geprüft werden, bisherige Zuschüsse in marketingrelevanten Bereichen ggf. nur noch bedingt (Co-Finanzierung im Forum!) bereitzustellen oder zu kürzen. Wichtig: Insgesamt sollte das finanzielle Engagement der Stadt in keinem Fall „zurückgefahren werden“.

Stadtrat 15.12.2020

4. Das künftige Stadtmarketing Fürstenfeldbruck

4.5 Strukturen: Phase 3

Phase 3 und gesamt aus städtischer Sicht:

	Empfehlung		VZÄ = Vollzeit-Äquivalente:
PHASE 1:	Etablierung Zusammenarbeit Stadt-Private im Forum		
2020	- kein Aufbau personeller Ressourcen stadtseitig		
	- Co-Finanzierung von Maßnahmen im Forum:		
	- Stadt übernimmt Koordination		
	- Stadt gibt Sachmittel in Höhe von bspw. 15.000 € ein		
	- Private geben Geld und/oder zusätzliches Engagement ein		
PHASE 2:	Hauptamtlicher Kümmerer CM & Forum		**1,0:**
2021	- Zusätzliche „städtische“ Citymarketing-Themen		… davon: 0,4
	- Forum koordinieren und umsetzen		… davon: 0,5
	- Sonstiges (Gremienarbeit usw.)		… davon: 0,1
	- Finanzierung:		
	- Personalkosten übernimmt Stadt: ca. 60.000 € p.a.		
	- Private: Wie Phase 1 + Übernahme der Sachmittel aus Phase 1 (bspw. 15.000 €)		
PHASE 3:	Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ggf. personell stärken		
2022	- Wirtschaftsförder-Themen wie Fachkräfte beziffern		
	- Positionierung Gesamtstandort beziffern		
	- Zusätzliche gesamtstädtische Events prüfen und beziffern		
	- Rechnerisch dabei folgende VZÄ offen:		**0,9**

Stadtrat 15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

© imakomm, 2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

5.1 Übersicht

Vorbemerkung:

Die Maßnahmen werden kreiert in den Initiativkreisen. Wir verzichten daher auf die Ausarbeitung eines kompletten Maßnahmenprogramms für 2020. **Dies würde der angestrebten Motivation der Akteure schlichtweg entgegenstehen („eh schon alles bestimmt“).** Die Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen ist ein Baustein in der Entwicklung eines **gemeinsamen Wir-Gefühls in FFB**.

Gleichwohl müssen schnell Erfolge sichtbar sein. Wir haben daher im Folgenden zwei Maßnahmen konkret ausgearbeitet, die damit sehr schnell von den Akteuren umgesetzt werden kann. Die Federführung kann zum Start von einem externen Dienstleister übernommen werden. Gleichzeitig haben wir weitere Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes ausgearbeitet wurden, quasi als Ideenpool im Weiteren angefügt.

Die beiden Maßnahmenvorschläge zielen auf die Generierung qualifizierter Frequenz für die verschiedenen Shoppinglagen in FFB. Maßnahme 1 „Dein FFB“ bindet von Beginn an die Einwohnerschaft sowie BesucherInnen als Multiplikatoren mit ein. FFB positioniert sich als Standort der proaktiv mit der aktuellen Virussituation aus. Maßnahme 2 „Einkaufsführer“ setzt auf eine starke Einbindung von privaten Handelnden und bietet gerade den engagierten, besonderen Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten eine Plattform.

Stadtrat 15.12.2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

5.1 Übersicht

Nr.	Maßnahme	Kurze Beschreibung	bearbeitet Thema 1: Aktionen & Kommunikation 2: Gestaltung & Erreichbarkeit 3: Handwerk & Dienstleistung	gemeinsame Finanzierung?	Private & Stadt setzen gemeinsam um?	Geht über Innenstadt raus?	pfiffig?	Querschnittsthemen erfüllt?				
								einfacher	ganzheitlicher	positiver	erlebbarer	sicherer
1	**„DeinFFB“**	Einbindung von BruckerInnen in das Marketing	1,2,3		ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	-
2	**Einkaufsführer**	Flyer (digital und physisch) zu EH, Gastro, DLs, Kultur	1	ja	ja	ja	-	ja	-	ja	ja	-
3	**FFB-Mitarbeiter-Bonus**	44-€-Gutschein (digital) für Unternehmen & Mitarbeiter	1, 3	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	-	-
4	**„Brucker Band“**	Thematische Touren durch Fachgeschäfte	1,3	ja	ja	ja	ja	ja	-	ja	ja	-
5	**Park-Sanduhr**	Kurzpark-instrument zum Verschenken	1, 2	-	-	ja	ja	-	-	ja	ja	ja
6	**Parking Day**	Veranstaltung	1,2,	-	-	ja	-	ja	ja	ja	ja	-
7	**Azubis machen Schule**	„Schnupper-Schulstunden“ durch Azubis	1, 3	ja	ja	ja	ja	-	ja	ja	-	-

Stadtrat 15.12.2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

5.2 Details: Maßnahme 1: DeinFFB

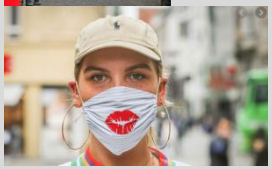
Nr.	Maß-nahme	Kurze Beschreibung	bearbeitet Thema 1: Aktionen & Kommunikation 2: Gestaltung & Erreichbarkeit 3: Handwerk & Dienstleistung	gemeinsame Finanzierung?	Private & Stadt setzen gemeinsam um?	Geht über Innen-stadt raus?	pfiffig?	Querschnittsthemen erfüllt?				
								einfacher	ganzheitlicher	positiver	erlebbarer	sicherer
1	**DeinFFB**	Einbindung von BruckerInnen in das Marketing	1	ja	ja	ja	-	ja	-	ja	ja	-

Planung: Sprecher IK Aktionen und Kommunikation (alternativ: externer Dienstleister) .

Beschreibung : Das Marketing setzt konsequent auf Erlebnisse der BruckerInnen im Jahr 2020. Sie werden über die sozialen Medien aufgefordert Bilder und Videos aus dem Corona-Jahr unter einem definierten Hashtag und @stadt.fuerstenfeldbruck und @FuerstenfeldbruckIstBesser zu posten. Aus den pfiffigsten Motive der digitalen Variante wird im kommenden Jahr eine dezentrale Stadtausstellung mit unterschiedlichen Medien (Banner, Großplakate, Leinwände…) Für die verschiedenen Shoppinglagen wird mit dieser Maßnahme qualifizierte Frequenz generiert und den KundInnen der Brucker Geschäfte und Dienstleister ein proaktiver Umgang mit Augenzwinkern mit der aktuellen Virusthematik signalisiert.

Schritte:		Wer:	Bis wann:
1	Beschluss IK: Erarbeitung Beschlussvorlage sowie Teilnahmebedingungen	IK	Juli
2	Digitale Kommunikation der Aktion und Erstellung von Beispielbildern durch EH, Gastro, DLs und Kultur	Sprecher	Juli
3	Begleitung der Aktion in Sozialen Medien	Sprecher	Lfd. bis Ende 20
4	Vorbereitung: dezentrale Ausstellung: Auswahl Medien und Orte Kosten gesamt: ca. 3.000 €	Sprecher. Stadt	Jan/Feb
5	Vernissage	Sprecher, Stadt	März 2020
6	Ausstellung (Dauer: 6 Wochen) um Anreiz des Besuchs der Shoppinglagen zu schaffen – Ermunterung zur erneuten digitalen Kommunikation der BesucherInnen	Sprecher, Stadt	Lfd. bis Mai





Quellen:www.radolfzell.de, www.ruhrnachrichten.de

Stadtrat 15.12.2020

5. Umsetzung: Maßnahmenprogramm

5.2 Details: Maßnahme 2: Einkaufsführer

Nr.	Maß-nahme	Kurze Beschreibung	bearbeitet Thema 1: Aktionen & Kommunikation 2: Gestaltung & Erreichbarkeit 3: Handwerk & Dienstleistung	gemeinsame Finanzierung?	Private & Stadt setzen gemeinsam um?	Geht über Innen-stadt raus?	pfiffig?	Querschnittsthemen erfüllt?				
								einfacher	ganzheitlicher	positiver	erlebbarer	sicherer
2	**Einkaufs-führer**	Flyer (digital und physisch) zu EH, Gastro, DLs, Kultur	1	ja	ja	ja	-	ja	-	ja	ja	-

Planung: Sprecher IK Aktionen und Kommunikation

Schritte:		Wer:	Bis wann:	Hauptverantwortliche:
1	Beschluss IK: Erarbeitung Beschlussvorlage und Definition Bewertungskriterien sowie Definition von Evaluationskriterien	IK	Jul	Sprecher des IK Aktionen & Kommunikation
2	Angebotseinholung: Erstellung Lastenheft, Bewertung Angebote	Sprecher	Aug	
3	Akquise Beteiligte: Koordination Ausschreibung und Rückmeldungen von EH, Gastro, DLs und Kultur	Sprecher	Sept	Kosten gesamt: ca. 6.000 € (abhängig von TN-Zahl)
4	Umsetzung: Verarbeitung Inhalte und Gestaltung	Dienst-leister	Okt	
5	Kommunikation und Distribution: Distribution vor Sommerferien, Konzentration der Kommunikationsmaßnahmen zum Start, dann lfd. Begleitung	Sprecher, Stadt	Okt/Nov	Anmerkungen: Maßnahme ggf. durch Regierung von Oberbayern förderfähig
6	Evaluation: Überprüfung der Maßnahme	Sprecher, IK	Feb	

Stadtrat 15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

6. Fazit und Ausblick

© imakomm, 2020

6. Fazit und Ausblick

Fazit:

Mit diesem Stadtmarketingmodell FFB liegt ein tatsächlich auf FFB zugeschnittener Weg zur künftig wesentlich effektiveren und effizienteren Umsetzung von Marketingmaßnahmen vor. Das Modell umfasst eben nicht – wie sonst schon fast reflexhaft üblich – den Aufbau neuer formalrechtlicher Strukturen (Beispiel: Stadtmarketing-GmbH als Dach über alle bestehenden Initiativen), sondern baut über drei Phasen hinweg Regeln der künftigen Zusammenarbeit und dann städtischerseits – in Abhängigkeit des privaten Engagements – weitere professionelle Strukturen auf.

Ausblick:

Dieses Modell wurde auf Basis intensiver Beteiligungsformaten und Analyseeschritten von der imakomm erarbeitet. Dem Grunde nach wurde es von der prozessbegleitenden Projektgruppe auch bestätigt. Die dann von der imakomm bisher „allein“ erarbeiteten Details sind nun von und mit der Projektgruppe abzustimmen, ggf. zu ergänzen und letztlich zu beschließen, um das Modell dann auch der Kommunalpolitik als Leitlinie aller künftigen Marketing-Bemühungen zur Abstimmung vorzulegen.

Ganz im Sinne des Modells, sollen bei den Beratungen in der Projektgruppe und einer Zustimmung zum Modell dann auch unmittelbar die „Ärmel hochgekrempelt werden“. Folgerichtig soll es quasi eine Art Willenserklärung der Projektgruppenteilnehmer/innen zur Umsetzung der Strukturen geben. Diese ist im Folgenden dargestellt.

Bewusst sind die ersten sieben Schritte der Umsetzung in FFB dargestellt um eine Handreichung für den Ablauf der ersten Monate zu geben, da der weitere Aufbau der Strukturen sowie die Qualität und Quantität der Maßnahmen in Abhängigkeit der privaten Engagements stehen.

Stadtrat 15.12.2020

6. Fazit und Ausblick

Die Umsetzung braucht Köpfe und Hände! Interessensbekundung

Ich möchte mich bei folgendem IK beteiligen:

O IK Kommunikation Aktionen, Veranstaltungen
O IK Gestaltung & Erreichbarkeit
O IK Handwerk & Dienstleistung
O Ich möchte mich nicht beteiligen, weil _____

Bitte kommen Sie auf mich zu:

Name, Vorname: _____

Verein/Organisation: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Hinweis: Mit der Angabe Ihrer personenbezogenen Daten, stimmen Sie den Grundlagen der DSGVO zu. Die Daten werden vertraulich behandelt und von der Stadt FFB und imakomm AKADEMIE nicht weitergegeben.

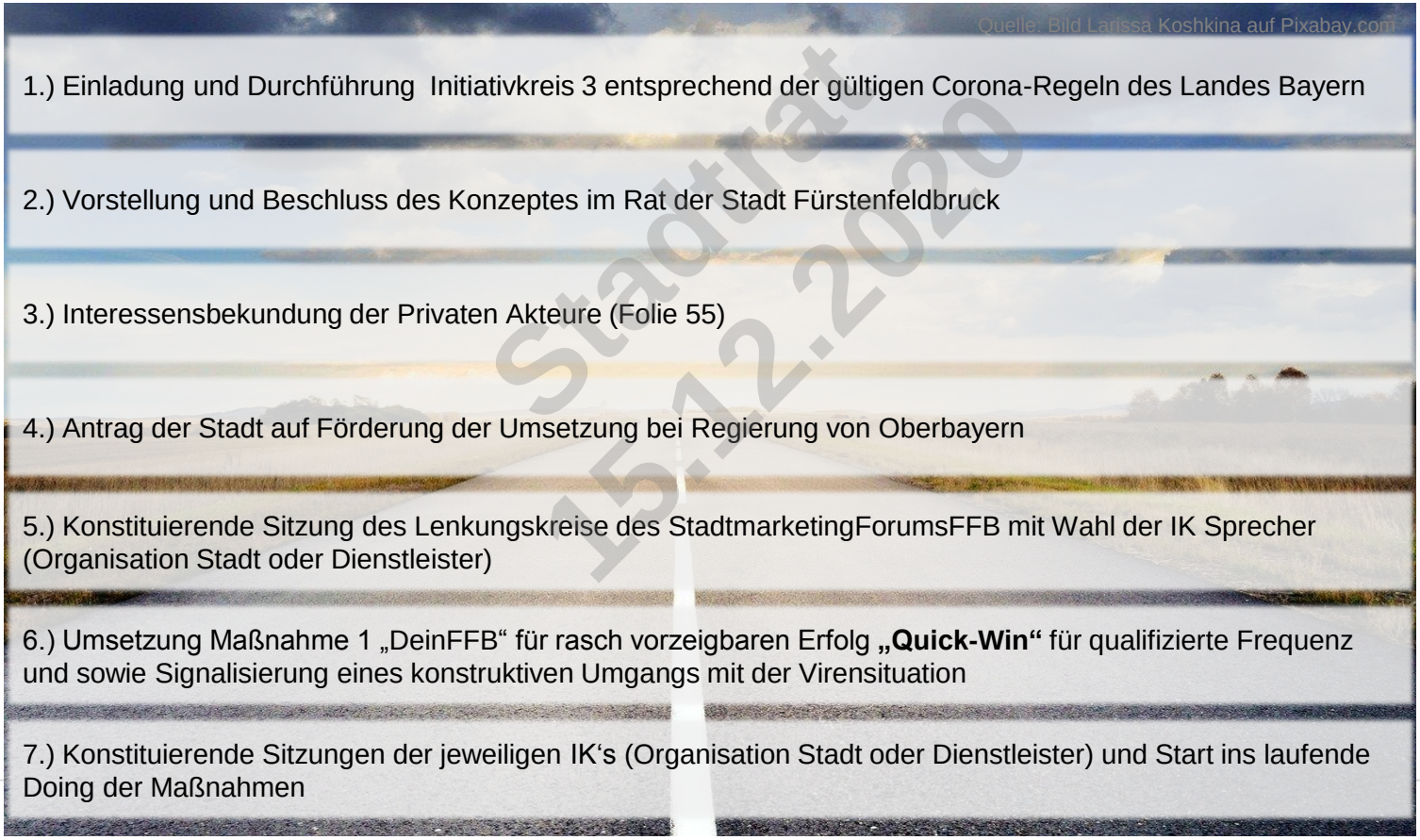
Stadtrat 15.12.2020

Maßnahmenidee

Ich habe folgende Maßnahmenidee (kurze Beschreibung) :

O Ich wäre bereit, die Federführung bei dieser Maßnahme zu übernehmen.
O Ich bin bereit, bei dieser Maßnahme mitzuwirken
O Ich bin Ideengeber, möchte mich an der Umsetzung jedoch aktuell nicht beteiligen.

6. Fazit und Ausblick – die nächsten Schritte



1.) Einladung und Durchführung Initiativkreis 3 entsprechend der gültigen Corona-Regeln des Landes Bayern

2.) Vorstellung und Beschluss des Konzeptes im Rat der Stadt Fürstenfeldbruck

3.) Interessensbekundung der Privaten Akteure (Folie 55)

4.) Antrag der Stadt auf Förderung der Umsetzung bei Regierung von Oberbayern

5.) Konstituierende Sitzung des Lenkungskreise des StadtmarketingForumsFFB mit Wahl der IK Sprecher (Organisation Stadt oder Dienstleister)

6.) Umsetzung Maßnahme 1 „DeinFFB“ für rasch vorzeigbaren Erfolg **„Quick-Win“** für qualifizierte Frequenz und sowie Signalisierung eines konstruktiven Umgangs mit der Virensituation

7.) Konstituierende Sitzungen der jeweiligen IK‘s (Organisation Stadt oder Dienstleister) und Start ins laufende Doing der Maßnahmen

© imakomm, 2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2253/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Fortschreibung Klimaschutzkonzept; Grundsatzbeschluss			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	41-Mü	Erstelldatum	13.10.2020	
Verfasser	Müller, Thomas	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	1. Beschlussbuchauszug zu TOP 4 Klimanotstand aus der Sitzung des UVA am 14.07.2020 2. Beschlussbuchauszug zu TOP 10 Klimanotstand aus der Sitzung des Stadtrats am 21.07.2020 3. Entwurf zur Erarbeitung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie 4. Beschlussbuchvorabauszug zu TOP 14 Klimaneutralität bis 2035 aus der Sitzung des Stadtrats am 24.11.2020

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung eines integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepts vorzubereiten. Den zuständigen politischen Gremien soll dazu die Leistungsbeschreibung einer möglichen Ausschreibung zu einem späteren Zeitpunkt zur Entscheidung vorgelegt werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Entscheidung, ob und wenn ja welchen externen Rahmen sich die Stadt zusätzlich im Bereich Klima gibt, den zuständigen politischen Gremien zu einem späteren Zeitpunkt zur Entscheidung vorzulegen.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Umweltbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat	Stadtjugendrat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz			hoch		
Umweltauswirkungen			hoch		
Finanzielle Auswirkungen			Nein		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung					€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten	keine keine			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Sachstand:

Am 04. Mai 2010 ist die Stadt dem Konvent der Bürgermeister/innen beigetreten und gehört damit zu einem Netzwerk von Kommunen, die noch mehr für den Klimaschutz leisten möchten als von der EU vorgegeben. Als Grundlage für die Berechnung der städtischen Emissionen und deren Einsparung wird eine CO2-Bilanzierung aus dem Jahr 2005 als sogenannte Basisinventarisierung herangezogen. Im Jahr 2015 erfolgte im Rahmen des vom Konvent der Bürgermeister geforderten Full-Monitorings eine weitere CO2-Bilanzierung, die durch ein externes Büro erstellt wurde. Die durchgeführten CO2-Bilanzierungen ergaben im Zeitraum von 2005 bis 2015 eine berechnete Einsparung der spezifischen CO2-Emissionen pro Einwohner von 17 %. Nimmt man eine entsprechende Trendfortschreibung für die seit der letzten CO2-Bilanzierung 2015 vergangen rund fünf Jahre an, ergibt sich im Zeitraum von 2005 bis zum Ende des Jahres 2020 eine voraussichtliche geschätzte Einsparung von rund 25,5 %. Daraus lässt sich ableiten, dass das freiwillig selbst gesetzte Ziel der Stadt Fürstenfeldbruck, eine Senkung der jährlichen CO2-Emissionen um 35 %, nicht erreicht wird. Das Minimalziel, für das man sich im Rahmen des Konvents 2020 verpflichtet hat, eine Senkung der jährlichen CO2-Emissionen um mindestens 20 %, wird erreicht und leicht übertroffen.

Die Zielsetzung, die sich die Stadt im Rahmen des Konvents der Bürgermeister gesetzt hat, läuft mit dem Jahr 2020 aus. Die Stadt muss daher darüber entscheiden, wie es im Bereich Klimaschutz auf städtischer Ebene weitergeht – sprich wie man sich strategisch für die kommenden Jahre aufstellt. Dabei geht es einerseits um die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen die Fortschreibung einer städtischen Strategie im Bereich Klima und andererseits um die Entscheidung ob und wenn ja, welchen externen Rahmen sich die Stadt zukünftig setzen möchte. Mit letzterem verbunden ist damit die Entscheidung, ob die Stadt weiterhin Mitglied im Konvent der Bürgermeister sein möchte oder alternative Wege einschlägt.

Stadtrat 15.12.2020

Ein Klimaschutzkonzept oder auch Strategie genannt beschreibt, wie eine große Zielsetzung konkret umgesetzt werden kann. Sie verbindet damit ein Leitziel über entsprechende Oberziele und Unterziele mit den konkreten Maßnahmen. Im Rahmen dieser Beschlussvorlage wird eine erste Projektskizze vorgestellt, wie ein solches Konzept entwickelt werden kann.

Aktuelle Beschlusslage:

Am 21.07.2020 wurde vom Stadtrat folgender Grundsatzbeschluss gefasst: *„Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.“* (siehe Anlagen 1 und 2 Beschlussbuchauszug UVA und Stadtrat)

In der UVA Sitzung am 13.10.2020 wurde die Verwaltung beauftragt, die Ideen und Anregungen, auf Grundlage der aufgestellten Einordung, aus den eingereichten Positionspapieren von Stadtjugendrat, Fridays for Future Fürstenfeldbruck und Umweltbeirat in die weitere strategische Arbeit einfließen zu lassen. Im März 2021 ist geplant, den politischen Gremien geeignete Oberziele, Unterziele und Maßnahmen zur

Entscheidung vorzulegen. Dazu ist vorgesehen, insbesondere die einreichenden Gruppierungen im Vorfeld weiter zu beteiligen.

Ebenfalls in der UVA Sitzung am 13.10.2020 wurde, auf Grundlage der Forderung der Gruppe Fridays for Future Fürstenfeldbruck und des thematisch ähnlichen Sachantrags Nr. 193/2020-2026, dem Stadtrat von Seiten des UVA empfohlen zu beschließen, dass Fürstenfeldbruck seine Treibhausgas-Emissionen bis spätestens 2035 unter dem Strich auf null reduziert. Dies entspricht der Zielsetzung einer so genannten bilanziellen Klimaneutralität bis 2035. Bei dieser Zielsetzung handelt es sich um eine Konkretisierung des bereits gefassten Beschlusses in der Stadtratssitzung vom 21.07.2020, der Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anzuerkennen. In der Stadtratssitzung am 24.11.2020 ist der Stadtrat der mit großer Mehrheit getroffenen Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau gefolgt und hat die bilanzielle Klimaneutralität bis 2035 als Leitziel für die Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klima beschlossen (siehe Anlage 4).

Weiteres strategisches Vorgehen:

In einem weiteren Schritt geht es nun darum, zu entscheiden, ob eine Strategie entwickelt werden soll, wie ein solches Ziel erreicht werden kann. Eine solche Strategie ist ein Plan, der strukturiert aufzeigt, in welchen Teilbereichen welche Ober- und Unterziele verfolgt werden müssen, um das große Leitziel zu erreichen. Zugleich umfasst er auch die konkreten Maßnahmen, die wiederum Teilbereichen, Ober- und Unterzielen zugeordnet werden. Ein solche Strategie ist zur Erreichung eines komplexen Ziels unter anderem wichtig, um koordiniert in Richtung der Zielerreichung arbeiten zu können, Widersprüche vorzeitig auszuräumen und auch sowohl extern, als auch intern Orientierung zu geben.

Stadtrat 15.12.2020

Im Rahmen der Bewerbung zum Modellvorhaben „Klimagerechter Städtebau“ des Bayerischen Staatsministeriums wurde von der Verwaltung eine Projektskizze erstellt. Die Stadt hat sich beim Modellvorhaben mit einer bewusst offen formulierten Projektidee um mögliche Fördergelder beworben (siehe Anlage 3). Diese Projektskizze kann als erste Annäherung an das Thema gesehen werden. Hierbei wird beschrieben, welche Maßgaben bei einer solchen Konzepterstellung aus Sicht der Verwaltung wichtig sind. Auch eine erste grobe Kostenschätzung ist enthalten. Der zeitliche Rahmen umfasst im Entwurf eine Analyse- und eine Erstellungsphase, die einen Gesamtprojektzeitraum von drei Jahren vorsieht. Die Vergabe ist für das Jahr 2021 terminiert, der Abschluss für das Jahr 2023. Die erste grobe Kostenkalkulation geht von Gesamtkosten in Höhe von 79.500 Euro aus, die sich in gleiche Teile auf die Jahre 2021, 2022 und 2023 aufteilt. Die Kosten wurden hierfür bereits vorsorglich für die entsprechenden Jahre im Haushalt angemeldet. Um eine Teilförderung der Kosten wurde sich mit der genannten Bewerbung bemüht, leider hat die Stadt keine Förderzusage erhalten. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der enthaltenen Kostenschätzung um eine erste grobe Annäherung auf Grundlage vergleichbarer Konzepte in anderen Kommunen handelt. Ein genauer Kostenvoranschlag kann nur durch eine weitere Konkretisierung der Inhalte erreicht werden. Hierbei bieten sich durch die Einbindung oder auch Ausgrenzung von Leistungen noch weitreichende Möglichkeiten der Kostengestaltung. Es ist geplant, sich um alternative Fördermöglichkeiten zu bemühen.

Ein weiterer Punkt auf den die Verwaltung bereits zum jetzigen Zeitpunkt hinweisen möchte ist, dass eine ambitionierte Zielsetzung im Bereich Klima Mut und Weitsicht auch in jeglichen vermeintlich kleinen Entscheidungen benötigt. Dabei darf im Sinne der großen Zielsetzung auch vor scheinbar größeren Investitionen nicht zurückgeschreckt werden. Die häufig kurzfristig wirtschaftlich günstigere Lösung kann hohe langfristige Kosten gerade in Bezug auf die Klimaschutz und Klimaanpassung nach sich ziehen. Kommunale Investitionen, die jetzt im Sinne des weitreichenden und interdisziplinären Themas Klima getätigt werden, zahlen sich zukünftig aus, da so frühzeitig langfristige Weichenstellungen getroffen werden. Um diese Entscheidungen strategisch langfristig treffen zu können, kann aus Sicht der Verwaltung eine integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie einen wichtigen Beitrag liefern.

Um als Stadt die richtigen Weichenstellungen zu setzen empfiehlt die Verwaltung, sich bei der Erstellung externe Unterstützung zu leisten. Dabei sollen Synergieeffekte genutzt werden, aus in der Verwaltung vorhandener Expertise, als auch der neutrale und zugleich fachlich fundierte Blick von außen. Welche Inhalte dabei intern durch die Verwaltung erstellt und geleistet werden, und welche extern vergeben werden, muss dabei zu einem späteren Zeitpunkt noch abgesteckt werden und kann abschließend durch eine gezielte Ausschreibung umgesetzt werden.

Stadtrat
15.12.2020

<u>Möglichkeiten der Rahmensetzung:</u>

Bei einer strategischen Ausrichtung ist es empfehlenswert, neben den konkreten Inhalten wie Maßnahmen auch über eine mögliche Rahmensetzung zu diskutieren. Einen internen Rahmen gibt einerseits der bereits gefasste Grundsatzbeschluss vom 21.07.2020 vor, inhaltlich konkretisiert wird er darüber hinaus durch den Beschluss der bilanziellen Klimaneutralität bis 2035. Ein solcher interner Rahmen, auch Leitziel genannt, ist grundsätzlich empfehlenswert.

Eine Entscheidung darüber, ob und wenn ja, in welcher Form sich die Stadt Fürstenfeldbruck auch einen externen Rahmen ergänzend setzen möchte, wird empfohlen erst zu einem späteren Zeitpunkt festzulegen. Ein externer Rahmen kann beispielsweise durch eine Mitgliedschaft verbunden mit Verpflichtungen zu bestimmten Ziel- und Monitoring-Rahmensetzungen erfolgen. Zu nennen ist hierbei beispielsweise die Möglichkeit, die bestehende Mitgliedschaft im *Konvent der Bürgermeister* zu erneuern oder sich einer für Fürstenfeldbruck neuen Alternative anzuschließen, wie exemplarisch den *European Climate Adaptation Award (eca)*. Hierbei muss genau abgewogen werden, welche Vor- und Nachteile ein solcher externer Rahmen bietet.

Aus Sicht der Verwaltung sollten zum jetzigen Zeitpunkt aber zunächst die Schwerpunkte innerhalb der Stadt Fürstenfeldbruck bzw. der innere Rahmen evaluiert und festgezurrt werden, um im Anschluss auf dieser Grundlage über einen möglichen externen Rahmen zu debattieren. Es ist darauf hinzuweißen, dass es auch die Möglichkeit gibt, sich keinen klassischen externen Rahmen zu geben. Dies ermöglicht evtl. Freiräume eigene Kapazitäten noch gezielter auf die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zu legen. Angedacht kann hierbei auch eine stärkere Fokussierung auf eine regionale Rahmensetzung in Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen und Kreisen sein.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine abschließende Entscheidung ob und im Zweifel welchen externen Rahmen sich die Stadt Fürstenfeldbruck geben möchte, erst zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden sollte.

Wichtig ist der Verwaltung zu betonen, dass im Rahmen der strategischen Arbeit die konkreten Maßnahmen auch weiterhin im Vordergrund stehen sollen. Daher handelt es sich bei der Erarbeitung eines neuen oder auch aktualisierten Konzepts um einen laufenden Prozess, der die konkrete Maßnahmenumsetzung nicht blockieren darf. Während ein neuer Rahmen erarbeitet wird, sollen die bisherigen Maßnahmen sowie die Ideen und Anregungen zu neuen Maßnahmen nicht ruhen, sondern im Sinne des neuen Konzepts fortgesetzt und intensiv weiterentwickelt werden. Hierbei kann von einem schrittweise erfolgenden Vorgehen gesprochen werden, das der zeitlichen Dringlichkeit des Themas Klima gerecht werden soll.

Zusammenfassung und weiteres Vorgehen:

Die Verwaltung sieht die Erstellung einer Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie, auch Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept genannt, als wichtigen Schlüssel, um dem Thema Klima in der Stadt Fürstenfeldbruck einen starken inneren Rahmen zu geben – ein Gerüst, dass Leitziel, Oberziele, Unterziele und Maßnahmen sinnvoll verbindet. Ziel ist dabei, den bereits gefassten Grundsatzbeschluss und die durch den Stadtrat im November beschlossene Spezifizierung in Form des Leitziels „Bilanzielle Klimaneutralität 2035“ in Richtung der konkreten Umsetzung zu bringen. Ob sich die Stadt darüber hinaus dazu entschließt, sich zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich, einen externen Rahmen zu setzen ist hiervon nicht berührt.

Die strategische Arbeit soll dabei konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise die Überarbeitung des kommunalen Förderprogramms zur Energieeinsparung, in ihrer Umsetzung nicht blockieren. Deren Weiterentwicklung und Umsetzung soll auch weiterhin parallel verfolgt werden.

Die vorläufige Zeitplanung sieht aktuell vor, für das Frühjahr 2021, im Falle eines positiven Beschlusses bezüglich der Beauftragung der Verwaltung, die Erstellung eines integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepts und einen Vorschlag für eine Leistungsbeschreibung für eine evtl. externe Ausschreibung vorzubereiten. Zu einem späteren Zeitpunkt soll von Seiten der Verwaltung auch nochmals eine Einschätzung zum Punkt externe Rahmensetzung gegeben werden.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat 15.12.2020

Auszug
aus der Niederschrift über die
1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
vom 14.07.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boß; Herr Thomas Brückner; Frau Karin Geißler; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Irene Weinberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Georg Stockinger;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4	**Sachantrag Nr. 171 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Antrag auf Resolution zum Klimanotstand**

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1940/2019/2 vom 29.06.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Stadtrat Halbauer stellt den Sachvortrag dem Gremium vor.

Herr Stadtrat Kellerer hat diese Probleme mit seiner Fraktion besprochen. Diese hatten ein Problem mit dem Wort „Notstand". Die Fraktion ist aber auf jeden Fall der Meinung, dass jeder mitmachen sollte. Eine Idee wäre eine sog. „Klimaaktie". Diese ist in München und in Starnberg schon eingeführt worden. Es können sich Firmen oder Privatpersonen daran beteiligen. Das Geld wird vor Ort für den Klimaschutz eingesetzt.

Die Fraktion möchte einen Änderungsantrag stellen.

Das Wort Klimanotstand soll aus dem Beschluss rausgenommen werden. Des Weiteren soll die Klimaaktie eingeführt werden. Außerdem sollen die Stadtwerke die Fernwärme vorantreiben und prüfen, wie man elektrische Energie in Form von einem Akku bzw. die Wasserstoffgewinnung aus dem Stromüberschuss speichern kann.

Herr Stadtrat Götz hat ein großes Problem mit diesem Antrag. Es ist auch relativ bezeichnend, dass sowohl Friday vor Future als auch der Stadtjugendrat in Zusammenarbeit mit dem Umweltbeirat diesen Klimanotstand nicht ausrufen wollen.

Die Fraktion wird diesem Beschlussvorschlag nicht folgen.

Frau Stadträtin Dr. Zierl fände es besser, den Antrag mit den gesamten Maßnahmen im Oktober im UVT zu behandeln. Sie schlägt vor, dass der Punkt 1 beschlossen wird ohne das Wort „Klimanotstand".

Nach reger Diskussion kam das Gremium zu folgendem

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau empfiehlt dem Stadtrat:

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

1. erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

2. Die Behandlung des Sachantrags ist nicht abgeschlossen.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 28.07.2020

Christine Hess
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

Auszug
aus der Niederschrift über die
5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 21.07.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boß; Herr Lukas Braumiller; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Johanna Luise Mellentin; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Georg Stockinger; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 10	**Sachantrag Nr. 171 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Antrag auf Resolution zum Klimanotstand**

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1940/2019/2 „Sachantrag Nr. 171 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Antrag auf Resolution zum Klimanotstand (Anlagen: 1. Sachantrag Nr.171l2014-2020; Antrag: Resolution zum Klimanotstand (Halbauer / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 2. Resolution zum Klimanotstand - Klima Bündnis)“ vom 29.06.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **StR Halbauer** skizziert kurz die Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau am 14.07.2020. Er möchte klarstellen, dass es sich nicht um einen Notstands-Tatbestand nach Art. 35 Grundgesetz (GG) handelt.
Es soll einen internen Arbeitskreis geben, um das Thema Klimarelevanz von Entscheidungen des Stadtrates stärker zu gewichten und besser darzustellen. Es sollte auch eine Form der Evaluation geben, um die Fortschritte sichtbar zu machen.
Herr StR Halbauer sagt abschließend, dass die Resolution einstweilen zurückgestellt wird und ein Kompromiss beschlossen wird, nämlich dass die Stadt Fürstenfeldbruck die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkennt.

Frau **StR’in und Klimaschutzreferentin Dr. Zierl** bedankt sich für die konstruktive und gute Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau und sieht den Kompromissbeschluss als weiteren Meilenstein an, den die Stadt Fürstenfeldbruck hier

setzt. Der nächste Schritt ist nun im Herbst die Vorlage des Maßnahmenkatalogs von „Fridays for future“ und dem Umweltbeirat sowie die einzelnen Anträge aus den Stadtratsfraktionen.

Herr **StR Lohde** und Herr **StR Götz** begrüßen den Kompromissvorschlag aus der Vorberatung und erkennen die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

Es ergeht folgender

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

1. erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

2. Die Behandlung des Sachantrags ist abgeschlossen.

Ja-Stimmen: **40**
Nein-Stimmen: **1**

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 17.08.2020

S. Trnka

Sophie Trnka
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

Bewerbung Modellvorhaben „Klimagerechter Städtebau“

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Fürstenfeldbruck, den 25.08.2020

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck bewirbt sich mit dem Projekt unter dem Arbeitstitel „Erstellung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie“ um Zuwendungen im Rahmen des Modellvorhabens „Klimagerechter Städtebau“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Es folgt eine vorläufige Projektbeschreibung mit Darstellung der Handlungsfelder und eine Kostenschätzung. Ein Grundsatzbeschluss der Stadt zum Projekt ist in Vorbereitung und ist für Herbst 2020 geplant.

Stadtrat 15.12.2020

1. Einleitung

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck hat in der Stadtratssitzung am 21. Juli 2020 beschlossen, die Eindämmung der Klimakrise und ihrer Folgen als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen. Der Beschluss ist Ausdruck einer zukünftig noch stärkeren Gewichtung von Aspekten des Klimas. Aus der vorangegangenen Diskussion um diesen Beschluss geht klar hervor, dass es sich beim Beschluss ausdrücklich nicht um eine abstrakte isolierte Absichtserklärung handelt. Vielmehr soll dieser Beschluss die bisher ambitioniert verfolgten Klimaschutzziele und -maßnahmen weiter stärken. Im Sinne dieses Beschlusses soll darüber hinaus ein Prozess angestoßen werden, der sowohl langfristige Zielsetzungen sammelt, diskutiert und einen Beschluss vorbereitet, als auch die bestehenden Maßnahmen überprüft und weiter ergänzt.

Im Rahmen einer Neuaufstellung einer unter dem Arbeitstitel geplanten „Erstellung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie“ sollen neben dem Klimaschutz insbesondere auch Aspekte der Klimaanpassung integriert betrachtet werden. Geplant ist hierbei neben einer Vulnerabilitätsanalyse auch die Ableitung von geeigneten abgestimmten Maßnahmen, die beiden Bereichen abwägend gerecht werden.

Zielsetzung ist einen kommunalen Fahrplan im Bereich Klima für einen Zeithorizont der nächsten 15 Jahre zu entwickeln. Bestehende Ziele und Maßnahmen werden aufgegriffen und um neue mutige Ziele und Maßnahmen ergänzt. Dabei möchte die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck sich ausdrücklich an innovativen Vorbildern, wie beispielsweise der Stadt Freiburg orientieren. Freiburg ist mit seinem städtischen Klimaanpassungskonzept gegen Hitzebelastung Preisträger als „Klimaaktive Kommune 2019“ und hat auf der Grundlage einer fundierten Analyse von Hitzeinseln geeignete städtebauliche Maßnahmen abgeleitet.

Zugleich sollen stadtspezifische eigene Impulse gesetzt werden. Dabei sollen gezielt Stärken und Chancen identifiziert werden, aber auch Schwächen und Risiken. Dies können beispielsweise Chancen im Zuge der geplanten Konversion des Fliegerhorstes als vorbildliches neues Stadtquartier sein. Risikobelastet könnten beispielsweise hochverdichtete Innenstadtbereiche in Fürstenfeldbruck sein, die frühzeitig als Hitzeinseln zu identifizieren sind, um so durch gezielte vorsorgende städtebauliche Maßnahmen agieren zu können. Angedacht könnten hier Maßnahmen, wie beispielsweise Fassadenbegrünungen und Flächen zur Kühlung durch Verdunstung genannt werden. Bestehende lokale Zusammenschlüsse wie exemplarisch der Ernährungsrat Fürstenfeldbruck sollen identifiziert und gezielt in eine Strategie eingebunden werden. Dabei ist insbesondere auch das Vernetzen von entsprechenden Initiativen angedacht. Zugleich sind auch Schwächen zu identifizieren, um auf diese gezielt frühzeitig reagieren zu können.

2. Projektbeschreibung

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck beabsichtigt die Erstellung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie. Weitere Einzelheiten zum Projektvorhaben sind nachfolgend beschrieben.

Stadtrat 15.12.2020

a. Rahmenbedingungen

Die Stadt Fürstenfeldbruck möchte die Chance ergreifen, die bestehenden städtischen Anstrengungen zum Klimaschutz engagiert in die Zukunft gerichtet weiterzuführen.

Fürstenfeldbruck kann hierbei eine Reihe von bereits laufende Projekte und Maßnahmen aufweisen, an die das neue Konzept anschließen muss und diese innovativ und kreativ Weiterentwickeln soll. Dabei soll das neue Konzept insbesondere den Brückenschlag zwischen den einzelnen Projekten und Maßnahmen schlagen und evtl. Widersprüche und Abwägungsbedarf aufzeigen.

Gerade in der Abwägung zwischen Argumenten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

Als innovative Projekte soll hierbei exemplarisch an dieser Stelle das laufende städtische Projekt „Graue Energie“ genannt werden. Hierbei wird ein Bewertungstool entwickelt, dass bei der Abwägung zwischen dem Erhalt von Bestandsgebäuden und einem potenziell vergleichbaren Neubau unterstützt. Dabei werden vielfältige Aspekte der Nachhaltigkeit erfasst, die soziale, ökonomische und ökologische Indikatoren systematisch erfasst und in ein Bewertungsschema einpflegt.

b. Vorläufige Projektinhalte

Beim geplanten Projekt sollen die Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung möglichst frühzeitig bei Planungsentscheidungen berücksichtigt werden. Mit Hilfe einer städtischen integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie sollen städtebauliche Anpassungs-maßnahmen an den Klimawandel im Gemeindegebiet entwickelt werden. Das Konzept soll die Stadt Fürstenfeldbruck unterstützen, die Auswirkungen von geplanten, zukünftigen Maßnahmen auf das Stadtklima beurteilen zu können.

Wichtige Teilbereiche des Projekts sind daher:

1. Gezielte Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung des gesamten Konzepts
2. Beteiligung von bestehenden Gremien und Gruppierungen wie beispielsweise „Fridays for Future“, Seniorenbeirat und Stadtjugendrat
3. Abstimmung mit umliegenden Kommunen und insb. dem Landkreis Fürstenfeldbruck
4. Entwicklung einer klaren Vision für den Bereich Klima, die sowohl dem Klimaschutz, als auch der Klimaanpassung integrativ gerecht wird
5. Entwicklung entsprechender Oberziele bzw. Leitlinien
6. Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenkatalogs mit einer klaren Priorisierung bezüglich der zeitlichen, personellen und finanziellen Umsetzungsmöglichkeiten
7. Handhabbares Monitoringkonzept zur fortlaufenden Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der erarbeitenden Ziele und Maßnahmen

Die Beschreibung der Projektinhalte und Teilbereiche sind zum jetzigen Zeitpunkt bewusst nicht abschließend formuliert, um im weiteren Projektverlauf noch auf innovative Ideen und Ansätze reagieren zu können. Geplant ist daher die Beauftragung der Erstellung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie, die sich in zwei Phasen gliedert.

Die Erstellung lässt sich in folgende zwei Phasen gliedern:

Teil 1 Analyse:	Identifizierung von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken bezüglich Klimaschutz und Klimaanpassung.
Teil 2 Konzepterstellung:	Erstellung eines integrierten Klimaschutz- und Anpassungsstrategie für die Stadt Fürstenfeldbruck.

Stadtrat 15.12.2020

c. Vorläufige Zeitplanung

Aus den bereits beschriebenen Rahmenbedingungen und Projektinhalten lässt sich folgender vorläufiger Projektzeitplan ableiten:

Jahr	**Beschreibung**	**Zuständigkeit**
2020	Grundsatzbeschluss der Stadt zum Projekt	Stadtrat
2021	Ausschreibung und Vergabe für Analyse und Konzepterstellung Teil 1 Analyse: Beginn	Verwaltung Auftragnehmer
2022	Teil 1 Analyse: Abschluss Teil 2 Konzepterstellung: Beginn	Auftragnehmer Auftragnehmer
2023	Teil 2: Konzepterstellung: Abschluss	Auftragnehmer

d. Vorläufige Kostenkalkulation

Das Auftragsvolumen beläuft sich voraussichtlich auf rund 79.500 Euro förderfähige Gesamtkosten. Die Gesamtsumme verteilt sich voraussichtlich zu gleichen Teilen entsprechend des dargestellten Zeitplans gestaffelt auf drei Kalenderjahre. Die externe Ausschreibung ist nach Förderzusage für das Kalenderjahr 2021 vorgesehen.

Jahr	**Förderfähige Kosten**
2021	26.500 Euro
2022	26.500 Euro
2023	26.500 Euro

3. Zusammenfassung und Ausblick

Ziel des Modellvorhabens „Klimagerechter Städtebau“ ist es, die Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung möglichst frühzeitig bei Planungsentscheidungen zu berücksichtigen. Mit Hilfe von Stadtklimakonzepten sollen städtebauliche Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel im Gemeindegebiet dargestellt werden. Das Konzept soll die Stadt Fürstenfeldbruck unterstützen, die Auswirkungen von geplanten, zukünftigen Maßnahmen auf das Stadtklima beurteilen zu können.

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck möchte mit der beschriebenen Aufstellung einer integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie die Chance ergreifen und bewirbt sich daher um eine Förderung des vorgestellten Projekts.

Stadtrat 15.12.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 24.11.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Lukas Braumiller; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Johanna Luise Mellentin; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Georg Stockinger; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 14	**Sachantrag Nr. 193/2020-2026 ÖDP ZIERL Antrag auf Klimaneutralität bis 2035**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass Fürstenfeldbruck seine Treibhausgas-Emissionen bis spätestens 2035 unterm Strich auf „Null“ reduziert (bilanzielle Klimaneutralität).

2. Die Behandlung des Sachantrages ist abgeschlossen.

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 26.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2286/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Vorlage des Jahresabschlusses 2016 mit Rechenschaftsbericht			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	05.11.2020	
Verfasser	Höpfl, Markus	Zuständiges Amt	Amt 2	
Sachgebiet	23 Betriebswirtschaft, Baubetriebshof	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme	01.12.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Kenntnisnahme**	**15.12.2020**	**Ö**

Anlagen:	- Anlage 1: Ergebnisrechnung 2016 - Anlage 2: Finanzrechnung 2016 - Anlage 3: Vermögensrechnung (Bilanz) 2016 - Anlage 4: Anhang 2016 - Anlage 5: Anlagen zum Anhang 2016 - Anlage 6: Rechenschaftsbericht 2016

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2016 mit Anlagen zur Kenntnis.

Referent/in		Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Der Jahresabschluss ist als Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Jahres 2016 dem Stadtrat gemäß Art. 102 Abs. 1 und 2 GO vorzulegen.

Diese Vorlage dient dem Gremium zur Kenntnis und wird anschließend dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugeleitet.

Als Teil der Jahresabschlussunterlagen wurde auch die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung 2016 erstellt. Aufgrund des Umfangs von 1.580 Seiten wird diese jedoch nicht automatisch zur Verfügung gestellt sondern kann gerne über das Sachgebiet 23 eingesehen werden.

Nach Prüfung des Jahresabschlusses durch den Rechnungsprüfungsausschuss wird im Stadtrat endgültig die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO beschlossen.

Das Jahresergebnis beträgt 2.958.331,15 Euro. Die Verwaltung empfiehlt dem Gremium nach Abschluss der Prüfungen mit Feststellung des Jahresabschlusses die Ergebnisverwendung zu beschließen und hierbei einen Betrag in Höhe von 25.000,-- Euro in die Ergebnisrücklage „Hochwasser“ (gemäß dem Beschluss vom 17.09.2014) sowie den restlichen Jahresüberschuss in Höhe von 2.932.242,94 Euro in die Ergebnisrücklage einzustellen. Des Weiteren wird empfohlen, den Ergebnisvortrag des Vorjahres der Luise-Zechentmayer-Stiftung um den diesjährigen Jahresüberschuss in Höhe von 1.088,21 Euro zu reduzieren.

Stadtrat
15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Anlage zum Anhang

Anlage 19
Muster zu § 82 KommHV-Doppik

Ergebnisrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj	übertrag.HH-Ermächtigg.aus VJ	Fortgeschrie-bener Planansatz	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-49.028.375,85	-48.526.000,00		-48.526.000,00	-56.687.095,13	-8.161.095,13
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.182.108,66	-8.940.050,00		-8.940.050,00	-9.191.340,99	-251.290,99
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.787.763,85	-7.532.800,00		-7.532.800,00	-7.648.359,57	-115.559,57
5	+ Auflösung von Sonderposten	-3.235.550,04	-1.434.225,00		-1.434.225,00	-2.089.211,50	-654.986,50
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.062.013,10	-1.917.250,00		-1.917.250,00	-2.061.987,51	-144.737,51
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-794.120,04	-1.074.850,00		-1.074.850,00	-1.084.372,22	-9.522,22
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.104.094,53	-4.493.400,00		-4.493.400,00	-1.827.852,37	2.665.547,63
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	-54.586,51	-30.700,00		-30.700,00	-48.305,73	-17.605,73
10	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
S1	**= Ordentliche Erträge (Zeilen 1 bis 10)**	**-80.248.612,58**	**-73.949.275,00**		**-73.949.275,00**	**-80.638.525,02**	**-6.689.250,02**
11	- Personalaufwendungen	17.571.771,20	18.458.350,00	10.460,79	18.468.810,79	18.912.098,03	443.287,24
12	- Versorgungsaufwendungen	143.258,64	214.000,00	0,00	214.000,00	169.739,91	-44.260,09
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.818.699,03	13.969.827,00	17.084,13	13.986.911,13	11.567.482,95	-2.419.428,18
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.709.917,23	6.394.500,00	0,00	6.394.500,00	6.882.876,52	488.376,52
15	- Transferaufwendungen	30.663.434,41	31.413.200,00	0,00	31.413.200,00	36.428.073,12	5.014.873,12
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.828.302,61	2.898.800,00	58.695,93	2.957.495,93	3.085.021,70	127.525,77
S2	**= Ordentliche Aufwendungen (Zeilen 11 bis 16)**	**69.735.383,12**	**73.348.677,00**	**86.240,85**	**73.434.917,85**	**77.045.292,23**	**3.610.374,38**
S3	**= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 und S2)**	**-10.513.229,46**	**-600.598,00**	**86.240,85**	**-514.357,15**	**-3.593.232,79**	**-3.078.875,64**
17	+ Finanzerträge	-268.630,19	-188.600,00	0,00	-188.600,00	-279.789,17	-91.189,17
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.234.970,99	946.000,00	0,00	946.000,00	937.788,19	-8.211,81
S4	**= Finanzergebnis (Saldo Zeilen 17 und 18)**	**966.340,80**	**757.400,00**	**0,00**	**757.400,00**	**657.999,02**	**-99.400,98**
S5	**= Ordentliches Ergebnis (S3 und S4)**	**-9.546.888,66**	**156.802,00**	**86.240,85**	**243.042,85**	**-2.935.233,77**	**-3.178.276,62**
19	+ Außerordentliche Erträge	-26.765,28	-500,00	0,00	-500,00	-23.097,38	-22.597,38
20	- Außerordentliche Aufwendungen	53,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S6	**= Außerordentliches Ergebnis (Saldo Zeilen 19 und 20)**	**-26.711,35**	**-500,00**	**0,00**	**-500,00**	**-23.097,38**	**-22.597,38**
S7	**= Jahresergebnis (S5 und S6)**	**-9.573.600,01**	**156.302,00**	**86.240,85**	**242.542,85**	**-2.958.331,15**	**-3.200.874,00**

Kopie für Dienstgebrauch

Stadtrat
15.12.2020

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Anlage zum Anhang

Anlage 20
Muster zu § 83 KommHV-Doppik

Finanzrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj	übertrag.HH-Ermächtigg. aus Vj	Fortgeschriebener Planansatz	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
1	Steuern u. ähnliche Abgaben	48.354.684,72	48.526.000,00		48.526.000,00	55.576.746,84	7.050.746,84
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.381.667,03	8.940.050,00		8.940.050,00	8.780.485,41	-159.564,59
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.248.849,18	6.543.700,00		6.543.700,00	6.759.629,22	215.929,22
5	+ Privatrechtl. Leistungsentgelte	2.101.830,43	1.917.250,00		1.917.250,00	1.777.796,30	-139.453,70
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	773.227,68	1.074.850,00		1.074.850,00	1.023.789,86	-51.060,14
7	+ Sonstige Einzahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	1.432.132,15	1.335.800,00		1.335.800,00	1.347.461,53	11.661,53
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	349.606,73	189.100,00		189.100,00	216.500,75	27.400,75
S1	**= Einzahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 bis 8)**	**70.641.997,92**	**68.526.750,00**		**68.526.750,00**	**75.482.409,91**	**6.955.659,91**
9	- Personalauszahlungen	-17.586.047,07	-18.311.850,00	-4.853,12	-18.316.703,12	-17.995.412,27	321.290,85
10	- Versorgungsauszahlungen	-143.258,64	-214.000,00	0,00	-214.000,00	-169.739,91	44.260,09
11	- Auszahlungen f. Sach- u. Dienstleistungen	-11.288.852,31	-13.969.827,00	-17.084,13	-13.986.911,13	-11.558.202,06	2.428.709,07
12	- Transferauszahlungen	-27.355.944,14	-33.612.200,00	0,00	-33.612.200,00	-32.335.643,24	1.276.556,76
13	- Sonstige Auszahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	-2.422.503,96	-2.898.800,00	0,00	-2.898.800,00	-2.739.162,66	159.637,34
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-996.113,53	-946.000,00	0,00	-946.000,00	-70.260,48	875.739,52
S2	**= Auszahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 bis 14)**	**-59.792.719,65**	**-69.952.677,00**	**-21.937,25**	**-69.974.614,25**	**-64.868.420,62**	**5.106.193,63**
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 und S2)**	**10.849.278,27**	**-1.425.927,00**		**-1.447.864,25**	**10.613.989,29**	**12.061.853,54**
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.872.117,93	2.714.250,00		2.714.250,00	2.329.129,96	-385.120,04
16	+ Ez. aus Invest.beiträgen u.ä.Entgelten f.I.tätig	285.270,93	325.000,00		325.000,00	86.839,87	-238.160,13
17	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Sachvermögen	5.367.631,27	3.875.600,00		3.875.600,00	385.830,79	-3.489.769,21
18	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	27.856,15	122.000,00		122.000,00	20.919,72	-101.080,28
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 15 bis 19)**	**8.552.876,28**	**7.036.850,00**		**7.036.850,00**	**2.822.720,34**	**-4.214.129,66**

Entwurf Haushalt

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Anlage zum Anhang

Anlage 20
Muster zu § 83 KommHV-Doppik

Finanzrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj	übertrag.HH-Ermächtigg. aus Vj	Fortgeschriebener Planansatz	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
20	- Auszahlungen f. Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-53.867,68	-342.300,00	-5.967,00	-348.267,00	-94.280,55	253.986,45
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.994.977,44	-11.668.300,00	-5.224.000,00	-16.892.300,00	-5.137.919,63	11.754.380,37
22	- Auszahlungen für Erwerb von bewegl. Sachvermögen	-1.254.719,03	-1.476.350,00	-384.758,83	-1.861.108,83	-732.959,38	1.128.149,45
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	-100.000,00	-100.000,00
24	- Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	-432.656,79	-440.000,00	-177.500,00	-617.500,00	-178.759,14	438.740,86
S5	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 20 bis 25)**	**-6.736.220,94**	**-13.926.950,00**	**-5.792.225,83**	**-19.719.175,83**	**-6.243.918,70**	**13.475.257,13**
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Saldo S4 und S5)**	**1.816.655,34**	**-6.890.100,00**		**-12.682.325,83**	**-3.421.198,36**	**9.261.127,47**
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S3 und S6)**	**12.665.933,61**	**-8.316.027,00**		**-14.130.190,08**	**7.192.790,93**	**21.322.981,01**
26A	+ Einz. aus der Aufnahme von Krediten	0,00	10.248.950,00	0,00	10.248.950,00	1.000.000,00	-9.248.950,00
26B	+ Einz. a.d.Kreditaufn.wirts.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26C	+ Einz. a.Schuldendiensthilfen zur Tilgung v. Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 26a und 26c)**	**0,00**	**10.248.950,00**	**0,00**	**10.248.950,00**	**1.000.000,00**	**-9.248.950,00**
27A	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-5.046.582,58	-3.930.600,00		-3.930.600,00	-3.884.977,41	45.622,59
27B	- Ausz.z.Tilgung z.Kred. wirt.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 27a und 27b)**	**-5.046.582,58**	**-3.930.600,00**		**-3.930.600,00**	**-3.884.977,41**	**45.622,59**
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo S8 und S9)**	**-5.046.582,58**	**6.318.350,00**		**6.318.350,00**	**-2.884.977,41**	**-9.203.327,41**
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S7 und S10)**	**7.619.351,03**	**-1.997.677,00**		**-7.811.840,08**	**4.307.813,52**	**12.119.653,60**
28	+ Einz. aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00

Stadt Fürstenfeldbruck
Ist-Version

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Anlage zum Anhang

Anlage 20
Muster zu § 83 KommHV-Doppik

Finanzrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj	übertrag.HH-Ermächtigg. aus Vj	Fortgeschriebener Planansatz	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
29	- Ausz. für die Bildung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
S12	**= Saldo a.d. Inanspruchnahme v.Liquiditätsreserven (Saldo Zeilen 28* und 29*)**	**0,00**	**0,00**		**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	+ Einz. aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
31	- Ausz. für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
32	+ Einz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	166.470,42	6.355.625,00		6.355.625,00	870.327,22	-5.485.297,78
33	- Ausz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	-126.661,67	-3.935.300,00		-3.935.300,00	-868.458,51	3.066.841,49
S13	**= Saldo aus nicht HH-wirksamen Vorgängen (Saldo S12* bis Zeile 33*)**	**39.808,75**	**2.420.325,00**		**2.420.325,00**	**1.868,71**	**-2.418.456,29**
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	11.446.720,83	-980.150,00		-5.518.750,00	19.105.880,61	24.624.630,61
S14	**= Bestand an Finanzmitteln am Ende d.HHj=Liquide M (Saldo S11*, S13*+ Zeile 34*)**	**19.105.880,61**	**-557.502,00**		**-10.910.265,08**	**23.415.562,84**	**34.325.827,92**
35	+ Anfangsbestand sons.Liquiditätsreserven	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00
S15	**= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende d. HHj (S14* und Zeile 35*)**	**19.105.880,61**	**-557.502,00**		**-10.910.265,08**	**23.415.562,84**	**34.325.827,92**
	Nachrichtlich: Differenzierung der Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen						
	Umschuldung	0,00				0,00	
	ordentliche Tilgung	1.484.959,50				1.269.383,02	
	außerordentliche Tilgung	3.561.623,08				2.603.886,37	

Stellungnahme HSt FFB 2020

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 3

Vermögensrechnung (Bilanz) der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck zum 31.12.2016

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

	Aktiva	HH-Jahr	Vorjahr
A.	**Anlagevermögen**	**206.961.845,54 €**	**209.025.233,89 €**
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**6.077.546,40 €**	**6.265.974,52 €**
1	Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte	342.626,44 €	361.553,65 €
2	Geleistete Zuwendungen für Investitionen	5.734.919,96 €	5.904.420,87 €
3	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €
II.	**Sachanlagen**	**188.452.988,57 €**	**190.404.028,33 €**
1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	35.750.865,05 €	36.838.914,50 €
2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	88.330.291,44 €	90.318.781,79 €
	- davon Stiftungsvermögen	536.361,50 €	552.380,63 €
3	Infrastrukturvermögen	55.166.293,86 €	56.160.221,91 €
4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	2,00 €	2,00 €
5	Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	1.419.621,12 €	1.401.095,34 €
6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.571.119,91 €	1.748.851,19 €
	- davon Stiftungsvermögen	8.885,82 €	9.952,11 €
7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.326.999,47 €	3.154.786,06 €
	- davon Stiftungsvermögen	244,54 €	305,68 €
8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.887.795,72 €	781.375,54 €
III.	**Finanzanlagen**	**12.431.310,57 €**	**12.355.231,04 €**
1	Sondervermögen	1.168.075,81 €	1.168.075,81 €
2	Anteile an verbundenen Unternehmen	7.525.000,00 €	7.525.000,00 €
3	Beteiligungen	3.253.058,96 €	3.153.058,96 €
4	Ausleihungen	485.175,80 €	509.096,27 €
5	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00 €	0,00 €
B.	**Umlaufvermögen**	**30.191.656,91 €**	**26.053.435,27 €**
I.	**Vorräte**	**1.268.957,23 €**	**492.442,91 €**
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**5.507.136,84 €**	**6.455.111,75 €**
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	4.473.852,15 €	4.998.214,17 €
2.	Privatrechtliche Forderungen	932.625,36 €	362.341,60 €
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	100.659,33 €	1.094.555,98 €
III.	**Wertpapiere des Umlaufvermögens**	0,00 €	0,00 €
IV.	**Liquide Mittel**	**23.415.562,84 €**	**19.105.880,61 €**
C.	**Aktive Rechnungsabgrenzung**	**141.958,46 €**	**144.154,99 €**
D.	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**	**0,00 €**	**0,00 €**
E.	**Treuhandvermögen**	**0,00 €**	**0,00 €**
	Summe Aktiva	**237.295.460,91 €**	**235.222.824,15 €**

	Passiva	HH-Jahr	Vorjahr
A.	**Eigenkapital**	**-83.557.755,95 €**	**-80.599.114,80 €**
I.	Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-71.025.824,79 €	-71.025.514,79 €
II.	Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen	0,00 €	0,00 €
III.	Ergebnisrücklagen	-9.583.271,34 €	0,00 €
IV.	Ergebnisvortrag	9.671,33 €	0,00 €
V.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.958.331,15 €	-9.573.600,01 €
	- davon Stiftungsvermögen	-1.088,21 €	9.671,33 €
B.	**Sonderposten**	**-57.777.188,35 €**	**-58.635.896,59 €**
I.	Sonderposten aus Zuwendungen	-39.791.186,77 €	-40.067.474,33 €
	- davon Stiftungsvermögen	-458.836,22 €	-469.713,71 €
II.	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-15.583.730,55 €	-16.443.166,26 €
III.	Sonstige Sonderposten	-861.792,88 €	-815.771,88 €
IV.	Gebührenausgleich	-1.540.478,15 €	-1.309.484,12 €
C.	**Rückstellungen**	**-15.767.206,38 €**	**-15.012.249,62 €**
I.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-12.246.353,48 €	-11.543.855,27 €
II.	Umweltrückstellungen	0,00 €	0,00 €
III.	Instandhaltungsrückstellungen	0,00 €	0,00 €
IV.	Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs	0,00 €	0,00 €
V.	Rück. f. drohende Verpflichtg. aus Bürgschaften, Gewährvertr. u. verw. Rechtsgesch.,Gerichtsverf.	0,00 €	0,00 €
VI.	Sonstige Rückstellungen	-3.520.852,90 €	-3.468.394,35 €
D.	**Verbindlichkeiten**	**-78.312.270,54 €**	**-79.168.984,85 €**
I.	Anleihen	0,00 €	0,00 €
II.	Verb. aus Krediten für Investitionen	-31.347.555,50 €	-34.220.824,89 €
III.	Verb. aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00 €	0,00 €
IV.	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00 €	0,00 €
V.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	-3.174.598,15 €	-3.642.605,80 €
VI.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-42.398.423,81 €	-19.651.092,56 €
VII.	Sonstige Verbindlichkeiten	-1.391.693,08 €	-21.654.461,60 €
E.	**Passive Rechnungsabgrenzung**	**-1.881.039,69 €**	**-1.806.578,29 €**
F.	**Treuhandkapital**	**0,00 €**	**0,00 €**
	Summe Passiva	**-237.295.460,91 €**	**-235.222.824,15 €**

Fürstenfeldbruck, den 17.11.2020

Erich Raff, Oberbürgermeister

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 3

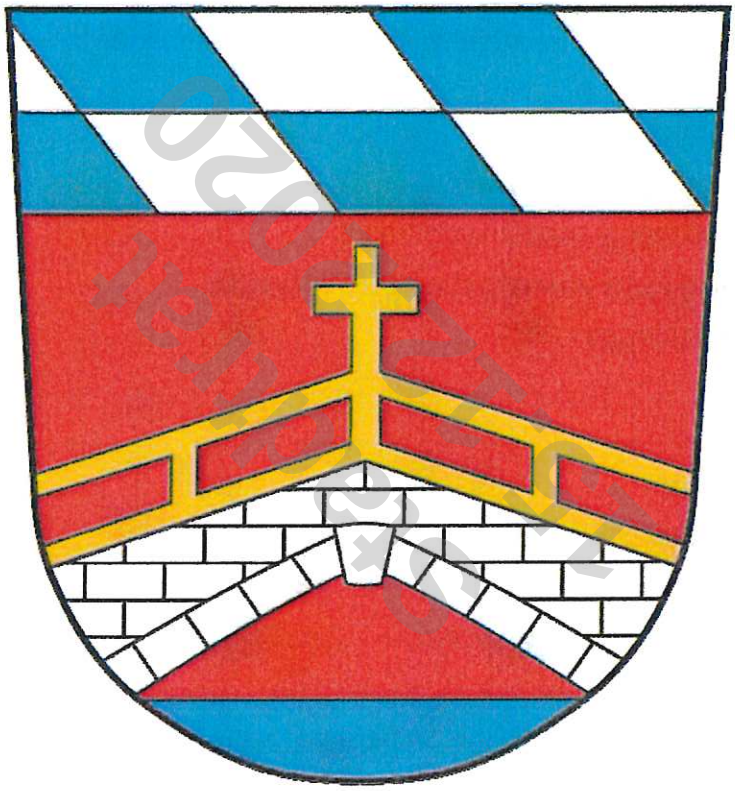
Stadtrat
15.12.2020

Anlage 4

TOP Ö 14

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck



Anhang Jahresabschluss zum 31.12.2016

1. Inhalt

2. Vorbemerkungen ... 3
3. Gliederungsgrundsätze ... 3
4. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze ... 3
Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze: ... 4
Allgemeine Bewertungsgrundsätze: ... 6
5. Erläuterungen zu den Positionen der Vermögensrechnung ... 8
A K T I V A ... 8
A. Anlagevermögen ... 8
B. Umlaufvermögen ... 15
C. Aktive Rechnungsabgrenzung ... 19
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ... 19
E. Treuhandvermögen ... 19
P A S S I V A ... 20
A. Eigenkapital ... 20
B. Sonderposten ... 22
C. Rückstellungen ... 25
D. Verbindlichkeiten ... 27
E. Passive Rechnungsabgrenzung ... 30
F. Treuhandkapital ... 30
6. Fiduziarische Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung“ ... 30
7. Ergänzende Angaben ... 31
Zusatzversorgung für Arbeitnehmer ... 31
Sparkasse Fürstenfeldbruck ... 31
Mitgliedschaften bei Zweckverbänden ... 31
Zahl der durchschnittlich Beschäftigten ... 31
Zusammensetzung des Stadtrates zum 01.01.2015 ... 32
8. Anlagen zum Anhang ... 33

Stand: 12.12.2020

288

2. Vorbemerkungen

Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Bei Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Vermögensrechnung (Bilanz) und dem Anhang. Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern (Art. 102 Abs. 1 GO).

Nach § 87 Abs. 1 KommHV-Doppik sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Haushaltslage unter dem Gesichtspunkt der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erheblichen Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Entwurf 15.12.2017

3. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach den Vorschriften des § 85 KommHV-Doppik.

Dort, wo es die Lesbarkeit oder die Transparenz erforderte, wurden weitere Untergliederungen eingefügt. Dies soll die Beurteilung der Vermögenslage der Stadt Fürstenfeldbruck erleichtern.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden der Stadt Fürstenfeldbruck zum 31.12.2016 erfolgt anhand der in der KommHV-Doppik genannten Rechtsgrundlagen (u.a. Bewertungsrichtlinie und Einkommensteuergesetz).
Die Erstellung der Vermögensrechnung erfolgt unter Beachtung der Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze:

Grundsatz der Bilanzidentität / Bilanzkontinuität

Die Darstellungsform der Bilanz ist beizubehalten (vorgegebenes Gliederungsschema).
Vorträge auf die Bilanzkonten des Folgejahres müssen mit den Schlussbeständen des abgelaufenen Haushaltsjahres übereinstimmen (Schlussbilanz = Anfangsbilanz).

Grundsatz der Wesentlichkeit

Bei der Aufstellung der Bilanz(en) müssen alle Tatbestände berücksichtigt werden, die als Information für den Bilanzempfänger dienen und seine Entscheidungen beeinflussen können.
Die Wesentlichkeit eines Sachverhaltes lässt sich nur für den Einzelfall klären.

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

Informationsnutzen und Aufwand zur Informationsbeschaffung müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen.
„Wirtschaftliches" Verhalten darf nicht zur gewollten Beeinträchtigung der Aussagefähigkeit der Bilanz führen.

Stand 15.12.2020

Vollständigkeitsgebot

Die Bilanz muss enthalten:
- Sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden,
- Rechnungsabgrenzungsposten,
- Sämtliche Aufwendungen und Erträge (Ergebnisrechnung),
- Sämtliche Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzrechnung).

Bilanzierung von Vermögensgegenständen und Schulden

Vermögensgegenstände und Schulden dürfen nur dann in die Bilanz aufgenommen werden, wenn sie bilanzierbar sind. Das ist grundsätzlich dann der Fall, wenn der Gegenstand selbstständig bewertungs- und nutzungsfähig ist und die Stadt das wirtschaftliche Eigentum daran innehat.

Bei Leasingverträgen richtet sich die Bilanzierung danach, ob das wirtschaftliche Eigentum beim Leasinggeber bleibt oder auf den Leasingnehmer (= Stadt) übergeht. Die steuerrechtlichen Vorschriften sind entsprechend anzuwenden.

Vermögensgegenstände, die dem beweglichen Vermögen zuzurechnen sind, wurden im Rahmen der permanenten Inventur ermittelt. Für immaterielles und unbewegliches Vermögen wurde eine Buchinventur durchgeführt. Auf die Erfassung der Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) im Einzelnen wertmäßig 410 Euro netto nicht übersteigen (geringwertige Wirtschaftsgüter), wurde verzichtet.

Die Aktivierungsgrundsätze lehnen sich generell an die Regelungen des Handels- und des Steuerrechtes an. Das Vermögen der nichtrechtsfähigen Stiftungen ist zu aktivieren und wird in „davon-Ausweisen" in der Städtischen Bilanz dargestellt.

In Ausnahmefällen wurden für bestimmte Anlagegüter Vereinfachungsverfahren angewandt (z.B. Festbewertung für den Medienbestand der Stadtbibliothek).

Entwurf 15.12.2020 Stand 4

Verrechnungsverbot

Für ungleichartige bzw. lang- und kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten besteht stets ein Verrechnungsverbot.

Das Verrechnungsverbot ist bei Forderungen und Verbindlichkeiten eingeschränkt, das heißt eine Verrechnung ist zulässig wenn alle folgenden Merkmale erfüllt sind:

- bei gleichartigen Forderungen und Verbindlichkeiten
- zwischen denselben Personen
- wenn sie nach § 387 BGB aufrechenbar sind
- und bereits fällig sind.

Bilanzierungsverbote

In die Bilanz dürfen Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht entgeltlich erworben wurden (z. B. selbst hergestellte Software) nicht aufgenommen werden.

Angabe von Haftungsverhältnissen

Die Haftungsverhältnisse der Stadt (soweit nicht durch Rückstellungen und Verbindlichkeiten berücksichtigt) sind im Verbindlichkeitenspiegel anzugeben.

Als Haftungsverhältnisse kommen in Betracht:
- Verbindlichkeiten aus in Anspruch genommenen Bürgschaften
- Haftungsverhältnisse für die Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten (z. B. Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen, Verpfändungen)

Allgemeine Bewertungsgrundsätze:

Grundsatz der Bewertungsstetigkeit

Die angewandten Bewertungsmethoden für die Vermögensgegenstände und Schulden sollen zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit von aufeinanderfolgenden Abschlüssen gleich bleiben. Des Weiteren verhindert die Bewertungsstetigkeit, dass das Ergebnis durch die Anwendung von willkürlichen Bewertungsmethoden beeinflusst wird.

Grundsatz der Einzelbewertung

Jeder Vermögensgegenstand und jeder Schuldposten ist grundsätzlich wertmäßig einzeln zu bewerten. Wertminderungen bei einem Gegenstand können nicht mit Wertsteigerungen bei anderen Gegenständen ausgeglichen werden. Risiken müssen für jeden Gegenstand einzeln beurteilt werden.

Ausnahmen von der Einzelbewertung:

- Gruppenbewertung
- Festbewertung

Stadtrat 15.12.2020

Grundsatz der Vorsicht

Das Vorsichtsprinzip findet sich in einer Reihe von Vorschriften, z. B.:

- Anschaffungswertprinzip:
  Eine höhere Bewertung als zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ist ausgeschlossen.

- Realisationsprinzip:
  Gewinne sind nur zu berücksichtigen, wenn sie am Abschlussstichtag realisiert sind (z.B. durch Vorliegen eines Vertrages oder feststehende Gewinne).

- Imparitätsprinzip:
  Nicht realisierte/drohende Verluste sind auszuweisen.

Risiken und Chancen sind vorsichtig abzuschätzen. Die Schätzung darf nicht unbegründet sein oder nur auf subjektiven Vorstellungen des Bilanzierenden beruhen.

Des Weiteren sind zu berücksichtigen:
- alle Verluste, die bis zum Stichtag entstanden sind sowie
- alle vorhersehbaren Risiken.

Grundsatz der Periodenabgrenzung

Aufwendungen und Erträge des Haushaltsjahres sind unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen. Jede Auszahlung/Ausgabe stellt auch (irgendwann) einen Aufwand dar. Allerdings kann es möglich sein, dass die Buchungszeitpunkte auseinanderfallen (möglicherweise in verschiedenen Haushaltsjahren).

Dies gilt analog für Einzahlung/Einnahme und Ertrag.

Stadtrat 15.12.2020

5. Erläuterungen zu den Positionen der Vermögensrechnung

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
DV-Software	247.989,01	216.006,43
Sonstige Rechte und immaterielle Werte	113.564,64	126.620,01
	361.553,65	**342.626,44**

Bei der Position DV-Software handelt es sich um aktivierte Lizenzen für Computer-Software. Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Nutzungsdauer für Software beträgt einheitlich 5 Jahre.

Bei den Sonstigen Rechten handelt es sich z.B. um aktivierbare Grunddienstbarkeiten. Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten.
Der Zuwachs in dieser Position wurde hauptsächlich durch die Erstellung einer neuen Website „Konversion Fliegerhorst" beeinflusst.

2. Immaterielle Vermögensgegenstände aus geleisteten Zuwendungen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Immat. Vermögensgegenstände aus gel.Zuwend.	5.904.420,87	5.734.919,96
	5.904.420,87	**5.734.919,96**

Hierbei handelt es sich um Förderungen von Vermögensgegenständen, die nicht im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Fürstenfeldbruck sind. Die Abschreibungsdauer wird durch die per Bescheid festgelegte Zweckbindung festgelegt. Die Bilanzposition stellt die Rückzahlungsverpflichtung des Zuwendungsempfängers bei Nichteinhaltung der im Bescheid festgelegten Auflagen dar. Zum Beispiel finden sich hier die Baukostenzuschüsse an die Fremden Träger diverser Krippen in Fürstenfeldbruck wieder.

Entwurf 2020

3. Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	0,00	0,00
	0,00	**0,00**

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

II. Sachanlagen

1. Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Grünflächen	14.299.022,91	14.344.472,16
Ackerland und ähnliches	5.236.946,65	4.506.588,97
Wald, Forsten	822.383,33	822.383,33
Sonstige unbebaute Grundstücke	16.434.809,73	16.031.735,69
Grundstücksgleiche Rechte an unbebaut.Grundstücken	45.751,88	45.684,90
	36.838.914,50	**35.750.865,05**

Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Sofern über das Vorverfahren bzw. über die vorhandenen Notarurkunden keine Anschaffungskosten ermittelt werden konnten wurde ein Ersatzwertverfahren lt. Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz durchgeführt. Im Regelfall wird keine Abschreibung vorgenommen.
Die Veränderung des Buchwertes hängt im Wesentlichen mit Umgliederungen (wird unter anderem notwendig wenn Ackerland zu Bauland entwickelt wird) und Verkäufen des städtischen Anlagevermögens zusammen.

Entwurf 2020

2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Grundstücke mit Wohnbauten	6.327.784,94	6.212.226,16
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	13.378.772,33	13.440.180,41
DAVON: Stiftungsvermögen: 536.361,50 (VJ: 552.380,63)		
Grundstücke mit Schulen	34.522.022,81	33.636.309,07
Grundstücke mit Kulturanlagen	12.701.280,56	12.298.837,08
Grundstücke m.bebauten Sport- und Freizeitanlagen	7.501.448,17	7.484.450,04
Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- u. anderen Betriebsgebäuden	15.887.471,98	15.258.287,68
Grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	1,00	1,00
	90.318.781,79	**88.330.291,44**

Der Ansatz der Grundstücke erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Sofern über das Vorverfahren bzw. über die vorhandenen Notarurkunden keine Anschaffungskosten ermittelt werden konnten wurde ein Ersatzwertverfahren lt. Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz durchgeführt. Im Regelfall wird keine Abschreibung vorgenommen.

In dieser Bilanzposition sind neben dem Grundstück auch die jeweiligen Gebäude aktiviert. Auch hier erfolgt der Ansatz zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. wurde ein Ersatzwertverfahren lt. Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz durchgeführt sofern die Anschaffungskosten nicht ermittelt werden konnten. Die Nutzungsdauer für Gebäude beträgt im Regelfall 50 Jahre.

Diese Position erhöht sich bei der Inbetriebnahme von Neubauten (da zu diesem Zeitpunkt die Anlagen in Bau umgebucht werden) und reduziert sich durch die jährlichen Abschreibungsbeträge.

Diese Position beinhaltet auch einen Teil des Stiftungsvermögens/-kapitals, ersichtlich am „davon"-Ausweis. Näheres zur Fiduziarischen Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung" ist in der Ziffer 6 dieses Anhangs zu finden.

Entwurf

3. Infrastrukturvermögen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Brücken, Tunnel und sonst. ingenieurtechn. Anlagen	1.411.911,63	1.322.188,66
Energieversorgungsanlagen	24.322,50	23.528,13
Abfallbeseitigungsanlagen	1.180,32	1.180,32
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	22.511.359,59	21.450.938,69
Straßennetz mit Wegen, Plätzen u Verkehrslenkungsanlagen	29.344.197,88	29.005.803,92
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens (einschl. Grund und Boden)	2.867.249,99	3.362.654,14
	56.160.221,91	**55.166.293,86**

Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Sofern über das Vorverfahren bzw. über die vorhandenen Notarurkunden keine Anschaffungskosten ermittelt werden konnten wurde ein Ersatzwertverfahren lt. Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz durchgeführt. Im Bereich des Infrastrukturvermögens erfolgen des Öfteren kostenfreie Eigentumsübertragungen. Auch in diesen Fällen wird hierfür der Wert des Anlagevermögens über ein Ersatzwertverfahren lt. Bewertungsrichtlinie ermittelt. Die Abschreibungsdauer ist je Anlageart festgelegt und beträgt z.B. für asphaltierte Straßen 25 Jahre, für Brücken 30 Jahre und für die Straßenbeleuchtung 19 Jahre.

Die Veränderungen in 2016 setzen sich aus vielen kleineren Aktivierungen sowie der gebuchten Abschreibungen zusammen.

Stadtarchiv FFB 15.12.2021

4. Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Bauten auf fremdem Grund und Boden	2,00	2,00
	2,00	**2,00**

Hierbei handelt es sich um 2 Anlagegüter, die auf Grundstücken, die sich nicht im Eigentum der Stadt befinden, errichtet wurden. Bilanziert werden Sie nur noch zum Erinnerungswert von jeweils 1,-- Euro, da sie bereits vollständig abgeschrieben sind.

Es fand keine Veränderung in 2016 statt.

5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Kunstgegenstände	1.208.150,31	1.235.880,77
Baudenkmäler	192.940,03	180.096,76
Bodendenkmäler	5,00	5,00
Sonstige Kultursammlungen	0,00	0,00
Sonstige Kulturdenkmäler	0,00	3.638,59
	1.401.095,34	**1.419.621,12**

Bei den städtischen Kunstgegenständen handelt es sich um Werke anerkannter Künstler. Diese Kunstgegenstände werden nicht abgeschrieben. Im Gegensatz dazu wird Gebrauchskunst abgeschrieben und unter Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die im städtischen Eigentum befindlichen Kunstgegenstände werden vom Museum mitverwaltet.
Als Baudenkmal wurde die Leonhardi Kirche eingestuft.

Die Veränderungen wurden ausgelöst durch den Kauf diverser Kunstgegenstände durch das Museum.

Stadtrat 17.12.2020

6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Maschinen	132.085,65	95.560,79
Technische Anlagen	678.397,69	622.923,22
DAVON: Stiftungsvermögen: 8.885,82 (VJ: 9.952,11)		
Fahrzeuge	938.367,85	852.635,90
	1.748.851,19	**1.571.119,91**

Bei den Positionen Maschinen und Technische Anlagen handelt es sich um Anlagegüter, die z.B. im Bauhof, dem Friedhof oder der Feuerwehr zu finden sind. Ein kleiner Bestand an Maschinen, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung zuzuordnen wären, ist ebenfalls in dieser Position enthalten. Dies liegt an einer anfänglich anderen Interpretation dieser Bilanzposition. Da es sich überwiegend nur noch um Restbuchwerte handelt, wird der Bestand im Laufe der Jahre durch die stattfindenden Anlagenabgänge berichtigt. Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Nutzungsdauer für Maschinen und Technische Anlagen liegt zwischen 3 und 20 Jahren.

Die Position Technische Anlagen beinhaltet auch einen Teil des Stiftungsvermögens/ -kapitals, ersichtlich am „davon"-Ausweis. Näheres zur Fiduziarischen Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung" ist in der Ziffer 6 dieses Anhangs zu finden.

Bei der Position Fahrzeuge handelt es sich um den gesamten städtischen Fuhrpark, vom Anhänger bis zur Straßenkehrmaschine. Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Nutzungsdauer liegt zwischen 8 und 15 Jahren.

Die Positionen wurden hauptsächlich durch die reguläre Abschreibung reduziert, bei den Fahrzeugen wurde der Bestand noch zusätzlich durch Ersatzbeschaffungen beeinflusst.

7. Betriebs- und Geschäftsausstattung

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Betriebsvorrichtungen	178.173,65	191.492,39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.976.612,41	3.135.507,08
DAVON: Stiftungsvermögen: 244,54 (VJ: 305,68)		
	3.154.786,06	**3.326.999,47**

Bei der Position Betriebs- und Geschäftsausstattung werden Büromöbel, EDV-Geräte, Werkzeuge usw. dargestellt, die einen Anschaffungspreis von über 410,-- Euro netto haben. Der Ansatz erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Nutzungsdauer liegt zwischen 3 und 15 Jahren.

Diese Position beinhaltet auch einen Teil des Stiftungsvermögens/-kapitals, ersichtlich am „davon"-Ausweis. Näheres zur Fiduziarischen Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung" ist in der Ziffer 6 dieses Anhangs zu finden.

Entwurf Stand 13.04.2017

8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Anlagen im Bau	781.375,54	2.887.795,72
	781.375,54	**2.887.795,72**

Unter Anlagen im Bau sind zum Stichtag noch in Bau befindliche Anlagegüter erfasst, die erst mit Bauabnahme bzw. Inbetriebnahme in die letztendliche Bilanzposition umgebucht und abgeschrieben werden. Im Bau befindliche Anlagegüter werden nicht abgeschrieben.

Der Zugang ist begründet durch die in 2016 begonnen aber noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen (u.a. Neubau Parsevalstr., Containeranlage Villa Kunterbunt und diverse Straßenbaumaßnahmen).

III. Finanzanlagen

1. Sondervermögen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Eigenbetriebe	1.168.075,81	1.168.075,81
	1.168.075,81	**1.168.075,81**

Beim Sondervermögen der Stadt Fürstenfeldbruck handelt es sich um den Eigenbetrieb Veranstaltungsforum Fürstenfeld. Der Ansatz erfolgte mit dem gezeichneten Kapital in Höhe von 30.000 Euro sowie dem Gegenwert des eingebrachten Grundstücksvermögens. In 2016 ergaben sich keine Veränderungen.

2. Anteile an verbundenen Unternehmen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonst. Anteilsrechte an verbund. Unternehmen	7.525.000,00	7.525.000,00
	7.525.000,00	**7.525.000,00**

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um das Stammkapital in Höhe von 7.500.000 Euro der Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH und das Stammkapital der Volkshochschule Fürstenfeldbruck gGmbH in Höhe von 25.000 Euro. Beide Gesellschaften gehören der Stadt Fürstenfeldbruck zu 100 %. In 2016 ergaben sich keine Veränderungen.

300

3. Beteiligungen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	3.153.058,96	3.253.058,96
	3.153.058,96	**3.253.058,96**

Die Stadt Fürstenfeldbruck ist mit einem Anteil von 435.000 Euro (30 %) an der WindEnergieAnlage Mammendorf GmbH & Co.KG beteiligt. Auch an der INDUSTHA Grundstücksentwicklungsgesellschaft Hasenheide Nord Fürstenfeldbruck mbH & Co.KG ist die Stadt Fürstenfeldbruck beteiligt und zwar mit 2.701.220,20 Euro (50 %) und an der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Hasenheide Nord Fürstenfeldbruck Verwaltungsgesellschaft mbH mit einem Anteil in Höhe von 15.338,76 Euro (50 %). Ferner ist die Stadt beteiligt am Kunsthaus Fürstenfeldbruck gemeinnützige Unternehmergesellschaft mit einem Anteil von 1.500 Euro (50 %). In 2016 kam ein Anteil von 100.000 Euro an der WindEnergieAnlage Malching GmbH & Co. KG hinzu.

Stand 15.11.2020

4. Ausleihungen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Ausleihungen an Kreditinstitute	250,00	250,00
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich	508.846,27	484.925,80
	509.096,27	**485.175,80**

Unter dieser Position wurden die von der Stadt Fürstenfeldbruck ausgegebenen Darlehen (wie z.B. Mitarbeiterdarlehen) mit Ansatz zum Rückzahlungswert zum Bilanzstichtag eingebucht.
In dieser Position fand in 2016 eine Berichtigungsbuchung in Höhe von 310 Euro statt, ein Anteil an einer Genossenschaft wurde erst in 2016 gefunden.

Die Position Ausleihungen an Kreditinstitute beinhaltet das Geschäftsguthaben bei der Volksbank Fürstenfeldbruck.

5. Wertpapiere des Anlagevermögens

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
	0,00	**0,00**

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

Stadtrat 15.12.2020

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

I. Vorräte

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Waren	40.629,43	56.525,29
Grundstücke als Vorräte	355.056,23	1.133.682,38
Sonstige Vorräte	96.757,25	78.749,56
	492.442,91	**1.268.957,23**

Als Warenbestand wird bei der Stadt Fürstenfeldbruck der Wert des Verkaufsmaterials zum Stichtag dargestellt. Dabei wurden nur wesentliche, nicht verderbliche Bestände aufgenommen.

Aufgrund konkreter Verkaufsabsichten wurden Grundstücke in der Nähe der Augsburger Str. vom Anlagevermögen in das Vorratsvermögen umgebucht.

Unter den Sonstigen Vorräten sind im wesentlichen Heizöl, Diesel, Streusalz des Bauhofs und Chemikalien des Klärwerks inventarisiert. Auch hier wurden nur wesentliche Bestände aufgenommen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Öff.-recht. Ford. und Ford. aus Transferl.

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Gebührenforderungen	797.573,42	792.714,73
Steuerforderungen	3.527.509,11	2.437.652,18
Forderungen aus Transferleistungen	503.143,09	517.628,90
Sonst. öffentl. - rechtl. Forderungen	169.988,55	725.856,34
	4.998.214,17	**4.473.852,15**

Bei den Gebührenforderungen sind regelmäßig die Kanalbenutzungsgebühren der Stadtwerke, sowie die Einleitungsgebühren der Fürstenfeldbrucker Firmen von relevanter Höhe. Die allermeisten Buchungen liegen unter 30.000 Euro im Einzelfall. Ein überwiegender Teil der aktuellen Gebührenforderungen zum 31.12.2016 setzt sich aus Kassenresten (2014 und älter) zusammen. Zusätzlich wurden im November und Dezember Kanalbenutzungsgebühren und Starkverschmutzergebühren von ca. 300.000 Euro gebucht, die erst im Folgejahr ausgeglichen wurden.

Bei den Steuerforderungen sind die Gewerbesteuerforderungen die Positionen mit relevanter Höhe. Ein Steuerfall wurde buchmäßig im Jahr 2016 in Höhe von einer Millionen Euro veranlagt, die Fälligkeiten befanden sich jedoch in 2017. Weitere Fälle mit einer Veranlagung in 2016 und Fälligkeit in 2017 ergeben einen Betrag in Höhe von 244.000 Euro. Die Umbuchung des Vorjahres konnte im Jahr 2016 aufgelöst werden, somit hat sich der Saldo entsprechend verringert.

Bei den Transferforderungen ergab sich eine Abweichung zum Vorjahr unter anderem dadurch, da durch Umbuchungen ein Betrag in Höhe von ca. 226.000 Euro im Dezember 2016 gebucht, aber erst im Jahr 2017 verrechnet werden konnte.

Bei den sonst. öffentlich-rechtlichen Forderungen erfolgte im Dezember 2016 eine Umbuchung der Mittel für die kindbezogene Förderung in Höhe von ca. 450.000 Euro. Die Verrechnung fand erst im Januar 2017 statt, weswegen zum Stichtag eine erhöhte Differenz zum Vorjahr entstand.

Bei den Forderungskonten sind teilweise Bilanzumbuchungen vorhanden. Diese Umbuchungen sind jährlich notwendig, sofern offene kreditorische Gutschriften und Zahlungen vorhanden sind. Diese verursachen auf der Passivseite einen Wert mit falschem Buchungsvorzeichen und sind deshalb entsprechend auf ein Forderungskonto umzubuchen. Die Rückbuchung erfolgt zum 01.01. des Folgejahres. Die Beträge sind bereits um diese Umbuchungen bereinigt.

Original Text

2. Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Priv.rechtl. Ford. aus Dienstleistungen	103.896,61	388.806,39
Übrige privatrechtliche Forderungen	257.286,49	542.335,56
Priv.rechtl. Ford. gegen Mitarbeiter, Organmitgl.	1.158,50	1.483,41
	362.341,60	**932.625,36**

Bei den privatrechtlichen Forderungen ergab sich eine Abweichung zum Vorjahr unter anderem dadurch, da durch Umbuchungen ein Betrag in Höhe von ca. 75.000 Euro im Dezember 2016 gebucht, aber erst im Jahr 2017 verrechnet werden konnte. Weitere Fälle mit einer Veranlagung in 2016 und Fälligkeit in 2017 ergeben einen Betrag in Höhe von 30.000 Euro.

3. Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	53,47
Sonstige Ford. u. andere Vermögensggst.	1.094.555,98	100.605,86
	1.094.555,98	**100.659,33**

Die Forderungen unterlagen einer Gruppenwertberichtigung, sowie ab einem Wert von 5.000 Euro einer Einzelwertberichtigungsprüfung und werden bereits wertberichtigt dargestellt. Niedergeschlagene Positionen aus der Kameralistik wurden als Kassenrest übertragen und zum 01.01.2015 erneut niedergeschlagen.

303

III. Wertpapiere des Umlaufvermögens

III. Wertpapiere des Umlaufvermögens

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

Stand 2020

IV. Liquide Mittel

IV. Liquide Mittel

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Einlagen bei Banken u. Kreditinstituten		
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	18.593.429,44 €	14.565.985,30 €
Sonstige Einlagen	491.848,17 €	8.824.848,33 €
	19.085.277,61 €	**23.390.833,63 €**
Bargeld/Kassenbestand		
Bargeld	7.933,22 €	11.961,53 €
Kassenautomaten	0,00	0,00
Nebenkassen	1.696,50 €	1.794,40 €
Handvorschüsse	6.505,00 €	6.505,00
Frankiermaschinen	4.468,28 €	4.468,28
	20.603,00 €	**24.729,21 €**
Transitkonten		
Geldtransit	0,00	0,00
Geldtransit Handvorschüsse	0,00	0,00
Verrechnungen/Umbuchungen	0,00	0,00
	0,00	**0,00**

Stadtarchiv FFB 15.12.2020

Die liquiden Mittel umfassen das gesamte Geldvermögen, insbesondere Girokonten, Bargeld, Festgeld und Sparbücher. Alle unterjährigen Buchungen wurden anhand der Saldenbestätigungen der Kreditinstitute, ansonsten anhand der Bestände aus den Tagesabschlüssen und zuletzt anhand der Mitteilungen der Sachgebiete verifiziert.

Auf den Girokonten verringerte sich die Liquidität im Vergleich zum Vorjahr um ca. vier Millionen Euro. Trotz des gestiegenen Abflusses von Geldmitteln ist der Bestand nach wie vor sehr hoch. Bei den Sichtanlagen werden Festgelder in Höhe von ca. 8,4 Millionen Euro ausgewiesen. Der restliche Betrag geht auf Kautionssparkonten im Bereich Mieten und Friedhof zurück.

C. Aktive Rechnungsabgrenzung

C. Aktive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Sonstige aktive RAP	144.154,99	141.958,46

Hier werden die abzugrenzenden Aufwandspositionen dargestellt. Im Wesentlichen sind dies die Beamtengehälter Januar.

D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

E. Treuhandvermögen

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

Stadtrat 15.12.2020

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-71.025.514,79	-71.025.824,79

Die Allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe und ergibt sich als Restgröße nach Abzug der Passivposten von den Aktivposten.

Aufgrund einer Berichtigung bzgl. eines Genossenschaftsanteils hat sich der Wert der Allgemeinen Rücklage verändert.

Stadtarchiv 15.12.2023

II. Rückl. aus nicht ertragswirks. aufzulös. Zuwend.

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Rückl. aus nicht ertragswirks. aufzulös. Zuwend.	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

III. Ergebnisrücklagen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Ergebnisrücklage	0,00	-9.558.271,34
Sonderrücklage - Hochwasserschutz	0,00	-25.000,00
Sonderrücklage - Gebäude Fürstenfeld		
Sonderrücklage - Mietanwesen		

Die Änderung in dieser Position ist auf die Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses 2015 zurück zu führen.

IV. Ergebnisvortrag

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Ergebnisvortrag a. dem vorvorletzten Jahresabschl.	0,00	0,00
Ergebnisvortrag aus dem vorletzten Jahresabschluss	0,00	0,00
Ergebnisvortrag aus dem letzten Jahresabschluss	0,00	9.671,33

Die Änderung in dieser Position ist auf die Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses 2015 (Luise-Zechentmayer-Stiftung) zurück zu führen.

V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 9.573.600,01 €	- 2.958.331,15 €
DAVON: Stiftungsvermögen: -1088,21 (VJ: 9671,33)		

Die Verwendung des Jahresüberschusses 2016 ist im Rahmen des Jahresabschlusses zu beschließen.

Stadtrat 15.12.2020

B. Sonderposten

I. Sonderposten aus Zuwendungen

SoPo aus Zuwendungen nicht auflösbar

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
SoPo aus Zuw. (nicht auflösbar) vom Bund	-142.526,40	-142.526,40
SoPo aus Zuw. (nicht auflösbar) vom Land	-653.089,55	-699.409,25
SoPo aus Zuw. (nicht auflösbar) von Gemeinden/GV	-3.856.976,10	-3.856.976,10
SoPo aus Zuw. (nicht auflösbar) v. ZV u. dergl.	0,00	0,00
SoPo aus Zuw. (nicht auflösbar) v.ges.Soz.vers.	0,00	0,00
SoPo a. Zuw. (nicht auflösbar) v.verb.Unt.,Bet.,SV	-56.350,00	-56.350,00
SoPo a.Zuw.(nicht auflösbar) v.sonst.öff.Sonderre.	-1.442,10	-1.442,10
SoPo aus Zuschüssen (nicht auflösbar) v. priv.Unt.	-1.127.450,62	-1.127.450,62
SoPo a.Zuschüssen (nicht auflösbar)v.übr.Bereichen	-2.271.559,24	-2.271.575,80
DAVON: Stiftungsvermögen: -303.600,00 (VJ: -303.600,00)		
	-8.109.394,01	**-8.155.730,27**

SoPo aus Zuwendungen auflösbar

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
SoPo aus Zuwendungen (auflösbar) vom Bund	-928.497,30	-888.060,55
SoPo aus Zuwendungen (auflösbar) vom Land	-25.353.794,69	-25.352.847,22
SoPo aus Zuwendungen (auflösbar) von Gemeinden/GV	-3.326.297,76	-3.098.869,96
SoPo aus Zuwendungen (auflösbar) v. ZV u. dergl.	0,00	0,00
SoPo aus Zuwendungen (auflösbar) v.ges.Soz.vers.	-44.975,84	-42.248,98
SoPo aus Zuw. (auflösbar) v.verb.Unt.,Bet.,SV	-222,93	-54.963,50
SoPo aus Zuw. (auflösbar) v.sonst.öff.Sonderre.	-1.125.911,00	-1.067.215,15
SoPo aus Zuschüssen (auflösbar) v. priv. Untern.	-739.059,76	-690.908,06
SoPo a. Zuschüssen (auflösbar) v.übrigen Bereichen	-439.321,04	-440.343,08
DAVON: Stiftungsvermögen: -155.236,22 (VJ: -166.113,71)		
	-31.958.080,32	**-31.635.456,50**

Als Sonderposten aus Zuwendungen sind im Wesentlichen erhaltene Zuwendungen für Investitionen auszuweisen. Des Weiteren wird in dieser Position der Gegenwert von kostenfrei übertragenen Anlagegütern passiviert.
Der Zuschussbetrag wird über die Restlaufzeit des Vermögensgegenstandes aufgelöst bzw. wird als nicht auflösbar eingebucht in den Fällen, in denen auch das Anlagegut keiner Abschreibung unterliegt.

Diese Position beinhaltet auch einen Teil des Stiftungsvermögens/-kapitals, ersichtlich am „davon"-Ausweis. Näheres zur Fiduziarischen Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung" ist in der Ziffer 6 dieses Anhangs zu finden.

Die Veränderungen dieser Positionen sind im Wesentlichen mit den regulären laufzeitbedingten Auflösungen der Sonderposten zu begründen.

Stand: 12.2017

II. SoPo aus Beiträgen u. ähnlichen Entgelten

SoPo aus Beiträgen u.ähnl.Entg.n.auflösbar

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.Bund	0,00	0,00
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.Land	0,00	0,00
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.Gde.	0,00	0,00
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.ZV	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.ges.SV	-952,21	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflös.)Unt,Bet,SV	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflösbar)v.s.ö.S.	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflös.)v.priv.Un.	-23.262,95	-23.262,95
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg.(nicht auflös.) v.ü.Ber.	-2.626.635,43	-2.626.635,43
	-2.650.850,59	**-2.649.898,38**

SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. auflösbar

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.Bund	-44.020,43	-37.417,36
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.Land	-1.864.720,04	-1.722.652,05
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.Gde.	-52.795,52	-49.963,50
SoPo aus Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.ZV	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.ges. SV	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) Unt,Bet,SV	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.s.ö.S.	0,00	0,00
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.priv.Un.	-842.224,26	-827.356,20
SoPo a.Beitr.u.ähnl.Entg. (auflösbar) v.ü.Ber.	-10.988.555,42	-10.296.443,06
	-13.792.315,67	**-12.933.832,17**

Als Sonderposten aus Beiträgen wird die durch Beitragsbescheid abgerechnete Finanzierung von Anlagevermögen ausgewiesen. Hierzu zählen Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie Entwässerungsbeiträge.

Stand 12.2020

III. Sonstige Sonderposten

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Investitionspauschale	-1,00	-2,00
Stellplatzablöse	-815.770,88	-861.790,88
Öko-Konto	0,00	0,00
Öko-Konto nicht auflösbar	0,00	0,00
Sonstige SoPo Allgemein (auflösbar)	0,00	0,00
SoPo mit Rücklagenanteil	0,00	0,00
Weitere sonstige Sonderposten	0,00	0,00

Als Sonstige Sonderposten werden Finanzierungen, die keiner anderen Position zugeordnet werden können, ausgewiesen. Unter anderem ist hier die noch nicht verwendete Stellplatzablöse passiviert.

IV. SoPo für den Gebührenausgleich

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonderposten Gebührenausgleich	-1.309.484,12	-1.540.478,15

Bei den Sonderposten für den Gebührenausgleich werden die bisherige kamerale Sonderrücklage Abwasserbereich mit einem Stand in Höhe von 611.844,00 Euro sowie die Sonderrücklage Investitionen Abwasser mit einem Stand von 465.840,86 Euro nachgewiesen. Des weiteren sind hier Zuführungen aufgrund der Abschreibung auf Zuwendungsfinanziertes Anlagevermögen gebucht.

Stand 12.12.2020

310

C. Rückstellungen

I. Rückstell. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Pensionsrückstell. f. aktiv Beschäftigte	-4.388.413,00	-4.789.481,00
Pensionsrückstell. f. Versorgungsempf.	-4.907.540,00	-5.202.367,00
Beihilferückstell. f. aktiv Beschäftigte	-628.664,00	-653.981,00
Beihilferückstell. f. Versorgungsempf.	-1.321.611,00	-1.286.302,00
Rückstell. f. Inanspruchnahme d. ATZ	-297.627,27	-314.222,48
Rückstell. f. ähnl. Maßnahmen d. ATZ	0,00	0,00

Die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für Beihilfen wurden auf der Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens der Bayerischen Versorgungskammer eingebucht. Der Abschluss einer Beihilfeversicherung sowie die Mitgliedschaft im Versorgungsverband befreit nicht von der Verpflichtung zur Bildung dieser Rückstellungen. Die Verpflichtung zum Ansatz dieser Rückstellungen resultiert aus der Tatsache, dass die Versorgungs- bzw. Beihilfeberechtigten einen unmittelbaren oder mittelbaren Rechtsanspruch gegenüber der Stadt haben.

Des Weiteren wurden Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit gebildet. Zum Bilanzstichtag hatten 11 Personen Altersteilzeit in Anspruch genommen.

Original Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

311

II. Umweltrückstellungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Rückstell. f. Rekultivierung u Nachsorgeverpflicht	0,00	0,00
Rückstell. f. Altlastensanierung	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

III. Instandhaltungsrückstellungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

IV. Rückstell. f. ungew. VL i.R.d. Finanzausgleichs

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Rückstell. f. ungew. VL i.R.d. Finanzausgleichs	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position zum Stichtag nicht vorhanden. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses war die Zahlungsverpflichtung im Rahmen des Finanzausgleichs (= Kreisumlage) in ihrer Höhe und Fälligkeit bereits bekannt und hat damit nicht mehr die Voraussetzungen für eine Rückstellung erfüllt. Die Zahlungsverpflichtung wurde als sonstige Verbindlichkeit passiviert. In künftigen Jahresabschlüssen kann es notwendig sein, dies als Rückstellung zu passivieren.

Stadtrat 15.12.2020

V. Rückstell.f.droh.Verofl.a.Bürgsch.,Gewähr.,u.verw.

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Rückstellungen für Bürgschaften	0,00	0,00
Rückst. f. ungew. Verpfl. aus Gewährleistungen	0,00	0,00
Rückst.f.Gerichts-u.Widerspruchsverf.(Prozessris.)	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

VI. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Steuerrückstellungen	0,00	0,00
Urlaubsrückstellungen	-160.701,10	-182.641,74
Überstundenrückstellungen	-266.939,06	-249.287,72
Rückstell. f. ausstehende Rechnungen	-249.941,23	-294.596,06
Weitere son. Rückst. f. ungew. Verbindl.	-3.397,56	-16.987,80
Drohverlustrückstellungen	-2.787.415,40	-2.777.339,58
Rückstell. für latente Steuern (BgA)	0,00	0,00

Die Ermittlung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen wurde auf Basis der zum Stichtag vorhandenen, nicht genommenen Urlaubstage bzw. vorhandenen Überstunden durchgeführt. Entsprechend der jeweiligen Eingruppierung wurde die Höhe der Zahlungsverpflichtung für jeden Arbeitnehmer separat ermittelt.

Die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen umfassen im Wesentlichen die fehlenden Abrechnungen für die Nutzung der Landkreisturnhallen.

Die Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten beinhaltet eine eventuelle Zahlungsverpflichtung aus einem Mietverhältnis.

Für unterverzinslich vergebene Erbbaurechte wurden Drohverlustrückstellungen gebildet. Nach der bayerischen Bewertungssystematik sind die Vermögenseinschränkungen aufgrund unterverzinslich vergebener Erbbaurechte nicht auf der Aktivseite durch eine Wertminderung der erbbaurechtsbelasteten Grundstücke, sondern auf der Passivseite durch die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

D. Verbindlichkeiten

I. Anleihen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Anleihen Euro-Währung	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

II. Verbindl. aus Krediten für Investitionen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Investitionskredite vom Bund	0,00	0,00
Investitionskredite vom Land	0,00	0,00
Investitionskredite von Gemeinden	0,00	0,00
Investitionskredite von Zweckverbänden	0,00	0,00
Inv.kredite v. ges.Soz.vers.	0,00	0,00
Investitonskredite von verb. UN/Beteil./Sonderverm	0,00	0,00
Inv.kred. v. sonst. öff. Sonderrechn.	0,00	0,00
Investitionskredite von Kreditinstituten	-34.220.824,89	-31.347.555,50
Investitionskredite von sonst inländischen Bereich	0,00	0,00
Investitionskredite von sonst ausländischen Bereic	0,00	0,00

Die Verbindlichkeiten aus Krediten wurden anhand der Saldenbestätigungen der verschiedenen Banken bilanziert.

Stadtrat 15.12.2020

313

III. Verbindl. a.Krediten zur Liquiditätssicherung

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Liquiditätskred. v. Bund	0,00	0,00
Liquiditätskred. v. Land	0,00	0,00
Liquiditätskred. v. Gemeinden	0,00	0,00
Liquiditätskred. v. Zweckverbänden	0,00	0,00
Liquiditätskred. v. ges.Soz.vers.	0,00	0,00
Liquidationssich.kred.v.verb.UN/Beteil/Sonderverm	0,00	0,00
Liquiditätskred. v. son. öff. Sonderr.	0,00	0,00
Liquidationssich.kredite von Kreditinstituten	0,00	0,00
Liquidationskredite von sonst inländischen Bereich	0,00	0,00
Liquidationssich.kredite v.sonst.ausländ.Bereich	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

IV. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	0,00	0,00
Restkaufgelder im Zusammenhang m.Grundstücksgesch.	0,00	0,00
Leasinggeschäfte	0,00	0,00
Leibrentenverträge	0,00	0,00
Schuldübernahmen	0,00	0,00
Veträge zur Durchführung städt.baulich. Maßnahmen	0,00	0,00
Verpfl.z.Gewähr.v.Schuldendiensthilfen an Dritte	0,00	0,00
Son. Kreditaufn. gleichkommende Vorgänge	0,00	0,00

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

V. Verbindlichkeiten aus Liefer- und Leistungen

	31.12.2015	31.12.2016
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Liefer- und Leistungen	-3.610.897,85	-3.142.675,01
Sicherheitseinb. aus Lieferungen- und Leistungen	-31.707,95	-31.923,14

Bei den Verbindlichkeitskonten sind teilweise Bilanzumbuchungen vorhanden. Diese Umbuchungen sind jährlich notwendig, sofern offene debitorische Gutschriften und Zahlungen vorhanden sind. Diese verursachen auf der Aktivseite einen Wert mit falschem Buchungsvorzeichen und sind deshalb entsprechend auf ein Verbindlichkeitskonto umzubuchen. Die Rückbuchung erfolgt zum 01.01. des Folgejahres.

Stadt FFB 15.12.2020

Bei den Sicherheitseinbehalten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um noch nicht ausbezahlte Einbehalte im Zusammenhang mit diversen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen.

VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-19.651.092,56	-42.398.423,81

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die in 2015 und 2016 passivierte Zahlungsverpflichtung im Rahmen des Finanzausgleichs (=Kreisumlage) welche in 2017 und 2018 zu zahlen sein wird. Siehe hierzu auch die Anmerkungen der folgenden Position „Sonstige Verbindlichkeiten".

VII. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Sonstige Wertpapierschulden	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen	-88.690,00	0,00
Steuerverbindlichkeiten	24.096,98	-810,94
Verb. gegen Sozialversicherungsträgern	0,00	0,00
Verb.ggü.Mitarbeitern, Organmitgl, Gesellschaftern	-213.933,87	-342.852,12
Sonst. Verbindl. a. aussteh. zweckger. Verw.v.Zuw.	-272.490,00	-589.016,73
Andere sonstige Verbindlichkeiten	-21.103.444,71	-459.013,29

Als Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern wird die Leistungsorientierte Bezahlung, die erst im Folgejahr ausbezahlt wird, ausgewiesen.

Unter Sonstige Verbindlichkeiten aus ausstehender zweckgerechter Verwendung von Zuwendungen werden Fördermittel für im Bau befindliche Anlagegüter ausgewiesen. Mit Umbuchung der Anlage im Bau in eine endgültige Bilanzposition wird auch diese Verbindlichkeit als Sonderposten passiviert.

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen Lohn- und Kirchensteuerbeträge die im Rahmen der Beschäftigtenverhältnisse einbehalten werden und zu einem anderen Stichtag abzuführen sind.

Als Andere sonstige Verbindlichkeit ist die Zahlungsverpflichtung im Rahmen des Finanzausgleichs (= Kreisumlage) passiviert. Im Rahmen der Eröffnungsbilanz wurde hierfür eine irrtümliche Bilanzzuordnung vorgenommen welche sich im Laufe dieses Jahres automatisch durch die Auflösung der Verbindlichkeit erledigt hat. Die Veränderung dieser Position ist die in 2016 ausbezahlte Kreisumlage. Weitere Erläuterungen hierzu sind auch im Bereich der Rückstellungen zu finden.

Stadtrat 15.12.2020

E. Passive Rechnungsabgrenzung

E. Passive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR
Passive RAP für erhaltene Zuwendungen	0,00	0,00
Sonstige passive RAP	0,00	0,00
Sonstige passive RAP - Grabgebühren	-1.806.578,29	-1.881.039,69

Die passiv abzugrenzenden Positionen betreffen die Grabgebühren. Diese werden über die im Friedhof eingesetzte Software ermittelt und werden in Summe eingebucht. Andere abzugrenzende Positionen über 1.000 Euro waren nicht vorhanden.

F. Treuhandkapital

Bei der Stadt Fürstenfeldbruck ist diese Position nicht vorhanden.

Gedruckt 15.12.2020

6. Fiduziarische Stiftung „Luise-Zechentmayer-Stiftung“

Das Luise-Zechentmayer-Wohnheim ist eine fiduziarische Stiftung i.S. von Art. 84 GO, die von der Stadt Fürstenfeldbruck verwaltet wird. Durch notariellen Schenkungsvertrag vom 16.02.1959 übertrug Augustin Zechentmayer der Stadt Fürstenfeldbruck mehrere Grundstücke und Wertpapiere.

Die Schenkung war mit der Auflage verbunden, eine unselbstständige Stiftung unter dem Namen „Luise-Zechentmayer-Stiftung“ zu errichten. Stiftungszweck ist nach dem Schenkungsvertrag der Bau und Unterhalt eines Heimes für ältere Personen.

Als rechtlich unselbstständige Stiftung wird das Stiftungsvermögen bzw. -kapital in der Vermögensrechnung der Stadt ausgewiesen und die entsprechenden Positionen erhalten einen „davon“-Vermerk.

Der Anlagespiegel wird zudem für die Stiftung allein, für das städtische Anlagevermögen allein und für das Gesamtvermögen erstellt. Somit wird den Anforderungen des Vermögensnachweises für das Stiftungsvermögen genüge getan.

7. Ergänzende Angaben

Berichtigungen der Eröffnungsbilanz

Die Eröffnungsbilanz wurde in 2016 nicht berichtigt jedoch wurde ein in 2016 festgestellter Kleinbetrag (310 Euro Genossenschaftsanteile) ergebnisneutral mit der Nettoposition verrechnet.

Zusatzversorgung für Arbeitnehmer

Die Stadt Fürstenfeldbruck hat bei der Bayerischen Versorgungskammer eine Zusatzversorgung für Arbeitnehmer abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag betrug der Umlagesatz 3,75 % und wird sich voraussichtlich nicht verändern.
Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter betrug 12.698.160,13 Euro.

Sparkasse Fürstenfeldbruck

Die Sparkasse Fürstenfeldbruck ist ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut mit Sitz in Fürstenfeldbruck. Träger ist der Zweckverband Kreis- und Stadtsparkasse Fürstenfeldbruck, dessen Mitglieder die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck und der Landkreis Fürstenfeldbruck sind. Die Gründung erfolgte 1883.
Es sind keine Anteile zu bilanzieren.

Mitgliedschaften bei Zweckverbänden

Die Stadt Fürstenfeldbruck ist Mitglied beim Zweckverband Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, sowie beim Zweckverband zur Wasserversorgung der Gruppe Landsberied. Beide Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Es sind keine Anteile zu bilanzieren.

Zahl der durchschnittlich Beschäftigten

Beamte: 37
Beschäftigte: 417

Stand 15.11.2017

Zusammensetzung des Stadtrates zum 31.12.2016

Oberbürgermeister:	Klaus Pleil	BBV
2. Bürgermeister:	Erich Raff	CSU
3. Bürgermeisterin:	Karin Geißler	Grüne
Bahner	Herwig	CSU
Baumann	Erhard	BBV
Beer	Tommy	BBV
Bosch	Albert	CSU
Calabrò	Claudia	SPD
Danke	Karl	BBV
Dräxler	Willi	BBV
Droth	Markus	CSU
Eissele Prof.-Dr.	Rolf	CSU
Fröhlich	Gabriele	SPD
Görgen	Simone	CSU
Götz	Christian	BBV
Halbauer	Jan	Grüne
Heimerl	Philipp	SPD
Höfelsauer	Franz	CSU
Hollenbach	Beate	CSU
Jakobs Dr.	Georg	CSU
Kellerer	Martin	CSU
Klemenz Dr.	Birgitta	CSU
Kreis	Dieter	AG FDP/ÖDP/Piraten
Kusch	Hermine	BBV
Lämmle	Axel	SPD
Lohde	Andreas	CSU
Neuhierl	Franz	FW
Piscitelli	Michael	CSU
Pleil	Dieter	BBV
Quinten	Klaus	BBV
Schilling	Johann	CSU
Schmetz	Ulrich	SPD
Schwarz	Walter	SPD
Stangl	Christian	Grüne
Stockinger	Georg	FW
Streifeneder	Jens	BBV
Ströhle Dr.	Andreas	AG FDP/ÖDP/Piraten
Weber	Florian	Die Partei
Weinberg	Irene	BBV
Wollenberg Prof.-Dr.	Klaus	AG FDP/ÖDP/Piraten
Zierl Dr.	Alexa	Grüne

Stadtrat 15.12.2016

8. Anlagen zum Anhang

Dem Anhang der Eröffnungsbilanz sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1 Anlagenspiegel
Anlage 2 Forderungsübersicht
Anlage 3 Eigenkapitalübersicht
Anlage 4 Verbindlichkeitenübersicht
Anlage 5 Aufstellung der übertragenen HH-Ermächtigungen

Stadtrat
15.12.2020

Fürstenfeldbruck, den 17.11.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

319

Stadtrat
15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Anhang zum Jahresabschluss zum 31.12.2016

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 1: Anlagenspiegel

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (incl. Stiftungsvermögen)

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	**7.675.587,66**	**180.826,50**	**0,00**	**16.802,80**	**7.873.216,96**	**-1.409.613,14**	**-386.057,42**	**0,00**	**0,00**	**-1.795.670,56**	**6.077.546,40**	**6.265.974,52**
1.1 Konzessionen, Lizenzen, sonstige Rechte	722.626,91	48.651,95		16.802,80	788.081,66	-361.073,26	-84.381,96			-445.455,22	342.626,44	361.553,65
1.2 Aktivierte Zuwendungen für Investitionen Dritter	6.952.960,75	132.174,55			7.085.135,30	-1.048.539,88	-301.675,46			-1.350.215,34	5.734.919,96	5.904.420,87
1.3 Anzahlungen auf immaterielle VG												
2. Sachanlagen	**312.330.054,04**	**6.041.237,22**	**-680.467,12**	**-795.428,95**	**316.895.395,19**	**-121.926.025,71**	**-6.582.562,10**	**0,00**	**66.181,19**	**-128.442.406,62**	**188.452.988,57**	**190.404.028,33**
2.1 Unbebaue Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	37.785.852,37	215.644,24	-575.521,03	-628.836,57	36.797.139,01	-946.937,87	-99.336,09			-1.046.273,96	35.750.865,05	36.838.914,50
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	132.617.508,91	291.464,08	-18.457,99	792.959,58	133.683.474,58	-42.298.727,12	-3.057.418,25		2.962,23	-45.353.183,14	88.330.291,44	90.318.781,79
2.3 Infrastrukturvermögen	127.177.204,90	487.412,31	-9.228,09	1.138.283,28	128.793.672,40	-71.016.982,99	-2.616.131,95		5.736,40	-73.627.378,54	55.166.293,86	56.160.221,91
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	2,00				2,00						2,00	2,00
2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	1.654.947,58	31.473,01			1.686.420,59	-253.852,24	-12.947,23			-266.799,47	1.419.621,12	1.401.095,34
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.488.410,54	88.157,64	-7.041,41	10.375,36	5.579.902,13	-3.739.559,35	-276.256,28		7.033,41	-4.008.782,22	1.571.119,91	1.748.851,19
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.824.752,20	567.148,70	-70.218,60	145.306,46	7.466.988,76	-3.669.966,14	-520.472,30		50.449,15	-4.139.989,29	3.326.999,47	3.154.786,06
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	781.375,54	4.359.937,24		-2.253.517,06	2.887.795,72						2.887.795,72	781.375,54
3. Finanzanlagen	**12.355.231,04**	**103.490,00**	**-27.410,47**	**0,00**	**12.431.310,57**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12.431.310,57**	**12.355.231,04**
3.1 Sondervermögen	1.168.075,81				1.168.075,81						1.168.075,81	1.168.075,81
3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen	7.525.000,00				7.525.000,00						7.525.000,00	7.525.000,00
3.3 Beteiligungen	3.153.058,96	100.000,00			3.253.058,96						3.253.058,96	3.153.058,96
3.4 Ausleihungen												
3.4.1 Ausleihungen an Sondervermögen												
3.4.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen												
3.4.3 Ausleihungen an Beteiligungen												
3.4.4 Sonstige Ausleihungen	509.096,27	3.490,00	-27.410,47		485.175,80						485.175,80	509.096,27
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens												
4. Summe Anlagevermögen	**332.360.872,74**	**6.325.553,72**	**-707.877,59**	**-778.626,15**	**337.199.922,72**	**-123.335.638,85**	**-6.968.619,52**	**0,00**	**66.181,19**	**-130.238.077,18**	**206.961.845,54**	**209.025.233,89**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (incl. Stiftungsvermögen)

Grundstücke des Umlaufvermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Grundstücke als Vorräte	**355.056,23**				**355.056,23**						**355.056,23**	**355.056,23**
1.1 Unbebaute Grundstücke	355.056,23				355.056,23						355.056,23	355.056,23
1.2 Bebaute Grundstücke												
2. Summe	**355.056,23**				**355.056,23**						**355.056,23**	**355.056,23**

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (incl. Stiftungsvermögen)

Passivposten der Finanzierung	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Nicht aufzulösende Sonderposten	**-11.576.015,48**	**-92.915,16**	**558,90**	**952,21**	**-11.667.419,53**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-11.667.419,53**	**-11.576.015,48**
1.1 aus Zuwendungen	-8.109.394,01	-46.895,16	558,90		-8.155.730,27						-8.155.730,27	-8.109.394,01
1.2 aus Beiträgen/Entgelten	-2.650.850,59			952,21	-2.649.898,38						-2.649.898,38	-2.650.850,59
1.3 aus sonstigen Sonderposten	-815.770,88	-46.020,00			-861.790,88						-861.790,88	-815.770,88
2. Aufzulösende Sonderposten	**-96.219.191,08**	**-1.390.264,15**	**0,00**	**-748.030,58**	**-98.357.485,81**	**49.159.309,97**	**3.088.407,02**	**0,00**	**0,00**	**52.247.716,99**	**-46.109.768,82**	**-47.059.881,11**
2.1 aus Zuwendungen	-56.054.157,99	-591.140,31		-740.078,37	-57.385.376,67	24.096.077,67	1.653.842,50			25.749.920,17	-31.635.456,50	-31.958.080,32
2.2 aus Beiträgen/Entgelten	-38.523.501,97	-132.759,81		-7.952,21	-38.664.213,99	24.731.186,30	999.195,52			25.730.381,82	-12.933.832,17	-13.792.315,67
2.3 aus sonstigen Sonderposten	-332.047,00	-435.370,00			-767.417,00	332.046,00	435.369,00			767.415,00	-2,00	-1,00
2.4 Gebührenausgleich	-1.309.484,12	-230.994,03			-1.540.478,15						-1.540.478,15	-1.309.484,12
3. Summe Sonderposten	**-107.795.206,56**	**-1.483.179,31**	**558,90**	**-747.078,37**	**-110.024.905,34**	**49.159.309,97**	**3.088.407,02**	**0,00**	**0,00**	**52.247.716,99**	**-57.777.188,35**	**-58.635.896,59**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (ohne Stiftungsvermögen)

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	**7.675.587,66**	**180.826,50**	**0,00**	**16.802,80**	**7.873.216,96**	**-1.409.613,14**	**-386.057,42**	**0,00**	**0,00**	**-1.795.670,56**	**6.077.546,40**	**6.265.974,52**
1.1 Konzessionen, Lizenzen, sonstige Rechte	722.626,91	48.651,95		16.802,80	788.081,66	-361.073,26	-84.381,96			-445.455,22	342.626,44	361.553,65
1.2 Aktivierte Zuwendungen für Investitionen Dritter	6.952.960,75	132.174,55			7.085.135,30	-1.048.539,88	-301.675,46			-1.350.215,34	5.734.919,96	5.904.420,87
1.3 Anzahlungen auf immaterielle VG												
2. Sachanlagen	**311.634.237,99**	**6.041.237,22**	**-680.467,12**	**-795.428,95**	**316.199.579,14**	**-121.792.848,08**	**-6.565.415,54**	**0,00**	**66.181,19**	**-128.292.082,43**	**187.907.496,71**	**189.841.389,91**
2.1 Unbebaue Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	37.785.852,37	215.644,24	-575.521,03	-628.836,57	36.797.139,01	-946.937,87	-99.336,09			-1.046.273,96	35.750.865,05	36.838.914,50
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	131.938.176,42	291.464,08	-18.457,99	792.959,58	133.004.142,09	-42.171.775,26	-3.041.399,12		2.962,23	-45.210.212,15	87.793.929,94	89.766.401,16
2.3 Infrastrukturvermögen	127.177.204,90	487.412,31	-9.228,09	1.138.283,28	128.793.672,40	-71.016.982,99	-2.616.131,95		5.736,40	-73.627.378,54	55.166.293,86	56.160.221,91
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	2,00				2,00						2,00	2,00
2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	1.654.947,58	31.473,01			1.686.420,59	-253.852,24	-12.947,23			-266.799,47	1.419.621,12	1.401.095,34
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.472.416,07	88.157,64	-7.041,41	10.375,36	5.563.907,66	-3.733.516,99	-275.189,99		7.033,41	-4.001.673,57	1.562.234,09	1.738.899,08
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.824.263,11	567.148,70	-70.218,60	145.306,46	7.466.499,67	-3.669.782,73	-520.411,16		50.449,15	-4.139.744,74	3.326.754,93	3.154.480,38
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	781.375,54	4.359.937,24		-2.253.517,06	2.887.795,72						2.887.795,72	781.375,54
3. Finanzanlagen	**12.355.231,04**	**103.490,00**	**-27.410,47**	**0,00**	**12.431.310,57**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12.431.310,57**	**12.355.231,04**
3.1 Sondervermögen	1.168.075,81				1.168.075,81						1.168.075,81	1.168.075,81
3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen	7.525.000,00				7.525.000,00						7.525.000,00	7.525.000,00
3.3 Beteiligungen	3.153.058,96	100.000,00			3.253.058,96						3.253.058,96	3.153.058,96
3.4 Ausleihungen												
3.4.1 Ausleihungen an Sondervermögen												
3.4.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen												
3.4.3 Ausleihungen an Beteiligungen												
3.4.4 Sonstige Ausleihungen	509.096,27	3.490,00	-27.410,47		485.175,80						485.175,80	509.096,27
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens												
4. Summe Anlagevermögen	**331.665.056,69**	**6.325.553,72**	**-707.877,59**	**-778.626,15**	**336.504.106,67**	**-123.202.461,22**	**-6.951.472,96**	**0,00**	**66.181,19**	**-130.087.752,99**	**206.416.353,68**	**208.462.595,47**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (ohne Stiftungsvermögen)

Grundstücke des Umlaufvermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Grundstücke als Vorräte	**355.056,23**				**355.056,23**						**355.056,23**	**355.056,23**
1.1 Unbebaute Grundstücke	355.056,23				355.056,23						355.056,23	355.056,23
1.2 Bebaute Grundstücke												
2. Summe	**355.056,23**				**355.056,23**						**355.056,23**	**355.056,23**

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (ohne Stiftungsvermögen)

Passivposten der Finanzierung	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Nicht aufzulösende Sonderposten	**-11.272.415,48**	**-92.915,16**	**558,90**	**952,21**	**-11.363.819,53**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-11.363.819,53**	**-11.272.415,48**
1.1 aus Zuwendungen	-7.805.794,01	-46.895,16	558,90		-7.852.130,27						-7.852.130,27	-7.805.794,01
1.2 aus Beiträgen/Entgelten	-2.650.850,59			952,21	-2.649.898,38						-2.649.898,38	-2.650.850,59
1.3 aus sonstigen Sonderposten	-815.770,88	-46.020,00			-861.790,88						-861.790,88	-815.770,88
2. Aufzulösende Sonderposten	**-95.957.916,61**	**-1.390.264,15**	**0,00**	**-748.030,58**	**-98.096.211,34**	**49.064.149,21**	**3.077.529,53**	**0,00**	**0,00**	**52.141.678,74**	**-45.954.532,60**	**-46.893.767,40**
2.1 aus Zuwendungen	-55.792.883,52	-591.140,31		-740.078,37	-57.124.102,20	24.000.916,91	1.642.965,01			25.643.881,92	-31.480.220,28	-31.791.966,61
2.2 aus Beiträgen/Entgelten	-38.523.501,97	-132.759,81		-7.952,21	-38.664.213,99	24.731.186,30	999.195,52			25.730.381,82	-12.933.832,17	-13.792.315,67
2.3 aus sonstigen Sonderposten	-332.047,00	-435.370,00			-767.417,00	332.046,00	435.369,00			767.415,00	-2,00	-1,00
2.4 Gebührenausgleich	-1.309.484,12	-230.994,03			-1.540.478,15						-1.540.478,15	-1.309.484,12
3. Summe Sonderposten	**-107.230.332,09**	**-1.483.179,31**	**558,90**	**-747.078,37**	**-109.460.030,87**	**49.064.149,21**	**3.077.529,53**	**0,00**	**0,00**	**52.141.678,74**	**-57.318.352,13**	**-58.166.182,88**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (Stiftungsvermögen)

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1.1 Konzessionen, Lizenzen, sonstige Rechte												
1.2 Aktivierte Zuwendungen für Investitionen Dritter												
1.3 Anzahlungen auf immaterielle VG												
2. Sachanlagen	**695.816,05**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**695.816,05**	**-133.177,63**	**-17.146,56**	**0,00**	**0,00**	**-150.324,19**	**545.491,86**	**562.638,42**
2.1 Unbebaue Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	679.332,49				679.332,49	-126.951,86	-16.019,13			-142.970,99	536.361,50	552.380,63
2.3 Infrastrukturvermögen												
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden												
2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler												
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	15.994,47				15.994,47	-6.042,36	-1.066,29			-7.108,65	8.885,82	9.952,11
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	489,09				489,09	-183,41	-61,14			-244,55	244,54	305,68
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												
3. Finanzanlagen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
3.1 Sondervermögen												
3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen												
3.3 Beteiligungen												
3.4 Ausleihungen												
3.4.1 Ausleihungen an Sondervermögen												
3.4.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen												
3.4.3 Ausleihungen an Beteiligungen												
3.4.4 Sonstige Ausleihungen												
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens												
4. Summe Anlagevermögen	**695.816,05**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**695.816,05**	**-133.177,63**	**-17.146,56**	**0,00**	**0,00**	**-150.324,19**	**545.491,86**	**562.638,42**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (Stiftungsvermögen)

Grundstücke des Umlaufvermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Grundstücke als Vorräte												
1.1 Unbebaute Grundstücke												
1.2 Bebaute Grundstücke												
2. Summe												

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 15a
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 1 KommHV-Doppik

Anlagenübersicht zum Jahresabschluss (Stiftungsvermögen)

Passivposten der Finanzierung	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangsbestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahr	Anfangsbestand (kumuliert)	Abschreibungen im HH-Jahr	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	Endbestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nachrichtlich:												
1. Nicht aufzulösende Sonderposten	**-303.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-303.600,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-303.600,00**	**-303.600,00**
1.1 aus Zuwendungen	-303.600,00				-303.600,00						-303.600,00	-303.600,00
1.2 aus Beiträgen/Entgelten												
1.3 aus sonstigen Sonderposten												
2. Aufzulösende Sonderposten	**-261.274,47**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-261.274,47**	**95.160,76**	**10.877,49**	**0,00**	**0,00**	**106.038,25**	**-155.236,22**	**-166.113,71**
2.1 aus Zuwendungen	-261.274,47				-261.274,47	95.160,76	10.877,49			106.038,25	-155.236,22	-166.113,71
2.2 aus Beiträgen/Entgelten												
2.3 aus sonstigen Sonderposten												
2.4 Gebührenausgleich												
3. Summe Sonderposten	**-564.874,47**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-564.874,47**	**95.160,76**	**10.877,49**	**0,00**	**0,00**	**106.038,25**	**-458.836,22**	**-469.713,71**

Stadtrat 15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Anhang zum Jahresabschluss zum 31.12.2016

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 2: Forderungsübersicht

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016

Anlage zum Anhang

Anlage 16
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 2 KommHV-Doppik

Forderungsübersicht des Jahresabschlusses

Nr.	Bezeichnung	Stand zu Beginn des HHJ	Veränderungen im HHJ +/-	Restlaufzeit v.bis zu 1 J.	Restlaufzeit v.1 bis 5 J.	Restlaufzeit v.mehr als 5 J.	Stand am Endes des HHJ
	Arten der Forderungen (Beträge in EUR)						
1.	**Öffentlich-rechtliche Forderungen**	**4.998.214,17**	**-524.362,02**	**4.128.084,58**	**141.562,10**	**204.205,47**	**4.473.852,15**
1.1	Gebührenforderungen	797.573,42	-4.858,69	789.046,37	1.822,06	1.846,30	792.714,73
1.2	Beitragsforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3	Steuerforderungen	3.527.509,11	-1.089.856,93	2.233.279,46	3.469,55	200.903,17	2.437.652,18
1.4	Forderungen aus Transferleistungen	503.143,09	14.485,81	477.627,69	40.001,21	0,00	517.628,90
1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	169.988,55	555.867,79	628.131,06	96.269,28	1.456,00	725.856,34
2.	**Privatrechtliche Forderungen**	**1.456.897,58**	**-423.612,89**	**999.847,01**	**2.170,00**	**31.267,68**	**1.033.284,69**
2.1	Forderungen gegenüber Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	2.936,41	2.936,41	0,00	0,00	2.936,41
2.3	Forderungen gegenüber Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4	Forderungen gegenüber dem sonstigen privaten Bereich	316.859,46	567.359,35	850.781,13	2.170,00	31.267,68	884.218,81
2.5	Forderungen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	45.482,14	-12,00	45.470,14	0,00	0,00	45.470,14
3.	**Sonstige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**1.094.555,98**	**-993.896,65**	**100.659,33**	**0,00**	**0,00**	**100.659,33**
4.	**Summe aller Forderungen**	**6.455.111,75**	**-947.974,91**	**5.127.931,59**	**143.732,10**	**235.473,15**	**5.507.136,84**

Stadtrat 15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Anhang zum Jahresabschluss zum 31.12.2016

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 3: Eigenkapitalübersicht

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016

Anlage zum Anhang

Anlage 17
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik

Eigenkapitalübersicht des Jahresabschlusses

Bezeichnung	Stand nach Ablauf HHJ 2012	Stand nach Ablauf HHJ 2013	Stand nach Ablauf HHJ 2014	Stand nach Ablauf HHJ 2015	Veränderg.im HH-Jahr +/-	Stand nach Ablauf d.HHJ
1. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	**0,00**	**0,00**	**-70.950.333,82**	**-71.025.514,79**	**-310,00**	**-71.025.824,79**
2. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen						
3. Ergebnisrücklage	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-9.583.271,34**	**-9.583.271,34**
4. Verlustvortrag	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**9.671,33**	**9.671,33**
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-9.573.600,01**	**6.615.268,86**	**-2.958.331,15**

Stadtrat 15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Anhang zum Jahresabschluss zum 31.12.2016

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 4: Verbindlichkeitenübersicht

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016

Anlage zum Anhang

Anlage 18

Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 4 und § 75 KommHV-Doppik

I. Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses und Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO

	Stand zu Beginn d.HHJ	Veränderg.im HHJ +/-	Restlaufzeit v.bis zu 1 J.	Restlaufzeit v.1 bis 5 J.	Restlaufzeit v.mehr als 5 J.	Stand am Endes d.HHJ
Arten der Verbindlichkeiten						
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten	**-34.220.824,89**	**2.873.269,39**	**-2.382.946,77**	**-13.954.988,00**	**-15.009.620,73**	**-31.347.555,50**
2.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 von der gesetzlichen Sozialversicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.6 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.7 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.8 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.10 vom Kreditmarkt	-34.220.824,89	2.873.269,39	-2.382.946,77	-13.954.988,00	-15.009.620,73	-31.347.555,50
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
3.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4 von Zweckverbänden u. dgl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.6 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.7 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.8 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.10 vom Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindl.keiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftl. gleichkommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Stadtrat 15.12.2020

Anlage 18
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 4 und § 75 KommHV-Doppik

I. Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses und Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO

	Stand zu Beginn d.HHJ	Veränderg.im HHJ +/-	Restlaufzeit v.bis zu 1 J.	Restlaufzeit v.1 bis 5 J.	Restlaufzeit v.mehr als 5 J.	Stand am Endes d.HHJ
4.1 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstückgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.3 Leasinggeschäfte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.4 Leibrentenverträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.5 Schuldübernahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.6 Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.7 Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.8 Sontige einer Kreditaufnahme gleichkommende Vorgänge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**-3.642.605,80**	**468.007,65**	**-3.117.615,45**	**-56.982,70**	**0,00**	**-3.174.598,15**
5.1 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.2 von verbundenen Unternehmen	0,00	-3.835,07	-3.835,07	0,00	0,00	-3.835,07
5.3 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.4 vom sonstigen öffentlichen Bereich	-82.211,80	-36.848,11	-111.042,31	-8.017,60	0,00	-119.059,91
5.5 vom sonstigen privaten Bereich	-3.560.394,00	508.690,83	-3.002.738,07	-48.965,10	0,00	-3.051.703,17
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	**-19.651.092,56**	**-22.747.331,25**	**-42.408.719,22**	**10.295,41**	**0,00**	**-42.398.423,81**
6.1 vom öffentlichen Bereich	-18.668.850,26	-21.878.451,04	-40.547.301,30	0,00	0,00	-40.547.301,30
6.2 vom privaten Bereich	-982.242,30	-868.880,21	-1.861.417,92	10.295,41	0,00	-1.851.122,51
7. Sonstige Verbindlichkeiten	**-21.654.461,60**	**20.262.768,52**	**-1.391.693,08**	**0,00**	**0,00**	**-1.391.693,08**
7.1 aus noch nicht zweckgerecht verwendeten Zuwendungen	-272.490,00	-316.526,73	-589.016,73	0,00	0,00	-589.016,73
7.2 gegenüber dem sonstigen öffentlichen und privaten Bereich	-21.381.971,60	20.579.295,25	-802.676,35	0,00	0,00	-802.676,35

Stadtrat 15.12.2020

Stadt Fürstenfeldbruck
Jahresabschluss zum 31.12.2016
Anlage zum Anhang

Anlage 18
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 4 und § 75 KommHV-Doppik

I. Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses und Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO

	Stand zu Beginn d.HHJ	Veränderg.im HHJ +/-	Restlaufzeit v.bis zu 1 J.	Restlaufzeit v.1 bis 5 J.	Restlaufzeit v.mehr als 5 J.	Stand am Endes d.HHJ
8. Summe aller Verbindlichkeiten	**-79.168.984,85**	**856.714,31**	**-49.300.974,52**	**-14.001.675,29**	**-15.009.620,73**	**-78.312.270,54**
**********						
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbständigen Einrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.1 aus Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Stadtrat 15.12.2020

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Anhang zum Jahresabschluss zum 31.12.2016

Stadtrat
15.12.2020

Anlage 5: Aufstellung der übertragenen HH-Ermächtigungen

Anlage 11
Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 und § 86 Abs. 3 Nr. 5 KommHV-Doppik i. V. m. § 21 KommHV-Doppik

Haushaltsausgabereste 2016

KST	KTR	SK	Inv.Code	Bezeichnung	Übertrag	Bemerkungen
53801000	53801400	09610002	**BTAN440008**	Umrüstung für Kläranlagenverlängerung	**265.000,00 €**	Maßnahme läuft
21103000	21101100	08290002	**BWAV110002**	Bewegl. Anlagevermögen Richard-Higgins-GS	**650,00 €**	Beschaffung Sandkasten, Re.+Lieferung erst in 2017
57501000	57501155	08290002	**BWAV140001**	Bewegl. Anlagevermögen Tourismus/Stadtmarketing	**2.000,00 €**	Fertigstellung Fahrrad-Servicestation am Alten Rathaus 2017
53801000	53801400	07300002	**FZGM440003**	Beschaffung PKW Schachtmeister	**25.000,00 €**	Rechnung noch offen, Auftrag erteilt
52101002	11124300		**HOCH240008**	Umnutzung Dachgeschoss Alte Schmiede	**6.359,82 €**	HAR werden nur i.H.v. gebuchten 6.359,82 € benötigt! (Teilstorno v. vorl. Übertrag am 15.11.17)
25205000	52401100	09610002	**HOCH450006**	Sanierung Lichtspielhaus	**3.050,00 €**	s. Antrag Liste Hr. Lichtenberg
21301000	52401100	09610002	**HOCH450010**	Gesamtsanierung Schule Nord	**380.000,00 €**	s. Antrag Liste Hr. Lichtenberg
21301000	52401100	09610002	**HOCH450019**	Erweiterung Schule Nord	**600.000,00 €**	s. Antrag Liste Hr. Lichtenberg
52205000	52401100	09610002	**HOCH450029**	Abriss/Neubau Wohngebäude Parsevalstr.4	**960.000,00 €**	s. Antrag Liste Hr. Lichtenberg
56101000	56101200	01718002	**INZU210001**	Investitionszuschüsse Energieförderung	**5.000,00 €**	
28121000	51102100		**INZU410001**	Investitionskostenzuschuss Projekt StadtLandKunst	**6.290,00 €**	Siehe Antrag Frau Heldeisen
53801401	53801100	04740002	**KANA440008**	Kanalanschluss Weilerweg	**240.000,00 €**	Maßnahme läuft
54101000	54101100	09610002	**TIEF440012**	Verlängerung Radweg Pfaffing-Biburg	**246.000,00 €**	Planung läuft
54101000	54101100	09610002	**TIEF440013**	Umbau Knotenpunkt Schöngeisinger Str.	**17.200,00 €**	SZ steht aus
54401000	54101100	09610002	**TIEF440021**	Umgestaltung Augsburger Straße	**4.500,00 €**	E-Mail von Fr. Fleischer
54201000	54105100	09610002	**TIEF440028**	Umbaumaßnahme Geschwister-Scholl-Platz	**36.400,00 €**	Restabwicklung in 2017 / Rechnungen Fa. Lammich stehen noch aus
54102000	54104100	09610002	**TIEF440048**	Brücke Amper B2	**60.000,00 €**	Kein Ansatz daher HAR, Auftrag erteilt
54101000	54101100	09610002	**TIEF440053**	Straßenbauprogramm (nach Beschluss)	**746.900,00 €**	Planung begonnen
54102000	54104100	09610002	**TIEF440057**	Sanierung/Neubau Brücke am Gefangenenfriedhof	**40.000,00 €**	Ing.-Rechnungen stehen aus
ErgebnisHH:						
54102000	54104100	52210002	**-**	Brücken Unterhalt / Kappensanierungen	**200.000,00 €**	Auftrag vergeben, Maßnahme läuft -> "Sonderübertrag" aus Budget
Haushaltsausgabereste Gesamt:					**3.844.349,82 €**	

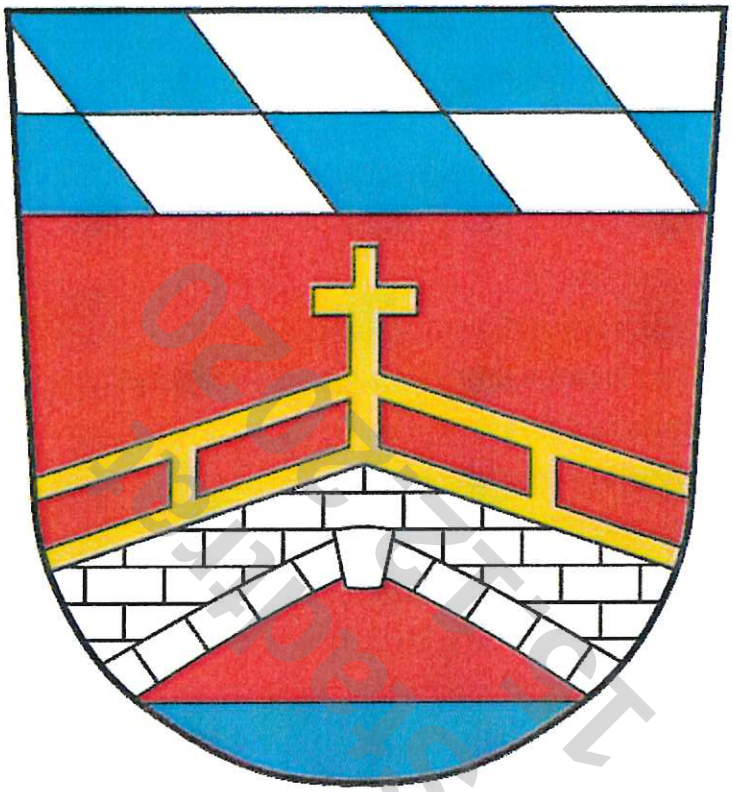
Stadtrat 15.12.2020

Anlage 6

TOP Ö 14

Anlage 6

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck



Original

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss per 31.12.2016

341

Inhaltsverzeichnis

1. Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte kommunale Buchführung (Doppik) 3
1.1. Rechenschaftsbericht 3
1.2. Haushaltsplan 3
1.3. Doppischer Jahresabschluss 4
1.3.1. Elemente des Rechnungswesens 4
1.3.2. Vermögensrechnung 4
1.3.3. Gesamtergebnisrechnung 4
1.3.4. Gesamtfinanzrechnung 5
1.3.5. Teilrechnungen 5
2. Kurzüberblick Ergebnis Jahresabschluss 2016 6
3. Jahresabschluss 2016 7
3.1. Vermögensrechnung 7
3.2. Gesamtergebnisrechnung 7
3.3. Analyse und Erläuterungen zu ausgewählten Positionen der Ergebnisrechnung .8
3.3.1. Ordentliche Erträge 8
3.3.2. Ordentliche Aufwendungen 17
3.3.3. Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit 23
3.3.4. Finanzergebnis 23
3.3.5. Ordentliches Ergebnis 24
3.3.6. Außerordentliches Ergebnis 25
3.3.7. Jahresergebnis 25
3.4. Finanzrechnung 26
3.4.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Kreditaufnahmen 28
3.4.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Krediten 30
3.5. Schuldenentwicklung 32
3.6. Liquidität und Kassenkredite 33
3.7. Eigenbetrieb Veranstaltungsforum Fürstenfeld 34
3.8. Haushaltsausgabereste und Budgetüberträge 35
3.9. Gewährte Darlehen 36
3.10. Kennzahlen 36
3.11. Beurteilung der Haushaltslage 36
4. Stand der Aufgabenerfüllung 37
5. Vorgänge von besonderer Bedeutung 37
6. Mögliche Chancen und Risiken 37

Stadtrat 19.12.2017

1. Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte kommunale Buchführung (Doppik)

Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck hat zum 01.01.2015 das Rechnungswesen auf die Doppik umgestellt. Eine Vergleichbarkeit der Jahresergebnisse ab dem Rechnungsjahr 2015 mit Ergebnissen aus den Rechnungsjahren 2014 und früher (Kameralistik) ist aufgrund des Systemwechsels nicht vollständig möglich. Es werden daher nur ausgewählte Positionen in Zeitreihenvergleichen dargestellt, welche hinter das Jahr 2015 zurückreichen.

1.1. Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht (§ 87 KommHV-Doppik) soll ein realistisches Bild der Haushaltslage und des Verlaufs der Haushaltswirtschaft darstellen. Die Darstellung hat sich am Maßstab der stetigen Aufgabenerfüllung zu orientieren.
Wichtige Ergebnisse des Jahresabschlusses sowie erhebliche Abweichungen von der Planung sind zu erläutern. Es ist eine Bewertung der Abschlussrechnung vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch

- den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- mögliche Chancen und Risiken von Bedeutung und
- die Umsetzung von Zielen und Strategien

darstellen.

1.2. Haushaltsplan

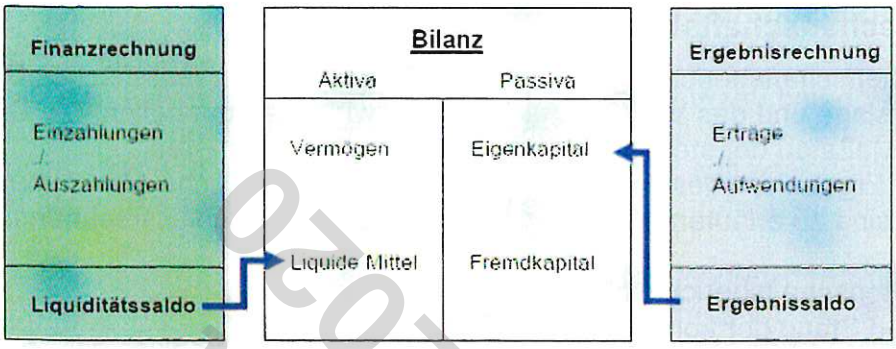
Der Haushaltsplan 2016 wurde am 23.02.2016 vom Stadtrat beschlossen und mit Bescheid der Kommunalaufsicht vom 25.04.2016 rechtsaufsichtlich gewürdigt und soweit erforderlich genehmigt. Der Haushaltsplan 2016 trat rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft.

Entwurf

1.3. Doppischer Jahresabschluss

1.3.1. Elemente des Rechnungswesens





Der doppische Jahresabschluss umfasst neben der Vermögens- (Bilanz), Ergebnis- und Finanzrechnung noch die Teilrechnungen, einen Anhang mit Anlagen und den Rechenschaftsbericht.

344

1.3.2. Vermögensrechnung

Das zentrale Rechnungsinstrument stellt die Vermögensrechnung (Bilanz) dar. Die Bilanz gibt zum jeweiligen Bilanzstichtag Auskunft über das gesamte Vermögen und informiert über die Finanzierung durch Eigen- oder Fremdmittel.
Auf der Aktivseite werden die einzelnen Vermögenspositionen und deren Verwendung dargestellt. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der Mittel (Eigen- oder Fremdkapital).

Aktiva		Passiva	
A	Anlagevermögen	A	Eigenkapital
I	Immaterielle Vermögensgegenstände	I	Allgemeine Rücklage (Nettosposition)
II	Sachanlagen	II	Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen
III	Finanzanlagen	III	Ergebnisrücklagen
Summe Anlagevermögen		IV	Ergebnisvortrag
B	Umlaufvermögen	V	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag
I	Vorräte	Summe Eigenkapital	
II	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	B	Sonderposten
III	Wertpapiere des Umlaufvermögens	C	Rückstellungen
IV	Liquide Mittel	D	Verbindlichkeiten
Summe Umlaufvermögen		E	Passive Rechnungsabgrenzung
C	Aktive Rechnungsabgrenzung	F	Treuhandkapital
D	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		
E	Treuhandvermögen		
Summe Aktiva (Bilanzsumme)		Summe Passiva (Bilanzsumme)	

Die Feststellung der Eröffnungsbilanz gemäß § 91 Abs. 2 KommHV-Doppik zum Stichtag 01.01.2015 erfolgte mit Beschluss des Stadtrates vom 24.04.2018.

1.3.3. Gesamtergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung stellt, stark vereinfacht dargestellt, dar ob die Stadt reicher oder ärmer wird. In der Ergebnisrechnung werden auch nicht-zahlungswirksame Größen, wie z.B. Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen, Auflösung von Rückstellungen und Auflösung von Sonderposten dargestellt. Durch die Darstellung von Abschreibungen wird der Werteverzehr des kommunalen Anlagevermögens berücksichtigt und durch die

Berücksichtigung von Rückstellungen werden finanzielle Verpflichtungen, die in der Zukunft zu Auszahlungen führen, bereits in der Periode in der sie verursacht wurden, als Aufwand abgebildet.
Für die Zuordnung zum Haushaltsjahr ist nicht der Zeitpunkt der Zahlung entscheidend, sondern welchem Jahr der Geschäftsvorfall wirtschaftlich zuzuordnen ist.
Das Ergebnis wird getrennt in zwei Rubriken dargestellt. Dabei wird ein ordentliches Ergebnis (aus laufender Verwaltungstätigkeit) und ein außerordentliches Ergebnis ausgewiesen. Anhand des ordentlichen Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit lässt sich beurteilen, ob ggf. strukturelle Defizite vorhanden sind und ein Haushaltsausgleich nur durch außerordentliche Ergebnisse erreicht werden kann. Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet dabei außergewöhnliche, periodenfremde oder verwaltungsbetriebsfremde Geschäftsvorfälle.
Die Jahresrechnung ist dann ausgeglichen, wenn die Erträge im Ergebnisplan die Aufwendungen decken oder übersteigen.

1.3.4. Gesamtfinanzrechnung

Die Gesamtfinanzrechnung beinhaltet alle Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit der Stadt. Der Saldo der einzelnen Ein- und Auszahlungen gibt im Sinne einer Kapitalflussrechnung Auskunft über die Liquiditätsentwicklung und damit die Information, wie sich die Zahlungsfähigkeit entwickelt.
Während die laufenden Ressourcen (Personal, Sachmittel, Zuwendungen...) in der Ergebnisrechnung dargestellt werden, kann die Darstellung der Auszahlungen und Einzahlungen für Investitionen nur in der Finanzrechnung erfolgen, da sich in der Ergebnisrechnung nur die jährlichen Abschreibungen finden, welche die Investitionen nach sich ziehen. Die gesamten Investitionen sind im jeweiligen Jahr der Anschaffung bzw. Herstellung in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Kopie

1.3.5. Teilrechnungen

Die Gesamtergebnisrechnung und die Gesamtfinanzrechnung werden in Teilrechnungen (Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen) gegliedert. Die Struktur des Haushaltsplans und damit der Teilrechnungen der Stadt Fürstenfeldbruck gliedert sich nach Kostenstellen.

Beispiel für den Aufbau einer Kostenstelle:

Bereich 11	*Innere Verwaltung*
Abschnitt 111	*Verwaltungssteuerung*
Einheit 1110	*Gemeindeorgane*
Kostenstelle 11101000	*Oberbürgermeister (inkl. Bgm-Büro)*
11102000	*Stadtrat und Ausschüsse*

2. Kurzüberblick Ergebnis Jahresabschluss 2016

Ergebnisrechnung

	EUR
Gesamtbetrag der Erträge:	-80.941.411,57
Gesamtbetrag der Aufwendungen:	77.983.080,42
Saldo (Jahresergebnis):	**-2.958.331,15**

Finanzrechnung

a) lfd. Verwaltungstätigkeit

	EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen:	75.482.409,91
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	-64.868.420,62
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit:	**10.613.989,29**

b) Investitionstätigkeit

	EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen:	2.822.720,34
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	-6.243.918,70
Saldo aus Investitionstätigkeit:	**-3.421.198,36**

c) Finanzierungstätigkeit

	EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen:	1.000.000,00
Gesamtbetrag der Auszahlungen:	-3.884.977,41
Saldo aus Finanzierungstätigkeit:	**-2.884.977,41**

	EUR
Saldo Finanzrechnung	**4.307.813,52**

Schuldenstand zum 31.12.2016: **31,35 Mio. Euro**
(Stand zum Jahresende 2015: 34,22 Mio. €)

Stand Liquidität zum 31.12.2016: **23,42 Mio. Euro**

Stand Kassenkredite zum 31.12.2016: **0 Euro**

Stadtrat 15.12.2020

3. Jahresabschluss 2016

3.1. Vermögensrechnung

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 erhöhte sich gegenüber der Eröffnungsbilanz um rund 2,07 Mio. €. Dies ist zum Großteil auf das gute Ergebnis in den Teilrechnungen der Ergebnis- und Finanzrechnung zurückzuführen.
Die Vermögensrechnung in einer querformatigen und damit besser lesbaren Darstellung finden Sie als Bestandteil der Jahresabschlussunterlagen. Eine ausführliche Erläuterung zu den einzelnen Bilanzpositionen ist im Anhang zum Jahresabschluss enthalten.

3.2. Gesamtergebnisrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-49.028.375,85	-48.526.000,00	-56.687.095,13	-8.161.095,13
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.182.108,66	-8.940.050,00	-9.191.340,99	-251.290,99
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.787.763,85	-7.532.800,00	-7.648.359,57	-115.559,57
5	+ Auflösung von Sonderposten	-3.235.550,04	-1.434.225,00	-2.089.211,50	-654.986,50
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.062.013,10	-1.917.250,00	-2.061.987,51	-144.737,51
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-794.120,04	-1.074.850,00	-1.084.372,22	-9.522,22
8	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.104.094,53	-4.493.400,00	-1.827.852,37	2.665.547,63
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	-54.586,51	-30.700,00	-48.305,73	-17.605,73
10	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
S1	**= Ordentliche Erträge (Zeilen 1 bis 10)**	**-80.248.612,58**	**-73.949.275,00**	**-80.638.525,02**	**-6.689.250,02**
11	- Personalaufwendungen	17.571.771,20	18.468.810,79	18.912.098,03	443.287,24
12	- Versorgungsaufwendungen	143.258,64	214.000,00	169.739,91	-44.260,09
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.818.699,03	13.986.911,13	11.567.482,95	-2.419.428,18
14	- Planmäßige Abschreibungen	6.709.917,23	6.394.500,00	6.882.876,52	488.376,52
15	- Transferaufwendungen	30.663.434,41	31.413.200,00	36.428.073,12	5.014.873,12
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.828.302,61	2.957.495,93	3.085.021,70	127.525,77
S2	**= Ordentliche Aufwendungen (Zeilen 11 bis 16)**	**69.735.383,12**	**73.434.917,85**	**77.045.292,23**	**3.610.374,38**
S3	**= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 und S2)**	**-10.513.229,46**	**-514.357,15**	**-3.593.232,79**	**-3.078.875,64**
17	+ Finanzerträge	-268.630,19	-188.600,00	-279.789,17	-91.189,17
18	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.234.970,99	946.000,00	937.788,19	-8.211,81
S4	**= Finanzergebnis (Saldo Zeilen 17 und 18)**	**966.340,80**	**757.400,00**	**657.999,02**	**-99.400,98**
S5	**= Ordentliches Ergebnis (S3 und S4)**	**-9.546.888,66**	**243.042,85**	**-2.935.233,77**	**-3.178.276,62**
19	+ Außerordentliche Erträge	-26.765,28	-500,00	-23.097,38	-22.597,38
20	- Außerordentliche Aufwendungen	53,93	0,00	0,00	0,00
S6	**= Außerordentliches Ergebnis (Saldo Zeilen 19 und 20)**	**-26.711,35**	**-500,00**	**-23.097,38**	**-22.597,38**
S7	**= Jahresergebnis (S5 und S6)**	**-9.573.600,01**	**242.542,85**	**-2.958.331,15**	**-3.200.874,00**

Bedingt durch unsere Finanzsoftware sind in der **Ergebnisrechnung** die Erträge mit Minus (-) dargestellt, das heißt ein negatives (-) Ergebnis ist gut.
Gestiegene Erträge sowie geringere Aufwendungen sind ebenfalls mit Minus (-) dargestellt und bedeuten damit eine Verbesserung.

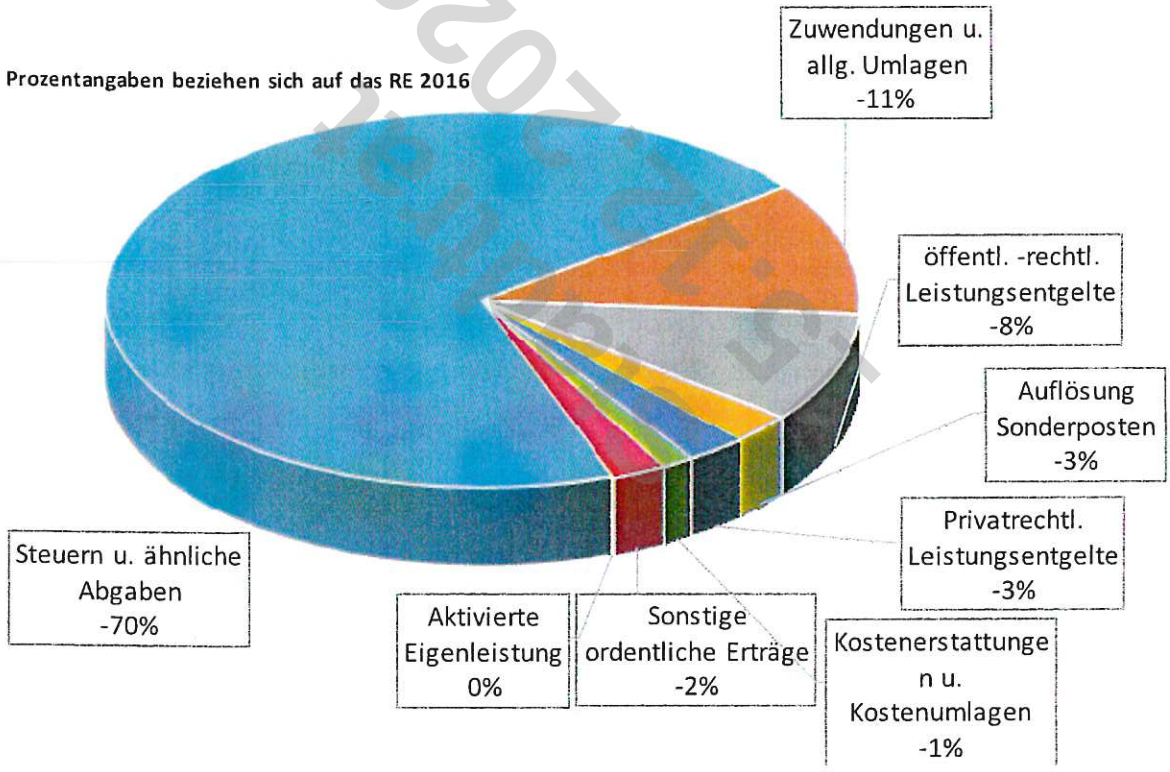
Entwurf 2020

3.3. Analyse und Erläuterungen zu ausgewählten Positionen der Ergebnisrechnung

3.3.1. Ordentliche Erträge

Im Ergebnishaushalt wurden Erträge von rund 80,6 Mio. Euro mit folgender Zusammensetzung realisiert:

	Ansatz (€)	RE (€)	Vergleich (€)
Steuern u. ähnliche Abgaben	-48.526.000	-56.687.095,13	-8.161.095,13
Zuwendungen u. allg. Umlagen	-8.940.050	-9.191.340,99	-251.290,99
öffentl. -rechtl. Leistungsentgelte	-6.550.700	-7.648.359,57	-1.097.659,57
Auflösung Sonderposten	-2.423.325	-2.089.211,50	334.113,50
Privatrechtl. Leistungsentgelte	-1.910.250	-2.061.987,51	-151.737,51
Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-1.074.850	-1.084.372,22	-9.522,22
Sonstige ordentliche Erträge	-4.493.400	-1.827.852,37	2.665.547,63
Aktivierte Eigenleistung	-30.700	-48.305,73	-17.605,73
Gesamt:	**-73.949.275**	**-80.638.525,02**	**-6.689.250,02**



Die Mehrerträge bei den Steuern von rund 8,16 Mio. Euro werden hauptsächlich durch die Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Überlassung Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer erzielt.

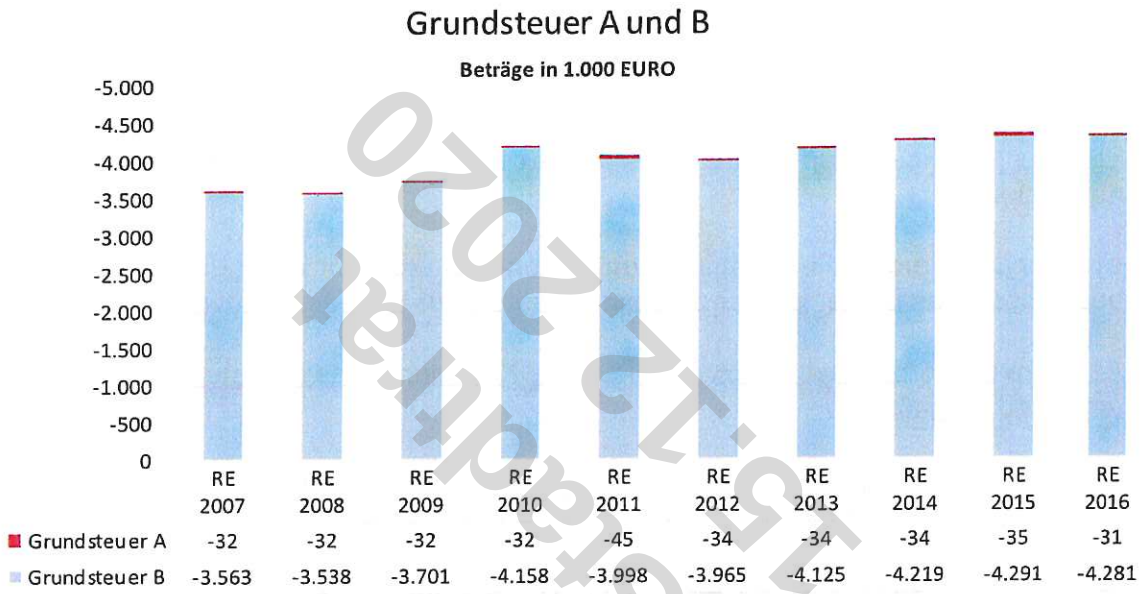
Entwurf 2020

3.3.1.1. Steuern und ähnliche Abgaben

1 Steuern und ähnliche Abgaben

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Grundsteuer A	-35.091,47	-34.000,00	-31.363,95	2.636,05
Grundsteuer B	-4.290.777,99	-4.280.000,00	-4.280.769,59	-769,59
Gewerbesteuer	-16.745.630,28	-16.500.000,00	-23.296.684,20	-6.796.684,20
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-22.071.579,00	-22.500.000,00	-23.171.188,00	-671.188,00
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-1.730.439,00	-1.800.000,00	-1.783.377,00	16.623,00
Sonstige Gemeindesteuern	-73.318,31	-72.000,00	-70.470,40	1.529,60
Einkommensteuerersatzleistungen	-1.699.221,00	-1.790.000,00	-1.830.133,00	-40.133,00
Überlassung Aufkommen a. d. Grunderwerbsteuer	-2.382.318,80	-1.550.000,00	-2.223.108,99	-673.108,99
	-49.028.375,85	**-48.526.000,00**	**-56.687.095,13**	**-8.161.095,13**

3.3.1.1.1. Grundsteuer A und B

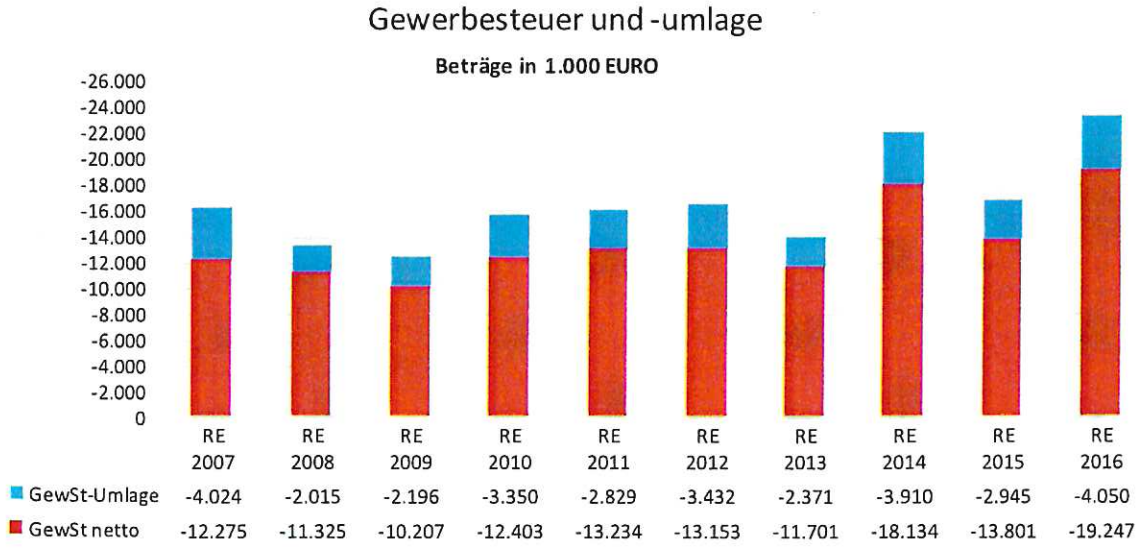


Die Grundsteuer A (Hebesatz: 310%) konnte ein Ergebnis von 31.363,95 Euro verzeichnen.

Bei der Grundsteuer B (Hebesatz 350%) ließen sich in 2016 Erträge in Höhe von 4.280.769,59 Euro realisieren.

17.12.2020 Stadtrat

3.3.1.1.2. Gewerbesteuer und Umlage



Im ursprünglichen Haushaltsplan 2016 wurde noch von einem Aufkommen von 16,5 Mio. Euro ausgegangen. Zum Jahresende fiel das Rechnungsergebnis um rund 6,8 Mio. Euro höher aus.

Unverändert werden die Stadtfinanzen letztendlich von sehr wenigen Gewerbetreibenden beeinflusst, was immer wieder zu unvorhersehbaren Einnahmeschwankungen führt.

Aus dem Gewerbesteueraufkommen hat die Kommune Gewerbesteuerumlage an Land und Bund abzuführen.

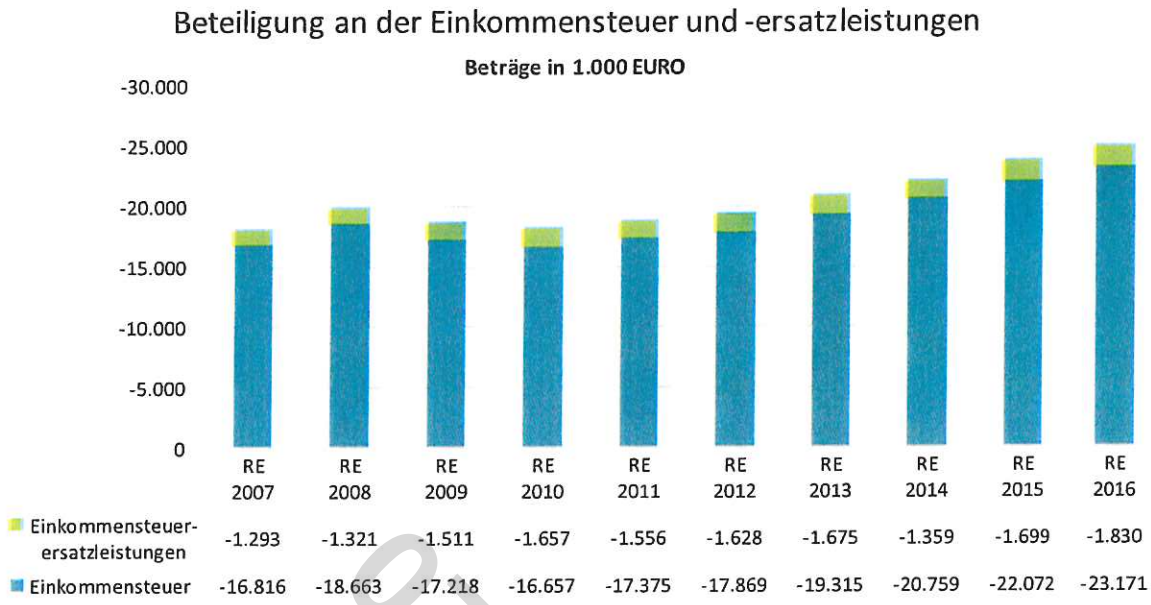
Mit einer Gewerbesteuerumlage von rund 4,05 Mio. Euro wurde das Gewerbesteueraufkommen der Stadt in 2016 geschmälert.

➡ Somit verbleiben „netto" bei der Stadt nur 19,2 Mio. Euro

Entwurf

350

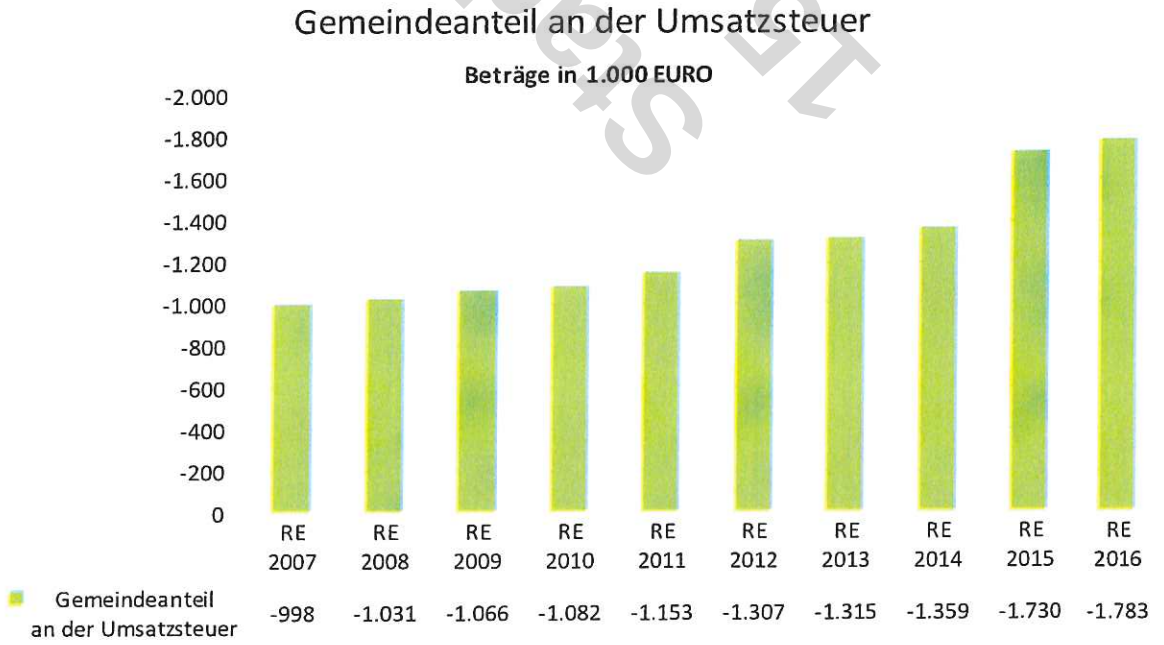
3.3.1.1.3. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Einkommensteuerersatzleistungen



Der Anteil der EkSt-Beteiligung an den ordentlichen Erträgen im Jahr 2016 beträgt rd. 28,7%.
Die bisher größte Einnahmequelle hat ihren Spitzenwert aus 2015 in Höhe von 22,07 Mio. Euro nochmals überschritten und beträgt in 2016 nun 23,17 Mio. Euro.

Entwurf 19.12.2020

3.3.1.1.4. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer



Die Beteiligung der Kommunen mit 2,2 % am Umsatzsteueraufkommen wurde 1998 als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer im gleichen Jahr eingeführt.
Der Ansatz von 1,8 Mio. Euro wurde mit Erträgen in Höhe von 1,78 Mio. Euro nur leicht verfehlt.

3.3.1.1.5. Überlassung Aufkommen a. d. Grunderwerbsteuer



Der Kommunalanteil am örtlichen Grunderwerbsteueraufkommen beträgt 8/21. Diesen Anteil erhält die Stadt als Große Kreisstadt zu 100 Prozent.

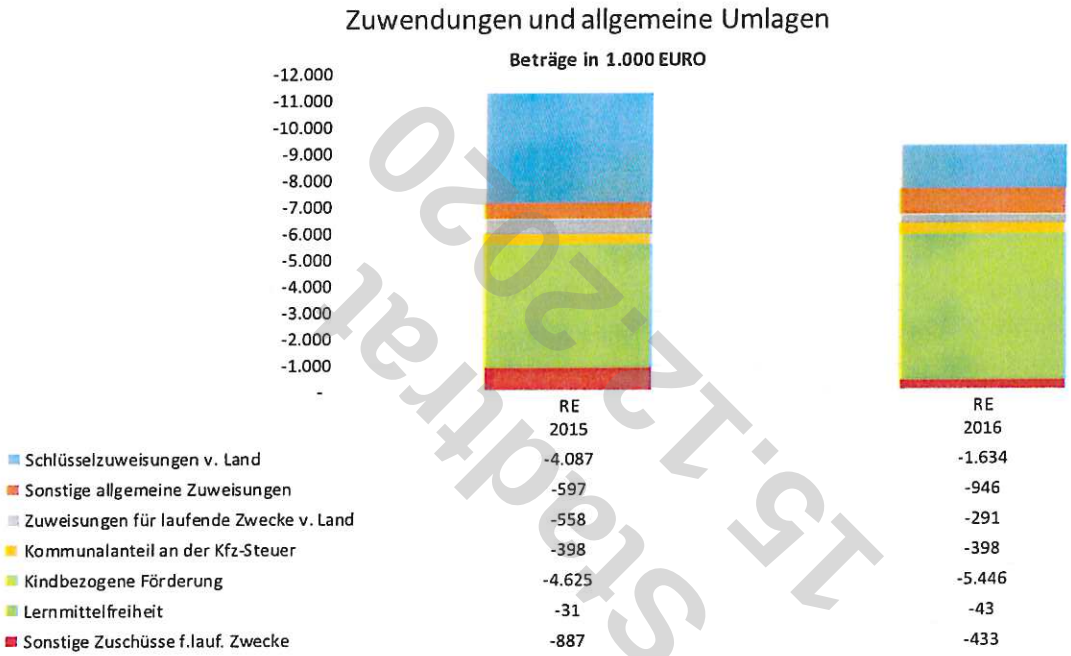
Im Jahr 2016 konnte das sehr gute Vorjahresergebnis nicht mehr ganz erreicht werden, mit 2,22 Mio. Euro liegt es aber dennoch deutlich über den Jahren zuvor. Dies ist ein Effekt der anhaltenden Niedrigzinsphase auf dem Kapitalmarkt (unattraktiv für Geldanlagen, attraktiv für Baufinanzierungen) sowie der stetig steigenden Immobilienpreise.

Stadtrat 15.12.2020

3.3.1.2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schlüsselzuweisungen vom Land	-4.087.072,00	-1.634.000,00	-1.633.996,00	4,00
Sonstige allg. Zuweisungen	-596.747,75	-840.000,00	-946.135,13	-106.135,13
Zuweisungen für lauf. Zwecke vom Land	-557.974,11	-707.800,00	-291.000,52	416.799,48
Kommunalanteil an der Kfz-Steuer	-397.700,00	-397.700,00	-397.700,00	0,00
Kindbezogene Förderung	-4.624.858,25	-4.797.000,00	-5.445.690,14	-648.690,14
Lernmittelfreiheit	-30.957,00	-30.350,00	-43.294,00	-12.944,00
sonstige Zuschüsse f.lauf. Zwecke	-886.799,55	-533.200,00	-433.525,20	99.674,80
	-11.182.108,66	**-8.940.050,00**	**-9.191.340,99**	**-251.290,99**



Stadtrat 15.12.2020

3.3.1.2.1. Schlüsselzuweisungen



Ziel dieser Zuweisung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ist es, innerhalb des Landes mangelnde bzw. regional sowie interkommunal unterschiedliche Steuerkraft zum Teil auszugleichen.

Wesentliche Grundlage für die Bemessung und Verteilung der Schlüsselzuweisung ist die Steuerkraftmesszahl des Vorvorjahres (2014), die unter dem Landesdurchschnitt lag. Dadurch konnte die Stadt in den Genuss von Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1.633.996 Euro kommen.

Gedruckt 12.12.2016

3.3.1.2.2. Kindbezogene Förderung

Diese Position ist in Verbindung mit den Transferaufwendungen bei Punkt 3.3.2.5.1 kommentiert.

3.3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungsgebühren	-663.570,37	-645.100,00	-641.920,20	3.179,80
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	-6.102.705,00	-5.898.600,00	-6.007.243,85	-108.643,85
Zweckgebundene Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
Erträge aus der Auflösung von SoPo aus Beiträgen	-1.021.488,48	-989.100,00	-999.195,52	-10.095,52
Erträge a.d.Auflösung v.SoPo f.d.Gebührenausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
	-7.787.763,85	**-7.532.800,00**	**-7.648.359,57**	**-115.559,57**

Hierunter fallen die Gebühren für die Benutzung städtischer Einrichtungen (z.B. Obdachlosenunterkünfte, Feuerwehr, Museum, Stadtbibliothek, Kindergärten, Abwasserbeseitigung und Friedhöfe). Des Weiteren werden bei dieser Ertragsart die Verwaltungsgebühren (z.B. für Baugenehmigungen und Pässe) verbucht.

3.3.1.4. Auflösung von Sonderposten

5 + Auflösung von Sonderposten

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erträge a. d. Aufl. von SoPo aus Zuwendungen	-2.903.376,98	-1.388.525,00	-1.653.842,50	-265.317,50
Erträge aus der Auflösung sonstiger Sonderposten	-332.173,06	-45.700,00	-435.369,00	-389.669,00
	-3.235.550,04	**-1.434.225,00**	**-2.089.211,50**	**-654.986,50**

Diese Erträge waren als Einnahmen in der Kameralistik nicht zu finden. Als Sonderposten werden empfangene Investitionszuwendungen abnutzbarer Vermögensgegenstände (z.B. Gebäude, Maschinen) auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Sonderposten werden – als Pendant zu den Abschreibungen des Anlagevermögens - ertragswirksam entsprechend der Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, für die sie gewährt wurden, aufgelöst. Es handelt sich hier um Erträge, die nicht zahlungswirksam sind. Die Werte werden aus den in der Anlagebuchhaltung erfassten Sonderposten ermittelt.

Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanerstellung (erfolgt regelmäßig ca. im November) noch nicht alle Sonderposten gebucht sind (diese werden bis Jahresende passiviert) kann es in dieser Position Abweichungen zu den Planwerten geben.

3.3.1.5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erträge aus Mieten, Pachten und Erbbauzins	-1.080.802,97	-1.050.550,00	-1.062.648,89	-12.098,89
Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	-221.314,24	-246.550,00	-223.889,86	22.660,14
Sonst.privatrechtl. Leistungsentg.u.Kostenersätze	-759.895,89	-620.150,00	-775.448,76	-155.298,76
	-2.062.013,10	**-1.917.250,00**	**-2.061.987,51**	**-144.737,51**

Hinter dieser Ertragsart verbergen sich neben Erträgen aus Mieten und Pachten (überwiegend für allgemeines Grundvermögen) Erträge aus dem Bestattungsbetrieb sowie Ersatzleistungen bei Versicherungsschäden.

3.3.1.6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Erträge aus Kostenerstattungen u.-umlagen	-794.120,04	-1.074.850,00	-1.084.372,22	-9.522,22
	-794.120,04	**-1.074.850,00**	**-1.084.372,22**	**-9.522,22**

Unter dieser Ertragsart sind alle Kostenerstattungen und Kostenumlagen zusammengefasst. Die größte Position bilden die Verwaltungskostenbeiträge die nicht vollständig angesetzt wurden, da sie aufgrund der Doppik-Umstellung neu ermittelt werden müssen.

Stadtrat 04.12.2023

3.3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

8 + Sonstige ordentliche Erträge

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Sonstige ordentliche Erträge	-6.104.094,53	-4.493.400,00	-1.827.852,37	2.665.547,63
	-6.104.094,53	**-4.493.400,00**	**-1.827.852,37**	**2.665.547,63**

Hierbei handelt es sich um Erträge aus Konzessionsabgaben, Vorsteuererstattung und ordnungsrechtliche Erträge (wie z.B. Buß- und Zwangsgelder, Säumniszuschläge und Verzugszinsen sowie Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer) und Erträge aus der Werterhöhung bei der Veräußerung von Grundstücken.

3.3.1.8. Aktivierte Eigenleistungen

9 + Aktivierte Eigenleistungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Aktivierte Eigenleistungen	-54.586,51	-30.700,00	-48.305,73	-17.605,73
	-54.586,51	**-30.700,00**	**-48.305,73**	**-17.605,73**

Hier wurden von der Stadt selbst erbrachte Leistungen (z.B. Bauhofleistungen), die sich erhöhend auf das Anlagevermögen auswirken, gegen gebucht.

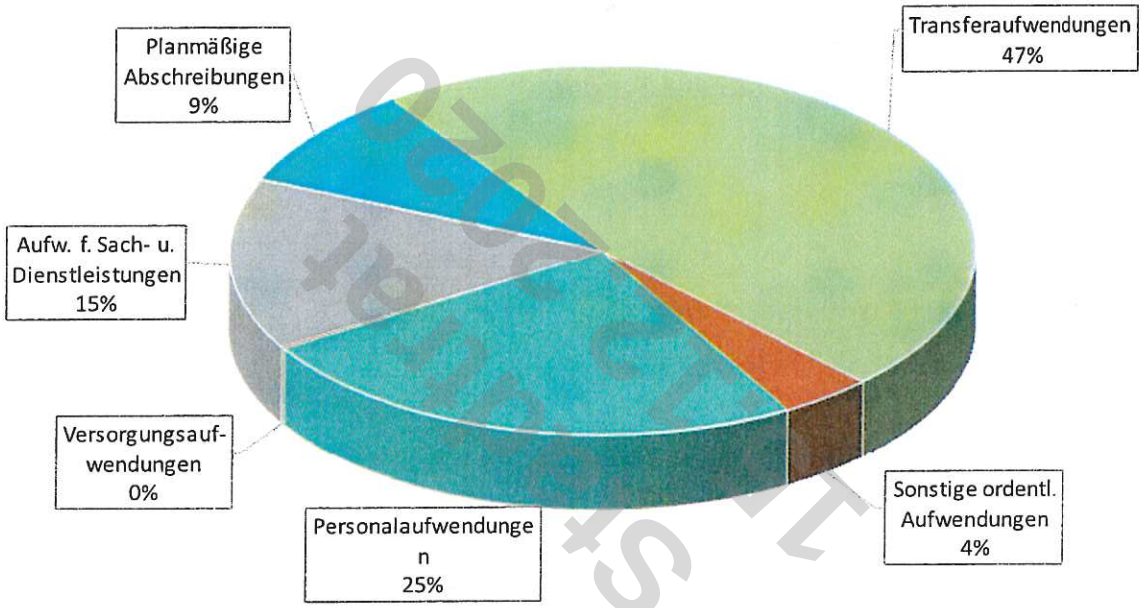
Stadtrat 15.12.2020

3.3.2. Ordentliche Aufwendungen

Im Ergebnishaushalt wurden Aufwendungen von rund 77 Mio. Euro getätigt. Die Struktur stellt sich wie folgt dar:

	Ansatz (€)	RE (€)	Vergleich (€)
Personalaufwendungen	18.458.350	18.912.098,03	453.748,03
Versorgungsauf-wendungen	214.000	169.739,91	-44.260,09
Aufw. f. Sach- u. Dienstleistungen	14.142.150	11.567.482,95	-2.574.667,05
Planmäßige Abschreibungen	6.394.500	6.882.876,52	488.376,52
Transferaufwendungen	31.413.200	36.428.073,12	5.014.873,12
Sonstige ordentl. Aufwendungen	2.898.800	3.085.021,70	186.221,70
Gesamt:	**73.521.000**	**77.045.292,23**	**3.524.292,23**

Prozentangaben beziehen sich auf das RE 2016



Die dominierenden Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sind die Transferaufwendungen mit 36,4 Mio. Euro, wovon allein 20,7 Mio. Euro auf die Kreisumlage entfallen. Die Personalaufwendungen betragen knapp 18,9 Mio. Euro.

Gelöscht

3.3.2.1. Personalaufwendungen

11 - Personalaufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Dienstaufwendungen	12.737.653,69	13.906.403,12	13.545.892,52	-360.510,60
Beiträge zu Versorgungskassen	1.796.910,26	1.811.850,00	1.864.417,97	52.567,97
Beiträge zur gesetzl. Soz.vers. für tarifl. Besch.	2.241.896,04	2.450.100,00	2.435.582,69	-14.517,31
Beihilfen u. Unterstützungsleistungen	131.413,43	148.350,00	167.415,81	19.065,81
Zuführungen zu Pensions-, Beihilfe- und anderen personalbez. Rückstellun	663.897,78	152.107,67	898.789,04	746.681,37
	17.571.771,20	**18.468.810,79**	**18.912.098,03**	**443.287,24**

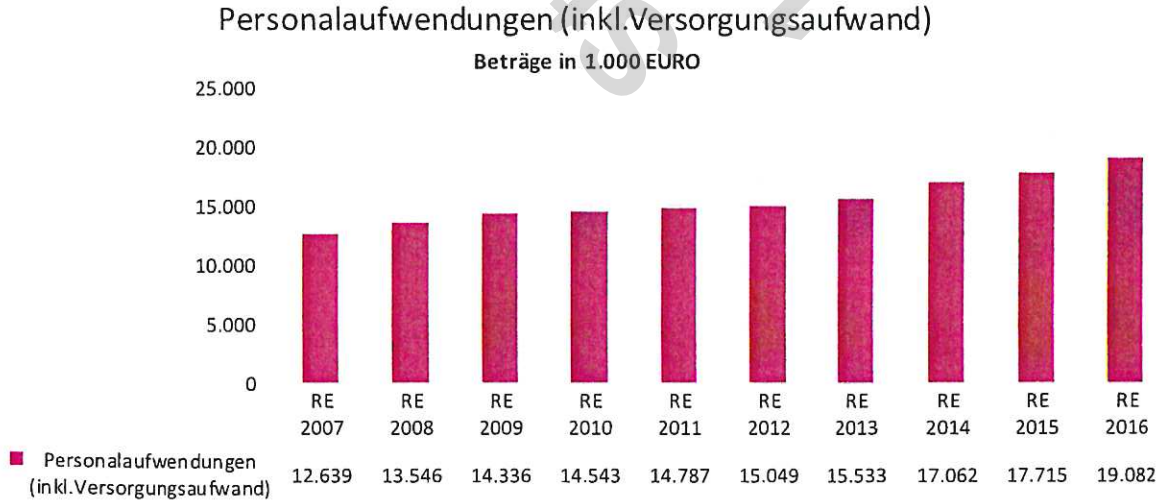
Im Haushalt 2016 wurden Personalaufwendungen von 18,469 Mio. Euro veranschlagt. Das Rechnungsergebnis weist nun Ausgaben von 18,912 Mio. Euro aus und ist damit um 0,443 Mio. Euro höher. Grund hierfür ist die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 700 TEUR welche nicht in dieser Größenordnung geplant war. Der Personalaufwendungsanteil an den ordentlichen Aufwendungen liegt bei 25 % und ist nach den Transferaufwendungen die zweitgrößte Position.

3.3.2.2. Versorgungsaufwendungen

12 - Versorgungsaufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Versorgungsaufwendungen	0,00	17.000,00	0,00	-17.000,00
Beiträge z.gesetzl. Soz.vers. f.Versorgungsempfänger	0,00	0,00	0,00	0,00
Beih.u.Unterstützung.u.dgl.f.Verssorgungsempfänger	143.258,64	197.000,00	169.739,91	-27.260,09
Zuführ. zu Pensions- und Beihilferückst. f.Versorgungsempfänger	0,00	0,00	0,00	0,00
	143.258,64	**214.000,00**	**169.739,91**	**-44.260,09**

Die 169.739,91 Euro betreffen die Versorgungsrücklage für die passiven Beamten.



Gedruckt 15.12.2020

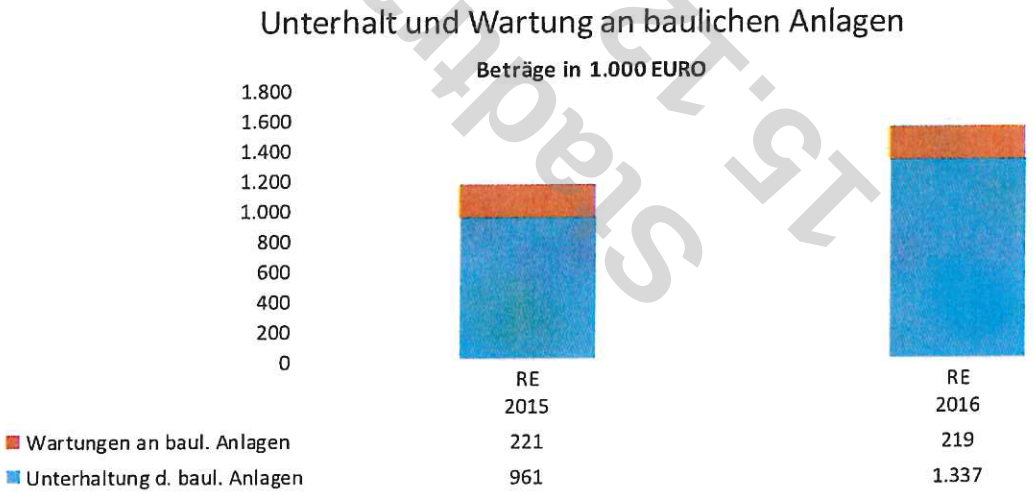
3.3.2.3. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Aufw. f.Unterhaltung d.baulichen Anlagen u. sonstigen unbew. Vermögen	2.692.185,84	3.870.500,00	2.571.189,40	-1.299.310,60
Aufwendungen für Mieten und Pachten und dergleichen	576.889,19	709.900,00	817.892,23	107.992,23
Aufw. f.Bewirtschaftung der Grundst. u.baulichen Anlagen	2.756.707,12	2.865.550,00	2.463.682,32	-401.867,68
Unterhalt des bewegl. Vermögens	363.212,04	361.277,00	341.552,48	-19.724,52
Anschaff., Herstellung u.Ersatz v.GWGs (bis 410 € netto)	179.646,40	185.991,80	188.698,44	2.706,64
Aufw. f.d.Erwerb v.bew.Gegenständen (bis 150 € netto)	143.309,10	143.050,00	168.169,02	25.119,02
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	183.880,06	273.692,33	202.862,97	-70.829,36
Besondere Verwaltungs- u.Betriebsaufwendungen	2.060.524,39	1.861.650,00	1.860.004,15	-1.645,85
Aufwendungen für Erwerb von Vorräten	814.295,18	830.500,00	897.349,83	66.849,83
Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	2.048.049,71	2.884.800,00	2.056.082,11	-828.717,89
	11.818.699,03	**13.986.911,13**	**11.567.482,95**	**-2.419.428,18**

Unter dieser Aufwandsposition sind u.a. Aufwendungen für den Unterhalt von Gebäuden und baulichen Anlagen, Unterhalt des sonstigen unbeweglichen Vermögens (z.B. Straßenunterhalt, Grün- und Sportplatzpflege), Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter, Mieten, Pachten und die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude zu finden.

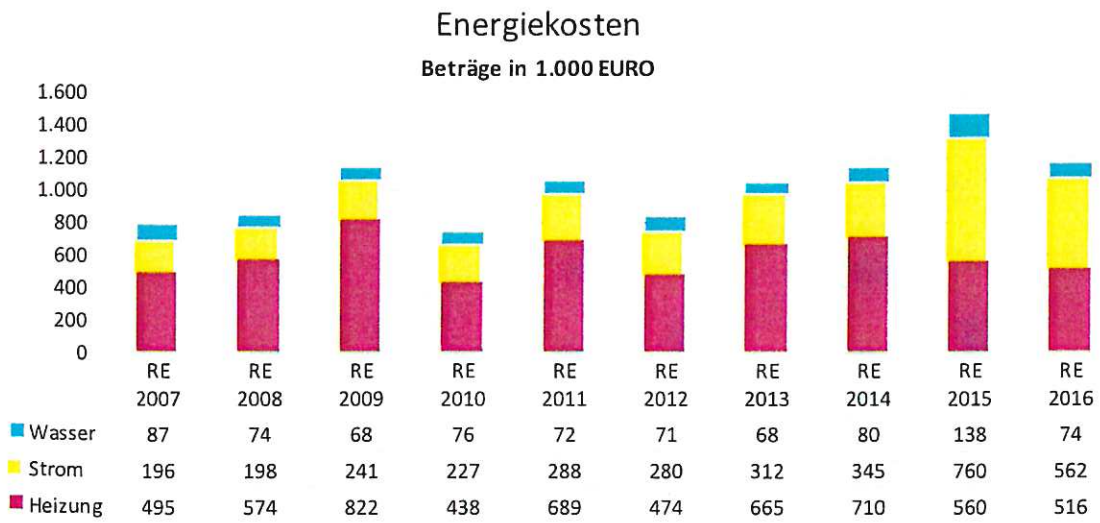
3.3.2.3.1. Unterhaltung der baulichen Anlagen und Wartung an baulichen Anlagen



In 2015 konnten nicht alle geplanten Unterhaltsmaßnahmen umgesetzt werden, was nun teilweise zusätzlich in 2016 erfolgte.

15.11.2020 Stadtrat

3.3.2.3.2. Energiekosten (Heizung / Strom / Wasser)



	RE 2007	RE 2008	RE 2009	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016
Wasser	87	74	68	76	72	71	68	80	138	74
Strom	196	198	241	227	288	280	312	345	760	562
Heizung	495	574	822	438	689	474	665	710	560	516

Die Abrechnungen der Energiekosten von 2014 und von 2015 wurden in 2015 verbucht und führten somit in diesem Jahr zu höheren Rechnungsergebnissen.

Die Entwicklung der Energiekosten ist vor allem im Bereich der Heizung und des Stroms stark abhängig vom Wetter.

Stadtrat 15.12.2020

3.3.2.4. Planmäßige Abschreibungen

14 - Planmäßige Abschreibungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Abschreibungen a. immaterielle Vermögensgegenst.AV	346.634,78	107.500,00	386.057,42	278.557,42
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude	2.884.359,92	2.857.800,00	3.156.754,34	298.954,34
Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	2.519.273,92	2.615.500,00	2.516.380,10	-99.119,90
Abschr. auf Maschinen und techn.Anlagen, Fahrzeuge	359.435,12	379.100,00	294.528,30	-84.571,70
Abschr. auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	451.673,86	421.400,00	502.200,28	80.800,28
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen auf das Umlaufvermögen	135.695,28	0,00	14.008,85	14.008,85
Außerplan. Abschr.auf immat. VG und Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Abschreibungen	12.844,35	13.200,00	12.947,23	-252,77
	6.709.917,23	**6.394.500,00**	**6.882.876,52**	**488.376,52**

Diese Position gibt es in der Doppik erstmals für alle Anlagegüter. In der Kameralistik wurden die Abschreibungen nur bei den sog. Kostenrechnenden Einrichtungen (Entwässerung und Friedhof) dargestellt. Unter dieser Position des Ergebnishaushalts werden neben den klassischen Abschreibungen auf Anlagegüter auch die Abschreibungen auf Forderungen nachgewiesen.

Der Ansatz für die bilanzielle Abschreibung berücksichtigt als Ausgangswert das bisher bewertete Anlagevermögen. Durch Zugänge beim Anlagevermögen können sich immer Betragssteigerungen zu den Planwerten ergeben. Es handelt sich dabei um Aufwand, der nicht zahlungswirksam ist.

Ermittelt man die Differenz aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und den Aufwendungen für die bilanzielle Abschreibung so ergibt sich der zusätzlich in der Doppik darzustellende Posten, der den Ressourcenverbrauch widerspiegelt.

3.3.2.5. Transferaufwendungen

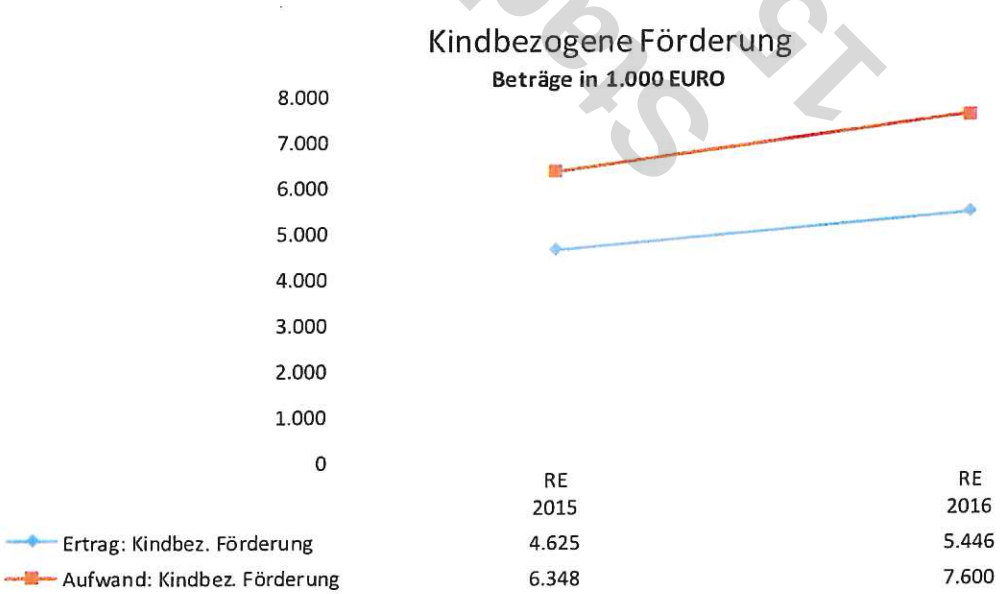
15 - Transferaufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Zuweis./Zuschüsse f.lfd.Zwecke an soz.u.ähnl.Einr.	6.491.135,33	6.896.000,00	7.745.006,86	849.006,86
Zuweis./Zuschüsse für lfd. Zwecke	2.543.329,20	2.748.400,00	2.932.705,68	184.305,68
Schuldendiensthilfen	0,00	0,00	0,00	0,00
Soziale Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewerbesteuerumlage/Solidarumlage	2.944.528,00	3.252.800,00	4.050.274,00	797.474,00
Allgemeine Zuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Umlagen	18.684.441,88	18.516.000,00	21.700.086,58	3.184.086,58
Sonstige Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	30.663.434,41	**31.413.200,00**	**36.428.073,12**	**5.014.873,12**

Die Aufwendungen für die kindbezogene Förderung lagen deutlich über dem Planansatz. Bei den allgemeinen Umlagen findet sich im Wesentlichen die Kreisumlage wieder. Hier wurde in 2016 die Bildung einer Verbindlichkeit gebucht welche in 2018 zahlungswirksam werden wird. Mit Bescheid des Landratsamtes wurde eine höhere Kreisumlage festgesetzt, als der ursprüngliche Planansatz war.

3.3.2.5.1. Zuweis./Zuschüsse f. lfd. Zwecke an soz. u. ähnl. Einrichtungen

Hierbei handelt es sich um die kindbezogene Förderung. Zu diesem Punkt siehe auch Ertrag bei Nr. 3.3.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen



Seit der Abrechnungsperiode 2015 wird nach Kalenderjahr abgerechnet, in den Vorjahren wurde pro Schuljahr eine Abrechnung erstellt, somit können die Vorjahresergebnisse nicht direkt verglichen werden.
Erträge für die kindbezogene Förderung (staatlicher Anteil) werden für Fürstenfeldbrucker Kinder in städt. Einrichtungen, in Kindertageseinrichtungen freier Träger im Stadtgebiet,

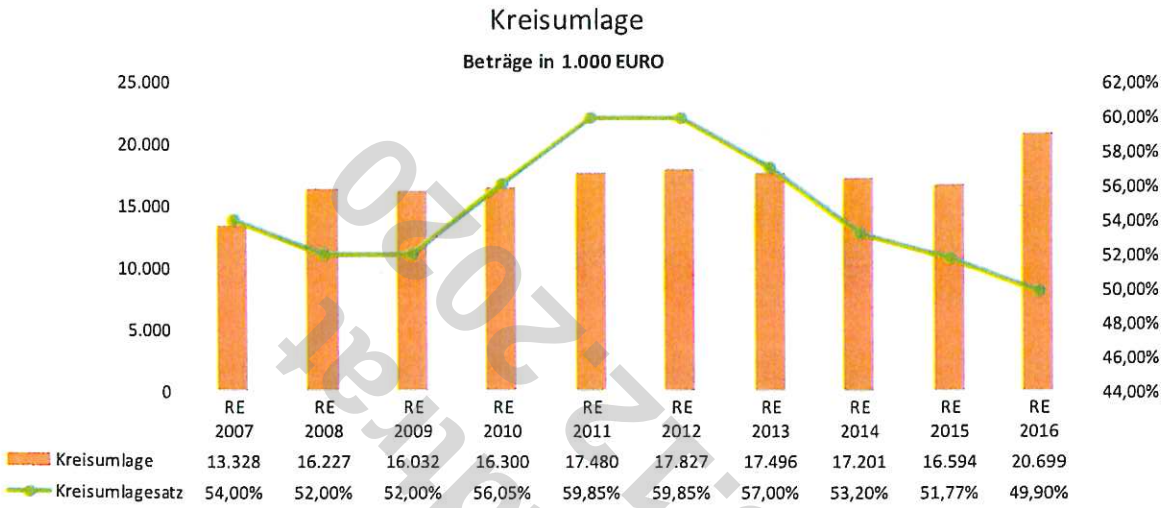
Project 2020 Entwurf

sowie für Fürstenfeldbrucker Kinder in Kindertageseinrichtungen außerhalb von Fürstenfeldbruck (auswärtige Kindertageseinrichtungen) vereinnahmt.

Die Aufwendungen für kindbezogene Förderung (staatlicher + kommunaler Anteil) werden an die freien Träger und an die auswärtigen Kindertageseinrichtungen ausbezahlt. Der kommunale Anteil für städt. Einrichtungen ist in der Grafik auf der Aufwandsseite nicht ersichtlich.

In 2016 betrug der von der Stadt zu tragende Anteil rd. 2,154 Mio. Euro (ohne städt. Einrichtungen).

3.3.2.5.2. Umlagen



Die Kreisumlage betrug im abgelaufenen Jahr rund 20,7 Mio. Euro und hatte einen Anteil von 26,87% am ordentlichen Aufwand (Im Vergleich 2015: 16,6 Mio. Euro).

3.3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Personalnebenaufwendungen	406.390,64	413.600,00	435.913,44	22.313,44
Aufw. f. Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten	466.422,01	477.350,00	539.779,85	62.429,85
Geschäftsaufwendungen	530.550,80	773.300,00	622.542,68	-150.757,32
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	690.430,39	659.750,00	723.700,17	63.950,17
Erstatt.f.Aufw.v.Dritten aus lfd. Verw.tätigkeit	464.784,53	574.800,00	397.108,40	-177.691,60
Wertveränderungen bei Vermögensgegenständen	37.924,98	0,00	134.983,13	134.983,13
Besondere ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Weitere sonst. Aufw. a.lfd. Verwaltungstätigkeit	231.799,26	58.695,93	230.994,03	172.298,10
	2.828.302,61	**2.957.495,93**	**3.085.021,70**	**127.525,77**

Hierunter fallen u.a. der allgemeine Geschäftsaufwand, die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen, die Leistungsorientierte Bezahlung sowie Schülerbeförderungskosten.

Stadtrat 15.02.2017 Vorlage

3.3.3. Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit

Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ordentliche Erträge	-80.248.612,58	-73.949.275,00	-80.638.525,02	-6.689.250,02
Ordentliche Aufwendungen	69.735.383,12	73.434.917,85	77.045.292,23	3.610.374,38
	-10.513.229,46	**-514.357,15**	**-3.593.232,79**	**-3.078.875,64**

3.3.4. Finanzergebnis

3.3.4.1. Finanzerträge

17 + Finanzerträge

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Zinserträge	-14.336,69	-8.600,00	-11.720,92	-3.120,92
Erträge a.Gewinnant. v.verb. Unternehmen u.Beteil.	0,00	0,00	-17.100,00	-17.100,00
Sonstige zinsähnliche Erträge	-254.293,50	-180.000,00	-250.968,25	-70.968,25
	-268.630,19	**-188.600,00**	**-279.789,17**	**-91.189,17**

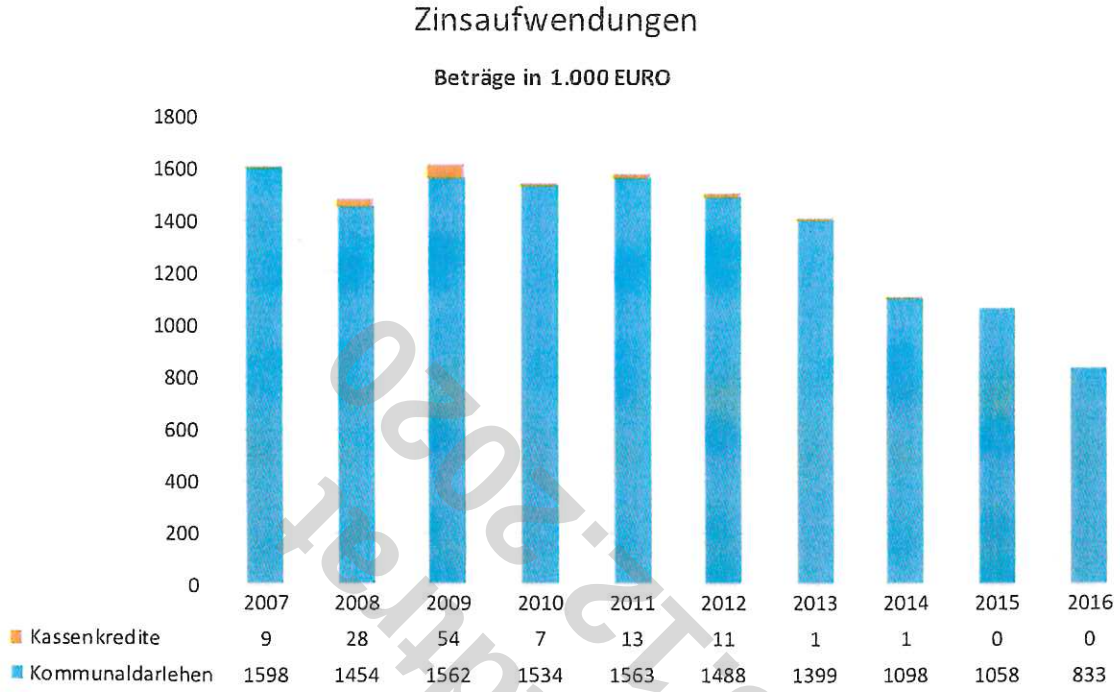
Zu sonstige zinsähnliche Erträge zählt die Verzinsung von Steuernachforderungen, wie Nachholzinsen für Gewerbesteuer und Verspätungszuschläge.

Stadtrat 15.12.2020

3.3.4.2. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Zinsaufwendungen	1.058.054,49	916.000,00	833.303,94	-82.696,06
Sonstige Finanzaufwendungen	176.916,50	30.000,00	104.484,25	74.484,25
	1.234.970,99	**946.000,00**	**937.788,19**	**-8.211,81**



Textprobe

Die Zinsaufwendungen konnten im Vergleich zum Vorjahr abermals gesenkt werden und lagen bei 0,83 Mio. Euro (2015: 1,06 Mio. Euro).

Durch das niedrige Zinsniveau, die Umwandlung alter Kommunalkredite in günstige Förderkredite sowie dem Schuldenabbau wurden die Zinsen seit dem Jahr 2012 stetig gesenkt.

Unter sonstige Finanzaufwendungen wird die Verzinsung der Steuernachzahlungen, sprich die Erstattungszinsen verbucht.

3.3.5. Ordentliches Ergebnis

Ordentliches Ergebnis

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-10.513.229,46	-514.357,15	-3.593.232,79	-3.078.875,64
Finanzergebnis	966.340,80	757.400,00	657.999,02	-99.400,98
	-9.546.888,66	**243.042,85**	**-2.935.233,77**	**-3.178.276,62**

3.3.6. Außerordentliches Ergebnis

3.3.6.1. Außerordentliche Erträge

19 + Außerordentliche Erträge

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Außerordent. Erträge a.d.Werterh. bei Veräuß.v.VG	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige außerordentliche Erträge	-26.765,28	-500,00	-23.097,38	-22.597,38
	-26.765,28	**-500,00**	**-23.097,38**	**-22.597,38**

Bei den sonstigen außerordentlichen und periodenfremden Erträgen wurden in 2016 u.a. noch die Ferienpässe für die Stadt München und auch die Abwicklung der Kulturnacht verbucht. Dies wurde zwischenzeitlich umgestellt.

3.3.6.2. Außerordentliche Aufwendungen

20 - Außerordentliche Aufwendungen

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Außerord. Aufw. (Wertmind b.) Veräußerung von VG	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige außerordentliche Aufwendungen	53,93	0,00	0,00	0,00
	53,93	**0,00**	**0,00**	**0,00**

In 2016 gab es keine außerordentlichen Aufwendungen.

Stadtrat 25.11.2020

3.3.7. Jahresergebnis

Jahresergebnis

	Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-10.513.229,46	-514.357,15	-3.593.232,79	-3.078.875,64
Finanzergebnis	966.340,80	757.400,00	657.999,02	-99.400,98
Außerordentliches Ergebnis	-26.711,35	-500,00	-23.097,38	-22.597,38
	-9.573.600,01	**242.542,85**	**-2.958.331,15**	**-3.200.874,00**

3.4. Finanzrechnung

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Steuern u. ähnliche Abgaben	48.354.684,72	48.526.000,00	55.576.746,84	7.050.746,84
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.381.667,03	8.940.050,00	8.780.485,41	-159.564,59
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.248.849,18	6.543.700,00	6.759.629,22	215.929,22
5	+ Privatrechtl. Leistungsentgelte	2.101.830,43	1.917.250,00	1.777.796,30	-139.453,70
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	773.227,68	1.074.850,00	1.023.789,86	-51.060,14
7	+ Sonstige Einzahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	1.432.132,15	1.335.800,00	1.347.461,53	11.661,53
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	349.606,73	189.100,00	216.500,75	27.400,75
S1	**= Einzahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 bis 8)**	**70.641.997,92**	**68.526.750,00**	**75.482.409,91**	**6.955.659,91**
9	- Personalauszahlungen	-17.586.047,07	-18.316.703,12	-17.995.412,27	321.290,85
10	- Versorgungsauszahlungen	-143.258,64	-214.000,00	-169.739,91	44.260,09
11	- Auszahlungen f. Sach- u. Dienstleistungen	-11.288.852,31	-13.986.911,13	-11.558.202,06	2.428.709,07
12	- Transferauszahlungen	-27.355.944,14	-33.612.200,00	-32.335.643,24	1.276.556,76
13	- Sonstige Auszahlungen a. lfd.Verwaltungstätigk.	-2.422.503,96	-2.898.800,00	-2.739.162,66	159.637,34
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-996.113,53	-946.000,00	-70.260,48	875.739,52
S2	**= Auszahlungen a. lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 bis 14)**	**-59.792.719,65**	**-69.974.614,25**	**-64.868.420,62**	**5.106.193,63**
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo S1 und S2)**	**10.849.278,27**	**-1.447.864,25**	**10.613.989,29**	**12.061.853,54**
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.872.117,93	2.714.250,00	2.329.129,96	-385.120,04
16	+ Ez. aus Invest.beiträgen u.ä.Entgelten f.l.tätig	285.270,93	325.000,00	86.839,87	-238.160,13
17	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Sachvermögen	5.367.631,27	3.875.600,00	385.830,79	-3.489.769,21
18	+ Einzahlungen a.d. Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	27.856,15	122.000,00	20.919,72	-101.080,28
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 15 bis 19)**	**8.552.876,28**	**7.036.850,00**	**2.822.720,34**	**-4.214.129,66**
20	- Auszahlungen f. Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-53.867,68	-348.267,00	-94.280,55	253.986,45
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.994.977,44	-16.892.300,00	-5.137.919,63	11.754.380,37
22	- Auszahlungen für Erwerb von bewegl. Sachvermögen	-1.254.719,03	-1.861.108,83	-732.959,38	1.128.149,45
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	-100.000,00	-100.000,00
24	- Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	-432.656,79	-617.500,00	-178.759,14	438.740,86
S5	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 20 bis 25)**	**-6.736.220,94**	**-19.719.175,83**	**-6.243.918,70**	**13.475.257,13**
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Saldo S4 und S5)**	**1.816.655,34**	**-12.682.325,83**	**-3.421.198,36**	**9.261.127,47**
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S3 und S6)**	**12.665.933,61**	**-14.130.190,08**	**7.192.790,93**	**21.322.981,01**
26A	+ Einz. aus der Aufnahme von Krediten	0,00	10.248.950,00	1.000.000,00	-9.248.950,00
26B	+ Einz. a.d.Kreditaufn.wirts.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00	0,00	0,00
26C	+ Einz. a.Schuldendiensthilfen zur Tilgung v. Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 26a und 26c)**	**0,00**	**10.248.950,00**	**1.000.000,00**	**-9.248.950,00**
27A	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-5.046.582,58	-3.930.600,00	-3.884.977,41	45.622,59
27B	- Ausz.z.Tilgung z.Kred. wirt.vergleichb.Vorgängen	0,00	0,00	0,00	0,00
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 27a und 27b)**	**-5.046.582,58**	**-3.930.600,00**	**-3.884.977,41**	**45.622,59**
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo S8 und S9)**	**-5.046.582,58**	**6.318.350,00**	**-2.884.977,41**	**-9.203.327,41**
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S7 und S10)**	**7.619.351,03**	**-7.811.840,08**	**4.307.813,52**	**12.119.653,60**

Entwurf 2020

		Ergebnis Vorjahr	Ansatz des HHj incl. Übertrag. HH-Ermächtigg. aus VJ	Ist-Ergebnis des HHj	Vergleich Ist/Fortgeschrieb. Planansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo S7 und S10)**	**7.619.351,03**	**-7.811.840,08**	**4.307.813,52**	**12.119.653,60**
28	+ Einz. aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
29	- Ausz. für die Bildung von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
S12	**= Saldo a.d. Inanspruchnahme v.Liquiditätsreserven (Saldo Zeilen 28* und 29*)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	+ Einz. aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
31	- Ausz. für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
32	+ Einz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	166.470,42	6.355.625,00	870.327,22	-5.485.297,78
33	- Ausz. fremder Finanzmittel/durchlaufender Posten	-126.661,67	-3.935.300,00	-868.458,51	3.066.841,49
S13	**= Saldo aus nicht HH-wirksamen Vorgängen (Saldo S12* bis Zeile 33*)**	**39.808,75**	**2.420.325,00**	**1.868,71**	**-2.418.456,29**
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	11.446.720,83	-5.518.750,00	19.105.880,61	24.624.630,61
S14	**= Bestand an Finanzmitteln am Ende d.HHj=Liquide M (Saldo S11*, S13*+ Zeile 34*)**	**19.105.880,61**	**-10.910.265,08**	**23.415.562,84**	**34.325.827,92**
35	+ Anfangsbestand sons.Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
S15	**= Endbestand an Liquiditätsreserven am Ende d. HHj (S14* und Zeile 35*)**	**19.105.880,61**	**-10.910.265,08**	**23.415.562,84**	**34.325.827,92**

Da die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in wesentlichen Teilen der Ergebnisrechnung entsprechen, wird grundsätzlich auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt verwiesen.

Unterschiede ergeben sich aus der Tatsache, dass in der Finanzrechnung nur die Zahlungsbewegungen dargestellt werden, in der Ergebnisrechnung alle erfolgswirksamen Faktoren erfasst werden, die nicht zwangsläufig auch zahlungswirksam sind.

In der Ergebnisrechnung 2016 enthalten, aber nicht in der Finanzrechnung 2016 zu finden sind:

- Erhöhung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten, die 2016 nicht zahlungswirksam wurden (z.B. Nachzahlung aus der Jahresabrechnung 2016 für Energie, zum Jahresende noch offene Forderungen aus der Gewerbesteuervorauszahlung 2016)
- Nicht zahlungswirksame Ertrags- und Aufwandspositionen (Auflösung von Sonderposten, Aufwendungen für Abschreibungen, Wertberichtigung von Forderungen, Erhöhung von Rückstellungen und Auflösung nicht benötigter Rückstellungsbestandteile)

In der Finanzrechnung 2016, aber nicht in der Ergebnisrechnung 2016 enthalten sind:

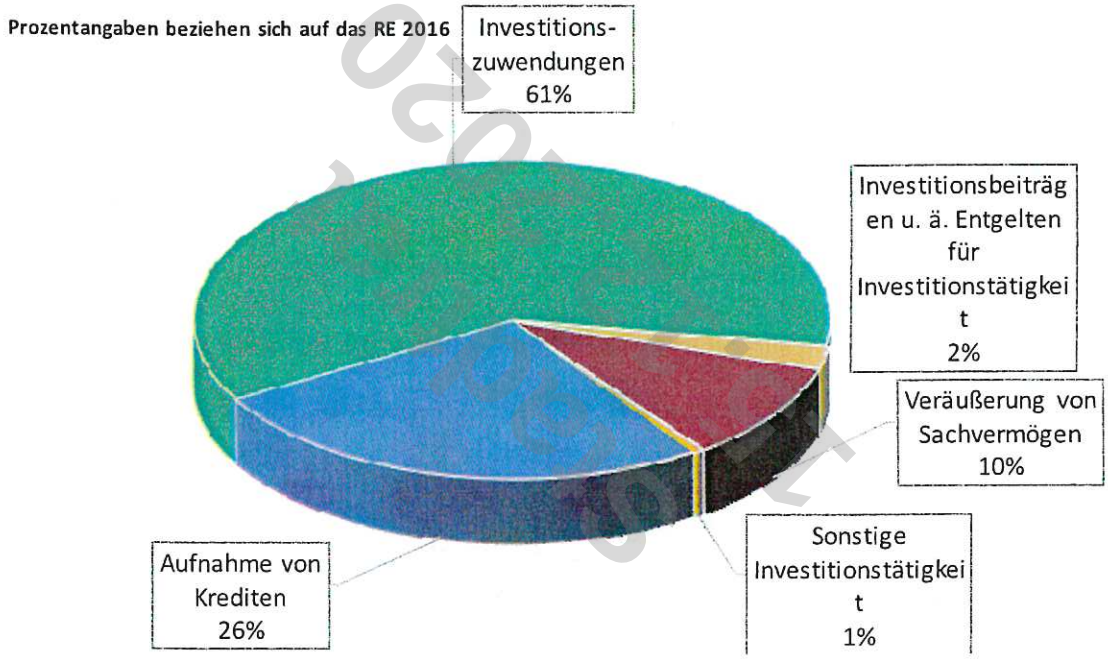
- Verminderung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Vorjahren, die im Jahr 2016 bezahlt wurden (z.B. Zahlungseingang für eine Gewerbesteuerforderung aus Vorjahren)
- Auszahlung aus Rückstellungen hinsichtlich deren Inanspruchnahme (z.B. Zahlung von Lohn und Gehalt in der Freistellungsphase der Altersteilzeit)

2017-11-21 Vorlage zur Kenntnis

3.4.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Kreditaufnahmen

Im Finanzhaushalt wurden Einzahlungen von rund 3,8 Mio. Euro verbucht. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

	Ansatz (€)	RE (€)	Vergleich (€)
Investitions- zuwendungen	2.714.250	2.329.129,96	-385.120,04
Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	325.000	86.839,87	-238.160,13
Veräußerung von Sachvermögen	3.875.600	385.830,79	-3.489.769,21
Sonstige Investitionstätigkeit	122.000	20.919,72	-101.080,28
Aufnahme von Krediten	10.248.950	1.000.000,00	-9.248.950,00
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	**17.285.800**	**3.822.720,34**	**-13.463.079,66**



Entwurf

3.4.1.1. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Zuweisungen und Zuschüsse sind im abgelaufenen Haushaltsjahr in Höhe von rund 2,3 Mio. Euro eingegangen. Diese machen damit 82,5 % der Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten aus.

Die größten Zuwendungen 2016 im Überblick:

Generalsanierung Kindergarten Frühlingstraße	570.000 Euro
Hochwasserschutz Puch	260.000 Euro
Ausbau Kaiser-Ludwig-Straße Puch	181.000 Euro
Gesamtsanierung Schule Nord	180.000 Euro
Neuanlage Promenade bei Schule Mitte	123.000 Euro
Investitionspauschale nach FAG	435.370 Euro

3.4.1.2. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen

Im Berichtsjahr konnte das Grundstück samt Gebäude in der Richard-Higgins-Straße zu einem Preis von rd. 300.000 Euro veräußert werden.

3.4.1.3. Kreditneuaufnahme

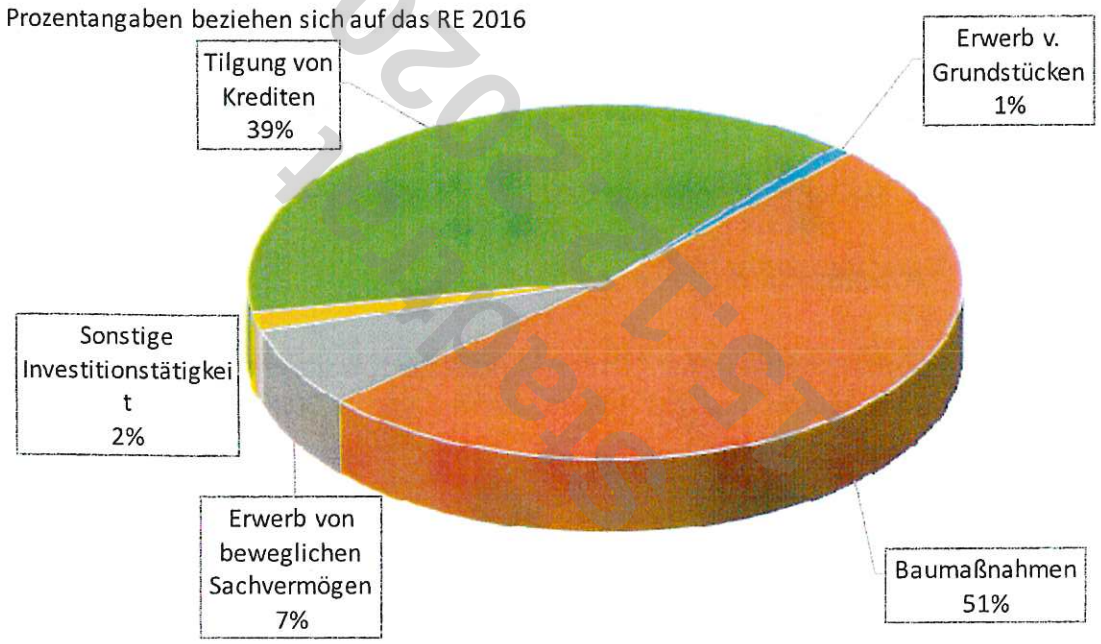
Die in der Haushaltssatzung für 2016 festgesetzte Kreditermächtigung in Höhe von 10.248.950 Euro wurde nur mit einem Betrag von 1.000.000 Euro in Anspruch genommen.

Rechnungsprüfungsamt 2017

3.4.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Krediten

Die Auszahlungen des Finanzhaushalts 2016 beliefen sich auf rd. **10 Mio. Euro** und teilen sich wie folgt auf:

	Ansatz (€)	RE (€)	Vergleich (€)
Erwerb v. Grundstücken	342.300	94.280,55	-248.019,45
Baumaßnahmen	11.498.300	5.137.919,63	-6.360.380,37
Erwerb von beweglichen Sachvermögen	1.476.350	732.959,38	-743.390,62
Sonstige Investitionstätigkeit	440.000	178.759,14	-261.240,86
Tilgung von Krediten	3.930.600	3.884.977,41	-45.622,59
Gesamt:	**17.687.550**	**10.028.896,11**	**-7.658.653,89**



Stand: 10.2017

3.4.2.1. Auszahlungen für Baumaßnahmen

Die 10 größten Baumaßnahmen 2016 im Überblick:

Investition	Ergebnis 2016
Abriss/Neubau Wohngebäude Parsevalstr.4	789.078,52 €
Umrüstung für Kläranlagenverlängerung	752.433,61 €
Generalsanierung KiGa Frühlingstraße	716.047,20 €
Umbaumaßnahme Geschwister-Scholl-Platz	529.112,25 €
Gesamtsanierung Schule Nord	306.944,00 €
Ausbau Kaiser-Ludwig-Str. Puch	251.610,00 €
Kauf Raumzellenanlage KiGa Villa Kunterbunt	243.805,45 €
Grundstücksanschlüsse Abwasserkanal	210.733,62 €
Umbau Knotenpunkt Schöngeisinger Str.	180.883,59 €
Sanierung Sitzstufenanlage Amperdamm auf der Lände	145.595,20 €

Der Anteil der Investitionen für Baumaßnahmen beläuft sich in 2016 auf rund 5,1 Mio. Euro.

371

3.4.2.2. Sonstige Investitionstätigkeiten

Als Zuschüsse für Investitionen Dritter wurden 2016 Mittel i. H. v. 0,179 Mio. Euro an die jeweiligen Empfänger ausbezahlt. Hierbei handelt es sich u. a. um den Zuschuss für die Umgestaltung Vorplatz Post (47.000 Euro) und um den jährlichen Investitionskostenzuschuss an das Veranstaltungsforum, der 2016 99.800 Euro betrug.

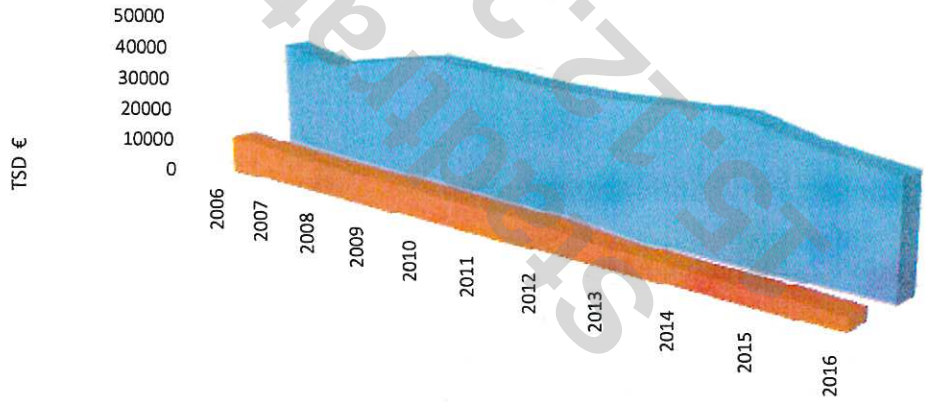
Die Zuschüsse für Energiefördermaßnahmen an Brucker Bürger betrugen 21.659,14 Euro.

3.5. Schuldenentwicklung

Für den Haushalt 2016 war eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 6.818.350 € geplant. Tatsächlich wurde nur ein Förderkredit über 1,0 Mio. Euro zu 0,0 % und einem Tilgungszuschuss von 10 % aufgenommen. Dennoch konnte die ordentliche und außerordentliche Tilgung geleistet werden. Der Schuldenstand sank von 34,221 Mio. Euro (2015) auf 31,348 Mio. Euro (2016).

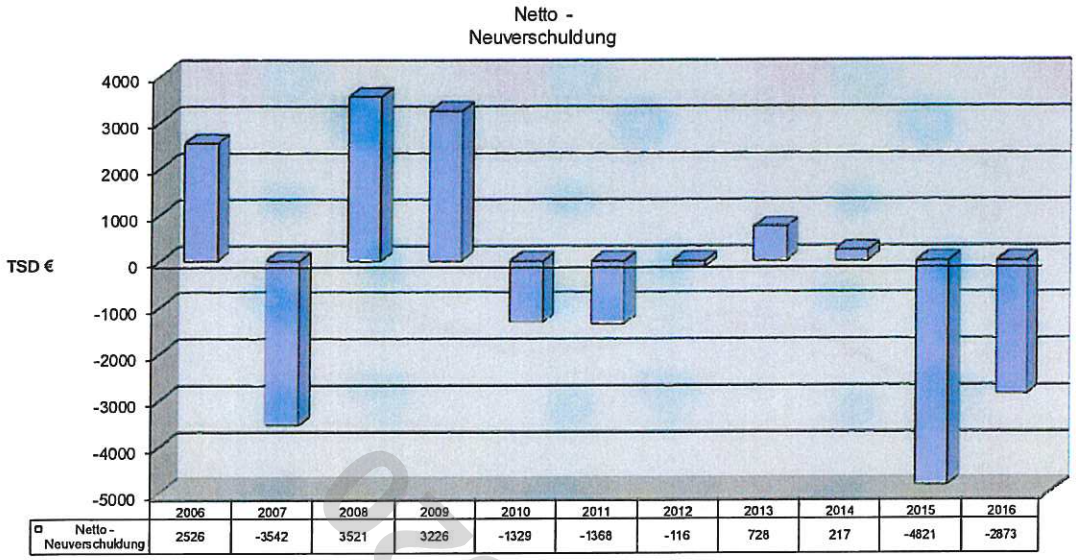
Tilgungen / Sondertilgungen / Umschuldungen

Im Jahr 2016 wurde eine ordentliche Tilgung in Höhe von 1.269.383,02 Euro geleistet.
Für den aufgenommenen Energieförderkredit erhalten wir einen Tilgungszuschuss in Höhe von 100.000 Euro, der aber erst in 2017 ausbezahlt wird.
Ein fälliges Darlehen konnte in voller Höhe (2,604 Mio. Euro) außerordentlich getilgt werden. Insgesamt verringerten sich die Schulden um 2.873.269,39 Euro.



	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
davon Schulden für Klärwerk/Abwasser	11550	10076	9377	9031	8351	7744	7278	5571	5094	4932	3956
Schuldenstand am Jahresende	37755	34213	37734	41124	39825	38457	38341	39069	39268	34221	31348

Entwurf 15.2.2017 Stand

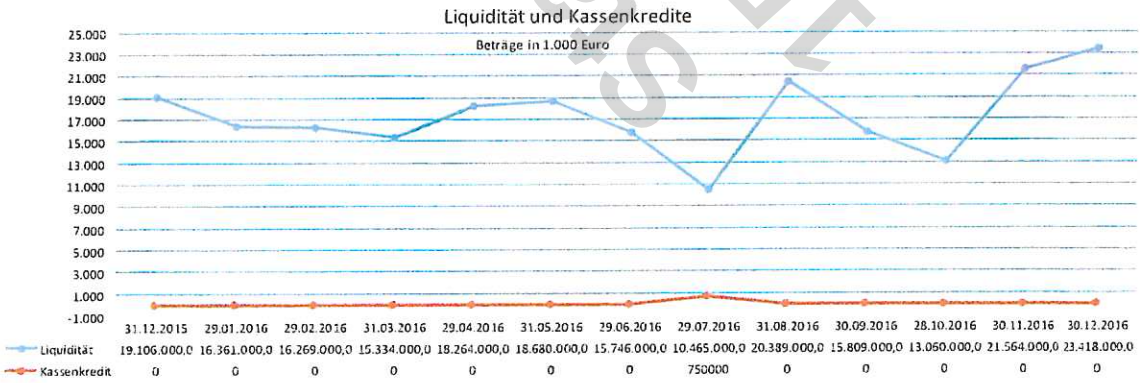


	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Netto - Neuverschuldung	2526	-3542	3521	3226	-1329	-1368	-116	728	217	-4821	-2873

Die große Rückführung des Schuldenstandes in 2016 war bedingt durch zwei außerordentliche Tilgungen von Kommunaldarlehen, die aus der Zinsbindung ausliefen. Auf Grund der guten Liquidität war es möglich in 2016 zum zweiten Mal in Folge den Schuldenstand effektiv zu senken.

373

3.6. Liquidität und Kassenkredite

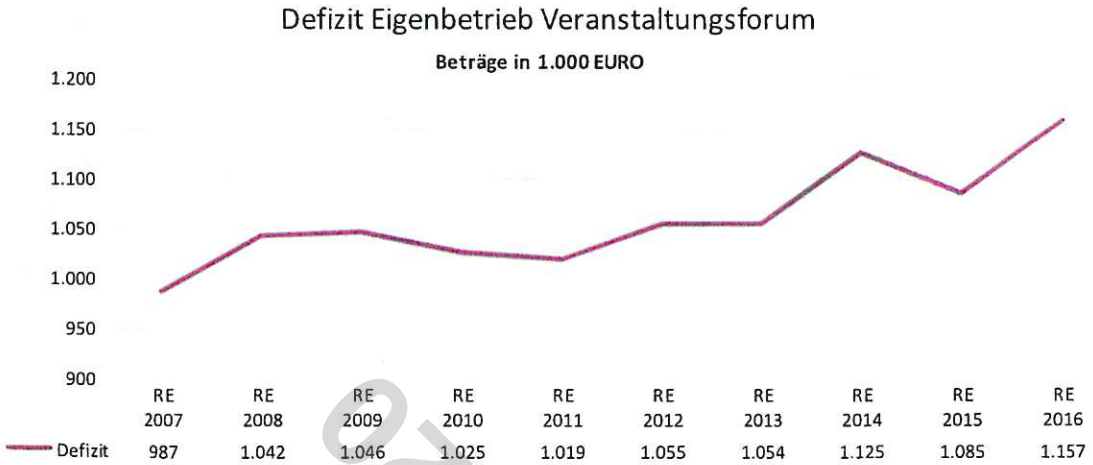


	31.12.2015	29.01.2016	29.02.2016	31.03.2016	29.04.2016	31.05.2016	29.06.2016	29.07.2016	31.08.2016	30.09.2016	28.10.2016	30.11.2016	30.12.2016
Liquidität	19.106.000,0	16.361.000,0	16.269.000,0	15.334.000,0	18.264.000,0	18.680.000,0	15.746.000,0	10.465.000,0	20.389.000,0	15.809.000,0	13.050.000,0	21.564.000,0	23.418.000,0
Kassenkredit	0	0	0	0	0	0	0	750000	0	0	0	0	0

Die Liquidität war konstant hoch und konnte stets zur Aufgabenerfüllung verwendet werden. Kassenkredite wurden nur marginal zur Überbrückung verwendet und verursachten keine Kosten.

Im Jahr 2016 erhöhte sich die Liquidität um ca. vier Millionen Euro.

3.7. Eigenbetrieb Veranstaltungsforum Fürstenfeld



Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzepts wurde der Werkleitung des Eigenbetriebes vom Stadtrat eine Deckelung des Defizits auf rund 1 Mio. Euro als Ziel vorgegeben, was in den Jahren 2010 und 2011 zu einer sichtbaren Reduzierung geführt hat.

Seit dem Jahr 2012 steigt das Defizit allerdings wieder und betrug 2016 rd. 1,157 Mio. Euro.

Stadtrat 15.12.2020

3.8. Haushaltsausgabereste und Budgetüberträge

Die Übertragbarkeit von Haushaltsansätzen ist in § 21 KommHV-Doppik geregelt.

(1) Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

(2) Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit können ganz oder teilweise für übertragbar erklärt werden, wenn die Übertragbarkeit eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert. Sie bleiben bis längstens ein Jahr nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar.

(3) Abs. 1 und 2 gelten entsprechend für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen, jedoch noch nicht geleistet worden sind.

(4) Für die Übertragung von Kreditermächtigungen gilt Art. 71 Abs. 3 GO (Art. 65 Abs. 3 LKrO, Art. 63 Abs. 3 BezO)

(5) Sind Erträge oder Einzahlungen auf Grund rechtlicher Verpflichtungen zweckgebunden, bleiben die entsprechenden Ermächtigungen zur Leistung von Aufwendungen bis zur Erfüllung des Zwecks und die Ermächtigung zur Leistung von Auszahlungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.

(6) Übertragungen von Haushaltsermächtigungen sind zeitnah mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt darzustellen.

Für 2016 ergeben sich nachfolgende Haushaltsausgabereste:

- **Haushaltsausgabereste** des ErgebnisHH: **200.000,- €**

- **Haushaltsausgabereste** des FinanzHH: **3.954.808,82 €**

Diese Reste wurden in Abstimmung mit den mittelbewirtschaftenden Stellen erarbeitet. Sie sind erforderlich, um bereits begonnene Maßnahmen weiter führen bzw. abschließen zu können. Als Anlage zum Anhang sind die Überträge im Detail ersichtlich.

375

3.9. Gewährte Darlehen

Zum 31.12.2016 lag der Stand der vergebenen Darlehen bei 485.175,80 €. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Altverträge die teilweise bis in das Jahr 1981 zurückreichen. Die Vergabe diente der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, weswegen die Verträge Laufzeiten bis zu 50 Jahren aufweisen.
Mit einer Auszahlung im Jahre 2013 auf Darlehensbasis wurde die Investition eines Sportvereins zwischenfinanziert. Des Weiteren finden sich hier verschiedene Kleindarlehen im Rahmen von sozialen Angelegenheiten.

3.10. Kennzahlen

Kennzahlen helfen komplizierte Sachverhalte verdichtet darzustellen. Sie sind Steuerungsinstrumente, die zur Festlegung von Zielen und zur Überprüfung der Zielerreichung dienen. Es existieren zahlreiche Kennzahlen, aussagekräftig werden diese jedoch erst in Betrachtung ihrer Entwicklung. Ein Vergleich selbst mit augenscheinlich „ähnlichen" Kommunen ist kaum möglich da die Kennzahlen nicht nur abhängig von der Einwohnerzahl einer Kommune sind sondern auch von Faktoren wie z.B. ausgelagerter Kommunalunternehmen beeinflusst werden.
Aus diesem Grund haben wir uns entschieden Kennzahlen erst darzustellen, wenn ein angemessener Zeitraum doppisch auswertbar ist und damit ein Zeitreihenvergleich der Kennzahlen möglich ist.

Entwurf

3.11. Beurteilung der Haushaltslage

Den aus der Kameralistik bekannten Begriff der Mindestzuführung gibt es in der Doppik nicht. Wichtig ist jedoch, dass die Stadt im 12. Jahr hintereinander ihre ordentlichen Tilgungsverpflichtungen problemlos bedienen konnte. Aufgrund der guten Liquidität konnte eine außerplanmäßige Schuldentilgung von 2,6 Mio. € erfolgen. Der Schuldenstand zum 31.12.2016 beträgt daher nur 31,35 Mio. € und ist somit um 9,2 Mio. € niedriger als ursprünglich geplant.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um rund 2,07 Mio. € gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung der Liquidität.

Die Steuererträge übertreffen im Jahr 2016 weiterhin das Niveau auf dem sie vor der Wirtschafts- und Finanzkrise lagen.

4. Stand der Aufgabenerfüllung

Die kommunalen Aufgaben (Art. 6 bis 9 GO) des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises wurden ordnungsgemäß erfüllt.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Das Haushaltsjahr 2016 war das zweite doppische Haushaltsjahr der Stadt Fürstenfeldbruck. Der Haushalt wurde am 23.02.2016 verabschiedet. Ein Nachtragshaushalt war nicht erforderlich. Die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2015 konnte fertiggestellt werden und dem Haupt- und Finanzausschuss am 12.07.2016 und dem Stadtrat am 04.10.2016 zur Kenntnis gegeben werden.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres 2016 sind über die in dieser Dokumentation dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für die Stadt Fürstenfeldbruck von wesentlicher Bedeutung waren und zu einer veränderten Beurteilung der Lage geführt hätten.

6. Mögliche Chancen und Risiken

Aufgrund der guten Liquidität konnte eine außerplanmäßige Schuldentilgung von 2,6 Mio. € erfolgen. Der Schuldenstand zum 31.12.2016 beträgt daher nur 31,35 Mio. € und ist somit um 9,2 Mio. € niedriger als ursprünglich geplant.

Ursächlich für diese erfreuliche Entwicklung ist zum einen die Gewerbesteuer. Das Gewerbesteueraufkommen hat einen neuen Höchststand erreicht. Bis Jahresende konnten 23,3 Mio. € veranlagt werden. Aufgrund erheblich gestiegener Anforderungen beim Vergabeverfahren, Verfahrensanfechtungen sowie langwieriger politischer Entscheidungsprozesse, konnten einige Baumaßnahmen erst verzögert begonnen werden, so dass sich der Mittelabfluss verzögert hat. Aufgrund dessen sind Haushaltsreste in erheblichem Umfang gebildet worden. Nicht begonnene Maßnahmen müssen neu eingeplant werden, da die Haushaltsansätze 2016 verfallen. Um die damit verbunden Ausgaben, sowie das aktuelle Investitionsprogramm finanzieren zu können, sind im Haushaltsjahr 2017 sowie im gesamten Finanzplanungszeitraum teilweise erhebliche Kreditaufnahmen einzuplanen.

Der Schuldenstand stieg im Zeitraum 2007 – 2009 um 6,9 Mio. € (z.B. Umbau der Schule West in Gesamthöhe von 11 Mio. €, Neubau Schülerhort Philipp-Weiss i. H. v. 2,1 Mio. € etc.). In den Jahren 2010 - 2012 waren erstmals seit 2001 keine Kreditaufnahmen erforderlich, so dass die Verschuldung um 2,78 Mio. € auf 38,34 Mio. € Ende 2012 zurückgeführt werden konnte. Trotz der vermehrten Investitionstätigkeit der Jahre 2013 bis 2016, insbesondere im Bildungs- und Betreuungsbereich (z. B. Sanierung Schule Nord, Umbau Schule Mitte, Neuschaffung von Krippenplätzen etc.) und dem Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen ab dem Jahr 2016, konnte v.a. aufgrund der Sondertilgungen in den Jahren 2015 und 2016 die Gesamtverschuldung zum 31.12.2016 auf 31,35 Mio. € zurückgeführt werden.

Entwurf 2017

Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden immer geringer sein als die Wünsche aller Betroffenen - Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger. Es wird immer ein Spagat stattfinden müssen, um die unterschiedlichen Interessen auszugleichen und einen zumindest mehrheitlich tragfähigen Haushaltskompromiss zu erlangen, mit dem es gelingt, einen sozialen Ausgleich zu schaffen und trotzdem Vorsorge für schlechte Zeiten zu schaffen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht in seinem Jahresgutachten 2016/17 davon aus, dass die außergewöhnlich expansive Geldpolitik der EZB im Euro-Raum wesentlich zum Aufschwung beigetragen hat. Da nach wie vor erhebliche strukturelle Probleme bestehen, ist der Aufschwung nach Analyse der Experten nicht selbsttragend. Der unerwartet hohe Zustrom von Asylbewerbern hat auf allen Verwaltungsebenen erhebliche finanzielle Mittel gebunden. Die weitere Entwicklung ist ungewiss.

Bund, Länder und Kommunen können, nach der Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung, auch in den kommenden Jahren als Folge der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, mit wachsenden Steuereinnahmen rechnen. Auch wenn die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren weiter steigen werden, eröffnen die Ergebnisse der November-Steuerschätzung den Kommunen im Vergleich zur Mai-Prognose keine zusätzlichen finanziellen Handlungsspielräume. Der Bayerische Städtetag geht davon aus, dass die hohe Dynamik auf der Ausgabenseite nicht mit den prognostizierten Steuereinnahmen kompensiert werden kann. Es ist auch davon auszugehen, dass die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt nicht auf dem Niveau des Jahres 2016 bleiben werden, sondern wieder auf einen durchschnittlichen Wert abfallen. Zum Jahresende 2016 wird das Aufkommen für das Jahr 2017 auf 18 Mio. € geschätzt.

Insgesamt bleibt der positive Trend bei den Steuereinnahmen erhalten. Die regional äußerst unterschiedliche Entwicklung bei der Gewerbesteuer bleibt aber nach wie vor der größte Unsicherheitsfaktor.

Aufgrund der demographischen Entwicklung sowie des Asylbewerberzustroms werden auch weiterhin erhebliche Investitionen in die Infrastruktur erforderlich. Es werden in der Folge nicht nur die Investitionen selbst, sondern auch deutlich steigende laufende Aufwendungen zu finanzieren sein.

Entwurf

Die nahe oder ferne Zukunft bringt Chancen, aber auch Risiken mit sich, die gemeistert werden sollen und wollen. Hier seien nur einige genannt:

- Die demografische Entwicklung ist und bleibt ein Dauerthema
- Anerkannte Asylbewerber verschärfen u.a. die Probleme auf dem Wohnungsmarkt
- Kinderbetreuung
- Fliegerhorst
- Der Energie-, Klima- und Umweltschutzgedanke muss verstärkt in den Fokus kommunalen Handelns rücken.

Mit der Umstellung auf die doppelte kommunale Buchführung (Doppik) zum 1. Januar 2015 wurden die ersten Weichen für mehr Transparenz und Steuerungsinformationen gestellt. Die Instrumente, die die Doppik bietet, sind in den nächsten Jahren mit Augenmaß auszubauen bzw. einzuführen.

In der Zukunft gilt es in Abhängigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die vorhandenen Haushaltsmittel, die immer zu knapp bemessen sein werden, weiter effektiv einzusetzen. Dies kann auch bedeuten, sich strategisch von möglicherweise liebgewordenen, aber nicht immer notwendigen Aufgaben/ Maßnahmen trennen zu müssen, wenn sie nicht mehr finanzierbar sind. Auf alle Fälle sollte es gelingen, einen ausgewogenen, der wirtschaftlichen Entwicklung angepassten und für alle Beteiligten tragbaren Konsens zu finden.

Auf die Corona-Pandemie ist hier nicht einzugehen, da sie erst im Jahr 2020 begann.

Fürstenfeldbruck, den 17. November 2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Entwurf

379

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2306/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Dringliche Anordnung gemäß Art 37 Abs. 3 GO; Auszahlung der vertraglich vereinbarten Defizite für das Kalenderjahr 2019 - Kenntnisnahme -			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	30.11.2020	
Verfasser	Michaela Raff	Zuständiges Amt	Amt 5	
Sachgebiet	53 Kindertageseinrichtungen	Abzeichnung OB:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Kenntnisnahme	15.12.2020	Ö

Anlagen:	Dringliche Anordnung „Auszahlung der vertraglich vereinbarten Defizite“

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die dringliche Anordnung zur Kenntnis.

Referent/in		Wollenberg, Prof. Dr. / FDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen					
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten				€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Die in der Anlage beigefügte dringliche Anordnung wird dem Stadtrat zur Kenntnis vorgelegt.

Stadtrat
15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

- Anlage TOP Ö 15

Sachgebiet 53, Kindertageseinrichtungen Fürstenfeldbruck, 27.11.2020

Dringliche Anordnung gemäß Art. 37 Abs. 3 GO wegen Eilbedürftigkeit
Auszahlung der vertraglich vereinbarten Defizite für das Kalenderjahr 2019;

Überplanmäßige Mittelverschiebung im HH-Jahr 2019 in das Budget 53-2-1 (Kindertageseinrichtungen fremde Träger in FFB) aus weiteren Budgets des Amts 5 in Höhe von 294.758 €.

Die Stadt Fürstenfeldbruck hat mit allen freien Trägern, welche eine Kindertageseinrichtung in Fürstenfeldbruck betreiben, einen sog. Defizitvertrag abgeschlossen. Hier ist u.a. geregelt, dass die Stadt Fürstenfeldbruck ein erwirtschaftetes Defizit für die jeweilige Kindertageseinrichtung bis zu einem festgelegten Defizithöchstbetrag übernimmt. Der Defizithöchstbetrag beträgt aktuell 28 % aus dem kommunalen Anteil der kindbezogenen Förderung.

Da die freien Träger meist sehr gut wirtschaften und der verfügbare Defizithöchstbetrag selten ausgeschöpft wird, wird bei der Haushaltsplanung ein Ansatz aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre angesetzt.

Für das Haushaltsjahr 2019 wurde für die Auszahlung der Defizite an die freien Träger ein Ansatz von rund 491.000 € veranschlagt. Die vorgelegten Defizite weisen jedoch einen Auszahlungsbetrag von rund 632.000 € aus.

Die Differenz von 141.000 € hat u.a. folgende Gründe:

- Für die kath. Kindergärten St. Bernhard und St. Magdalena wurde das Abrechnungsjahr umgestellt (von Kindergartenjahr auf Kalenderjahr). Somit wurden für 2019 einmalig 16 Monate (Sep'18 – Dez'19) abgerechnet. Die Ansätze waren jedoch nur für 12 Monate kalkuliert, da zum Zeitpunkt der Kalkulation die Umstellung des Abrechnungszeitraums noch nicht bekannt war.
- Für die neu eröffneten Einrichtungen (Kiga Hochfeldkids, Krippe Buchenauer Platz, Geschwister-Haeusler-Kinderhaus) konnte bei der Haushaltsplanung 2019 nur ein geschätzter Ansatz angegeben werden. Dieser war jedoch wegen fehlender Erfahrungswerte zu niedrig angesetzt.
- Auch haben einzelne Einrichtungen in 2019 unvorhergesehen ein höheres Defizit als in den Vorjahren erwirtschaftet – jedoch im Rahmen des Defizithöchstbetrags.

Die restlichen Mehrausgaben von rund 153.000 € betreffen die Auszahlung der kindbezogenen Förderung nach dem BayKiBig. Bei der Haushaltsplanung können die Ausgaben ebenfalls nur geschätzt werden. Zu diesem Zeitpunkt ist noch nicht bekannt, in welcher Höhe der Basiswert für das entsprechende Abrechnungsjahr angesetzt wird und wie sich das Buchungsverhalten der Kinder entwickelt. Außerdem wurde die Auszahlung der kindbezogenen Förderung für die Tagespflege in Höhe von rund 50.000 € nicht mitkalkuliert.

Diese überplanmäßigen Mehrausgaben von insgesamt 294.758 € können über nicht benötigte Mittel in den weiteren Budgets des Amtes 5 vollständig ausgeglichen werden.

Stadtrat 15.12.2020

Für überplanmäßige Mehrausgaben in dieser Höhe ist grundsätzlich eine Stadtratsentscheidung nach Vorberatung des Haupt- und Finanzausschusses erforderlich. Aufgrund der Pandemielage ist die nächste HFA-Sitzung erst für Januar 2021 angesetzt.

Da die freien Träger auf die Auszahlung der Defizitbeträge warten und die Stadt Fürstenfeldbruck aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zur Auszahlung verpflichtet ist, sind die Voraussetzungen für eine dringliche Anordnung gegeben.

Anordnung:
Es wird daher angeordnet, dass die überplanmäßigen Mittel in Höhe von 294.758 € dem Budget 53-2-1 **im Haushaltsjahr 2019** laut der beiliegenden Aufstellung zugeführt werden.
Diese Anordnung ist dem Stadtrat in der nächsten Sitzung zur Kenntnis mitzuteilen (Art. 37 Abs. 3 Satz 2 GO).

Fürstenfeldbruck, 27.11.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
15.12.2020

Mittelverschiebung im Haushaltsjahr 2019

Budget	benötigte Mittel
53-2-1	294.758 €

Deckungsvorschläge:

Budget	Betrag
51-5	4.000 €
52-0-0	14.534 €
52-0-0 INV	94.000 €
53-0-0	76.864 €
53-1-0	22.604 €
53-1-0 INV	50.116 €
53-1-1	5.766 €
53-1-1 INV	6.196 €
53-1-2	3.573 €
53-1-2 INV	2.699 €
53-1-3	1.453 €
53-1-3 INV	1.000 €
53-1-4	3.902 €
53-1-4 INV	2.150 €
53-2-1 INV	5.901 €
Gesamt	**294.758 €**

Stadtrat 15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2291/2020

11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Einrichtung eines "Sonderausschusses Corona-Pandemie" (SoCoPa); Beschluss			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	1-0241	Erstelldatum	11.11.2020	
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1	
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Kenntnisnahme/ Entscheidung	15.12.2020	Ö

Anlagen:	Anlage 1 – Schreiben Innenministerium v. 20.03.2020 Anlage 2 – Schreiben Innenministerium v. 08.04.2020 Anlage 3 – Auszug Art. 32 Kommentar zur Bay. GO Anlage 4 – mögliche Sitzverteilung (-en)

Stadtrat 15.12.2020

Beschlussvorschlag:

1. Der *Sonderausschuss Corona-Pandemie (SoCoPa)* kann in Zeiten, in denen aufgrund einer für die Stadt Fürstenfeldbruck besonders gesundheitlich bedrohlichen Situation durch die Corona-Pandemie, der Stadtrat nicht oder nur unter erhöhten Risikobedingungen in seiner Gesamtstärke zusammentreten kann, als *Sonderausschuss Corona-Pandemie* vom/von der Oberbürgermeister/in an Stelle des Stadtrates und der Ausschüsse einberufen werden.

2. Durch den *Sonderausschuss Corona-Pandemie* soll die Handlungsfähigkeit der Stadt auch in einer von Risiken für Personenzusammenkünfte geprägten Phase gewährleistet werden.
Er besteht aus dem/der Vorsitzenden und 22 ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern.

3. Diese Voraussetzungen liegen vor, sobald der RKI-Inzidenzwert von mehr als 200 erreicht oder überschritten wird (*errechnet und veröffentlicht gem. Infektionsschutzgesetz, „Besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)“, § 28a Abs. 3 Satz 12*).

4. Der *Sonderausschuss Corona-Pandemie* verfügt in diesem Fall über alle für nach der Geschäftsordnung festgelegten Kompetenzen und Funktionen des Stadtrates und v. a. der beschließenden Ausschüsse; **insbesondere**:

a) die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Stadt und zu Änderungen des Namens der Stadt oder eines Stadtteils (Art. 2 und 11 GO),

b) die Entscheidung über Ehrungen, insbesondere die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts (Art. 16 GO),

c) die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO,

d) die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),

e) die Entscheidung über die Realisierung von durch gefasste Beschlüsse abgeschlossenen und haushaltsmäßig beschlossenen Projekten,

f) die Entscheidung über Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab einschließlich Entgeltgruppe 9 des TVöD oder ab einem entsprechenden Entgelt, soweit diese Befugnisse nicht auf den Eigenbetrieb oder dem/der Oberbürgermeister/-in übertragen sind,

g) die Entscheidung über Betriebsansiedlungen auf geeigneten städtischen Grundstücken.

Stadtrat 15.12.2020

Hierunter fallen nicht diejenigen Kompetenzen und Funktionen, welche nach Artikel 32 Abs. 2 der Bay. Gemeindeordnung nicht übertragbar sind (s. Anlage 3).

5. Die Ladungsfrist kann in dringenden Fällen auf einen Tag verkürzt werden.

6. Die vom Sonderausschuss Corona-Pandemie gefassten Beschlüsse sind dem Stadtrat oder dem jeweils eigentlich zuständigen Ausschuss in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben.

7. Ein Viertel der Stadtratsmitglieder (analog Art. 32 Abs.3 Satz 1 GO) kann beantragen, dass das Gesamtgremium zusammentreten muss, um die Fortführung des *Sonderausschusses Corona-Pandemie* zu bestätigen oder zu beenden.

8. Der Übergang zum regulären Sitzungsbetrieb kann im *Sonderausschuss Corona-Pandemie* beschlossen oder von dem/der Oberbürgermeister/in bestimmt werden.

9. Der Stadtrat kann den Sonderausschuss für besondere Lagen jederzeit wieder auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO).

10. Die Befugnis des/der Oberbürgermeisters/in, nach Art. 37 Abs. 3 GO dringliche Entscheidungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen, bleibt hiervon unberührt.

11. Der Stadtrat beschließt, die von den Fraktionen in der Sitzung vorgeschlagene Ausschussbesetzung.

Sonderausschuss Corona-Pandemie (SoCoPa)							
Vorsitz:							
	Fraktion		**Mitglied**		**1. Vertretung**		**2. Vertretung**
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							
11							
12							
13							
14							
15							
16							
17							
18							
19							
20							
21							
22							

Stadtrat 15.12.2020

Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Nein		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 15.12.2020

Sachvortrag:

Die Stadt Fürstenfeldbruck hat, wie viele weitere Städte, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ihre Geschäftsordnung im April 2020 dahin gehend erweitert, als dass die Sommerferienzeit auf 4 Wochen reduziert wurde. Damit war ein weiteres Einberufen des Ferienausschusses für maximal 2 Wochen möglich (erfolgte für den 28. April 2020; sowie vom 03. August 2020 bis 06. September 2020).

Zwar wurde mit IMS (Schreiben des Innenministeriums) vom 20.03.2020 klargestellt, dass kommunale Gremiensitzungen von dem Verbot von Versammlungen nach § 28 IfSG nicht betroffen seien, dennoch wurde die klare Empfehlung ausgesprochen, Sitzungen, wenn möglich, zu vermeiden:
„Wir empfehlen den Städten und Gemeinden, bis zum Ende der Wahlperiode am 30.04.2020 ***kurzfristig einen Ferienausschuss nach Art. 32 Abs. 4 GO*** *einzusetzen bzw. die Ferienzeiten eines bestehenden Ferienausschusses hieran anzupassen. Der Ferienausschuss kann alle Aufgaben, für die sonst der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist, erledigen, ohne dass die für beschließende Ausschüsse geltenden Einschränkungen nach Art. 32 Abs. 2 Satz 2 GO greifen. Dem Ferienausschuss ist insbesondere auch eine Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Finanzplan sowie eine etwaig erforderliche Nachtragshaushaltssatzung eröffnet."*

Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht war dieser vom Innenministerium eröffnete Lösungsansatz nur für die zurückliegende Wahlperiode gedacht. Aus diesem Grund kommt der Ansatz, den Ferienausschuss wieder einzusetzen, nicht in Betracht.

Stadtrat 15.12.2020

Die aktuelle Sachlage erfordert flexible und ggfs. schnelle Entscheidungsstrukturen in der kommunalen Selbstverwaltung. Mit der nachstehend vorgeschlagenen Maßnahme soll zur Verhinderung einer noch rascheren Ausbreitung des Corona-Virus das Infektionsrisiko für alle Beteiligten gesenkt werden, die Handlungsfähigkeit des Rates auch bei erhöhten Krankenständen erhalten bleiben und die Verwaltung in die Lage versetzt werden, schnell und flexibel notwendige Entscheidungen zu treffen.

Angesichts der sich erneut dramatisch entwickelnden Inzidenzwerte trägt sich die Stadt Fürstenfeldbruck mit dem Gedanken, die geplanten Ausschusssitzungen der nächsten Zeit zu reduzieren. Allerdings stehen Themen und Entscheidungen an, die zeitlich kaum oder keinen Aufschub dulden. Somit finden sich diverse Themen aus den Ausschüssen auf der Tagesordnung des Stadtrates wieder; die damit recht umfänglich wird; oder weitere Sitzungen erfordert. Außerdem sind grundsätzlich immer alle 40 Mitglieder des Stadtrates und der Oberbürgermeister anwesend; mit Vertretern der Verwaltung, der Presse und interessierten Bürgerinnen und Bürgern kommt dabei eine stattliche Summe an Personen in einem Raum zustande (durchschnittlich ca. 70 Personen). Aus Infektionsschutzgründen ist jedoch die Ansammlung einer größeren Anzahl an Personen nicht unbedingt anzustreben.

Vor diesem Hintergrund entstanden Überlegungen, einen „Sonderausschuss Corona-Pandemie (SoCoPa)" zu installieren. Diesem sollen außer die nach Artikel 32 Gemeindeordnung nicht übertragbaren Aufgaben die Funktionen aller Ausschüsse und alle Angelegenheiten des Stadtrates zur endgültigen Beschlussfassung zugeordnet werden können; wodurch die Handlungsfähigkeit der Stadt mit einem verkleinerten Gremium gewährleistet bleiben soll. Dies und die Eckdaten für einen entspre-

chenden Beschlussvorschlag wurde in der Fraktionsrunde am 07. Dezember 2020 diskutiert und vorbesprochen.
Im Beschlussvorschlag zu diesem Sachvortrag sind exemplarisch einige dem Stadtrat obliegende Aufgaben aufgeführt („ … insbesondere …“); eine erschöpfende Gesamtdarstellung wäre aufgrund der Umfänglichkeit wenig zielführend.

Die Einrichtung beschließender Ausschüsse sowie die Gültigkeit der von ihnen gefassten Beschlüsse bedingen nicht den Erlass einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (GVRS); vielmehr genügt rechtlich ein einfacher Stadtratsbeschluss (s. Anlage 3).

Stadtrat
15.12.2020

Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration

ANLAGE 1

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
80524 München

Per E-Mail

über die
Regierungen
an
Landratsämter
Gemeinden
Verwaltungsgemeinschaften

Bezirke

nachrichtlich
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Bezirketag

Stadtrat
15.12.2020

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Bearbeiterin	München
	B1-1414-11-17	Frau Messerer	20.03.2020
	Telefon / - Fax	Zimmer	E-Mail
	089 2192-2614 / -12614	WPL6-0237	Sachgebiet-B1@stmi.bayern.de

Sitzungen der Gemeinderäte, Kreistage, Bezirkstage und ihrer Ausschüsse; Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 16.03.2020 zu Veranstaltungsverboten, Az. 51-G8000-2020/122-67, geändert durch Allgemeinverfügung vom 17.03.2020, Az. Z6a-G8000-2020/122-83

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Zusammenhang mit der veranstaltungsbezogenen Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 16.03.2020 und im Hinblick auf den Schutz vor weiterer Verbreitung des neuartigen Coronavirus bitten wir in Abstimmung mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege zu Sitzungen der Gemeinderäte, Kreistage, Bezirkstage und ihrer Ausschüsse Folgendes zu beachten:

Telefon: 089 2192-01 E-Mail: poststelle@stmi.bayern.de Odeonsplatz 3 · 80539 München
Telefax: 089 2192-12225 Internet: www.innenministerium.bayern.de U3, U4, U5, U6, Bus 100 (Odeonspl.)

1. Sitzungen dieser nach den Kommunalgesetzen vorgesehenen kommunalen Gremien sind **keine Veranstaltungen** im Sinn der nach § 28 Abs. 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) erlassenen Allgemeinverfügung. Die Allgemeinverfügung zielt nicht auf die Einschränkung der Tätigkeit der Organe staatlicher oder kommunaler Behörden. Die Handlungsfähigkeit der staatlichen, aber auch der kommunalen Ebenen muss gerade auch im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes und der Bewältigung der Auswirkungen infektionsschutzrechtlicher Maßnahmen grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben. Dies erfordert es, die Entscheidungsfähigkeit staatlicher und kommunaler Stellen auch in der gegenwärtigen Situation grundsätzlich aufrecht zu halten.

2. Dessen ungeachtet bitten wir, Sitzungen dieser kommunalen Gremien bis auf weiteres auf ein Mindestmaß zu beschränken und den rechtlichen Rahmen, den Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung bieten, zu nutzen, um in der derzeitigen Situation entsprechend der örtlichen Gegebenheiten und der weiteren Entwicklung der Lage flexibel entscheiden zu können. Das heißt:

   a) Sitzungen sollten vorerst auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt werden, das erforderlich ist, um **unverzichtbare, unaufschiebbare Entscheidungen** treffen zu können. Dies gilt auch für Sitzungen, die nach den Regelungen der Geschäftsordnungen turnusmäßig erforderlich wären.

   b) Wir empfehlen den Städten und Gemeinden, bis zum Ende der Wahlperiode am 30.04.2020 kurzfristig einen Ferienausschuss nach Art. 32 Abs. 4 GO einzusetzen bzw. die Ferienzeiten eines bestehenden Ferienausschusses hieran anzupassen. Der Ferienausschuss kann alle Aufgaben, für die sonst der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist, erledigen, ohne dass die für beschließende Ausschüsse geltenden Einschränkungen nach Art. 32 Abs. 2 Satz 2 GO greifen. Dem Ferienausschuss ist insbesondere auch eine Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Finanzplan sowie eine etwaig erforderliche Nachtragshaushaltssatzung eröffnet.

Stadtrat 15.12.2020

Die Landkreisordnung enthält zwar keine Regelungen zu Ferienausschüssen. Dies beruht aber nur auf der gesetzgeberischen Annahme, dass Kreistage seltener tagen als Stadt- und Gemeinderäte und in den Ferienzeiten regelmäßig bereits kein Anlass für kurzfristige Entscheidungen der Kreistage besteht. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation halten wir es für vertretbar, Art. 32 Abs. 4 GO auch für Kreistage analog anzuwenden, so dass auch Kreistage bis zum Ablauf der Wahlperiode am 30.04.2020 Ferienausschüsse bilden können.

Soweit die Einrichtung eines Ausschusses oder die Anpassung der in der Geschäftsordnung geregelten Ferienzeiten einen Beschluss des Gemeinderates, Stadtrates oder Kreistages erfordert, halten wir es auf Grund der gegenwärtigen Situation ungeachtet des für Sitzungen geltenden Öffentlichkeitsgrundsatzes ausnahmsweise für zulässig, diesen Beschluss im Umlaufverfahren zu fassen. Der jeweilige Übertragungs- bzw. Einsetzungsbeschluss sollte aber in der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates, Stadtrates oder Kreistages rückwirkend bestätigt werden.

Stadtrat 15.12.2020

Wir bitten die Bezirke zu prüfen, ob für Bezirkstage gegebenenfalls ein entsprechendes Bedürfnis besteht.

c) Art. 37 Abs. 3 GO, Art. 34 Abs. 3 LKrO und Art 33 Abs. 3 BezO bleiben im Übrigen unberührt: Der erste Bürgermeister trifft anstelle des Gemeinderates oder Ausschusses dringliche Anordnungen und besorgt unaufschiebbare Geschäfte. Gleiches gilt für den Landrat und Bezirkstagspräsidenten. Bei Verhinderung trifft der jeweilige Vertreter erforderliche Eilentscheidungen.

d) Für die Sitzungen gilt der Grundsatz der Öffentlichkeit (Art. 52 Abs. 1 und 2 GO, Art. 46 Abs. 1 und 2 LKrO, Art. 43 Abs. 1 und 2 BezO), soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder berechtigte Ansprüche einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO, Art. 46 Abs. 2 LKrO, Art. 43 Abs. 2 BezO). Diese Ausnahmeregelungen stellen aber ausschließlich auf etwaige auf den Beratungsgegenstand bezogene

Geheimhaltungsinteressen ab. Sie rechtfertigen keinen Ausschluss der Sitzungsöffentlichkeit, der allenfalls von den Gesundheitsbehörden aus infektionsschutzrechtlichen Gründen angeordnet werden könnte.

Allerdings ist bei öffentlichen Sitzungen mittels der Sitzungsorganisation dem Interesse der Vermeidung von Ansteckungen Rechnung zu tragen. Hierbei sind die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten, das gilt vor allem für die Einhaltung eines ausreichenden Mindestabstands von 1,5 m aller Teilnehmer. Dies kann dazu führen, dass abweichend von den normalen Kapazitäten des Sitzungsraums der Zugang von Zuhörern zahlenmäßig beschränkt werden muss, um ausreichenden Abstand zwischen den Zuhörern zu gewährleisten. Gegebenenfalls ist die Nutzung alternativer, größerer Räumlichkeiten (z. B. Sporthallen) in Erwägung zu ziehen. Weiter sind die Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Schutz vor Ansteckungen zu beachten. Insbesondere kann Personen, die erkrankt oder von infektionsschutzrechtlichen Anordnungen oder Quarantäne-Empfehlungen betroffen sind, der Zugang bereits aus diesem Grund verwehrt werden.

Stadtrat 15.12.2020

e) Der Sitzungszwang und der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit schließen Umlaufbeschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Verfahren in kommunalrechtlicher Hinsicht grundsätzlich aus. Eine Ausnahme halten wir in kommunalrechtlicher Hinsicht nur für den unter Buchstaben b) angesprochenen Fall für zulässig. Wie auch der Ausschluss der Sitzungsöffentlichkeit könnte daher ein Umlaufbeschlussverfahren allenfalls von den Gesundheitsbehörden aus infektionsschutzrechtlichen Gründen angeordnet werden.

3. Am 1. Mai 2020 beginnt die Wahlzeit der neu gewählten Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage, Art. 23 Abs. 1 GLKrWG. Für die konstituierenden Sitzungen dieser Gremien werden wir rechtzeitig weitere Hinweise geben.

4. Mit Ausnahme von Nr. 2 Buchstabe b) gelten die Ausführungen für Gemeinschaftsversammlungen der Verwaltungsgemeinschaften entsprechend. Nr. 2 Buchstabe b) ist hier nicht anwendbar, da die Gemeinschaftsversammlung einer Verwaltungsgemeinschaft keine beschließenden Ausschüsse bilden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Welsch
Ministerialrat

Stadtrat
15.12.2020

Stadtrat
15.12.2020

Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
80524 München

Per E-Mail

über die
Regierungen
an
Landratsämter
Gemeinden
Verwaltungsgemeinschaften

Bezirke

nachrichtlich
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Bezirketag
Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband

Stadtrat
15.12.2020

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Bearbeiterin	München
	B1-1414-11-17	Frau Messerer	08.04.2020
	Telefon / - Fax	Zimmer	E-Mail
	089 2192-2614 / -12614	WPL6-0237	Sachgebiet-B1@stmi.bayern.de

Sitzungen der Gemeinderäte, Kreistage, Bezirkstage und ihrer Ausschüsse; ergänzende Hinweise zum IMS vom 20.03.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit IMS vom 20.03.2020 informierten wir, wie in der derzeitigen Pandemielage mit Sitzungen der Gemeinderäte, Kreistage, Bezirkstage und ihrer Ausschüsse verfahren werden kann bzw. soll.

Insbesondere mit Blick auf die am 01.05.2020 beginnende Wahlzeit der neu gewählten Gemeinderäte und Kreistage ergänzen wir diese Empfehlungen wie folgt:

Telefon: 089 2192-01 E-Mail: poststelle@stmi.bayern.de Odeonsplatz 3 · 80539 München
Telefax: 089 2192-12225 Internet: www.innenministerium.bayern.de U3, U4, U5, U6, Bus 100 (Odeonspl.)

1. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27.03.2020

Im IMS vom 20.03.2020 wiesen wir darauf hin, dass Sitzungen der genannten kommunalen Gremien keine Veranstaltungen im Sinn der nach § 28 Abs. 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes erlassenen Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege sind. Dasselbe gilt nun auch für § 1 Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27.03.2020 (BayMBl. 2020 Nr. 158).

2. Allgemeine Beschränkung der Sitzungen

Nach wie vor bitten wir, Sitzungen kommunaler Gremien bis auf weiteres auf ein Mindestmaß zu beschränken und den rechtlichen Rahmen, den Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung bieten, zu nutzen, um in der derzeitigen Situation entsprechend den örtlichen Gegebenheiten und der weiteren Entwicklung der Lage flexibel entscheiden zu können.

Sitzungen sollten daher vorerst weiterhin auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt werden, das erforderlich ist, um **unverzichtbare, unaufschiebbare Entscheidungen** treffen zu können.

Mittels der Sitzungsorganisation ist dem Interesse an der Vermeidung von Ansteckungen bei allen Sitzungen Rechnung zu tragen. Hierbei sind die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten, das gilt vor allem für die Einhaltung eines ausreichenden Mindestabstands von 1,5 m aller Teilnehmer. Dies kann dazu führen, dass größere Räumlichkeiten (z. B. Sporthallen, Stadthallen, Messezentrum, Konzertsäle) genutzt werden müssen.

3. Konstituierende Sitzungen

Die konstituierenden Sitzungen der neu gewählten Gemeinderäte und Kreistage sind unverzicht- und unaufschiebbar. Dies folgt nicht nur aus den Vorgaben in Gemeindeordnung und Landkreisordnung für diese Sitzungen. Vor

Stadtrat 15.12.2020

dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie ist es zudem unerlässlich, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebenen aufrecht zu erhalten.

- Die konstituierenden Gemeinderatssitzungen müssen spätestens am 14. Tag nach Beginn der Wahlzeit, nach herrschender Meinung in der Literatur also am 14. Mai 2020, stattfinden, Art. 46 Abs. 2 Satz 2 und 4 GO.

- Die konstituierenden Sitzungen der Kreistage sind nach Art. 25 Satz 2 LKrO innerhalb von vier Wochen nach Beginn der Wahlzeit durchzuführen.

- Es ist jeweils der Gemeinderat und Kreistag einzuberufen, d.h. dass sämtliche Mitglieder geladen werden müssen. Auch für die konstituierenden Sitzungen gilt, dass Gemeinderat und Kreistag beschlussfähig sind, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO bzw. Art. 41 Abs. 2 LKrO).

- Im Rahmen der konstituierenden Sitzungen sind die ersten Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister und Landräte sowie die neu gewählten Gemeinderatsmitglieder und Kreisräte zu vereidigen (Art. 27 KWBG, Art. 31 Abs. 4 GO, Art. 24 Abs. 4 LKrO). Hierbei ist besonders auf einen ausreichenden Abstand zwischen den Personen zu achten. Die Verweigerung der Eidesleistung führt zum Verlust des Amtes (Art. 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GLKrWG). Die Vereidigung der bei der konstituierenden Sitzung abwesenden Mitglieder ist bei der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates oder Kreistages nachzuholen. Eine unterbliebene Vereidigung hat keinen Einfluss auf die Wirksamkeit der Amtshandlungen.

- Zur Entlastung der konstituierenden Sitzung empfehlen wir, nur solche Themen in die Tagesordnung aufzunehmen und Entscheidungen zu treffen, die für die Handlungsfähigkeit während der Pandemielage notwendig sind. Dazu zählen insbesondere die Wahl der zweiten und etwaigen weiteren Bürgermeister sowie der Stellvertreter des Landrats. Weiter die Entscheidung über die Bildung und Besetzung der Ausschüsse. Und

Stadtrat 15.12.2020

schließlich die Entscheidung, in welcher Form die kommunalen Gremien während der Coronakrise arbeiten sollen (siehe dazu näher Ziffer 4.).

- Zur Entlastung der konstituierenden Sitzung kann es sich auch anbieten, vorerst die Fortgeltung der – ggf. an die Entscheidungszuständigkeiten während der Coronakrise anzupassenden (siehe sogleich Ziffer 4.) - Geschäftsordnung des vormaligen Gemeinderates bzw. Kreistages zu beschließen und eine Diskussion und Entscheidung über eine neue Geschäftsordnung zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen.

4. Sitzungstätigkeit nach der konstituierenden Sitzung

a) Sitzungen der Gemeinderäte

- Auch Sitzungen der neu gewählten Gemeinderäte sollten auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt werden, das erforderlich ist, um unverzichtbare, unaufschiebbare Entscheidungen treffen zu können.

- Die Empfehlungen zur Einsetzung von Ferienausschüssen (Ziff. 2 b des IMS vom 20.03.2020) dienen und dienten der Überbrückung des Zeitraums bis zum Ende der Wahlperiode zum 30.04.2020. Ferienausschüsse sind nach Art. 32 Abs. 4 Satz 1 GO auf eine Zeit von höchstens sechs Wochen beschränkt.

  Für die am 01.05.2020 beginnende Wahlzeit der neu gewählten Gemeinderäte empfehlen wir daher, Entscheidungsbefugnisse vorerst möglichst weitgehend auf einen oder mehrere beschließende Ausschüsse nach Art. 32 Abs. 2 Satz 1 GO zu übertragen, um Befassungen des Gemeinderates soweit möglich zu vermeiden. Der Gemeinderat kann diese Übertragung jederzeit wieder ändern und auch z.B. einen für die Bewältigung der Coronakrise geschaffenen Sonderausschuss jederzeit wieder nach Art. 32 Abs. 5 GO auflösen. Zu einer Übertragung genügt grundsätzlich ein Beschluss; eine Regelung in der Geschäftsordnung ist nicht zwingend. Auch einer auflösenden Bedingung oder Befristung bei der Übertragung bedarf es dazu nicht.

Stadtrat 15.12.2020

- Unberührt bleiben die kraft Gesetzes zu bildenden Ausschüsse (z.B. Werkausschuss nach Art. 88 Abs. 2 und 4 GO, Rechnungsprüfungsausschuss nach Art. 103 Abs. 2 GO).

- Angelegenheiten, die unter das Übertragungsverbot nach Art. 32 Abs. 2 Satz 2 GO fallen, sind grundsätzlich dem Gemeinderat vorbehalten. In diesen Fällen empfehlen wir aber zu prüfen, wie dringlich eine Entscheidung ist und ob sie einen zeitlichen Aufschub erlaubt.

- Für dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte bleibt die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bzw. des ersten Bürgermeisters nach Art. 37 Abs. 3 GO unberührt. Gleiches gilt auch für deren Zuständigkeit zum Erlass dringlicher Verordnungen nach Art. 42 Abs. 2 LStVG.

b) Sitzungen der Kreistage und Bezirkstage

- Das für die Gemeinderäte Gesagte gilt grundsätzlich auch für die Kreistage und Bezirkstage.

- Für sie empfiehlt sich insbesondere eine möglichst weitgehende Aufgabenübertragung auf den Kreis- bzw. Bezirksausschuss (Art. 26 Satz 2 LKrO, Art. 25 Satz 2 BezO).

Stadtrat 15.12.2020

5. Grundsatz der Öffentlichkeit (Video, Livestream)

Für Sitzungen gilt der Grundsatz der Öffentlichkeit (Art. 52 Abs. 1 und 2 GO, Art. 46 Abs. 1 und 2 LKrO, Art. 43 Abs. 1 und 2 BezO). Die Öffentlichkeit ist durch die bestehende Ausgangsbeschränkung nicht von der Teilnahme an öffentlichen Sitzungen kommunaler Gremien ausgeschlossen. Diese Teilnahme ist auch als triftiger Grund im Sinne von § 4 Abs. 2 der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung anzusehen.

Allerdings ist bei öffentlichen Sitzungen mittels der Sitzungsorganisation dem Interesse an der Vermeidung von Ansteckungen auch mit Blick auf sonstige Teilnehmer besonders Rechnung zu tragen. Hierbei sind die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten, das gilt vor allem für die

Einhaltung eines ausreichenden Mindestabstands von 1,5 m aller Teilnehmer. Dies kann dazu führen, dass die Zahl der Zuhörerplätze im Vergleich zu normalen Zeiten deutlich reduziert werden muss, um ausreichenden Abstand zwischen den Zuhörern zu gewährleisten. Erforderlichenfalls ist die Nutzung alternativer, größerer Räumlichkeiten (z. B. Sporthalle) in Erwägung zu ziehen. Insbesondere kann Personen, die erkrankt oder von individuellen infektionsschutzrechtlichen Anordnungen oder Quarantäne-Empfehlungen betroffen sind, der Zugang bereits aus diesem Grund verwehrt werden.

Der Sitzungszwang und der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit schließen öffentliche Sitzungen als Video- oder Telefonkonferenzen ebenso aus wie Umlaufbeschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Verfahren. Die Sitzungen müssen in einem der Allgemeinheit zugänglichen Raum stattfinden, der auch nicht netzaffinen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein muss. Da aber nur die sogenannte Saalöffentlichkeit verpflichtend ist, fordern Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung weder eine Übertragung per Livestream noch untersagen sie dies grundsätzlich. Die Übertragung einer Sitzung im Internet ist bei Beachtung datenschutzrechtlicher Mindestvoraussetzungen (insbesondere Einwilligungsvorbehalt zu Gunsten der Mitglieder der kommunalen Kollegialorgane und – falls sie im Bild erfasst werden – auch der Zuhörer) grundsätzlich möglich.

Stadtrat 15.12.2020

6. Fraktionssitzungen

Fraktionssitzungen auf kommunaler Ebene sind ebenfalls keine Veranstaltungen im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Anders als Parlamentsfraktionen des Bundestages oder des Landtages beruhen Fraktionen auf kommunaler Ebene zwar nicht auf einer ausdrücklichen kommunalgesetzlichen Grundlage. Gleichwohl anerkennt die Rechtsprechung, dass Fraktionen eine wesentliche Funktion im Rahmen des Willensbildungsprozesses und der Entscheidungsfindung in den Gemeinderäten, Kreistagen und Bezirkstagen zukommt. Die Vorberatungen der Fraktionen erleichtern die sachgerechte Arbeit in den kommunalen Gremien und tragen zu deren Entlastung bei. Dies erfordert es, dass auch in der derzeitigen Situation die Funktionsfähigkeit der Fraktionen aufrecht erhalten bleibt.

Auch Fraktionssitzungen sollten aber auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt bleiben. Anders als Gemeinderäte, Kreistage und Bezirkstage sowie ihre Ausschüsse gehorchen Fraktionsbesprechungen weder einem Sitzungszwang noch dem Öffentlichkeitsgrundsatz. Sie können also grundsätzlich in jedweder denkbaren Form durchgeführt werden, ohne sich dazu in der Regel persönlich treffen und in einer öffentlichen Sitzung tagen zu müssen. Entsprechende Optionen sollten vorrangig genutzt werden.

Auch für Fraktionssitzungen gilt: Sollten sie durchgeführt werden, ist dem Interesse an der Vermeidung von Ansteckungen organisatorisch Rechnung zu tragen. Auch hierbei sind die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten, was vor allem für die Einhaltung eines ausreichenden Mindestabstands von 1,5 m aller Teilnehmer gilt.

Stadtrat 15.12.2020

7. Bürgerentscheide

Nach Art. 18a Abs. 10 Satz 1 Halbsatz 1 GO ist ein Bürgerentscheid innerhalb von drei Monaten nach der Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durchzuführen. Im Einvernehmen mit den vertretungsberechtigten Personen des Bürgerbegehrens kann diese Frist um bis zu drei weitere Monate verlängert werden, Art. 18a Abs. 10 Satz 1 Halbsatz 2 GO.

Wir empfehlen, vorzugsweise eine solche Terminverschiebung zu prüfen. Auch die Initiatoren werden regelmäßig kein Interesse daran haben, den Bürgerentscheid bei einem zwar zu minimierenden, aber nicht auszuschließenden Infektionsrisiko für Abstimmende und Abstimmungshelfer durchzuführen. Sobald die Gemeinde ein Bürgerbegehren zugelassen hat, greift ohnehin die Sperrwirkung des Art. 18a Abs. 9 GO, so dass die Gemeinde vorerst keine entgegenstehende Entscheidung oder Maßnahme treffen darf.

Sind die Initiatoren mit einer Verschiebung aber nicht einverstanden oder geht es um eine dringliche Sachentscheidung, könnte der Bürgerentscheid aus kommunalrechtlicher Sicht nicht als reine Briefabstimmung durchgeführt werden. Zwar sind die Gemeinden bei Bürgerentscheiden freier als bei Gemeindewahlen, da ihnen Art. 18a GO einen größeren Gestaltungsspielraum

lässt. So können sie insbesondere Briefabstimmungsunterlagen auch ohne vorherigen Antrag zusenden und dazu aufrufen, möglichst breit brieflich abzustimmen. Allerdings weist die Formulierung des Art. 18a Abs. 10 Satz 4 GO, wonach die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung zu gewährleisten ist, darauf hin, dass die Briefabstimmung nur neben die Abstimmung im Wahllokal treten, sie aber nicht gänzlich ersetzen kann. Die Gemeinde müsste daher eines oder mehrere Abstimmungslokale vorhalten und könnte den Bürgerentscheid nicht ausschließlich als Briefabstimmung durchführen. Von den Gemeinden wären dann alle erforderlichen Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Abstimmenden und Helfer zu treffen. In diesem Fall wäre die Teilnahme an der Abstimmung auch ein triftiger Grund zum Verlassen der Wohnung im Sinn von § 4 Abs. 2 der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung.

Der im Rahmen des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes neu in das GLKrWG eingefügte Art. 60a, der sich am Regelungsgehalt der Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 19.03.2020 orientiert, regelte die Durchführung der Stichwahlen am 29.03.2020. Weitere Wahlen und Abstimmungen werden davon nicht erfasst. Ein Bürgerentscheid in Form einer reinen Briefabstimmung wäre daher nur auf Grund einer auf das Infektionsschutzgesetz gestützten Anordnung der Kreisverwaltungsbehörde möglich (ähnlich der Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 19.03.2020 für die Stichwahlen am 29.03.2020). Sollte sich der Termin nicht verschieben lassen oder die Entscheidung dringlich sein, sollte sich die Gemeinde daher mit dem Gesundheitsamt über erforderliche Maßnahmen abstimmen.

Stadtrat 15.12.2020

Für Bürgerentscheide nach Art. 12a LKrO gilt Entsprechendes.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Welsch
Ministerialrat

TOP Ö 16
ANLAGE 3

Art. 32 Aufgaben der Ausschüsse[Erl. 1]

(1) Der Gemeinderat kann vorberatende Ausschüsse bilden.[Erl. 2]

(2) Der Gemeinderat[Erl. 3] kann die Verwaltung bestimmter Geschäftszweige[Erl. 4] oder die Erledigung einzelner Angelegenheiten[Erl. 5] beschließenden Ausschüssen (Gemeindesenaten) übertragen.[Erl. 6] Auf beschließende Ausschüsse können nicht übertragen werden[Erl. 7]

1. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf,[Erl. 8]
2. der Erlass von Satzungen und Verordnungen,[Erl. 9] ausgenommen alle Bebauungspläne und alle sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie alle örtlichen Bauvorschriften im Sinn des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO,[Erl. 10]
3. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeindebediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister und der berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder, soweit nicht das Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz oder das Bayerische Disziplinargesetz etwas anderes bestimmen,[Erl. 11]
4. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 65 und 68),
5. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70),
6. die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102),
7. Entscheidungen über gemeindliche Unternehmen im Sinn von Art. 96,
8. die hinsichtlich der Eigenbetriebe dem Gemeinderat im Übrigen vorbehaltenen Angelegenheiten (Art. 88),
9. die Bestellung und die Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamts sowie seines Stellvertreters,[Erl. 12]
10. die Beschlussfassung über Änderungen von bewohntem Gemeindegebiet.[Erl. 13]

(3) Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten anstelle des Gemeinderats,[Erl. 14] wenn nicht der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder[Erl. 15] binnen einer Woche[Erl. 16] die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt.[Erl. 17] Soweit ein Beschluss eines Ausschusses die Rechte Dritter[Erl. 18] berührt, wird er erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche[Erl. 19] wirksam.

(4) Der Gemeinderat kann in der Geschäftsordnung eine Ferienzeit bis zu sechs Wochen bestimmen.[Erl. 20] Für die Dauer der Ferienzeit ist ein Ferienausschuss nach den für beschließende Ausschüsse geltenden Vorschriften zu bilden,[Erl. 21] der alle Aufgaben erledigt, für die sonst der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist; die Absätze 2 und 3 sind nicht anzuwenden.[Erl. 22] Der Ferienausschuss kann jedoch keine Aufgaben erledigen, die dem Werkausschuss obliegen oder kraft Gesetzes von besonderen Ausschüssen wahrgenommen werden müssen[Erl. 23] oder nach der Geschäftsordnung nicht vom Ferienausschuss wahrgenommen werden dürfen.

(5) Der Gemeinderat kann Ausschüsse jederzeit auflösen.[Erl. 24]

Entwurf 12.2.20

aber **nicht darauf beschränken**, die **Empfehlungen des vorberatenden Ausschusses pauschal zu billigen** (s. *Büchner in KommP BY 1981, 186/187; Pahlke in apf 2011, B 65/68*; s. auch *Geis, Kommunalrecht, 4. Aufl. 2016, § 11 RdNr. 75*). So darf der Gemeinderat z. B. beim Beschluss eines Bebauungsplans als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) die Abwägung der betroffenen Belange nicht allein einem nur vorberatenden Ausschuss überlassen, sondern muss sich selbst – und zwar nicht nur stillschweigend, sondern ausdrücklich – mit den vorgebrachten Stellungnahmen auseinandersetzen (s. *VGH, FSt 2005 RdNr. 230*; zustimmend *Jäde in KommP BY 2006, 135/136*; vgl. auch *BVerwG, FSt 2000 RdNr. 272 = NVwZ 2000, 676/677 f.*).

Ein und derselbe **Ausschuss** kann **sowohl vorberatend als auch beschließend** tätig sein (Doppelfunktion). In diesem Fall ist jedoch eine klare Abgrenzungsregelung erforderlich, aus der sich ergibt, für welche Aufgaben der Ausschuss vorberatend und für welche er beschließend tätig sein soll. Vgl. auch das Satzungsmuster zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (*BayGT 2014, 103/133*), das in § 2 Abs. 3 weiterhin von einer Doppelfunktion der Ausschüsse ausgeht, während das Geschäftsordnungsmuster (*BayGT 2014, 103/118*) bewusst eine Trennung vorsieht (s. dazu auch *Keller in BayGT 2008, 104/105*).

Der Rechtsbestand vorberatender Ausschüsse ist nicht vom Erlass einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts abhängig. Zur **Bildung vorberatender Ausschüsse** genügt vielmehr ein Gemeinderatsbeschluss oder eine Regelung in der Geschäftsordnung (s. auch *Prandl* und *Tschira in BayBgm 1965, 62*). Aus Gründen der Rechtsklarheit sollte die Bildung vorberatender Ausschüsse sowie die Festlegung ihrer Aufgabenbereiche aber in der Geschäftsordnung erfolgen (s. auch § 8 Abs. 2 des Geschäftsordnungsmusters, *BayGT 2014, 103/118*; s. ferner *Wachsmuth in Praxis der Kommunalverwaltung, Erl. 3 zu Art. 32 GO*, der sich aus systematischen Gründen gegen die Bildung vorberatender Ausschüsse durch einfachen Gemeinderatsbeschluss ausspricht). Ein vorberatender Ausschuss kann nicht durch einen beschließenden Ausschuss eingerichtet werden (s. Erl. 7). Auch kann ein vorberatender Ausschuss nicht einem anderen vorberatenden Ausschuss einen Teil seiner Aufgaben übertragen.

Gemeinden, die vorberatende Ausschüsse bilden wollen, müssen über deren **Zusammensetzung und Geschäftsgang** Bestimmungen in ihre Geschäftsordnung aufnehmen (Art. 33 Abs. 1 Satz 1, Art. 45 Abs. 2 Satz 1 GO). Zur Zusammensetzung vorberatender Ausschüsse s. Erl. 1 zu Art. 33 GO, zum Geschäftsgang vorberatender Ausschüsse s. Erl. 6.3 zu Art. 45 GO. Zum Für und Wider einer generellen nichtöffentlichen Beratung eingehend *Pahlke in apf 2011, B 65/66 ff.*

3 Bildung beschließender Ausschüsse – Die frühere **Grenzzahl** für die Bildung beschließender Ausschüsse (mehr als 3 000 Gemeindeinwohner) ist durch das KommRVereinfG vom 20.07.1982 (GVBl S. 471) mit Wirkung vom 01.01.1983 aus Gründen der Entlastung des Gemeinderats und der Verfahrensbeschleunigung ersatzlos aufgehoben worden. Inwieweit kleinere Gemeinden von der Einrichtung beschließender Ausschüsse jedoch Gebrauch machen, liegt in deren pflichtgemäßem Ermessen.

Die **Einrichtung beschließender Ausschüsse sowie** die **Gültigkeit der von ihnen gefassten Beschlüsse** bedingen nicht den Erlass einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (s. *Prandl* und *Tschira in BayBgm 1965, 62*, so nunmehr auch *Bauer/Böhle/Ecker, RdNrn. 1 und 10 zu Art. 32 GO* sowie *Widtmann/Grasser/Glaser, RdNr. 19 zu Art. 32 GO*; s. ferner § 2 des Musters einer Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts, *BayGT 2014, 103/133*; dort wird zutreffend darauf hingewiesen, dass eine

Wolters Kluwer Deutschland ©

Satzungsregelung nicht erforderlich ist; a. A. aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit für den Fall, dass ein Ausschuss fortlaufend an Stelle des Gemeinderats ganze Sachgebiete verwaltet, *v. Klitzing in BayBgm 1984 Nr. 6 S. 28*). Vielmehr genügt rechtlich ein einfacher Gemeinderatsbeschluss oder eine Regelung in der Geschäftsordnung (s. auch *VGH, BayVBl 2009, 400 = FSt 2009 RdNr. 297*). Im Interesse der Rechtsklarheit ist zu empfehlen, die Bildung beschließender Ausschüsse sowie die Festlegung ihrer Aufgabenbereiche in der Geschäftsordnung zu regeln (so auch *Bauer/Böhle/Ecker, RdNr. 1 zu Art. 32 GO*; s. dazu § 9 Abs. 3 des Geschäftsordnungsmusters, *BayGT 2014, 103/119*; s. ferner *Wachsmuth in Praxis der Kommunalverwaltung, Erl. 3 zu Art. 32 GO*, der sich aus systematischen Gründen gegen die Bildung beschließender Ausschüsse durch einfachen Gemeinderatsbeschluss ausspricht).

Zur Notwendigkeit, die **Zusammensetzung und** den **Geschäftsgang** beschließender Ausschüsse (Gemeindesenate) in der Geschäftsordnung zu regeln, s. Art. 33 Abs. 1 Satz 1 und Art. 45 Abs. 2 Satz 1 GO. Zur Zusammensetzung beschließender Ausschüsse s. Erl. 1 zu Art. 33 GO, zum Geschäftsgang beschließender Ausschüsse s. Art. 45 Abs. 2 Satz 2 GO und Erl. 6.2 zu Art. 45 GO.

Beschließende Ausschüsse können für bestimmte, der Entscheidung durch den Gemeinderat vorbehaltene Aufgaben **auch nur vorberatend tätig** sein; vgl. auch § 2 Abs. 3 des Satzungsmusters zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (*BayGT 2014, 103/133*).

Eine **gemeinsame Beschlussfassung** beschließender Ausschüsse ist **unzulässig.**

Die **Übertragung von einem Ausschuss zugewiesenen Aufgaben** durch diesen Ausschuss auf einen anderen Ausschuss ist rechtlich nicht zulässig. Ebenso wenig kann der erste Bürgermeister einem Ausschuss Aufgaben übertragen.

4 Geschäftszweige – Zur **Verwaltung bestimmter Geschäftszweige** können z. B. ein Hauptverwaltungsausschuss, ein Finanzausschuss, ein Personalausschuss, ein Grundstücks- und Bauausschuss oder ein Kulturausschuss gebildet werden.

Zur Frage der Bildung eines gesonderten **Umweltausschusses** s. *IMS vom 11.10.1984, LT-Drs. 10/5003 = FSt 1985 RdNr. 169.*

Das Geschäftsordnungsmuster des Bayerischen Gemeindetags schlägt vor, die **Ausschusstätigkeit** neben den gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüssen (s. dazu Erl. 6) in der Regel auf zwei bedeutende Ausschüsse, den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Bau- und Umweltausschuss, zu **konzentrieren** (vgl. § 9 Abs. 3 des Geschäftsordnungsmusters, *BayGT 2014, 103/119* sowie *Keller in KommP BY 2002, 52*).

Übertragen werden kann nicht nur der ganze „Geschäftszweig"; vielmehr ist auch die **Übertragung von Teilen eines Geschäftszweigs** zulässig, die dann allerdings genau abgegrenzt werden müssen.

5 Erledigung einzelner Angelegenheiten – Erledigung bedeutet die durch Art. 32 Abs. 3 Satz 1 GO eingeschränkte selbstständige Beschlussfähigkeit. **Übertragen werden kann** die **Erledigung** sowohl **eigener als** auch **übertragener Angelegenheiten.**

Angelegenheiten, für deren Erledigung nicht der Gemeinderat, sondern der **erste Bürgermeister zuständig** ist (s. Erl. 3 zu Art. 29 GO), können nicht einem beschließenden Ausschuss übertragen werden.

Angelegenheiten, die einem **beschließenden Ausschuss zur selbstständigen Erledigung übertragen** sind, können von diesem – abgesehen von ausdrücklich durch Gesetz ausgenommenen Angelegenheiten – umfassend, also auch in den

Stadtrat 15.12.20

Anlage 4

Ausschussgröße 14 Sitze (alle bestehenden Ausschüsse außer RPA), kein zu losender Sitz:

Größe Hauptorgan	40	Schritt 1a
Ausschussgröße	14	Schritt 2b
Pattauflösung	Los-Chance	Schritt 3b

Zusammensetzung Hauptorgan		Zulässigkeit Verfahren					Hare/Niemeyer	
Partei/Wählergruppe	Sitze im Hauptorgan	Proporzgenaue Zahl Ausschuss	Quoten-kriterium	H/N	SL/S	d'H	Sitze	Patt Auflösung
CSU	12	4,20	4 oder 5	OK	OK	OK	4	
GRÜNE	7	2,45	2 oder 3	OK	OK	OK	3	
FREIE WÄHLER	4	1,40	1 oder 2	OK	OK	OK	1	
SPD	3	1,05	1 oder 2	OK	OK	OK	1	
FDP/Parteifreie Brucker	1	0,35	0 oder 1	OK	OK	OK	0	
BBV	9	3,15	3 oder 4	OK	OK	OK	3	
ÖDP	2	0,70	0 oder 1	OK	OK	OK	1	
Linke	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Die Partei	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe A	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe B	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe C	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe D	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
AG LINKE/Die Partei	2	0,70	0 oder 1	OK	OK	OK	1	
Ausschussgemeinschaft F	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Summe	40	14	---	---	---	---	14	0

Stadtrat 15.12.2020

Ausschussgröße 22 für Sonderausschuss Corona-Pandemie (mehrheitl. Votum in Fraktionsrunde), kein zu losender Sitz:

Größe Hauptorgan	40	Schritt 1a
Ausschussgröße	22	Schritt 2b
Pattauflösung	Los-Chance	Schritt 3b

Zusammensetzung Hauptorgan		Zulässigkeit Verfahren					Hare/Niemeyer	
Partei/Wählergruppe	Sitze im Hauptorgan	Proporzgenaue Zahl Ausschuss	Quoten-kriterium	H/N	SL/S	d'H	Sitze	Patt Auflösung
CSU	12	6,60	6 oder 7	OK	OK	NOK	7	
GRÜNE	7	3,85	3 oder 4	OK	OK	OK	4	
FREIE WÄHLER	4	2,20	2 oder 3	OK	OK	OK	2	
SPD	3	1,65	1 oder 2	OK	OK	OK	2	
FDP/Parteifreie Brucker	1	0,55	0 oder 1	OK	OK	OK	0	
BBV	9	4,95	4 oder 5	OK	OK	NOK	5	
ÖDP	2	1,10	1 oder 2	OK	OK	OK	1	
Linke	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Die Partei	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe A	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe B	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe C	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Wählergruppe D	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
AG LINKE/Die Partei	2	1,10	1 oder 2	OK	OK	OK	1	
Ausschussgemeinschaft F	0	0,00	0	OK	OK	OK	0	
Summe	40	22	---	---	---	---	22	0

Stadtrat
15.12.2020